

10. VII. 1915

Der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien.

Der Stadtrat begann heute mit der Spezialdebatte über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1915/16. Den Vorsitz führte Vizebürgermeister Hierhammer. Berichterstatter ist Vizebürgermeister Hof.

Bei der Beratung der Gruppe I (Verwaltung im allgemeinen) wünscht Stadtrat Schneider, daß die Kommissionen, in welchen die Ferialherstellungen in Schulen festgestellt werden, möglichst durch Zusammenfassung mehrerer Schulen eines Bezirkes eingeschränkt werden, da sie eine starke Mehrbelastung der Mandatäre (Bezirks- und Ortsschulräte) darstellen. — Stadtrat Pahlzill will die Wiedereröffnung des Historischen Museums im Rathaus, um den Fremden Gelegenheit zur Besichtigung zu geben. — Nach einer Anregung des Stadtrates Scherwer wäre der Magistrat zu beauftragen, dahin zu wirken, daß bei Ausschreibung von Lokalausgaben auf die Gewerbetreibenden möglichst Rücksicht genommen werde und ihnen womöglich Kosten erspart werden.

Erhöhung der Hundesteuer auf 20 Kronen.

Bei der Beratung der Gruppe II (Steuerwesen) beantragt Stadtrat Heindl, den Magistrat zu beauftragen, ehestens eine Vorlage auszuarbeiten und dem Gemeinderate zur Beschlußfassung vorzulegen, welche eine Erhöhung der Hundesteuer von 8 auf 20 K. vorsieht. Für den Antrag sprachen Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Stadträte Schmid, Knoll und Oppenberger. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

* * *

Bei der Gruppe III (Gemeindevermögen) beantragt Stadtrat Schreiner die Ausschmückung der Fenster und Balkone in den städtischen Gebäuden auch heuer vorzunehmen, da diese meist durch kleinere Gärtner besorgt werde, welche hiedurch in der jetzigen schweren Zeit einen Verdienst haben.

Bei der Post „Städtische Elektrizitätswerke“ ersucht Stadtrat Wippel, die Direktion dieses Unternehmens zu beauftragen, gegen jene Gewerbetreibende, welche infolge der jetzigen Zeit ihren Verpflichtungen nicht nachzukommen in der Lage sind, das größte Entgegenkommen zu bezeigen.

Bei der Post „Brauhaus der Stadt Wien“ gibt der Bürgermeister bekannt, daß zufolge der erschienenen Regierungsverordnung die Produktion des Brauhauses der Stadt Wien in den Monaten Juni, Juli und August auf drei Viertel des Bedarfes der gleichen Monate des Vorjahres herabgesetzt werden muß. Stadtrat Heindl regt an, den in städtischen Häusern eingemieteten Gastwirten, welche heute ausschließlich Bier aus dem Wiener Brauhaus führen dürfen, die Führung einer zweiten Biergattung zu bewilligen. Vizebürgermeister Rain unterstützt diesen Antrag, die Stadträte Oppenberger, Grünbed, Wippel und Fraß sind dagegen. Die Anregung des Stadtrates Heindl findet nicht die Mehrheit.

Bei der Post „Straßenbahnen“ beantragt Stadtrat Wippel, die Direktion zu beauftragen, ehestens dem Stadtrate ein Projekt über die Herstellung einer Verbindung vom Makleinsdorfer Platz über die Eichengasse, Philadelphiabridge und Feldkellergasse zur Linie nach Mauer vorzulegen. (Angenommen.)

Die Beratung wird sodann unterbrochen.

Staat und Stadt hamburg.

Zur heutigen Sitzung der Bürgerschaft.

Voraussichtlich werden auch die heutigen Verhandlungen nicht allzu lange dauern. Auf der Tagesordnung stehen, da noch eine Sache nachgehoben ist, acht Gegenstände zur Beschlußfassung. Darunter allem Anscheine nach sieben Selbstgänger: Amtsentlassungen, Nachbewilligungen für Behörden und staatliche Angestellten, eine Ausschuhwahl. Auch über die zu vertagende Anwendung des leider so genannten Bonitierungsgesetzes wird es wohl nichts zu reden geben, weil Maßnahmen, denen der Kriegszustand ein Halt gebietet, sich ganz von selbst der Ausführung entziehen. Ebenso wenig wäre über die Abrechnung des Jahres 1913 zu sagen; es wird der übliche Prüfungsausschuß eingesetzt werden.

Wir glauben auch nicht, daß diesmal die Neu-Einforderung von zehn Millionen für Kriegsausgaben wieder Anlaß wird zu diesen und jenen Erörterungen. Hier aber sei bemerkt, daß der Senatsantrag mit gutem Grunde so früh kommt, obwohl noch 3 Millionen von der letzten Bewilligung zur Verfügung stehen. Am 15. Juli beginnen bekanntlich sonst die schönen Tage des bürgerlichen Sommerurlaubs. Der Senat hat nun offenbar die freundnachbarliche Absicht, selbst im Kriegsjahre diese Arbeitspause der Bürgerschaft nicht unnötig zu unterbrechen, und will daher die Klasse der Kriegs-„Kommission“ auf längere Zeit mit Munition versorgen. Die Bürgerschaft wird wohl nichts dagegen haben; obwohl sie allerdings nicht wissen kann, ob nicht doch in der Urlaubszeit dringende Sachen ihren Zusammentritt notwendig machen werden.

Soweit wäre also, in puncto löbliche und tatkräftige Schweigsamkeit, alles in Ordnung. Aber am Schlusse der Sitzung wird es — darüber wollen wir uns keiner eitlen Hoffnung hingeben — höchstwahrscheinlich eine artige Unterhaltung der Rechtsgelehrten geben. Bekanntlich beantragt Dr. A. Koch eine Änderung der Ausführung des Gerichtsverfassungs-Gesetzes. Er will erreichen, daß unsere Richter ihre militärischen Orden auch dem bürgerlichen Kinde anheften dürfen. Gemeint sind natürlich vor allem die Kriegs-Orden und -Auszeichnungen, und es ist wohl möglich, daß — um der hamburgischen Eigenart willen — der Antrag noch eine solche Verdeutlichung erfahren wird — gegen die übrigens, soweit wir unterrichtet sind, der Antragsteller selbst nichts einwenden würde. Gesprochen wird darüber sicher werden. Außerdem: wenn es sich um Änderungen von Gesetzen handelt, so kann es kaum ausbleiben, daß von den 30 Rechtsgelehrten des Hohen Hauses (12 von der Rechten, 7 vom Linken Zentrum, 4 von der Linken, 7 von den Vereinigten Liberalen) etwa zehn das Wort ergreifen. Mit dieser Zahl rechnen auch heute alle, die es vorziehen, Enttäuschungen aus dem Wege zu gehen. Werden es weniger, dann um so besser. Aber daß der Grundgedanke des Antrages Anklang finden wird, ist nicht zu bezweifeln.

Wenn heute abend die Bürgerschaft auseinandergeht, so wird sie seit dem Kriegsbeginn im ganzen 85 Millionen für außerordentliche Kriegsausgaben bewilligt haben. Das ist reichlich ein Drittel eines Jahreshaushalts unseres Staates; eine in der Tat außerordentliche Leistung im Zeitraume eines Kriegsjahres. Aber eine Leistung, die ohne Wimperzucken und stets in voller Einstimmigkeit hergegeben wird.

■ Abschluß einer zweiten Valutaanleihe in Deutschland.

Wien, 22. Juni.

Die Staatsschuldentrollkommission des Reichsrates veröffentlicht folgende Mitteilung:

Die Staatsschuldentrollkommission des Reichsrates hielt heute eine Sitzung ab, in welcher Finanzminister Dr. Freiherr v. Engel davon Mitteilung machte, daß zwischen der österreichischen Finanzverwaltung und einem Bankenkonsortium im Deutschen Reiche eine Anleihe in der Höhe von 305 Millionen Mark, ähnlich der im November 1914 durchgeführten Finanzoperation per 200 Millionen Mark, negoziert wurde. Diese Anleihe verfolgt insbesondere den Zweck, für die Zahlungen ins Ausland ausländische Geldmittel zur Verfügung zu haben.

Die Anleihe ist also auf der gleichen Grundlage aufgebaut wie die Transaktion, welche die beiden Regierungen im November 1914 zur Sicherung von Valutaguthabungen in Deutschland abgeschlossen hatten. Damals war mitgeteilt worden, daß sich Oesterreich und Ungarn in Deutschland ein Guthaben von 300 Millionen Mark gesichert hatten, wovon auf Oesterreich 200, auf Ungarn 100 Millionen Mark entfielen. Die Guthaben waren auf Grund von Finanztransaktionen geschaffen worden, welche in Berlin namens der österreichischen Regierung durch den Vizegouverneur der Postsparkasse Ritter v. Leth, namens der ungarischen Regierung durch den Generaldirektor der ungarischen Kreditbank Adolf v. Ullmann geführt worden waren. Die jetzige Transaktion ist auf gleicher Grundlage aufgebaut und wurde durch Verhandlungen gesichert, welche die nämlichen Funktionäre in der vorigen Woche zum Abschlusse gebracht haben. Die Summe, welche sich beide Regierungen diesmal verschafft haben, ist aber eine größere. Der Gesamtbetrag der Guthabungen beziffert sich mit rund 500 Millionen Mark. Auf Oesterreich entfallen 305 Millionen, auf Ungarn etwa 195 Millionen Mark. Das Bankenkonsortium, mit dem der Abschluß erfolgte, ist das nämliche wie bei der ersten Transaktion; an seiner Spitze stehen die Diskontogesellschaft und die Deutsche Bank.

Durch diese Vereinbarung werden also größere Guthabungen in Deutschland geschaffen, über welche die beiden Finanzverwaltungen je nach ihren Bedürfnissen verfügen können. Diese Beträge deutscher Valuta dienen ausschließlich für die Bedürfnisse der staatlichen Zahlungen. Wenn die Finanzverwaltung in Deutschland Zahlungen zu leisten hat, wird sie über diese Guthabungen verfügen und ihre Erfordernisse aus denselben decken können. In erster Linie werden staatliche Bezüge von Waren für öffentliche Bedürfnisse auf diese Art bezahlt werden können. In geringerem Maße werden diese Guthaben auch für Couponzahlungen herangezogen werden können. In jedem Falle werden die heimischen Valutabestände geschont und ein Druck auf die Valutapreise ausgeübt werden.

Städtische Chronik.

(Dreimonatliches Budgetprovisorium der Gemeinde Wien.)
 Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat dem Stadtrat nachfolgenden Bericht vorgelegt. Der Wiener Stadtrat hat in seinen Sitzungen vom 4., 9., 10. und 11. Juni 1915 den Hauptvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1915/16 aufgestellt. Dieser Voranschlag hält sich in Berücksichtigung der außerordentlich verfügbaren Mittel unter Beibehaltung des derzeitigen Ausmaßes der Gemeindeabgaben. Nach dem Gemeindestatute bedarf der Hauptvoranschlag der Genehmigung des Gemeinderates, der auch über das Ausmaß der einzuhebenden Gemeindeumlagen zu beschließen hat. Da unter den gegebenen Verhältnissen die bei Beratung des Gemeindebudgets üblichen parteimäßigen Auseinandersetzungen in der Gemeindevertretung nicht nur im Interesse der Gemeindeautonomie, sondern auch im gesamtstaatlichen Interesse vermieden werden müssen, habe ich mit den einzelnen Parteien des Wiener Gemeinderates Fühlung genommen, ob sie unter Zurückstellung der Parteigegegensätze in einer außerordentlichen Gemeinderatsitzung den vorliegenden Hauptvoranschlag, der bloß die Fortführung der notwendigen Gemeindeverwaltung bezweckt, zu genehmigen oder mindestens ein Budgetprovisorium zu bewilligen geneigt seien. Die im Bürgerklub vereinigte christlichsoziale Majorität des Gemeinderates war ohneweiters hiezu bereit. Die Odmänner der oppositionellen Parteien dagegen haben erklärt, daß sie eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates zu diesem Zwecke ablehnen, daß sie bezüglich des Verzichtes auf die Spezialdebatte keine bindende Erklärung abgeben können und sich die Freiheit ihrer Abstimmung vorbehalten müssen. Im übrigen forderten sie die Aufnahme der regelmäßigen Tätigkeit des Gemeinderates und seiner Ausschüsse und erklärten, die Budgetverhandlungen nur als eine Einleitung hierzu betrachten zu können. Angesichts dieser Erklärung war zu besorgen, daß es die oppositionellen Parteien bei einer Budgetverhandlung an der durch die Umstände gebotenen Zurückhaltung fehlen lassen könnten. Da überdies eine eingehende Beratung des Hauptvoranschlages in dieser abnormalen Zeit undurchführbar ist und erst vorgenommen werden kann, sobald es die Verhältnisse wieder gestatten, erscheint es notwendig, die Fortführung der Gemeindeverwaltung vorläufig durch einen Beschluß des Stadtrates und durch eine Verfügung des Bürgermeisters auf Grund der ihm mit dem Gemeinderatsbeschluß vom 22. September 1914 für die Dauer des Kriegszustandes erteilten Vollmacht sicherzustellen. Ich beantrage daher, der Stadtrat wolle beschließen, daß der in den Stadratsitzungen vom 4., 9., 10. und 11. Juni 1915 festgestellte Entwurf des Hauptvoranschlages über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde Wien sowie sämtlicher unter der Gemeindeverwaltung stehenden Fonds und Anstalten vorläufig bis 30. September 1915 für Gebarung der städtischen Aemter und Anstalten als Grundlage zu dienen habe. Gleichzeitig verfüge ich auf Grund der mir mit dem Gemeinderatsbeschlusse vom 22. September 1914 erteilten Vollmacht, daß die Gemeindeabgaben bis zum 30. September 1915 im bisherigen Ausmaße weiter einzuhoben sind. Vizebürgermeister Hof berichtete in der Stadtratsitzung vom 23. Juni 1915 über diesen Antrag des Bürgermeisters und stellte folgende Anträge: 1. Der Vorschlag des Bürgermeisters wird genehmigt. 2. Für diesen Beschluß des Stadtrates ist von der k. k. Regierung die Genehmigung einzuholen. Diese Genehmigung ist nunmehr mit Erlaß vom 23. Juni 1915, Pr. 3. 987/2, erfolgt. Demgemäß werden bis 30. Dezember 1915 die Gemeindeabgaben im bisherigen Ausmaße weiter eingehoben. Diese Anträge werden einstimmig genehmigt.

Eine 288-Millionen-Anleihe Berlins.

☞ Berlin, 26. Juni. (Telegr.) Zur Bestreitung der gewöhnlichen auf Anleihe zu nehmenden außerordentlichen Ausgaben, die mit den besondern Kriegsaufwendungen nicht zusammenhängen, beabsichtigt Berlin eine neue Anleihe in Höhe von rund 288,6 Millionen Mark aufzunehmen. Die letzte Berliner Stadtanleihe von 1912 über 262 Millionen Mark war bestimmt, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1913 entstehenden Anleiheausgaben zu decken. Man hat vom April 1914 bis jetzt mit dieser Anleihe auskommen können. In der neuen Anleihe sind die Mittel vorgesehen für Pläne, deren Ausführung bis zum 1. April 1919 erforderlich wird. Unter anderm sollen eingestellt werden für den Ankauf und die Erweiterung der Berliner Elektrizitätswerke allein 137 Millionen Mark, ein Teil des Erwerbspreises der Herrschaft Lante von rund 13 Millionen Mark, für die Erweiterung der Gas-, Wasser- und Kanalisationswerke und Markthallen rund 68 Millionen Mark, für den Wasserverkehr 6 Millionen Mark, für die Nord-Südbahn 15 Millionen Mark, für Straßendurchlegungen und Verbreiterungen 9 Millionen Mark, für Krankenhäuser 12 Millionen Mark, höhere Schulen 9 Millionen Mark, Badeanstalten 0,5 Millionen Mark, ein zweites Krematorium 0,5 Millionen Mark, ein Stadtbibliotheksgebäude 1 Million Mark, für sonstige Kammereizwecke rund 2 Millionen Mark. Über die Art der endgültigen Deckung der außerordentlichen Kriegsausgaben der Reichshauptstadt wird von Beendigung des Krieges nicht entschieden werden.

Schulden und Vermögen Berlins.

Die Schulden der Stadt Berlin würden sich nach der gestern veröffentlichten Uebersicht auf 735 Millionen Anleihe- und 90 Millionen Mark andere Schulden, auf insgesamt 824 Millionen Mark Schulden belaufen, denen aber eine Aktiva von 989,7 Millionen Mark plus 274,3 Millionen Mark = 1264 Millionen Mark gegenübersteht, so daß demnach das Vermögen der Stadt ohne die Stiftungsmittel usw. sich auf rund 440 Millionen Mark, bezw. 454 Millionen Mark stellen würde.

Am 31. März 1914 waren rund 446 Millionen Mark Anleihe-Schulden vorhanden, wovon indes rund 27½ Millionen Mark noch nicht verwendet waren. Von diesen Anleihebeträgen entfielen 114½ Millionen Mark auf Rämmerel- und der Rest von rund 331½ Millionen Mark auf verbende Zwecke. Die Aktiven betragen Ende März 1914 rund 990 Millionen Mark, davon kamen 654½ Millionen Mark auf den Grundbesitz, 40,7 Millionen Mark auf ausstehende Kapitalien, 69,3 Millionen Mark auf Kassenbestände, 8,8 Millionen Mark auf Einnahmereste, 168,3 Millionen Mark auf Vorräte aller Art, Bestände an Kohlen usw. und 48 Millionen Mark auf Inventar, Bibliotheken, Sammlungen, Apparate usw. Die Passiven setzten sich zusammen aus 492 Millionen Mark Anleihen, 13 Millionen Mark Grundbesitzschulden, 11 Millionen Mark Darlehne und 19,4 Millionen Mark Ausgabenereste. Es war darnach ein Ueberschuß von 454 Millionen Mark vorhanden. — Die Berliner Stadtanleihe von 1904 (228 Millionen Mark) ist voll begeben. Der Erlös betrug 227 Millionen Mark. Von der Stadtanleihe von 1912 (65 Millionen Mark) sind rund 63,9 Millionen Mark versilbert. Der 2. und 3. Teilbetrag dieser 262 Millionen Mark umfassenden Anleihe ist nur in Höhe von 14,6 Millionen Mark versilbert. Davon entfallen rund 185 Millionen Mark auf die Werke und der Rest von 77 Millionen Mark auf die Rämmerel, während der nicht versilberte Betrag von 28 Millionen Mark auf die Anleihe von 1904 den betreffenden Verwaltungen später überwiesen wurde.

Die neue Berliner Anleihe.

Verwendung für werbende Zwecke.

288 Millionen Mark beabsichtigt, wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, die Reichshauptstadt in Form einer Anleihe aufzunehmen. Die neue Anleihe soll in weitest möglicher Weise den Bedarf der Stadt für die nächsten fünf Jahre decken. Etwa drei Viertel des Betrages sollen werbenden Zwecken zufließen, und zwar 68 Millionen der Erweiterung älterer Werke, 150 Millionen neuen Werken. Etwa 84 Millionen sollen für reine Räumereizwecke verwendet werden, der Rest auf Verkehrsunternehmungen entfallen.

Von den älteren Werken sind die Gaswerke mit zirka 24½, die Wasserwerke mit 17, die Kanalisation mit einer halben, die Markthallen mit 25½ Millionen bedacht. Bei diesem letzten Kapitel steht die Großmarkthalle für Obst und Gemüse an der Beusselstraße im Mittelpunkt des Interesses. Die Grunderwerbskosten belaufen sich auf rund 17 Millionen, die Bauleisten auf 15, der Bahnanschluß auf drei Millionen, wozu noch drei Millionen für Verzinsung bis Inbetriebnahme kommen. Auch die Erweiterung der Blumenmarkthalle in der Lindenstraße wird über 1½ Millionen erfordern. Die gesamten Anforderungen der Markthallen belaufen sich auf über 43 Millionen, von denen aber 17 Millionen bereits zum größten Teil aus dem Erlös der Anleihe 1912 zur Verfügung stehen.

Unter den neuen Werken steht der Erwerb der B. E. W. und deren Erweiterungen mit über 187 Millionen an erster Stelle. Dann aber der Erwerb der Herrschaft Lante, für die ein Gesamtanleihebedürfnis bis 1919 von fast 13 Millionen vorhanden ist. Das dann noch zu zahlende Kaufpreisgeld von 7½ Millionen wird auf eine spätere Anleihe verwiesen.

Von den Verkehrsunternehmungen wird der Osthafen mit etwa 1 Million, der Westhafen mit 4 Millionen an der Anleihe teilnehmen. Die Nord-Süd-Bahn wird 15½ Millionen, der Straßentunnel am Opernhaus 198 000 Mark in Anspruch nehmen.

Sehr abwechslungsreich ist das Kapitel der Räumereizwecke, wo für Straßendurchlegungen und Verbreiterungen 9½, für Krankenzwecke 11,7, für den Bau von Irrenanstalten 0,7 Millionen verwendet werden sollen. Für den Bau höherer Schulen werden 6½, für den von Realschulen 2 Millionen zur Verwendung kommen. Hier ist auch die Hypothek für die „Neue freie Volkshöhne“ in Höhe von 921 000 Mark zu finden. Ein zweites Krematorium beansprucht 400 000 M., der Neubau des städtischen Bibliothekgebäudes auf dem Inselspeichergrundstück vorläufig eine Million. Für neue Badeanstalten ist über ½ Million bestimmt. Schließlich aber findet sich hier auch die Million für das Ermelersche Grundstück in der Breiten Straße, dessen Erwerb die Stadt „als eine ihr obliegende wichtige Kulturaufgabe“ angesehen hat. Unter den Untertunnelungen und Verbreiterungen aber ist die wichtigste die des Bahnkörpers der Berlin-Potsdamer Eisenbahn zwischen Kurfürsten- und Schöneberger Straße — eine Verkehrsaufgabe von großer Wichtigkeit, die einen Aufwand von 6 Millionen erfordert.

Verzinsung und Tilgung.

Die Bedingungen der neuen Anleihe sollen den Zeiten und Geldmarktverhältnissen nach Möglichkeit angepaßt werden. Die Begebung soll in Teilbeträgen erfolgen, die den Bedürfnissen der nächsten fünf Jahre entsprechen. Der Geldmarkt dürfte also fürs erste nicht sehr in Anspruch genommen werden. Als Zinsfuß sind 4 bis 5 v. H. in Aussicht genommen worden. Die Konvertierbarkeit soll nur während der ersten 5 Jahre, vom Beginn des auf die Begebung folgenden Rechnungsjahres ab gerechnet, ausgeschlossen sein, und die Tilgung soll während der ersten 5 Jahre 1 v. H., von da ab 2 v. H. betragen, und zwar unter Hinzurechnung der von den Schuldverschreibungen erwarteten Zinsen. Der Magistrat beabsichtigt Interimsscheine über größere Summen auszugeben, die später durch andere ersetzt werden können. Dadurch sollen Anleihebrudkosten erspart werden. Die endgültigen Schuldverschreibungen sollen über 100 M., 200 M., 500 M., 1000 M. und 2000 M., event. 5000 M. lauten.

Zur 288-Millionen-Anleihe der Stadt Berlin.

über die wir ausführlich berichteten, entnehmen wir der Vorlage für die Stadtverordneten-Versammlung noch Folgendes: Die Begebung soll in Teilbeträgen erfolgen, die den Bedürfnissen der nächsten fünf Jahre entsprechen. Der Geldmarkt dürfte also fürs erste nicht sehr in Anspruch genommen werden. Als Zinssfuß sind 4 bis 5 vom Hundert in Aussicht genommen worden. Die Konvertierbarkeit soll nur während der ersten fünf Jahre, vom Beginn des auf die Begebung folgenden Rechnungsjahres ab gerechnet, ausgeschlossen sein, und die Tilgung soll während der ersten fünf Jahre 1 v. H., von da ab 2 v. H. betragen, und zwar unter Hinzurechnung der von den Schuldverschreibungen ersparten Zinsen. Der Magistrat beabsichtigt Interimsscheine über größere Summen auszugeben, die später durch andere ersetzt werden können. Dadurch sollen Anleihegedruckkosten erspart werden. Die endgültigen Schuldverschreibungen sollen über 100 M., 200 M., 500 M., 1000 M. und 2000 M., eventl. 5000 M. lauten. Am 31. März 1914 waren rund 446 Millionen Anleiheschulden vorhanden, wovon indes rund 27½ Mill. M. noch nicht verwendet waren. Von diesen Anleihebeträgen entfielen 114½ Mill. M. auf Kammerei- und der Rest von rund 331½ Mill. M. auf werbende Zwecke. Die Aktiven betragen Ende März 1914 rund 900 Mill. M., davon kamen 654½ Mill. M. auf den Grundbesitz, 40.7 Mill. M. auf ausstehende Kapitalien, 69.3 Mill. M. auf Kassenbestände, 8.8 Mill. M. auf Einnahmereste, 108.3 Mill. M. auf Vorräte aller Art, Bestände an Kohlen usw. und 48 Mill. M. auf Inventar, Bibliotheken, Sammlungen, Apparate usw. Die Passiven setzten sich zusammen aus 492 Mill. M. Anleihen, 13 Mill. M. Grundbesitzschulden, 11 Mill. M. Darlehne und 19.4 Mill. M. Ausgabenreste. Es war danach ein Ueberschuß von 454 Mill. M. vorhanden.

Die Berliner Stadtanleihe von 1904 (228 Mill. M.) ist voll begeben. Der Erlös betrug 227 Mill. M. Von der Stadtanleihe von 1912 (65 Mill. M.) sind rund 63.9 Mill. M. verfilbert. Der zweite und dritte Teilbetrag dieser 262 Mill. M. umfassenden Anleihe ist nur in Höhe von 14.6 Mill. M. verfilbert. Davon entfallen rund 185 Mill. M. auf die Werke und der Rest von 77 Mill. M. auf die Kammerei, während der nicht verfilberte Betrag von 28 Mill. M. aus der Anleihe von 1904 den betr. Verwaltungen später überwiesen wurde.

Berlins Anleihe-Politik.

Die Vorlage des Magistrats, die die Aufnahme einer neuen Anleihe in Höhe von 288 601 000 M. beantragt, und die am Donnerstag in der Stadtverordneten-Versammlung verhandelt werden soll, bringt in keiner Beziehung Unerwartetes. Es ist in Berlin üblich, den Anleihebedarf für eine Periode von gewöhnlich fünf Jahren zusammenzufassen und im voraus zur Feststellung zu bringen, damit die Finanzverwaltung sich auch mit den außerordentlichen Aufwendungen in geregelten, ruhigen Bahnen bewegen kann.

Die jetzt beantragte Anleihe für 1914 bis 1919 ist geringer als die letzte gleichartige Anleihe, die im Jahre 1912 bewilligt wurde. Damals lautete der Antrag des Magistrats auf 323,5 Millionen Mark; die Stadtverordneten stellten einige Posten zurück und bewilligten 281 Millionen M. Aus rein formellen Gründen genehmigte die Staatsaufsichtsbehörde davon nur 262 Millionen M., während sie den Rest mit 19 Millionen Mark auf die Abfindungssumme der Großen Berliner Straßenbahn schob. Tatsächlich aber sind diese 19 Millionen Mark offen geblieben. Ein Teil davon, nämlich 4,1 Millionen Mark, ist statt dessen durch einen Rest der Anleihe von 1904 gedeckt, dagegen werden die verbleibenden 14,9 Millionen Mark der neuen Anleihe aufgebürdet. Mithin betrug in Wirklichkeit der Anleihebedarf von 1912: 281 Millionen Mark, während der jetzige sich auf 288,6 weniger 14,9 also auf 273,7 Millionen Mark stellt.

Zeit bedeutungsvoller ist, daß die Höhe der neuen Anleihe durch einen einzigen Posten maßgebend bestimmt wird: durch die 137 Millionen Mark für den Erwerb der Berliner Elektrizitätswerke. Diese Ausgabe muß im ausgeprägtesten Sinne als eine werbende Ausgabe bezeichnet werden. Wenn der Uebergang der B. E. W. in städtischen Betrieb selbstverständlich in hohem Maße dem Interesse der Verbraucher zu dienen bestimmt ist, so stehen daneben doch auch finanzielle Interessen im Vordergrund. Es ist unbestreitbar, daß die Stadt bei auch nur einigermaßen verständiger Wirtschaft zum mindesten einen guten Teil desjenigen für sich wird erhoffen dürfen, was bisher den Aktionären der Gesellschaft als Dividende gezahlt worden ist. Würde das in Friedenszeiten eine erhebliche Steigerung der bisherigen Bezüge der Stadt aus dem Elektrizitätswesen bedeuten, so wird auch in Kriegszeiten und in diesen besonders sich ergeben, daß die Stadt bei eigener Verwaltung sich günstiger stellt. Von den Abgaben der im privaten Betriebe verbliebenen Unternehmungen (z. B. der Großen Berliner Straßenbahn) an die Stadt, werden die Bezüge, die Berlin aus Elektrizität auch während dieser unruhigen Zeiten genießen darf, sich voraussichtlich sehr günstig unterscheiden.

Setzt man den Posten von 137 Millionen Mark von der neuen Anleihe ab, so beträgt der Rest nicht ganz 140 Millionen Mark. Davon sind die 68 Millionen Mark für die älteren Werke unzweifelhaft werbender Art. Nicht minder dienen die für die Verkehrsunternehmungen geforderten 21 Millionen Mark durchaus produktiven Zwecken. In den sonstigen Ausgaben ist eine strenge Einschränkung unverkennbar. Das gilt ganz besonders von den Straßendurchlegungen und -verbreiterungen, die in den Beratungen des Magistrats auf eine Ausgabe von $9\frac{1}{2}$ Millionen Mark zusammengeschrumpft sind, während die früheren Pläne zu weitaus größeren Ausgaben geführt haben würden. Bei den Bauten für Krankenhäuser und Schulzwecke, die gleichfalls sich in sehr engem Rahmen bewegen, ist, wie wir hoffen dürfen, doch wenigstens den dringendsten Anforderungen Rechnung getragen worden. Der Betrag von 13 Millionen Mark für die Herrschaft Lanke ist lediglich die Folge des schon vor zwei Jahren von den städtischen Behörden mit großer Mehrheit gefaßten Ankaufsbeschlusses.

So kann man sagen, daß die jetzige Vorlage nur eine formelle Zusammenfassung feststehender Tatsachen enthält, und daß sie durchaus in den Bahnen der soliden Berliner Finanzwirtschaft sich bewegt.

Von anderer Seite wird uns noch geschrieben: Es kann überraschen, daß im gegenwärtigen Augenblick die Stadt Berlin mit ihrer großen

Anleihe heraustritt, zu einer Zeit, da doch der Geldbedarf für die Kriegszwecke den öffentlichen Kapitalmarkt in Anspruch nimmt und mit Beschlag belegt. In Wirklichkeit wird man denn auch, wie in der Vorlage des Magistrats angedeutet, gegenwärtig die Anleihe selbst nicht auf den Markt bringen, sondern verschafft sich durch ihre Bewilligung nur die Möglichkeit, gegen Hinterlegung von Interimscheinen Gelder bei Banken und staatlichen Kreditinstituten aufzunehmen. Diese Interimscheine sind auf Verlangen der Geldgeber in marktfähige Obligationen umzutauschen. An den öffentlichen Geldmarkt direkt heranzugehen, verbietet augenblicklich die patriotische Pflicht, da die Aufbringung der Mittel für den Krieg jetzt natürlich allem andern vorgeht. Noch einmal sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß es sich bei den Beträgen der Anleihe um reguläre Ausgaben Berlins handelt, welche von den Stadtverordneten im einzelnen fast ausnahmslos schon bewilligt sind. Die Deckung der „Kriegsausgaben“ Berlins wird erst nach dem Krieg erfolgen, wenn im einzelnen zu übersehen ist, welche Anteile davon auf Reich, Staat und Provinz entfallen.

Das Budgetprovisorium.

Das Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht folgende kaiserliche Verordnung vom 28. Juni 1915 betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben sowie die Bestreitung des Staatsaufwandes für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1915.

Auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Die Regierung ist ermächtigt, für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1915 die direkten Steuern und indirekten Abgaben nach den bestehenden Normen fortzuerheben und die sich ergebenden Auslagen nach Erfordernis für Rechnung der für das Budgetjahr 1915/16 gesetzlich festzustellenden Kredite zu bestreiten.

§ 2. Für die ordentlichen Ausgaben haben im allgemeinen diejenigen Beträge als ganzjährige Maximal-

summen zu gelten, welche in der Aufstellung der Ausgaben und Einnahmen enthalten sind, die gemäß der kaiserlichen Verordnung vom 28. Juni 1915 als Rechnungsgrundlage für das Budgetjahr 1914/15 zu dienen hat.

§ 3. Die Bestimmungen des § 1 beziehen sich auch auf die von den gemeinsamen Ausgaben auf die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder entfallenden Beträge unter der Bedingung, daß die nach dem gesetzmäßigen Quotenverhältnisse auf die Länder der heiligen ungarischen Krone entfallenden Teilbeträge zur Verfügung gestellt werden.

Sobald jedoch von Mir sanktionierte Beschlüsse der Delegationen das gemeinsame Budget 1915/16 oder jene Summen festgestellt haben werden, die in einem Teile dieses Budgetjahres für gemeinsame Auslagen aufwendet werden können, dürfen die Gesamtbeträge, die auf Grund der im § 1 erteilten Ermächtigung zur Verfügung zu stellen sind, jene Summen nicht übersteigen, welche von dem durch die Delegationsbeschlüsse festgestellten Aufwande für die ersten sechs Monate des Budgetjahres auf die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder entfallen.

§ 4. Der mit dem Finanzgesetze vom 29. Juni 1909 für das Jahr 1909 unter Kapitel 25, Eisenbahnministerium, Titel 12, § 1, Vollendungsarbeiten auf der Lauernebahn, bewilligte und mit der kaiserlichen Verordnung vom 29. Dezember 1914 bis Ende Juni 1915 verlängerte Kredit von 18,300.000 Kronen kann noch bis 31. Dezember 1915 verwendet werden und ist, insoweit er nicht bis 30. Juni 1915 zur Verwendung gelangte, so zu behandeln, als wenn er für das Budgetjahr 1915/16 bewilligt worden wäre.

Ferner können die nachstehenden, mit der kaiserlichen Verordnung vom 29. Dezember 1914 bis Ende 1915 verlängerten Kredite bis 31. Dezember 1915 verwendet werden, nämlich: 1. von den mit dem Gesetze vom 6. Juni 1901 (Herstellung mehrerer Eisenbahnen auf Staatskosten und Festsetzung eines Bau- und Investitionsprogrammes der Staatseisenbahnverwaltung für die Zeit bis Ende des Jahres 1905), bewilligten Krediten

a) der für das Jahr 1902 unter Post 10 (Restorfergebnis für bereits dem Betrieb übergebene Staatsbahnlinien, deren Baurechnung noch nicht abgeschlossen ist) bewilligte Kredit von 540.000 Kronen;

b) die für die Jahre 1903, 1904 und 1905 unter Post 7 (Staatseisenbahnbau Spalato—Arzano) bewilligten Kredite von 2,000.000 Kronen, 3,000.000 Kronen und 2,000.000 Kronen;

c) der für das Jahr 1905 unter Post 11 (Beteiligung an der Kapitalsbeschaffung zum Zwecke des Baues von Privatbahnen und Erwerbung der Linie Ujch—Rohbach) bewilligte Kredit von 2,800.000 Kronen;

2. der mit dem Gesetze vom 24. Juli 1906 (Ausgestaltung des mit dem Gesetze vom 6. Juni 1901 genehmigten Bau- und Investitionsprogrammes der Staatseisenbahnverwaltung), für das Jahr 1906 unter Post 5 (Spalato—Arzano) bewilligte Kredit 658.000 Kronen.

§ 5. Mit dem Vollzuge dieser kaiserlichen Verordnung, welche mit 1. Juli 1915 wirksam wird, ist Mein Finanzminister beauftragt.

Wien, am 28. Juni 1915.

Franz Joseph m. p.

Stürgkh m. p.	Georgi m. p.
Došenburger m. p.	Heinold m. p.
Forster m. p.	Duffarek m. p.
Trutka m. p.	Schuster m. p.
Zenter m. p.	Engel m. p.

Morawski m. p.

Eine zweite kaiserliche Verordnung vom 28. Juni 1915 regelt die Verfassung des Zentralrechnungsschlusses über den Staatshaushalt für das Budgetjahr 1914/15.

Der Städtetag als Geldvermittler.

Die Geldvermittlung des Deutschen Städtetages im Geschäftsjahr 1914/15 blieb infolge des Krieges hinter dem Umfang des Vorjahres zurück. Während im vorigen Jahre insgesamt 76 325 000 M. angebotenes Geld untergebracht wurden, belief sich die im letzten Jahre vermittelte Geldsumme nur auf 53 490 000 M. und zwar gingen für kurzfristiges Geld Nachfragen über 30 575 000 M. ein, von denen 4 900 000 M. gedeckt wurden. Die Angebote beliefen sich auf 75 560 000 M., von denen 46 470 000 M. untergebracht wurden. Die Sparkassen waren mit 35 Nachfragen über 3 650 000 M. und 34 Angeboten über 16 350 000 M. beteiligt. Die hohe Zahl der Nachfragen bei den Sparkassen — im Vorjahre nur 2 — die fast ausnahmslos in den ersten Tagen des August einliefen, erklärt sich aus den zu Beginn des Krieges erfolgten plötzlichen Abhebungen von Spareinlagen. Für langfristige Darlehen gingen 15 Nachfragen im Gesamtbetrage von 16 129 000 M. ein, die in zwei Fällen mit zusammen 2 120 000 M. zu einem Abschluß führten.

Von der während des Geschäftsjahres 1914/15 vermittelten Geldsumme von 53 490 000 M. entfallen allein 44 000 000 M. auf die Zeit vor Ausbruch des Krieges. Immerhin ist das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 1914/15 als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Infolge Schließung der Börse war es einer großen Anzahl von Gemeindeverwaltungen erschwert, die zur Tilgung ihrer Inhaberpapieranleihen erforderlichen Stücke freihändig zu erwerben. Es wurde deshalb bei den Mitgliedern des Deutschen Städtetages und bei den größeren, dem Deutschen Sparkassenverband angehörigen Kreissparkassen eine Rundfrage nach dem Besitz an fremden Kommunalanleihen veranstaltet. Das Ergebnis dieser Rundfrage wird den Gemeindeverwaltungen in vielen Fällen wertvolle Dienste leisten.

2./VII. 1915

Oberbürgermeister Wermuth

Die 288 Millionen-Anleihe.

Verweisung an einen Ausschuß. — Einführung des Stadtschulrats Dr. Reimann.

Zwei Eindrücke gaben der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten — wohl der ersten Sommersitzung im Roten Hause — ihr Gepräge: die kurze Beratung über die große Vorlage zur Aufnahme der 288-Millionen-Anleihe und die feierliche Einführung des neuen Stadtschulrats für das höhere Schulwesen. Obwohl die Berliner Stadträte der Kriegszeit entsprechend diesmal keine Sommerferien angefeht haben, ging doch ein Ferienhauch durch den hohen braungetäfelten Saal, den trotz der Nachmittagssonne draußen die Glühlampen in mattes Gold tauchten. Die Bänke der Stadtverordneten waren nur dünn besetzt, und auch am Magistratstisch sah man große Lücken. Die Sitzung begann schon feierlich, wie immer, wenn ein neues Mitglied in die Reihen der Vertreter berlinischer Selbstverwaltung aufgenommen wird. Gestern war es der sozialdemokratische Stadtverordnete Kaufmann Jonas Stahl, den Herr Michélet in längeren Worten warm begrüßte.

Dann kam der Hauptpunkt der Sitzung: die Vorlage über die Anleihe in Höhe von 288 601 000 Mark. Wer eine lange Finanzdebatte oder etwa gar eine große Rede des Oberbürgermeisters — etwa wie die vom 26. Februar v. J. — zur Verteidigung der städtischen Anleihepolitik erwartet hatte, wurde ein wenig enttäuscht. Wohl kaum ist die erste Lesung einer so inhaltsschweren Vorlage so kurz und knapp gewesen, wie gestern die Beratung der neuen Anleihe Berlins. Es sprach nur ein Redner: der Führer der größten bürgerlichen Fraktion, Stadtverordneter Cassel. Vielleicht war es Verabredung: er hielt sich so kurz, wie man es im Roten Hause selten gewöhnt ist. Er betonte zunächst, daß es nicht der Krieg ist, der diese große Anleihe bedingt, sondern die friedliche kulturelle Entwicklung Berlins. Man hätte nur gewünscht, daß diese umfangreiche Vorlage etwas früher gekommen wäre und nicht erst jetzt im Sommer. Dann malte der Redner der Linken ein großes Fragezeichen, und es klang ein starker Unterton von Zweifel und Kritik heraus, als er betonte, daß man sich die Vorlage noch näher ansehen müsse. Es stecke doch manche Forderung darin, für die Gemeindebeschlüsse noch gar nicht vorlägen, sondern nur die Beschlüsse von Deputationen, und außerdem frage sich auch, ob alle in der Anleihe vorgesehenen Dinge auch wirklich erforderlich seien. Darüber müsse man nähere Auskunft vom Magistrat bekommen, auch darüber, welche Absichten bei der Finanzierung und Begebung der Anleihe vorwalten. Das könne nur im Ausschuß gesehen, und — wie von uns angekündigt — beantragte Stadtverordneter Cassel Verweisung der Vorlage an einen Ausschuß. Mit großer Mehrheit, mit den Stimmen aller bürgerlichen Stadtverordneten, wurde in diesem Sinne beschlossen. Von den Vorlagen, die sonst die gestrige Sitzung noch brachte, war nur noch der erste Etat der Städtischen Elektrizitätswerke für das Halbjahr vom 1. Oktober 1915 bis 31. März 1916 von Belang, der mit 152 Mill. M. abschließt. Stadtverordneter Rosenow nahm die Vorlage zum Anlaß, um eine LANGE für niedrige Stromtarife zu brechen.

Punkt 6 Uhr konnte plangemäß die Einführung des Stadtschulrats Dr. Arnold Reimann stattfinden, der als Nachfolger für den verstorbenen Geheimrat Dr. Michaelis die Leitung des höheren Schulwesens und der Fach- und Fortbildungsschulen Berlins übernehmen soll. Der neue Stadtschulrat steht noch als Hauptmann im Felde und hatte zu seiner Einführung Urlaub erhalten. So bot sich denn gestern wohl zum ersten Male, solange die Selbstverwaltung Berlins arbeitet, das eigenartige Bild, daß ein Stadtrat in Felduniform in sein bürgerliches Amt eingeführt wurde. Von zwei Stadtverordneten geführt, trat eine schlanke, straffe Gestalt in Feldgrau, den Degen an der Seite, den Helm in der Hand, in den Sitzungssaal. Die Stadtverordneten und Stadträte hatten sich erhoben.

richtete an den neuen Stadtschulrat folgende Begrüßungsansprache:

Berehrter Herr Kollege! Ihre Einführung in das Amt eines Stadtschulrats hat sich verzögert, weil Sie lange Wochen hindurch im Kampfgewühl gestanden haben. Das Kreuz erster Klasse auf Ihrer Brust zeigt, daß Sie als Mann am rechten Platze waren. Jetzt machen, in dankenswerter Würdigung unserer Schwierigkeiten, Ihre militärischen Vorgesetzten es uns möglich, den Vorschriften der Städteordnung zu genügen. Wir hoffen lebhaft, daß dies auch den Beginn Ihrer bürgerlichen Tätigkeit bedeutet, und daß somit Ihr erfahrener, älterer Kollege im Magistrat, der seither das Erbe unseres Michaelis treulich und mit Erfolg verwaltet hat, seine volle Kraft nunmehr wieder den Gemeindeschulen zukehren kann. Beseitigt genug ist gewiß die Aufgabe, ja, Sie möchte fast zwiespältig erscheinen. Sie gehören von nun an zu den berufensten und verantwortlichsten Hütern der unvergänglichen Schätze, die das klassische Altertum allen späteren Geschlechtern überliefert, und die unser Volk, wie kein anders, sich angeeignet hat, die Schätze, nach denen nicht nur der Buchgelehrte gräbt und wühlt, nein, aus denen jeder Volksgenosse, bewußt oder unbewußt, sich täglich und stündlich Gutes und Anmutiges nimmt. Fern sei es von uns, sie jemals preiszugeben. Nur über die Breite, nicht über die Tiefe kann Streit sein. Neben die hohe, abgeklärte Gedankenwelt treten ebenbürtig die Forderungen einer anspruchsvollen Gegenwart, einer hoffnungsreichen Zukunft. Beides muß und hat sich vereinigen lassen. Es ist das Volk der Denker und Dichter, das jetzt am trostigsten auf dem harten Boden der realen Tatsachen steht, das die straffe Schulung des Geistes und die Beweglichkeit des Denkens zu paaren weiß mit praxischem Können, mit Fortschreiten der Technik und Handfertigkeit. Eben diese Paarung ist unsere Stärke. Die rastlose Ausbildung unserer Jugend in allen Zweigen des Gewerbes hat uns eine achtunggebietende Stellung auf dem Weltmarkt gesichert. Ohne uns zu lehren an den Reib, der einen lästigen Konkurrenten niederschlagen möchte, statt freudig mit ihm zu wetteifern, werden wir auf dem betretenen Pfade weiter vorwärtsgehen: Standhaftigkeit und redliche Arbeit behalten zulezt doch immer die Oberhand.

So nehmen Sie denn, lieber Kollege, die vielgestaltige, doch einheitliche, die schwere, große Pflicht auf Ihre Schultern, erziehen Sie unsere Jugend mit Strenge und Liebe zu tüchtigen, vaterlandsfrohen Bürgern und Bürgerinnen, leiten Sie sie an zur Freiheit und zur Gesittung. Sehen Sie an an dem Punkt, den Ihr Vorgänger erreicht hat, aber machen Sie dort nicht in Bewunderung vor dem Erreichten halt, denn das Wesen alles Wissens und Könnens ist unermüdbliches Vorwärtstreben. Die Reichshauptstadt begrüßt den heimgekehrten Krieger herzlichst, der Magistrat heißt Sie in seiner Mitte willkommen. (Auseitiger großer Beifall.)

Der Magistratsleiter hatte mit gewohnter Beharrlichkeit und Frische gesprochen, und als er schloß und das jüngste „feldgraue“ Magistratsmitglied durch Handschlag an Eides-

statt verpflichtete, schollen von allen Seiten des Hauses herzliche Bravorufe. Dann hieß auch Stadtverordnetenvorsteher Michélet den Stadtschulrat willkommen, der nun seinen Platz am Magistratstisch einnehmen konnte. Noch zwei kleine Vorlagen: dann schloß die erste Sommersitzung im Roten Hause.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bringt folgenden Statthaltereierlaß zur Kenntnis:

(P. Z. 5741, I. I. n.-ö. Statth., P. Z. 987/2.)

Wien, Gemeinde.

Wien, am 23. Juni 1915.

Stadtrats-Beschluß, betreffend

Hauptvoranschlag.

P. Z. 5741 vom 23. Juni 1915.

An

den Herrn Bürgermeister der I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Der vom Stadtrate der Stadt Wien vom 23. Juni 1915 gefaßte Beschluß, daß der in den Stadtrats-Sitzungen vom 4., 9.,

10. und 11. Juni 1915 festgestellte Entwurf des Hauptvoranschlages über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde Wien, sowie sämtlicher unter der Gemeindeverwaltung stehenden Fonds und Anstalten vorläufig bis 30. September 1915 für die Bebarung der städtischen Ämter und Anstalten als Grundlage zu dienen habe, sowie weiters die von Euerer Exzellenz auf Grund der Euer Exzellenz mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 22. September 1914 erteilten Vollmacht getroffene Verfügung, daß die Gemeindeabgaben bis zum 30. September 1915 im bisherigen Ausmaße weiter einzuheben sind, wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

Wienerth m. p.

(Zur Kenntnis.)

Die Belastung der englischen Finanzen durch den Krieg.

Eine bemerkenswerte Rede Lord Salbanes.

London, 8. Juli.

Lord Midleton brachte im Oberhause eine Resolution ein, daß die Regierung Schritte tun müsse, um die Staatsausgaben nichtmilitärischer Art zu verringern. Er führte aus, daß die letzten Tage eine beträchtlich veränderte Haltung der Regierung betreffs des Krieges zeigten. Neben, wie die Lord Curzon's, ließen erkennen, daß die Regierung entschlossen ist, das Volk nicht länger im Zweifel zu lassen, daß die Maske abgenommen und der Ernst der Lage völlig dargelegt werden soll. Die Kriegsschuld würde im März 1916, wenn der Krieg dann beendet wäre, 1293 Millionen Pfund Sterling betragen. Die Zinsen würden 58,194.000, die Kriegspensionen etwa 19 Millionen ausmachen. Demgegenüber ständen, vorausgesetzt, daß die Verbündeten und die Dominions alle aus Anleihen entstandenen Verpflichtungen erfüllten, nur 62,750.000 zur Verfügung, so daß ein jährliches Defizit von 14,250.000 Pfund vorhanden sein würde. Dabei fehlen Maßnahmen zur Abtragung der neuen Schuld.

Midleton kritisierte die einzelnen Ressorts und griff die Finanzpolitik der liberalen Regierung an, namentlich die Ausgaben für Sozialpolitik und Schulpolitik. Redner schloß: „Wir scheinen ebensowenig finanzielle wie militärische Vorbereitungen für den Krieg getroffen zu haben.“

Lord Lansdowne stimmte im allgemeinen den Ausführungen Midletons bei.

Lord Stoldwyn tadelte, daß der Schatzkanzler nicht sofort bei Kriegsbeginn die Besteuerung erhöhte.

Lord Salbane stimmte der Ansicht zu, daß die Ministerien sehr verschwenderisch wirtschafteten, aber die Debatte machte den Eindruck, als ob es nach dem Kriege genügen würde, neue Steuern zu erheben und im übrigen fortzufahren wie vorher. England werde indessen nach dem Kriege ein ganz anderes, weil viel ärmeres Land sein. Es werde die Vorteile des Prestiges der Vergangenheit und Tradition verloren haben, die England eine einzigartige Stellung im Handel und in der Industrie gaben, die es bisher genöß, weil es sie im Besitze hatte, ohne daß Rivalen hineinkommen konnten. Jetzt aber würden Rivalen ins Feld einbrechen. England werde nicht so viel Ueberfluß an Kapital haben wie andere Länder. Die Kaufleute und die Industriellen würden auf ihre eigenen Hilfsquellen, auf ihr eigenes Geschick, ihre eigene Findigkeit und ihren eigenen Unternehmungsgeist angewiesen sein. Es sei daher notwendig, sich jetzt darauf vorzubereiten. Eine bessere Erziehung sei nötig. Die Kaufleute und die Industriellen müßten eine bessere Vorbildung erhalten, wenn sie sich gegen die neue Konkurrenz behaupten sollen. Sparsamkeit müsse aufs entschiedenste geübt werden, aber im Schulwesen ebensowenig wie bei den Armeen an der Front.

Der Ökonomist.

Geldmarkt und Börse.

Von Ladou.

Berlin, 6. Juli.

Privatdiskonten sind zu $3\frac{1}{2}$ Prozent und darunter gesucht. Das ist das Kennzeichen der Lage des deutschen Geldmarktes. Die Banken suchen Wechsel zu niedrigem Zinsfuß zu kaufen, weil sie über reichliche Geldmittel verfügen. Und da die Nachfrage größer ist als das Angebot, so senkt sich der Preis, den der Geldnehmer zu zahlen hat, von Woche zu Woche. Aber es ist auch ein besonderes Symptom, daß überhaupt vom Privatdiskont gesprochen wird. Als der Krieg ausbrach, interessierte man sich begreiflicher Weise für die zum Teil sehr brüskten Lebensäußerungen der großen Notenbanken. Die Diskontsätze gerieten in eine Erregung, wie man sie kaum je erlebt hatte. Dann kam das Pendel wieder in ruhige Schwingungen, da der internationale Geldmarkt die Freizügigkeit verlor, eine Ausnützung der Unterschiede im Geldpreis also nicht möglich war. Es entstanden geschlossene Diskontstaaten, in denen sich das Leben nach den internen Bedürfnissen und Notwendigkeiten abspielte. Die Wissenschaft vom Geld ist vereinfacht worden. Besonders für das Deutsche Reich, dem nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Neigung zu irgendwelchen Geldgeschäften auf fremdem Boden fehlt. Daß die neue Orientierung des Geldmarktes beinahe unbemerkt blieb und jedenfalls nicht Gegenstand der Erörterung wurde, ist ein Beweis von der geringen Spannung, die in der deutschen Geldfrage liegt. Man weiß, daß Geld im Ueberfluß da ist; hat auch sichtbare Anzeichen dafür im Erfolg der Anleihe; hört gelegentlich, daß der Diskontsatz der Reichsbank noch immer 5 Prozent beträgt — und kann aus all dieser Erfahrung den Schluß ziehen, daß die Gelderneuerung in Deutschland nicht verkümmert sei. Und die Hauptfrage ist, daß die Reichsbank schon 2387 Millionen Mark Gold aufgehäuft hat. Das ist die Reserve, mit deren Hilfe die überseeischen Geschäfte nach dem Kriege wieder aufgenommen werden können. Deutschland ist in der Lage, dem Weltmarkt einen „Freien Goldmarkt“ zur Verfügung zu stellen, wie ihn England in der Vergangenheit besaß. Die Londoner City bekam ihren Glanz von dem Golde, das die Bank von England freigebig auszahlte. Sie konnte es; denn in ihren Kellern war ununterbrochene Bewegung. Floß Gold nach Ägypten und Südamerika ab, so strömte es aus Südafrika oder der nordamerikanischen Union wieder ein. Ein ständiger Ausgleich ließ dem englischen Zentralinstitute die Kraft, jede Zahlungsanweisung auf London in Gold zu honorieren. Solche Freiheit bestand in Frankreich nicht. Dort verriegelte die Goldprämiapolitik die Panzertüren zum Goldgewölbe. Die deutsche Reichsbank aber mußte gewisse Rücksichten auf die Wahrung ihres Goldvorrates nehmen und gelegentlich den Goldexport zu verhindern suchen. Der Krieg hat ihr die Bedingungen für eine größere Bewegungsfreiheit geschaffen. Sie ist — was sie vorher nicht war — der Mittelpunkt des Goldreichtums geworden. Heute hat sie mehr als die Hälfte des gemünzten Goldes Deutschlands in ihrer Verwahrung. Sie befindet sich also unbedingt in der Majorität; und diese Ueberlegenheit wird sich später bezahlt machen. Die Beseitigung des Zwangskurses der deutschen Banknoten nach dem Kriege wird keinen Massenandrang von Papiergeld zur Folge haben. In dieser Beziehung liegt zwischen Anfang und Ende des Krieges eine Welt von Erkenntnis. Das Publikum ist erst durch die letzte Erfahrung reif für den Verkehr mit der Banknote geworden. Zuerst war es noch erforderlich, alle Ueberredungskunst aufzuwenden, um die Gleichheit im Werte der verschiedenen Zahlungsmittel zur unerschütterlichen Ueberzeugung zu machen. Bei denen, die ihr Gold zur Reichsbank getragen haben, ist die neu gewonnene Anschauung fest verankert. Sie werden ihr Gold also nicht zurückfordern, sonst hätten sie es ja behalten können; denn die Ablieferung an die Bank ist niemals erzwungen worden. Und die anderen, die das Gold festhalten, werden die Reichsbank nicht sehr in Anspruch nehmen, weil die Angst um den Besitz mit dem Ende des Krieges aufhört. Es liegt also für die Mißtrauischen kein Grund vor, den eigenen Goldschatz später zu vergrößern. Schließlich sind sie doch auch um die eine Wissenschaft bereichert worden: daß im Deutschen Reiche die Kaufkraft des Papiergeldes nicht schwächer ist als die des Goldes.

Es kann die Reichsbank mit aller Gewißheit auf den zukünftigen Sieg in der Valutafrage rechnen. Dieser Sieg hängt von dem Maß der Ueberlegenheit des gelben Metalls ab. Das Land, in dem der Ausgleich zwischen Gold und Papiergeld am raschesten vollzogen ist, wird am ehesten Schönheitsfehler in der Valuta beseitigt haben. Dazu kommt weiter das Maß der Abhängigkeit vom Ausland. Großbritannien knirscht unter den Jägeln Amerikas; Frankreich ist dem Briten tributpflichtig; Rußland hängt von der Gnade der Franzosen und Engländer ab, besitzt allerdings für diesen passiven Absolutismus die Milderung des „Staatsbankrotts nach Belieben“. Das heißt: die Unfreiheit des Zarenreiches ist, in noch höherem Grade, Abhängigkeit seiner Gläubiger. Im Gegensatz zu dieser Verfühlung der Geldinteressen steht die völlig unkomplizierte Verfassung des deutschen Geld- und Wirtschaftsstaates. Es ist genug Gold vorhanden, um einen ausgedehnten Warenverkehr mit dem Ausland zu bezahlen; es sind aber auch genügend Güter produziert worden, um gesteigerte Einfuhr durch vermehrten Export auszugleichen. Deutschland würde im Außenhandel auf sein Gold allein angewiesen sein, wenn anzunehmen wäre, daß dem Import fremder Güter keine Ausfuhr eigener Produkte gegenüberstände. Das wird nicht der Fall sein. Deutschland kann auf die Kunden warten, die später seine Märkte besuchen werden, und es kann sich große Zurückhaltung im Ankauf fremdländischer Erzeugnisse auferlegen,

wenn es sieht, daß man ihm irgendwo den Boykott zugebracht hat. Wenn die deutsche Valuta im Ausland willkürlich bewertet wird, so ist das nichts weiter wie ein Gefühlsmoment. Die Toren glauben, ihrem Haß und Meid ein Opfer bringen zu müssen. In der Wirklichkeit bereichern sie nur den schlaueren Volksgenossen, der ihnen deutsche Banknoten zu niedrigem Preise abnimmt, weil er genau weiß, daß er sie nach dem Kriege mit hohem Nutzen wieder los schlagen kann. Der Kurs der deutschen Zahlungsmittel in Feindesland ist kein Ergebnis valutariischer Erwägungen, sondern nur der Ausdruck von Gefühlen und Empfindlichkeiten. Der Franzose und Engländer aber, der sich von dem reichen Goldschatz der Reichsbank ein richtiges Bild zu machen sucht, wird bald erkennen, welche seltene Chance ihm die Dummheit seiner Landsleute eröffnet.

Der deutsche Kapitalist ist klüger als der Kollege in Paris und London. Er weiß genau, welches Vorteil in der richtigen Bewertung eines Zufallsturfes des Geldes liegt. Beweis: die Beliebtheit, deren sich österreichische und ungarische Renten in Deutschland erfreuen. Schon seit Wochen werden unter den Papieren, die Käufer anlocken, die Staatsanleihen unseres Bundesgenossen genannt. Fast in jedem Börsenbericht liest man, daß Nachfrage für diese Werte bestand. Dieses Interesse ist zunächst ganz allgemein, aus dem Vertrauen in die Zukunft der habsburgischen Monarchie zu erklären. Die militärischen Erfolge und das überraschend gute Ergebnis der Kriegsanleihen sind Beweise, deren Gewicht das deutsche Publikum richtig abschätzt. Auf dieser Grundlage ruht die besondere Würdigung der genannten Papiere. Die Besitzer von freiem Geld suchen nach vorteilhaften Kapitalanlagen. Daß neben den deutschen Kriegsanleihen, die natürlich an erster Stelle stehen, auch andere zinsichere Effekten berücksichtigt werden, ist eine Folge der raschen Kapitalerneuerung und der geringen Beanspruchung des Geldes durch die Industrie. Was auf die Kriegsanleihe ingezahlt wird, wandelt sich schnell in gewerbliches Einkommen, das wieder einen großen Teil reinen Ueberschusses dem Kapitalmarkt zur Verfügung stellt. Diese Prozedur braucht viel kürzere Zeit, als von einer Anleiheemission bis zur anderen vergeht, und so ergibt sich die überraschend prompte Finanzierung der zweiten Reichsanleihe von neun Milliarden. Lange vor dem letzten Zahlungstermin wird der ganze Betrag aufgebracht sein; und nun kommt neues Geld zum Vorschein, das gleich wieder eine Unterkunft sucht. So erklärt sich die Tatsache, daß deutsche Häuser mit nicht geringen Summen an der Zeichnung der österreichischen und ungarischen Anleihen beteiligt sind. Der Zinsfuß und der Kurs sind verlockend genug, um die Käufer reizen zu können. Die Umsätze von der Berliner Börse sind auf die gleichen Ursachen zurückzuführen. Die Vorteile des Erwerbes werden durch den augenblicklichen Kurs des österreichischen Geldes noch vergrößert. Den Unterschied darf sich der Käufer österreichischer oder ungarischer Rente als Gewinn zurechnen, da im Frieden der frühere Stand der Währung sicher wiederkehren wird.

Im Economist

Die vom Haß blind gewordenen Franzosen und Engländer sind nicht imstande, eine solche Chance zu erkennen, auf die man in der Schweiz und in Holland schon längst aufmerksam wurde. Schweizerische und holländische Banken wissen den Nutzen des Erwerbes ausländischer Papiere aus deutschem Besitz zu würdigen. Da die deutsche Valuta in Zürich und Amsterdam unter der Parität steht, so gewinnt der Effektenkäufer den Unterschied des Preises seiner und der deutschen Währung. Eine ähnliche Erwägung spielt bei dem Ankauf österreichischer und ungarischer Staatspapiere in Deutschland eine Rolle. Wenn z. B. 6prozentige ungarische Schatzscheine begehrt sind, so rechnet man folgendermaßen: Beim Kurs von $96\frac{1}{4}$ (der Preis stieg in letzter Zeit von 94 auf $96\frac{1}{4}$) ergibt sich ein Kapitalgewinn von $3\frac{3}{4}$ Prozent, da die Schatzscheine im April 1916 zur Parirückzahlung fällig sind. Das bedeutet also eine jährliche Verzinsung von $9\frac{3}{4}$ Prozent. (Für den, der zu 94 Prozent gekauft hat, berechnet sich die Rentabilität sogar mit 12 Prozent.) Dazu kommt dann der nicht minder große Gewinn, der bei der Wiederkehr normaler Verhältnisse aus dem wiederhergestellten früheren Stand der österreichischen Währung zurzeit der Einlösung mit voller Sicherheit zu erwarten ist. Solche Rechnungen sind von Einfluß auf das Geschäft in österreichischen Staatspapieren.

Im übrigen sind die Umsätze in Effekten gerade in der letzten Zeit stärker angewachsen, seitdem die Banken sich am Effektenhandel beteiligen. Das meiste wird allerdings an den Schaltern und in den Bureaux erledigt, so daß die Makler weniger in Anspruch genommen werden. Ihnen fehlt der Kern ihrer Tätigkeit: die Kursfestsetzung. Amtliche Kurse gibt es nicht; die wichtigste Aufgabe der Makler fällt also weg und damit auch die Bindung des Handels in den einzelnen Papieren an einem bestimmten Platz. Hinter den Maklerschranken standen früher die Amtspersonen, welche die Aufträge entgegennahmen. Man wußte, die Aktie wird dort, jene da gehandelt. Heute wird das Börsengewerbe im Umherziehen betrieben. Feste Domizile gibt es nicht. Niemand ist gezwungen, zum Makler zu gehen. Dem wird im Gegenteil das Dasein erschwert durch die zahlreichen kleinen Bankiers, die seit der Beteiligung der Großbanken erst recht auf den Kundenfang ausgehen. Sie haben einigen Erfolg, da die Bedingungen, unter denen die hohe Finanz Geschäfte mit der Kundschaft abschließt, nicht auf große Reize eingestellt sind. Das Publikum wird nicht zum Kaufen oder Verkaufen von Wertpapieren angelockt. Trotzdem haben die Banken den psychologischen Augenblick richtig erkannt. Die Besucher der Wechselstuben hatten lange genug über die Zurückhaltung der Finanzinstitute geklagt. Nun war es Zeit, dem freien Verkehr eine bestimmte Richtung zu geben, das heißt, ihn in die Papierlager der Banken zu lenken. Die Folge davon war eine Minderung der Umsätze an der Börse. Der freie Verkehr ist unfrei geworden. Eine

stärkere Macht hat ihm seine Kreise gestört. Man darf allerdings aus dem Steigen der Kurse nicht auf umfangreiche Geschäfte schließen. Die geringe Menge der Effekten, die in den Börsenhandel kommen, ist viel eher der Grund zur Kurshausse. Eine bekannte Erscheinung, die man in Friedenstagen oft beobachten konnte, wenn einzelne Werte des Kassamarktes, die nur in begrenzter Zahl vorhanden waren, übermäßig teuer wurden. Der neue Zustand an der Börse wird als Zwischenakt betrachtet. Die Kenner sind überzeugt, daß eine Lage, die nicht Fisch noch Fleisch sei, nicht andauern könne. Es wird angenommen, daß mit der Veröffentlichung amtlicher Kurse nicht mehr lange gezögert werden kann. Die Sorge wegen störender Ueber-raschungen aus der Politik scheint geschwunden. Der Glaube an den Sieg beherrscht die Gefühle; und der Ansehensunterricht, den das Wirtschaftsleben erteilt, kräftigt die Nerven. Die Berliner Börse hat durch „konfidente Handlung“ gegen ihre Ausschaltung Widerspruch erhoben; und sie ist mit ihrer Opposition durchgedrungen. Unter den Kennzeichen der wirtschaftlichen Lebenskraft Deutschlands ist der zähe Erfolg der Börse eines der bedeutendsten. Schon deshalb, weil Handel und Industrie die Wichtigkeit dieser Taktik bestätigen. Das ist das Resultat der ersten elf Kriegsmonate!

Die neue Berliner Stadtaleihe von 288½ Millionen Mark wird die Stadtverordneten-Versammlung am nächsten Donnerstag beschäftigen. In der Sitzung des Stadtverordneten-Ausschusses wurde von mehreren Stadtverordneten die dringende Bitte ausgesprochen, mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse in der Verwaltung die größte Sparsamkeit walten zu lassen. Dem Magistrat wurde erwidert, daß die größte Sparsamkeit beobachtet worden sei, rund 23 Millionen Mk. seien schon vom Magistrat von dem ursprünglich vorgesehenen Bedarf für die nächsten fünf Jahre gestrichen worden. Der Magistrat stehe auf dem Standpunkt, daß bei weiser Sparsamkeit alles getan werden müsse, um die Aufgaben zu erfüllen, die nun einmal der städtischen Verwaltung obliegen, auch die veränderten Verhältnisse seien nicht außer acht gelassen worden. Man müsse zeigen, daß die städtische Verwaltung ihnen gewachsen sei.

Hinsichtlich der Konvertierung, der Begebung, der Tilgung und anderer finanztechnischen Fragen der Anleihe wurden vom Magistrat allseitig befriedigende Auskünfte gegeben.

Die 288-Millionen-Anleihe.

Die gestrige Berliner Stadtverordnetenversammlung genehmigte ohne jede Erörterung die Vorlage wegen Aufnahme einer neuen Anleihe in Höhe von 288 601 000 Mark. Ueber die Ausschußberatungen berichtete Stadtv. Cassel.

Es könnte vielleicht — so begann er — nach außen hin auffallen, daß eine Vorlage mit so großem finanziellen Effekt bei uns eine schnellere Erledigung findet als Vorlagen, die weit geringere finanzielle Bedeutung haben. Das erklärt sich daraus, daß es sich bei einem großen Teil der Anleihe darum handelt, Mittel zu bewilligen für durch Gemeindebeschlüsse schon bewilligte Zwecke und daß, soweit es sich um Ausgaben handelt, bei denen solche Beschlüsse noch nicht vorliegen, die Festsetzung der Summen nur eine vorläufige ist und die endgültige Höhe noch besonderer späterer Beratung im einzelnen vorbehalten bleibt. Daher kommt es, daß eine solche Vorlage uns nicht viel Neues bringt, sondern im großen und ganzen eine Zusammenfassung der Summen, die gebraucht werden, und daneben die Denkschrift über unsere gesamte Finanzlage. Es handelt sich bei dem überwiegenden Teil der Summen um werbende Ausgaben wirtschaftlicher Natur, die ihr Gegengewicht haben in den Anlagen, die für die Stadt erworben werden, Ausgaben für Zwecke geistiger, wirtschaftlicher, kultureller Natur wie Schulen, Krankenhäuser und Zwecke, die der Gesundheit unserer Stadt dienen, also, wenn auch nicht unmittelbar, so doch mittelbar auch als werbende zu bezeichnen sind. Es wurde im Ausschusse von mehreren Seiten gewünscht, daß in einigen Punkten möglichst sparsam gewirtschaftet werden möge, aber andererseits wurde auch betont, daß dabei jedenfalls das, was schon beschlossen worden ist, durchgeführt werden müsse und daß die Weiterentwicklung der Stadtgemeinde nach den verschiedensten Richtungen kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Natur unter keinen Umständen außer acht gelassen werden dürfe im Interesse der Stadt und ihrer Bewohner selbst. Es wurde dabei im Ausschusse eine Reihe von Punkten berührt, z. B. ob alle Straßendurchlegungen und Verbreiterungen notwendig wären und auch über manche andern Einzelpunkte ist im Ausschusse gesprochen und verhandelt worden. Eine Forderung wurde in der Vorlage vermischt: für den Bau des Geschlechtskrankenhauses, und es wurde darauf hingewiesen, daß der Magistrat diesen Bau etwas schneller als bisher in die Wege leiten muß. Die Höhe der Anleihe, die Verzinsung, die Abfindungssumme der Großen Berliner Straßenbahn und die künftige Entwicklung unserer Finanzen haben im Ausschusse zu Anregungen nach verschiedenen Richtungen hin geführt, man war aber der Meinung, daß die Erörterung derartiger Fragen in heutiger Zeit nicht gerade angezeigt erscheint. So hat der Ausschuß der Vorlage im ganzen, vorbehaltlich der Feststellungen im einzelnen, zugestimmt.

Wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn mit der gehörigen Sparsamkeit gewirtschaftet wird, unsere Finanzen sich befriedigend entwickeln und unsere gesamte Finanzlage auch in Zukunft sich günstig gestalten wird. Der Magistrat hat seine Denkschrift in verschiedenen Punkten ergänzt. So ist noch hinzugefügt worden, daß die in der Anleihe 1912 vorgesehenen Neubauten der Augusta-Brücke mit 3 000 000 M. und der Brücke über die Spree im Zuge der Frucht- und Manteuffelstraße mit 1 195 000 M. außer Berechnung bleiben, weil diese Bauten bis 1918 noch nicht zur Ausführung kommen. Ferner sind die in der Anleihe 1912 vorgesehenen Summen für die Durchlegung der Manteuffelstraße zwischen Köpenicker Straße und Spree mit 4 245 000 M. und für die Umgestaltung des Potsdamer Platzes mit 505 000 M. nicht berücksichtigt, da auch diese Anlagen bis Ende 1918 nicht zur Ausführung gelangen werden. Der Berichterstatter schließt mit der Hoffnung,

daß auch diese Ausgaben in der Zukunft, nach glücklich errungenem Frieden, eine weitere wirtschaftliche, kulturelle und soziale Blüte unserer Stadt gewährleisten werden. Der Ausschuß schlägt folgende Beschlusfassung vor:

Die Versammlung erklärt sich einverstanden, daß a) für die in der Vorlage vom 24. Juni d. J. angegebenen Zwecke eine Anleihe von 288 601 000 M. in Schuldverschreibungen, auf den Inhaber lautend, aufgenommen und dazu die staatliche Genehmigung nachgesucht wird; b) die Begebung der Anleihe in Teilbeträgen erfolgt, die den Bedürfnissen der einzelnen Jahre entsprechen; c) die Tilgung während der ersten 5 Jahre mit 1 v. H., von da ab mit 2 v. H., unter Zuwachs der erparten Zinsen, erfolgt; d) die Verzinsung mit 4 bis 5 v. H. erfolgt und die Konvertierbarkeit während der ersten 5 Jahre vom Beginn des auf die Begebung folgenden Rechnungsjahres ab gerechnet ausgeschlossen sein soll; e) die endgültig auszugebenden Schuldverschreibungen auf 5000 M., 2000 M., 1000 M., 500 M., 200 M. und 100 M. lauten; f) Interimscheine ausgegeben werden können; g) im übrigen die bisher üblichen Anleihebedingungen beobachtet werden.

Nach einstimmiger Annahme des Antrages werden einige kleinere Vorlagen schnell erledigt, und hierauf wird die Sitzung geschlossen. — Es folgt eine geheime Sitzung.

Ausländische Wertpapiere.

Von
Georg Bernhard.

Im Handelsblatt der „Vossischen Zeitung“ vom 3. Juli hat unter dem Artikel „Auslandswerte“ ein Aufsatz gestanden, der treffend den Standpunkt darlegt, den die Kreise der hohen Bankwelt über die Anlage deutschen Kapitals in ausländischen Werten einnehmen. Der Verfasser des Aufsatzes macht meines Erachtens den gleichen Fehler, den die Vertreter der Börsen- und Kapitalsinteressen in Deutschland vielfach schon früher sehr zum Schaden der Sache, die sie verteidigten, gemacht haben: er will zuviel beweisen und schädigt dadurch seine Sache. Es unterliegt gar keinem Zweifel und bedarf gar keiner Beweisführung, daß in einem Industriestaat vom Range Deutschlands die Kapitalsanlage in ausländischen Werten notwendig und nützlich ist. Sie läßt sich gar nicht vermeiden, um uns anderen Völkern gegenüber nicht in Nachteil zu bringen. Deshalb haben auch bisher immer nur einzelne ganz kurzsichtige Fanatiker sich gegen die ausländische Kapitalsanlage überhaupt gewandt. Andererseits haben die deutschen Bankkreise aber nicht zugestehen wollen, daß man in solchen Kapitalsanlagen auch zuviel tun könne. Sie haben lediglich den privatwirtschaftlichen Standpunkt der Sicherheit der in Deutschland emittierten ausländischen Papiere gelten lassen wollen. Wenn dagegen die Diskussion über das Problem ins Volkswirtschaftliche hinübergreift, so haben sie die ausländische Kapitalsanlage in allererster Linie damit verteidigt, daß für den Fall der finanziellen Mobilmachung gerade der Besitz zahlreicher ausländischer Werte seitens deutscher Kapitalisten den größten Vorteil bedeutet.

Dieser ganz einseitige volkswirtschaftliche Standpunkt ist nun durch den Krieg zweifellos ad absurdum geführt worden. Die Tatsachen haben unwiderleglich bewiesen, daß im Augenblick der finanziellen Mobilmachung der Besitz Deutschlands an ausländischen Papieren genau so wenig zu realisieren war wie der Besitz an deutschen Wertpapieren. Diese Tatsache selbst muß auch der Verfasser des erwähnten Artikels zugeben. Er weist aber darauf hin, daß daran das Versagen der ausländischen Börsen und die ganz besondere Eigenart des jetzigen Weltkrieges die Schuld tragen. Das bestreitet niemand. Aber die ganze Beweisführung jenes Artikels ist so angelegt, als ob die deutsche Bankwelt unter der Anklage mangelnder Voraussicht stünde, gegen die sie sich verteidigen muß. Das ist aber keineswegs der Fall. Tatsächlich hat man nicht wissen können, daß alle Börsen der Welt auf einmal versagen, und daß besonders auch die neutralen Börsen schon zu Beginn des Krieges ihre Tätigkeit einstellen würden. Das Argument vom Nutzen ausländischer Kapitalsanlagen für die finanzielle Mobilmachung ist ja auch von denjenigen anerkannt und als besonders wichtig bezeichnet worden, die sich sonst in ihrer Auffassung von der Einseitigkeit unserer Bankkreise freigehalten haben. Aber wenn auch die Bankwelt nach dieser Richtung hin keinerlei Verschulden trifft, so ist doch nun einmal klar geworden, daß es sich hier um einen Irrtum gehandelt hat. Für den Fall eines neuen umfangreichen europäischen Krieges werden wir wieder genau die gleichen Erfahrungen wie in diesem Kriege machen.

Wenn nun in jenem Artikel weiter darauf hingewiesen wird, daß ein erheblicher Teil unserer ausländischen Kapitalsanlagen sofort realisiert werden konnte, nachdem die amerikanischen Börsen wieder ihre Tätigkeit aufgenommen hatten, so ist das kein Beweis gegen das Fiasko ausländischer Werte als Mittel zur finanziellen Mobilmachung, denn die finanzielle Mobilmachung erfolgt wie die militärische kurz vor und bei Beginn des Krieges. Ein Heer, das sechs Monate nach Beginn des Krieges erst wirksam militärisch mobil zu machen vermag, wird bereits im immobilen Zustande geschlagen sein. Und das gleiche gilt für eine Volkswirtschaft, deren Mobilmachung erst mehrere Monate nach Kriegsbeginn einsetzen kann. Wer sechs Monate, nachdem er sich aus Sorge um seine Finanzen das Leben genommen hat, eine Millionenerbschaft macht, wird dadurch nicht wieder lebendig. Zweitens ist aber zu beachten, daß es sich bei der Vermittlung Amerikas für den Verkauf unserer ausländischen Werte doch immer nur um einen ganz kleinen Bruchteil unserer ausländischen Kapitalsanlage gehandelt hat. Der große Kreis der vielgestaltigen ausländischen Wertpapiere, die sich in deutschem Besitz befinden, ist dadurch verhältnismäßig sehr gering berührt worden. Drittens besagt der erfolgte Verkauf amerikanischer Papiere ja noch nicht einmal, daß wir in den Besitz des Geldes davon kommen. Denn es wird ja dem Verfasser des von mir erwähnten Artikels nicht verborgen geblieben sein, daß die Engländer, die die Kabel nach Amerika beherrschen, soweit sie es irgend konnten, die Wirksamkeit finanzieller Dispositionen zu verhindern gewußt haben.

In dem Artikel wird u. a. auch darauf hingewiesen, daß eine große Anzahl Deutscher auch solche ausländischen Papiere erworben hat, die in Deutschland keinen Markt besitzen. Diese nicht mit deutschem Stempel versehenen Papiere seien in feindlichen Ländern deponiert gewesen, und die Schwierigkeit, diese Depots herauszubekommen, hätte ebenfalls die Realisierung dieser Werte gestört. Ich vermute, daß durch diese Ausführungen bewiesen werden soll, daß unsere finanzielle Mobilmachung gerade durch die Verhinderung der Einführung ausländischer Papiere in genügendem Umfange an deutsche Börsen besonders benachteiligt worden sei. Dieser Einwand geht aber wirklich völlig fehl. Gerade für die Frage der finanziellen Mobilmachung ist es nämlich wirklich ganz gleichgültig, ob ein Papier in Deutschland erworben und deponiert oder im Auslande gekauft und hinterlegt worden ist. Denn ob ich ein Papier nicht verkaufen kann, weil es mir der englische Bankier nicht herausgibt, oder ob ich es nicht verkaufen kann, weil die betreffende Börse, an der es außerhalb Deutschlands gehandelt wird, nicht funktioniert, macht gar keinen Unterschied.

Wenn man die ganze Frage der Anlage deutschen Kapitals im Auslande unbefangen betrachtet, so soll man ruhig zugeben, daß wir durch den Krieg gelernt haben, wie wenig mehr wert der Besitz ausländischer Wertpapiere für den Fall der finanziellen Mobilmachung ist als die Anlage in deutschen Wertpapieren. Der wesentlichste volkswirtschaftliche Gesichtspunkt, der für diese Frage in Betracht kommt, ist durch den Krieg überhaupt nicht berührt worden. Nach wie vor sieht fest, daß die Anlage deutschen Kapitals im Auslande volkswirtschaftlich notwendig und bei genügender Vorsicht privatwirtschaftlich gewinnbringend ist, daß aber die an das Ausland zu vergebenden Gelder in einem gesunden Verhältnis zur gesamten inländischen Kapitalbildung und zu den flüssigen Mitteln stehen müssen, die das Land zur Kapitalsanlage überhaupt zur Verfügung hat. Nur dagegen, daß in größerem Maße ausländische Anleihen in Deutschland emittiert worden sind, als die Flüssigkeit und die Sparkraft unserer Volkswirtschaft vertragen, haben sich einsichtige Kritiker stets gewandt. Leider ist darüber zwischen den Vertretern der Kritik und der Wissenschaft auf der einen und den Vertretern der Bankwelt auf der anderen Seite in Friedenszeiten nie volle Übereinstimmung erzielt worden. Die Bankwelt hat sich meist auf den Standpunkt gestellt, daß man jedes lukrative Geschäft auch im Auslande machen könne und sogar machen müsse. Dieser Standpunkt ist volkswirtschaftlich unmöglich. Die Zustände nach dem Ausbruch des Krieges haben gezeigt, wie notwendig die Aufsichtstätigkeit des Staates gerade auf dem Gebiete der Emissionen ausländischer Anleihen gewesen ist.

Reichsbankausweis vom 15. Juli.

	15. Juli		gegen		15. Juli		gegen	
	1915	7. Juli 1915	1915	7. Juli 1915	1914	7. Juli 1914	1914	7. Juli 1914
Aktiva (in 1000 M)								
Metallbestand	2 440 086	+	4 225		1 668 825	+	42 986	
davon Gold	2 392 439	+	1 508		1 344 072	+	32 978	
Kassenscheine	283 162	+	32 091		59 104	+	8 309	
Noten anderer Banken	27 109	+	4 785		33 078	+	9 647	
Wechsel und Schecks	4 654 413	—	225 997		807 651	—	165 932	
Lombardforderungen	13 413	—	1 206		59 696	—	2 809	
Effekten	21 087	—	2 053		347 044	—	26 820	
Sonstige Aktiva	183 677	—	4 867		208 097	—	5 113	
Passiva (in 1000 M)								
Grundkapital	180 000	unv.			180 000	unv.		
Reservefonds	80 550	unv.			74 479	unv.		
Notenumlauf	5 412 246	—	191 369		1 994 564	—	197 738	
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	1 736 399	—	1 164		895 041	+	57 871	
Sonstige Passiva	213 702	—	489		39 411	+	635	
Gesamter Status		+	232 470			+	258 680	

Notendeckung durch Metall und Reichskassen- und (seit dem 7. August v. J.) Darlehnskassenscheine (in pCt.):

1915		1914			1913	1912
30. Juni	7. Juli	15. Juli	7. Juli	15. Juli	28. Juli	15. Juli
50,49	48,35	50,82	76,48	86,63	92,91	74,71
						76,06

In der zweiten Juliwoche hat sich der Goldbestand weiter um 1½ Mill. M erhöht. In Wirklichkeit war aber der Zustrom an Gold größer, als er in Zahlen des Ausweises in Erscheinung tritt. Es mußten nämlich erhebliche Goldabgaben vorgenommen werden, und zwar für Auslandszahlungen, deren Begleichung in Gold aus Gründen des öffentlichen Interesses geboten war. Der Silberbestand hat sich um 2,7 Mill. M auf 47,6 Mill. M erhöht. Der Darlehnskassenbestand bei den Darlehnskassen hat sich um 22,9 auf 1034,5 Mill. M, der Bestand der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen hingegen um 28,1 auf 250,2 Mill. M vermehrt. Die Zunahme der Darlehnskassenscheine bei der Reichsbank ist mithin um 5,2 Mill. M größer als der Zuwachs an Darlehen bei den Darlehnskassen. Die Differenz erklärt sich daraus, daß in die Reichsbank aus dem Verkehr 8,7 Mill. M an Darlehnskassenscheinen geflossen sind, und daß sie 3,5 Mill. M als Deckung für neu von der Reichsschuldenverwaltung empfangene Reichskassenscheine hinterlegt hat. Der Betrag der insgesamt bisher auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1915 ausgegebenen (gedeckten) Reichskassenscheine beziffert sich nunmehr auf 82 Mill. M. Die Reichsbank besitzt an Reichskassenscheinen nach dem Ausweise vom 15. Juli 23 Mill. M oder 4 Mill. M mehr als am 7. Juli. Da sie in der Zwischenzeit nur 3½ Mill. M empfangen hat, müssen ihr aus dem Verkehr 0,5 Mill. M Reichskassenscheine zugeflossen sein.

Die gesamte Kapitalanlage hat sich um 229,3 auf 4688,9 Mill. M, die bankenmäßige Deckung für sich selbst betrachtet um 226 auf 4654,4 Mill. M vermindert. Bringt man von der Entlastung der gesamten Kapitalanlage die in der letzten Woche eingetretene Inanspruchnahme der Darlehnskassen (22,9 Mill. M) in Abzug, so verbleibt eine Summe von 206,4 Mill. M, während zur gleichen Zeit des Vorjahres die Kapitalanlage um 195 Mill. M zurückgegangen war. Auch beim Notenumlauf ist eine weitgehende Uebereinstimmung mit dem vorigen Jahre zu verzeichnen. Er hat sich nämlich diesmal um 191,4, im vorigen Jahre um 197,7 Mill. M verringert. Die zum Vergleich stehenden Zahlen nähern sich noch mehr, wenn man zu der Einschränkung des diesjährigen Notenumlaufs den Rückfluß von Darlehnskassenscheinen und Reichskassenscheinen in Höhe von (8,7 + 0,5) 9,2 Mill. M hinzurechnet. Von dem oben festgestellten Notenumlauf entfallen 2320,4 Mill. M auf kleine Noten oder 69,9 Mill. M weniger als am 7. Juli.

Die Golddeckung des gesamten Notenumlaufes beträgt 41,2 pCt. gegen 42,7 pCt. in der vorigen Woche. Auch die Metalldeckung der Noten hat sich günstig gestaltet; sie berechnet sich auf 45,1 gegen 43,5 pCt. Die Deckung der sämtlich täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold ist von 32,6 auf 33,5 pCt. gestiegen, wobei zu bemerken ist, daß die fremden Gelder diesmal sich fast gar nicht verändert haben.

Feindeskaptal in Galizien.

Als im Jahre 1908 die österreichische Regierung den Entschluß faßte, der bedrängten Rohölindustrie Galiziens staatliche Hilfe angedeihen zu lassen, befand sich ein großer Teil des Erdölbergbaues in reichsdeutschen Händen. Die deutschen Industriellen versprachen sich keine Erfolge von der eingeleiteten Rettungsaktion, und obwohl die berühmte deutsche Grube „Oil City“, deren Ueberproduktion den ungeahnten Preissturz des Rohöls hervorgerufen hat, ein Sorgenkind des österreichischen Staates war, trat das deutsche Kapital einen geordneten Rückzug an, um einer vermeintlichen Niederlage zu entgehen. Diese zeitweise Erlahmung des deutschen Unternehmungsgeistes, dem die erste schlimme Erfahrung genügte, um ein zukunftsreiches Betätigungsfeld zu räumen, war ein grober Fehler: die Krisis war wie eine Kinderkrankheit bald überwunden, und Boryslaw, Drohobycz und Tustanowice entwickelten sich zu einem gesegneten Klondyke Galiziens. Die Deutschen aber waren aus der Bildfläche verschwunden, und anstatt ihnen heimste England die fetten Dividenden ein. In richtiger Erkenntnis der für die galizische Rohölindustrie aufblühenden Möglichkeiten, haben nämlich die Engländer den krisenhaften Preissturz sich zunutze gemacht und einen Teil von Gruben, Pipelines, Tanks und Reservoirs angekauft. Dem englischen Wagnis war ein glänzender Erfolg beschieden, und die galizischen Rohölk Aktien wurden auf der Londoner Börse zu einem sehr begehrten Artikel. Der englische Börsenjobber, dem auf dem Gebiete der Werbung gewiß eine große Geschicklichkeit nicht abgesprochen werden darf, wußte durch die Ausgabe von Kleinaktien zu 1 Lstr. dem galizischen Rohöl eine ungeahnte Popularität zu verschaffen. Es begann eine regelrechte Gründerzeit, neue Gesellschaften wuchsen wie Pilze nach dem Regen, bestehende wurden zu Gesellschaften größeren Formats vereinigt, andere wieder in kleinere Unternehmungen gesprengt: alles das nur, um eine möglichst große Anzahl verschiedenartiger Aktien auf den Londoner Markt, der sich dieses Gebaren ohne weiteres gefallen ließ, zu werfen. Ja, es gab sogar englische Industrieritter, deren Gründungen nie einen Tropfen galizischen Erdöls gerochen haben und dennoch an der selig vertrauenden Londoner Börse gut notiert waren. Am Ende dieser Entwicklung verschob sich das ursprüngliche Bild derart, daß kleinere Gesellschaften zu einer Art von Trust vereinigt waren, die von einzelnen Zentralstellen geleitet, den Siegeszug des englischen Kapitals in Galizien zielbewußter gestalten konnten. Wenig bekümmert um kaufmännische Anständigkeit, verbesserten die Londoner Generalstähler den Geschäftsgang der einzelnen Rohölgesellschaften, deren Dividenden nicht den Erwartungen entsprachen, indem sie den überschüssigen Gewinn glücklicherer Schwesterunternehmungen dafür verwendeten.

Den Engländern folgten alsbald die Franzosen, und als die dritten im Bunde traten die Belgier auf den Plan. Obwohl inzwischen die günstige Lage des Rohölmarktes große Preissteigerungen zur Folge hatte, machten auch die Herren aus Paris und Brüssel gute Geschäfte, indem sie die augenblicklichen Preisschwankungen wohlweislich ausnützten. Infolge dieser Sintflut des ausländischen Kapitals hat sich der Schwerpunkt des galizischen Rohölhandels aus Wien und Berlin nach London, Paris und Brüssel verschoben. Eine Börse für Rohölwerte in dem jetzt gut deutschen Lille trug wesentlich zur Befestigung des Rohöl-Dreiverbandes, in dessen Besitz beim Ausbruch des Krieges vier Fünftel des gesamten galizischen Rohölbergbaues, insofern dieser nicht mit Raffinerien verbunden ist, neun Zehnte der Pipelines und mehr als ein Zehntel der Kapazität der österreichischen Raffinerien sich befanden.

Es war ursprünglich in Oesterreichs Absicht, weder gegen die feindlichen Ausländer, noch gegen das feindliche Kapital vorzugehen. Als aber auf der englischen und französischen Seite Feindseligkeiten gegen österreichische Unternehmungen im Auslande begonnen haben, mußte auch die Donaumonarchie zu Vergeltungsregeln schreiten. Während jedoch England und Frankreich, unsere Unternehmungen als Gefangene betrachtend, sie unter Zwangsverwaltung stellten, beschränkte sich Oesterreich in der Verordnung vom 22. Oktober 1914 (N. 292 R.-G.-Bl.) auf die Ueberwachung des feindlichen Kapitals. Die Anwendung dieser Verordnung auf die Rohölgesellschaften begegnete aber nicht unerheblichen Schwierigkeiten. Die staatliche Kontrolle konnte nur dann ihre Zwecke restlos erfüllen, wenn sie alle ausländische Gesellschaften umfaßte. Das galizische Rohölgebiet ist aber — wie angegeben — mit ausländischem Gelde unterminiert. Die Unternehmungen sind nicht als Aktiengesellschaften, sondern aus börsen- und finanztechnischen Gründen als kleine, angeblich selbständige Gesellschaften m. b. H. gegründet worden. Die ausländische Abstammung dieser Gesellschaften, deren Kapital das gemeinsame Eigentum aller anderen Schwestergesellschaften war, blieb oft genug selbst den aus den Landeskreisen stammenden Direktoren und Verwaltern verborgen. Unter solchen Umständen war es leicht möglich, daß ein unter Aufsicht gestelltes Unternehmen sein Kapital einer mit ihm in geheimer Verwandtschaft verbleibenden, nach außen aber vollkommen selbständigen Gesellschaft überführen und durch diese Manipulation der Ueberwachung entgehen konnte. Hier mußten erst die geheimen Verbindungsgänge aufgedeckt, das lichtscheue Ausland aus seinen, sich glänzend rentierenden Schlupfwinkeln hervorgezerrt werden.

Die Demaskierung dieser Unternehmungen, die in jahrelanger Uebung ihr Doppelleben: nach außen selbständig, in Wirklichkeit von einzelnen Kapitalszentren abhängig, zu verdecken wußten, würde schon zu Friedenszeiten eine Armee von Bücherrevisoren und Sachverständigen erheischen. Im Kriege drohte diese Aufgabe zu einem Sammelsurium ungelöster Rätsel zu werden: die feindlichen Kapitalisten haben sich schon längst aus dem Staube gemacht, ihre galizischen Vertreter waren in Wien versammelt und das Petroleumgebiet von den Russen besetzt. Und doch gelang es dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, die Untersuchungen fast gleichzeitig mit dem Beginn des russischen Rückzuges aus Galizien zu Ende zu führen. Die auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchungen eingeführte Aufsicht hat eine doppelte Aufgabe zu lösen: 1. positiv, die gesamte galizische Rohölproduktion muß intensiv geführt werden und in erster Reihe den Heeresbedarf befriedigen, 2. kein österreichischer Heller gelangt direkt oder auf Umwegen in feindliche Hände. Die ausländischen Gesellschaften werden von Beamten überwacht, deren juristische und Handelstechnische Erfahrung der großen Aufgabe gewachsen ist. Die Befugnisse dieser Kommissäre sind weitgehend: jede Hintergehung wird mit Geld oder Gefäng-

nisstrafen geahndet, das ungehorsame Personal kann von ihm ohne weiteres entlassen werden usw. usw. Das Leben der Gesellschaft muß für den beaufsichtigenden Beamten ein offenes, jederzeit zugängliches Buch sein. Nicht um Schikanen handelt es sich. Die Zukunft der galizischen Rohölindustrie liegt der österreichischen Regierung zu sehr am Herzen, als daß sie durch zwecklose Repressalien ihre Entwicklung unterbinden sollte. Das Gefüge der feindlichen Gesellschaft bleibt intakt, denn selbst wo die ausländischen Leiter mit Ausbruch des Krieges geflüchtet sind, hat man als Kuratoren dieser Gesellschaften ihre bisherigen Rechtsanwälte eingesetzt.

Vorsprache der finanzpolitischen Städtekommission beim Ministerpräsidenten und beim Finanzminister.

Im Sinne der Beschlüsse der deutschösterreichischen Städtekonferenz vom 14. Mai 1915 sprachen die Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes, Kommerzialrat August Denk, Emil Kraft, Dr. v. Licht und Doktor v. Oberleithner gestern beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und sodann beim Finanzminister Dr. Freiherrn v. Engel vor, um in Angelegenheit des durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Städtecreditwesens die Wünsche der deutschösterreichischen Städte vorzutragen und die Anträge, die bei der Städtekonferenz beschlossen wurden, zu überreichen. Ministerpräsident Graf Stürgkh ließ sich in eingehender Weise über die Sachlage referieren und versprach, die Aktion kräftigst zu unterstützen.

Finanzminister Freiherr v. Engel bekundete ebenfalls sein lebhaftes Interesse und sprach sich mit den Abgeordneten über die sich ergebenden Möglichkeiten einer gedeihlichen Lösung dieser für den Staat höchst wichtigen Angelegenheit nach jeder Richtung aus. Finanzminister Dr. v. Engel versprach schließlich, die verschiedenen vorliegenden Vorschläge zu prüfen und schon in der nächsten Zeit wieder eine neuerliche Aussprache mit den Vertretern der Städtekonferenz zu halten, um die Angelegenheit möglichst rasch einer gedeihlichen Lösung zuzuführen.

Die Steuerüberweisungen an das Land Niederösterreich.

Der niederösterreichische Landesauschuß publiziert folgende Verlautbarung:

„Gegenüber der in der letzten Zeit wiederholt in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptung, daß die auf Grund der vorjährigen Steuerreform den Ländern zukommenden Mehrüberweisungen aus dem Erträgnisse der direkten Steuern dem Lande Niederösterreich im seinerzeit angenommenen Ausmaße zufließen, wird festgestellt, daß infolge der mit den Kriegereignissen zusammenhängenden wirtschaftlichen Entwicklung das Land bisher keineswegs in den vollen Genuß dieser erwarteten Mehreinnahmen treten konnte, der Einnahmewachst aus diesem Titel vielmehr hinter dem präliminierten Plus soweit zurückbleibt, daß hiedurch kaum der zehnte Teil der aus denselben zu deckenden Mehrausgaben aufgebracht werden könnte.“

Die Sanierung des Städtedefizits.

Borgestern hielt die finanzpolitische Städtekommission des Deutschen Nationalverbandes unter dem Vorsitz des Obmannes Abg. Kraft eine Sitzung ab. Abg. Doktor v. Licht erstattete den Bericht über die laut Beschluß der am 15. Mai 1915 in Wien abgehaltenen Städtekonferenz stattgefundenen Vorgesprache beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und beim Finanzminister Freiherrn v. Engel und gab seiner Befriedigung über den Verlauf dieser Audienz Ausdruck. Dr. v. Licht wies insbesondere auf das Interesse hin, welches seitens dieser leitenden Kreise der Sanierungsaktion des Städtedefizits wesenst entgegengebracht wird, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch die demnächst stattfindende Fortsetzung der Konferenz der Städtevertreter eine gedeihliche Erledigung der äußerst wichtigen Städtefrage erzielt werde.

Die finanzpolitische Städtekommission beschäftigte sich sodann mit der Frage der Organisation der deutschen Städte Oesterreichs im Sinne der bezüglichen Beschlüsse des Städtetages vom 14. Mai. In dieser Richtung wurde von der Kommission beschlossen, den die Städtetagung vorbereitenden weiteren Ausschuß für den 4. August nach Wien einzuberufen. Die zur Grundlage einer bleibenden Organisation dienenden Vorarbeiten wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen und aus dem allenthalben sich zeigenden Wunsche die Notwendigkeit einer baldigen Einberufung des deutschösterreichischen Städtetages festgestellt. An der Beratung beteiligten sich insbesondere die Abgeordneten Dr. v. Licht, Dr. v. Oberleithner, Kraft, Bürgermeister Dr. Dinghofer, Doktor Freihler, Denk und andre. Da der vorbereitende Ausschuß Anfang August seine Arbeiten vollendet haben wird, so dürfte voraussichtlich Ende August oder Anfang September die Tagung der deutschösterreichischen Städte stattfinden.

* * *

Gestern fand eine Sitzung der deutschnationalen Landtags- und Reichsratsabgeordneten von Niederösterreich unter dem Vorsitz des Abg. Wedra statt, in welcher die Forderungen auf dem Gebiete der Approvisionierung und hinsichtlich der Beamten- und Lehrerfrage in ein Memorandum zusammengefaßt wurden, das der Regierung zuhanden des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh in den nächsten Tagen überreicht werden wird.

Zur Sanierung des Städtecredits.

Gestern hielt die finanzpolitische Städtekommission des Deutschen Nationalverbandes unter dem Voritze des Obmannes Reichsrats-Abgeordneten Kraft eine Sitzung ab. Reichsrats-Abgeordneter Dr. v. Licht erstattete den Bericht über die laut Beschluß der am 15. Mai d. J. in Wien abgehaltenen Städtekonferenz stattgefundenen Vorsprache beim Ministerpräsidenten Grafen

Stürgkh und beim Finanzminister Freiherrn Dr. von Engel und gab seiner Befriedigung über den Verlauf dieser Audienz Ausdruck. Dr. v. Licht wies insbesondere auf das Interesse hin, das in den leitenden Kreisen der Sanierungsaktion des Städtecreditwesens entgegengebracht wird, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch die demnächst stattfindende Fortsetzung der Konferenz der Städtevertreter eine gedeihliche Erledigung der äußerst wichtigen Städtefrage erzielt werde.

Die finanzpolitische Städtekommission beschäftigte sich sodann mit der Frage der Organisation der deutschen Städte Oesterreichs im Sinne der bezüglichen Beschlüsse der Städte- tagung vom 14. Mai. In dieser Richtung wurde von der Kom- mission beschlossen, den die Städte- tagung vorbereitenden wei- teren Ausschuß für den 4. August nach Wien einzuberufen. Die zur Grundlage einer bleibenden Organisation dienenden Vorarbeiten wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen und aus dem allenthalben sich zeigenden Wunsche die Not-wendigkeit einer baldigen Einberufung des deutschösterreichischen Städtetages festgesetzt. An der Beratung beteiligten sich ins- besondere die Abgeordneten Dr. v. Licht, Dr. v. Ober- leithner, Kraft, Bürgermeister Dr. Dinghofer, Dr. Freyler, Denk u. a. Da der vorbereitende Ausschuß Anfang August seine Arbeiten vollendet haben wird, so dürfte voraussichtlich Ende August oder Anfang September die Tagung der deutschösterreichischen Städte stattfinden.

Unseres Erachtens müßte vor allem die Vorfrage für die Errichtung einer Zentralstelle des Städte- credits in Betracht gezogen werden. Einer Zentralstelle, von der aus die Creditbedürfnisse einheitlich und in ge- meinsamem Einvernehmen zu befriedigen wären. Eine ähnliche Organisation besteht übrigens schon in Deutschland und sie hat sich dort vorzüglich bewährt. Einer solchen Anstalt stiele es zu, den Städtecredit durch ständige Evidenzhaltung und zweckmäßige Zusammenfassung der Anforde- rungen der einzelnen Städte, die Befriedigung dieses Anleihe- bedürfnisses der Städte, die jetzt ganz systemlos, ganz zersplittert erfolgt, zu verbilligen. Eine Vorfrage in dieser Richtung wäre eine Hilfsaktion allerdings nur aus eigener Kraft, aber auch sie würde den Städtefinanzen gewiß vielen Vorteil bringen.

Eine bulgarische Anleihe in Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

in Wien, 1. Aug. (Priv.-Tel., zensf. Hft.) Die unter der Führung der Diskontogesellschaft stehende große deutsche und österreichisch-ungarische Bankengruppe, der auch belgische Banken angehören, hat, der „Kölnischen Zeitung“ zufolge, heute am 1. August trotz der sonstigen Ungunst der Kriegszeit die Option auf die erste Reihe von 250 Millionen Francs der bulgarischen 500 Millionen-Anleihe von 1914 ausgeübt. Es ist das ein sehr bemerkenswertes Ereignis. Die Tatsache mag zunächst wirtschaftliche Bedeutung haben, indem sie beweist, daß die kriegerischen Wirren das feste Vertrauen zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen Geldgebern und den bulgarischen Geldnehmern nicht erschüttern konnten. Wenn so vorsichtige Finanzleute wie die leitenden Männer der Großbankengruppe in ruhiger Zukunftssicherheit Hunderte von Millionen ihnen anvertrauter Gelder jetzt außerhalb des Bundesgebietes in Bulgarien zu mäßigen Bedingungen anlegen, so ist das ein deutlicher Beweis unserer und unserer Verbündeten finanzieller Kraft und ein wertvoller Hinweis auf den Stand des wirtschaftlichen und politischen Barometers.

Ueber die Einzelheiten der Option ist noch zu bemerken, daß die im Vorjahr ausgegebenen 120 Millionen Francs bulgarischer 7proz. Schatzscheine zum Kurse von 81.25 Mark für 100 Francs jetzt von der Bankengruppe für die Rechnung der bulgarischen Regierung bezahlt werden. Die von Bulgarien den französischen Banken geschuldeten Beträge (ohne aufgelaufene Zinsen 75 Millionen Francs) bleiben bei der Bankengruppe hinterlegt, da während des Krieges auch indirekte Zahlungen an Banken feindlicher Länder nicht stattfinden.

Die Aktion gegen die Winkelbörsen.

Das Verbot der Abschließung von Börsengeschäften in Kaffeehäusern wird behördlicherseits neuerlich zur Geltung gebracht. In einzelnen Lokalen sind vor einigen Tagen im Zuge der Überwachungsmaßnahmen Plakate nachfolgenden Inhalts angebracht worden: „Geschäfte abzuschließen ist hier strengstens verboten!“

Ausschreitungen der Effekteninvelula n.

Eine Warnung.

Die täglichen Berichte, die über den Verkehr von Bureau zu Bureau veröffentlicht werden, lassen eine zuversichtliche Stimmung erkennen, wie sie den günstigen Nachrichten von den Kriegsschauplätzen nur vollauf entspricht.

Bedauerlicherweise machen sich aber im privaten Verkehre auch Strömungen geltend, die als geradezu bedenkliche Ausschreitungen bezeichnet werden müssen. In ganz voraussetzungsloser Weise werden die Kurse zu einer Höhe emporgewirbelt, die in der unmittelbaren Gegenwart ganz so unbegründet ist, wie die Spekulation hinsichtlich der Eskomptierung von Zukunftsaussichten jede Berechnung außeracht läßt und jedes vernünftige Maß weit überschreitet.

Aus wohlermogenen Gründen hält man noch immer an der Suspension des Börsenverkehrs fest, vor allem in der Absicht, spekulative Machenschaften zu verhindern. Umsoweniger kann es als zulässig erscheinen — und wird gewiß auch nicht geduldet werden — daß im Schatten des jetzigen Privatverkehrs solche sinnlose Ausschreitungen der Effektenpekulation empormuchern.

Von allen anderen Erwägungen abgesehen, muß diesen Auswüchsen schon deshalb ein kräftiger Riegel vorgeschoben werden, weil sich im Gefolge solcher Exzesse schwerer Schaden für unerfahrene, finanziell ungeschulte Mitläufer nur zu leicht ergeben kann.

In maßgebenden finanziellen Kreisen verurteilt man diesen Unfug auf das schärfste und geeignete Maßnahmen zur Abstellung dieser Mißstände werden deshalb gewiß auch dort auf ungeteilte Zustimmung rechnen können.

Staatsfinanzielle Probleme.

Von Hofrat Prof. Freiherrn v. Myrbach (Zunzbrud).

In einem früheren Artikel (S. „Zeit“ vom 6. Juni Nr. 4560) habe ich auf verschiedene Ersparungsmöglichkeiten im Staatshaushalte hingewiesen und will nunmehr die Quellen einer Einnahmenvermehrung einer kurzen Untersuchung unterziehen.

Abgesehen von einer einmaligen hohen „Kriegssteuer“ (Wehrbeitrag), sollten „außerordentliche“ Maßregeln, seien es „provisorische“ selbständige Abgaben oder Zuschläge, nicht angewendet werden. Solche Provisorien beruhen doch immer nur auf Selbsttäuschung und täuschen damit auch die Bevölkerung, weil sie fast nie wieder aufgehoben werden. Der Stand der österreichischen Staatsfinanzen ist derart beschaffen, daß auch ohne den Krieg eine namhafte Erhöhung der Einnahmen unvermeidlich gewesen wäre, um so mehr wird in Zukunft das gesteigerte Zinsenerfordernis eine solche Erhöhung gebieterisch erheischen, ohne daß ein Rückgang abzusehen wäre. Es werden also nur Einnahmenerhöhungen in Betracht zu ziehen sein, die für lange beibehalten werden können. Auch in dieser Richtung will ich keineswegs eine erschöpfende Untersuchung anstellen, sondern nur einige Beiträge zur Diskussion liefern.

Seit geraumer Zeit wird davon gesprochen, das Zündhölzchen in den Dienst der Staatsfinanzen zu stellen! Zuerst scheint man mehr an ein Monopol gedacht zu haben, jetzt steht die Steuer im Vordergrund. Ich halte dafür, daß das Monopol vorzuziehen sei, und zwar nicht bloß als Handelsmonopol, sondern als ein Monopol „mit vollständig ausgeübtem Vorbehalt“, das heißt, sowohl Erzeugung als auch Vertrieb sollen dem Staat vorbehalten sein. Bekanntlich ist unsere blühende Zündhölzindustrie ohnedies zu einem Trust vereinigt, somit monopolisiert, und dieses Monopol wird recht gründlich ausgebeutet, nicht nur bezüglich der Preise, sondern auch hinsichtlich der Qualität der Ware. Wenn schon ein Monopol auf die Erzeugung eines unentbehrlichen Artikels (und das sind die Zünder) besteht, dann soll dasselbe nicht der privaten Ausnützung überlassen, sondern für die Allgemeinheit eingezogen werden. Das wird bei der Zündererzeugung noch durch die Tatsache unterstützt, daß es sich um keine Konjunkturware handelt, sondern um ein gleichmäßig fließendes Geschäft, das also auch durch den etwas bürokratischen Betrieb nicht beeinträchtigt würde. Auch könnte der große Auslandsmarkt, den sich die österreichische Zündhölzindustrie erworben hat, durch Verbesserung der Qualität nur gesichert und erweitert werden. Die Verstaatlichung dieser Industrie könnte infolge der ohnedies bereits bestehenden Konzentration keinen Schwierigkeiten begegnen. Die Organe des Tabakverschleißes wären naturgemäß dazu berufen, auch die Zündwaren an die Konsumenten abzugeben, ohne daß die jetzigen Händler dies schmerzlich empfinden würden. So würde der Staat fast den ganzen Betrag als Gewinn einheimen, der sich sonst auf monopolistischen Erzeugergewinn, Händlergewinn und Steuer verteilt. Von einer Verpachtung des Monopols wäre aber ernstlich zu warnen.

Vielleicht werden auch die Kohlen- und die Zuderindustrie allmählich zur Verstaatlichung reif, aber diese könnte als rasch durchzuführende Maßregel keinesfalls in Betracht gezogen werden, weil die Sachlage da nicht so einfach ist wie bei den Zündern, und auch jetzt nicht der Moment zur Beschaffung der dazu erforderlichen riesigen Kapitalien gegeben ist. Das gleiche dürfte auch von einem Alkohol-, beziehungsweise Branntweinmonopol gelten, bei dem überdies zu erwägen ist, daß die Anti-alkoholbewegung schon sehr merkliche Wirkungen zeigt und daß der Staat, wenn er diese gesunde Bewegung unterstützt, als Inhaber eines solchen Monopols sich selbst ins Fleisch schneiden würde, und zwar viel mehr, als wenn bloß eine Steuereinnahme gefürzt wird.

Eine kleine Erhöhung einiger Tabakpreise dürfte noch zulässig sein, aber es darf nicht übersehen werden, daß es auch eine Antinikotinbewegung gibt und die Zahl der Raucher tatsächlich stark abnimmt. An den ohnedies sehr hohen Salzpreisen darf dagegen nicht gerührt werden. Auch wäre es höchst bedauerlich, wenn aus Anlaß der jetzigen Finanzlage des Staates etwa die gänzliche Aufhebung des Zahlenlottos hinausgeschoben werden sollte.

Daß die Briefposttarife im interurbanen Inlandsverkehr eine Erhöhung auf die im Deutschen Reich eingehobenen Beträge (abgerundet für Briefe auf 12 Heller, für Postkarten auf 6 Heller) betragen würden, kann kaum in Abrede gestellt werden, auch dürfte dieser Verkehr dadurch kaum einen Rückgang erfahren, so daß die Mehreinnahme beim Stück fast als reiner Gewinn der Postanstalt anzusehen wäre. Eine solche Maßregel dürfte sich aber keinesfalls auf die mit Verordnung des Handelsministeriums vom 22. Dezember 1906*) verfügte Gleichstellung des Lokaltarifs mit dem Tarif für den Fernverkehr erstrecken. Diese Gleichstellung ist sehr ungerechtfertigt, weil die entsprechenden Leistungen der Postanstalt ungleich verschieden sind (bei der Lokalpost handelt es sich um ein höchst einfaches Zustellungsgeheimnis, das früher in Deutschland Privatunternehmungen um 1 Pfennig mit Gewinn

*) Ueber die Legalität dieser Verordnung habe ich mich seinerzeit in einem Artikel in der Oesterreichischen Rundschau vom 1. Juli 1907 eingehend ausgesprochen. Ich glaube, dort nachgewiesen zu haben, daß die Feststellung der Postgebühren zu den Gegenständen der Gesetzgebung gehört.

Staatsfinanzielle Probleme.

besorgten); sie ist auch ungemein drückend, weil sie hauptsächlich den Geschäftsverkehr belastet; sie ist endlich unökonomisch, weil sie die Benützung der Lokalpost sehr stark herabdrückt. Man kann sich kaum ein glänzenderes Geschäft denken, als die einheitliche Briefbestellung in größeren Städten bei einer Gebühr von mehreren Hellern für das Stück, vorausgesetzt, daß davon ein ausgiebiger Gebrauch gemacht wird. Der Umfang der Lokalkorrespondenz ist aber besonders stark beeinflusst durch die Preishöhe. Wir steht keine einschlägige Statistik zur Verfügung, wahrscheinlich lassen sich auch die entscheidenden Daten nicht statistisch erfassen; ich glaube aber, daß nach der eigenen Wahrnehmung der meisten Städtebewohner seit der Erhöhung des Lokalporto eine starke Zurückhaltung in der örtlichen Korrespondenz sowie eine gesteigerte Verwendung von eigenen Boten, von Drucksachen und von Postkarten wahrzunehmen ist. Das Porto für geschlossene Lokalbriefe sollte mindestens nicht höher sein als jenes für Postkarten. Die postalischen Nebengebühren (Preise der Blankette, Zustellungsgebühren und dergleichen) sind gleichzeitig mit der zitierten Verordnung ohnedies auf eine höchst ansehnliche, nicht mehr steigerungsfähige Höhe gebracht worden.

Wenden wir uns von den vorbehaltenen Unternehmungen des Staates den Steuern zu, und zwar zunächst den sogenannten direkten Steuern.

Das System der österreichischen direkten Steuern setzt sich bekanntlich aus einer Einkommensteuer und einer Gruppe von Ertragssteuern zusammen. Diese beiden Systeme haben nicht die Aufgabe, sich zu ergänzen, sondern verfolgen parallel das Ziel, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verhältnismäßig für allgemeine Staats- und gemeinwirtschaftliche Zwecke auszunutzen.

Die Einkommensteuer hat eben erst im abgelaufenen Jahr eine Ausgestaltung erfahren, die sie zu der höchsten Steuer dieser Art macht. Eine weitere Anspannung ist völlig ausgeschlossen, wenn man nicht die Steuer selbst zugrunde richten und bestehende, vielleicht unvermeidliche Ungleichmäßigkeiten noch viel greller, geradezu unerträglich machen will. Gegen eine Herabsetzung des steuerfreien Existenzminimums im Sinne der Vorschläge Meisels und Spielhoffs muß entschieden Stellung genommen werden, schon weil die direkte Einhebung solcher kleiner Steuerbeträge einen unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand verursacht.

Gegenüber ist das System der Ertragssteuern sehr verbesserungsfähig. Gerade die Reform von 1896 hat einige große Fehler hineingetragen. Damals dachte man nur an die Schaffung einer möglichst vollkommenen Einkommensteuer; diesem Ziel mußte sich der ganze übrige Bau unterordnen. Man dachte auch nicht daran, die Ertragssteuern für den Staat auszunutzen; der größte Teil derselben sollte (nach dem Muster Preußens) später den Selbstverwaltungskörpern überwiesen werden. Davon kann nun für längere Zeit durchaus nicht die Rede sein. Es wird voraussichtlich bei den jetzt normierten „Ueberweisungen“ an die Länder bleiben, und man wird somit bestrebt sein müssen, die Ertragssteuern unter Wahrung der berechtigten Interessen so einträglich als möglich zu gestalten. Die Gelegenheit dazu ist teilweise dadurch gegeben, daß nunmehr die Gründe, die anlässlich der Reform von 1896 die unzulängliche und dabei so umständliche Einrichtung der allgemeinen Erwerbsteuer veranlaßten, entfallen sind.

Unser gegenwärtiges Ertragssteuerystem krankt vor allem daran, daß zwei demselben angehörige Steuerarten, die starre Grund- und die allgemeine Erwerbsteuer, kontingentiert sind, während die übrigen Qualitätssteuern sind. Dadurch allein wird schon eine gleichmäßige Belastung der verschiedenen Arten des Erwerbes unmöglich gemacht. Auch der Ertrag aus der Land- und Forstwirtschaft sowie der gewerbliche und Handelsertrag sollten einer beweglichen, der wechselnden Ertragshöhe sich anschmiegenden Steuer unterworfen werden, wie das bei den Gesellschaften, bei den Renten, beim Arbeitsverdienst der Fall ist. Allerdings könnte durch Gesehe die Grund- und die Erwerbsteuerhauptsumme nach Maßgabe der allgemeinen wirtschaftlichen Lage erhöht oder herabgesetzt werden. Aber dadurch würde dem Bedürfnis nach individuell gerechter Verteilung der Last keineswegs entsprochen. Das Verhältnis der Gewinne verschiebt sich viel, nämlich mehr unter den Angehörigen der einzelnen Erwerbsgruppen, als zwischen den Gruppen selbst. Von einer günstigen Konjunktur zieht der Kleinbauer, der kleine Handwerker und der Krämer nur einen minimalen Nutzen, während sie dem Großgrundbesitzer, den Fabrikanten und Großhändler eine namhafte Bereicherung bringen kann. Umgekehrt leiden aber die letzteren auch viel mehr unter einer schlechten Marktlage als die Kleinen.

Wenn man daher, zunächst aus Gründen einer ökonomischen Steuerverwaltung, für die kleinen Grundwirte und Gewerbetreibenden das Prinzip der Besteuerung nach einem mehr oder weniger festen Kataster mit Vorteil beibehalten wird, sollte mit diesem Prinzip den Großen gegenüber vollständig gebrochen werden. Das heißt, es wäre die Erwerbsteuer von landwirtschaftlichen Gutskörpern (nicht Parzellen) und ebenso von industriellen, merkantilen und ähnlichen Unternehmungen für bestimmte kürzere Veranlagungsperioden nach dem einzelweise zu ermittelnden wirklichen Ertragsnis und einem Prozentsatz des letzteren zu bemessen, so wie jetzt die Hausgrundsteuer bemessen wird. Dies könnte um so weniger einer Schwierigkeit begegnen, als ja die fraglichen Ertragnisse ohnedies alljährlich zum Zwecke der Einkommensteuer festgestellt werden sollen. So würden die Grund- und die Erwerbsteuer, soweit die genauere Erhebung sich verlohnt, erst zu wirklichen Ertragssteuern.

Natürlich hätte die Kontingentierung beider Steuergattungen auch für die kleinen Betriebe der Quotifizierung zu weichen, bei der Grundsteuer der größeren Einfachheit halber unter Beibehaltung des Reinertrages der Parzellen als Besteuerungsgrundlage und bei den kleinen Erwerbsteuerepflichtigen auf Grund der Einreihung in fest bestimmte Ertragsklassen.

(Ein Schlusartikel folgt.)

8. VII. 1915

Finanzielles aus Wien. Aus Wien, 3. d. M., berichtet unser W-Korrespondent: „Die Berichterstattung über die finanziellen Vorgänge in Oesterreich wird immer schwieriger, je mehr die Anpassung an die Kriegserfordernisse die ganze Wirtschaft in einen gewissen Beharrungszustand versetzt hat, in dem die Erscheinungen sich ziemlich gleich bleiben, und je mehr sich andererseits die Unterdrückung des gewöhnlichen Informationsmaterials seit dem Kriegsausbruch geltend macht, worunter vor allem das Fehlen der Bankausweise zu zählen ist. Es zeigt sich nur immer wieder die erfreuliche Tatsache, daß die Ausschöpfung der durch den Krieg in Umlauf gelangten zusätzlichen Zahlungsmittel mittels der Kriegsanleihen und ihre Neu-Inverkehrsetzung durch die Zahlungen der Kriegsverwaltung glatt vor sich geht und damit die Einlagen bei den Banken und Sparkassen kurz nach der Begebung der Anleihen wieder zu zunehmen pflegen, daß also eine Thesaurierung in stärkerem Maße nicht stattfindet. Ob nicht in der Landwirtschaft nach der neuen Ernte große Barmittel versteckt werden, das wird man erst später zu beurteilen vermögen. Jedenfalls sind im Juli bei der Postsparkassa im Sparverkehr wieder K 12,4 Mill. neue Einlagen eingezahlt und nur K 6,9 Mill. abgehoben worden, während im Scheckverkehr bei einem Gesamtumsatz von K 5,2 Milliarden eine neuerliche Zunahme der Einlagen um K 73,6 Mill. zu verzeichnen ist, so daß derzeit im Sparverkehr K 185 Mill., im Scheckverkehr K 889,28 Millionen bei der Postsparkassa eingelegt sind. Mit der letzten Anleihe im Zusammenhang steht die Vermehrung der Rentenbuchbesitzer um 93 000 auf 282 000 und der für sie verwahrten Staatspapiere von K 683 auf K 767,58 Mill. Darin drückt sich der Anteil der kleinsten Zeichner, größtenteils von K 25—75, der letzten Kriegsanleihe aus. Bei der Ersten österreichischen Sparkassa hat sich der Einlagenstand im Juli um K 4,5 Mill. vermehrt und dasselbe gilt von den Banken, welche Spareinlagen entgegennehmen. Die Banken haben wieder sehr erhebliche Kassenbestände, wenn sie auch durch verschiedene Kreditoperationen der Staatsverwaltung bei weitem nicht mehr so exorbitante Ziffern wie vor einigen Monaten erreichen. Am 3. August war eine Rate von K 600 Mill. auf die Kriegsanleihe durch die Banken einzuzahlen, mehrere Banken hatten sie jedoch schon voraus erlegt. Die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt scheint die Banken noch nicht in Anspruch genommen zu haben. Die überschüssigen Kassenbestände der Großbanken sind zum großen Teil in kurzfristig kündbaren Darlehen an minder liquide Geldinstitute gegen Hinterlegung von Kriegsanleihe verliehen. Infolgedessen ist auch für die letzte Kriegsanleihe-Emission die Notenbank nur sehr wenig in Anspruch genommen worden. Der Privatdiskont bleibt niedrig auf $3\frac{3}{8}$ pCt. Sehr gering sind jetzt die Geldansprüche der ungarischen Finanzinstitute, was mit den großen Auszahlungen für die Ernte in Ungarn zusammenhängt. Die Marge zwischen ersten Wiener und Budapester Akzepten, die während des größten Teiles des ersten Kriegsjahres nahezu 1% war, ist infolgedessen auf kaum $\frac{1}{2}$ % zusammenschmolzen. Großem Interesse begegnen jetzt natürlich die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse im wieder eroberten Galizien, aber es sind noch keine ein zuverlässiges Bild ergebende Nachrichten zu beschaffen. In Lemberg selbst scheinen die Schäden relativ gering zu sein, viel größer sind die Verwüstungen in den kleineren Städten und vor allem an jenen Orten, in denen heftige Kämpfe stattgefunden haben. Im allgemeinen scheinen jedoch die in Galizien zurückgebliebenen Einwohner gute Geschäfte unter der Russenherrschaft gemacht zu haben, so daß man auf den Eingang eines großen Teiles der Forderungen hofft. Ueber die Verhältnisse in Lemberg hat ein bedeutendes Wiener Hypothekeninstitut, das in den letzten Jahren stark in Lemberg gearbeitet hat, von ihrem Vertreter die Nachricht erhalten, daß alle beliebigen Gebäude unbeschädigt geblieben sind, und auch gute Aussicht besteht, daß die rückständigen Annuitäten eingehen werden. Die zurückgebliebenen Mieter haben zumeist die Mietzinse pünktlich entrichtet, eventuell mit einem kleinen Nachlaß. Schon jetzt sind einzelne Rückstände der Bank bezahlt worden. Große Summen werden natürlich aufgewendet werden müssen, um die zerstörten Gebäude und Anlagen in der Provinz wiederherzustellen. Ueber eine einheitliche Aktion der Staats- und Landesverwaltung verlautet noch wenig. Vorläufig rüsten sich die Banken daran teilzunehmen, indem sie aus den ihnen angegliederten in Betracht kommenden Industrie-Unternehmungen Rahmeninstitute schaffen. Das erste derartige hat die Creditanstalt bereits als Bau- und Rekonstruktions-Gesellschaft m. b. H. mit K. 500,000 Kapital ins Leben gerufen.

Gege die Ausbreitung der Effektenpekulation!

An maßgebender Stelle wird mit steigender Besorgnis die Entwicklung beobachtet, die die Verhältnisse am Berliner Effektenmarkt nehmen. Der Kreis derer, die ihre freien Mittel für spekulative Werte hergeben, vergrößert sich ständig; die Umsätze beschränken sich nicht auf das wirtschaftliche Bedürfnis, sondern nehmen in zahlreichen Fällen ihren Ausgang von Spiel- und Gewinnsucht. Wenn bislang stillschweigend der freie Wertpapierverkehr zugelassen wurde, so war man dabei von dem Gedanken geleitet worden, daß ein Mittelpunkt, an dem sich das notwendige Angebot und die notwendige Nachfrage treffen, eine gewisse Solidität des Effektenhandels verbürgen und große Kurschwankungen ausschließen würde. Gleichzeitig glaubte man damit dem Bankier- und Maklerstande eine wenn auch nur bescheidene Einnahmequelle erschließen zu können. Niemals war aber daran gedacht worden, einen Spekulationsmarkt zu etablieren, der die Gewinne glaubt ausnützen zu können, die einem Teile der Industrie jetzt vorübergehend besonders reichlich zufließen.

Die große Zeit, in der wir leben, erfordert großzügiges, der Allgemeinheit dienendes Empfinden. Und dieses Empfinden muß unsere gesamte Bankwelt, alle Sparassen, industriellen Unternehmungen und privaten Kapitalisten nur auf die eine Aufgabe hinkentzen, das Lebensinteresse des Reichs durch Verleihung der freien Gelder für die Zwecke der Kriegsanleihen zu fördern. Bei der Ausgabe der ersten und zweiten Kriegsanleihe ist dieses Ziel scharf ins Auge gefaßt worden, und der dritten wird gleichfalls der Erfolg nicht fehlen. Aber es muß von vornherein dafür gesorgt werden, daß das Ziel nicht verwischt wird. Das letztere kann leicht geschehen, wenn fortlaufend Kurstreiberelen die Neigung des Publikums bei der Befriedigung seines Anlagebedürfnisses in andere Bahnen lenken. Auch der Geldmarkt wird davon berührt, sobald die Spekulation sich ausbreitet. Denn wenn auch Kauf und Verkauf sich ausgleichen, das Geld gewissermaßen von der einen in die andere Hand geht, so hat doch die Erfahrung oft genug gelehrt, daß große Börsenumsätze gleichzeitig an vielen Stellen eine erheblich und schnell gesteigerte Nachfrage nach Zahlungsmitteln entstehen lassen, die dann das herbeiführt, was wir als Geldknappheit bezeichnen. Zudem ist, mag immer das Geld von der einen in die andere Hand gehen, es nicht gleichgültig, an welchen Stellen im Zeitpunkt der Kriegsanleiheemission die freien Mittel konzentriert sind. Erwünscht ist gerade, daß das große Publikum über möglichst viel freie Mittel verfügt, damit die Kriegsanleihe sofort in die Kanäle dringt, die zu einer festen Kapitalanlage führen.

An alle Banken und Bankfirmen tritt die ernste Pflicht heran, der Spekulation Einhalt zu gebieten. Man wird es nicht erst darauf ankommen lassen, daß durch einen Druck von maßgebender Stelle die Freiheit des Effektenmarktes unterbunden wird. Die Kriegszeit ist wahrlich nicht dazu angetan, daß das Publikum nach schnellen und leichten Gewinnen hascht, sondern es kommt nur darauf an, stark zu bleiben. Das gilt für den einzelnen, gilt für das Reich. Die Aufgabe, die erfüllt werden muß, ist klar vorgezeichnet.

Staatssekretär Helfferich über Deutschlands finanzielle Kriegsbereitschaft.

N Berlin, 9. Aug. (Priv.-Tel.) Der Staatssekretär des Reichsschatzamtens Dr. Helfferich, hat dem hiesigen Vertreter der Hearst'schen Blätter, Herr Schwependick, auf die Frage, ob die finanzielle Lage ein Urteil über die weitere Dauer des Krieges ermögliche, folgendes erwidert: Der Krieg erfordert unerhörte finanzielle Opfer. Ich schätze, daß die täglichen Ausgaben der kriegsführenden Staaten sich jetzt auf nahezu 300 Millionen Mark stellen, die monatlichen Ausgaben also auf mehr als 8 Milliarden Mark und die Jahresausgaben auf rund 100 Milliarden Mark. Die schwersten finanziellen Opfer tragen Deutschland und England. Ich glaube jedoch nicht, daß die finanziellen Ausgaben einen Anhalt für ein Urteil über die Dauer des Krieges ermöglichen; wenigstens ist das für Deutschland nicht der Fall. Denn Deutschland führt den Krieg so gut wie ausschließlich mit Mitteln und Naturalien, die es unter Ausbietung aller nationalen Produktionsenergien im eigenen Lande erzeugt. Deutschlands Kriegsausgaben sind Zahlungen an sich selbst. Das landläufige Wort „das Geld bleibt im Lande“ heißt nichts anderes als: Deutschland führt seinen Krieg nicht mit Geld, sondern mit seiner aufs Intensivste angespannten Arbeit. Die Finanzfrage ist für uns die Frage der nationalen Arbeitsenergie. Deutschland kann finanziell nicht unterliegen, solange seine Arbeitsenergie nicht betroffen ist, und Deutschlands Arbeitsenergie kann nicht getroffen werden.

Die Wiener Börsenhausse.

Von unserem ständigen Korrespondenten.

Wien, 14. August.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß zwischen den offiziellen Warnungen, die am vorigen Sonntag in Wien und Berlin zu gleicher Zeit gegen die Ausschreitungen des Effektenverkehrs erhoben worden sind, ein mehr als zufälliger Zusammenhang besteht. Trotzdem hat natürlich die Berliner Warnung die Wirkung der Auslassungen des „Fremdenblatt“ wesentlich verschärft und dazu beigetragen, daß die stürmische Aufwärtsbewegung der Kurse bis auf weiteres zum Stillstand gekommen ist. Mehr als die Warnung hat allerdings der Beschluß der Berliner Stempelvereinigung Eindruck gemacht, Effektenkäufe nur gegen Barzahlung vorzunehmen. Von einem ähnlichen Schritt der Wiener Banken ist aber vorerst keine Rede. Das ist u. a. so zu erklären, daß der freie Effektenverkehr in Wien mit dem in Berlin in keiner Weise zu vergleichen ist. Hier vollzieht sich der Effektenverkehr größtenteils durch telefonische Verständigung zwischen den Bureaus der Banken, Kommissionäre und Sensale, und nur die meistgehandelten Kullisspapiere haben einen freien Markt in den der Börse zunächst gelegenen Kaffeehäusern, der bisher wenigstens buchstäblich unter den Augen der Polizei (die Polizeidirektion liegt gegenüber dem Börsengebäude) ziemlich unbehelligt sein Dasein fristete. Was man an Maßnahmen gegen die Ausschreitungen der Spekulation in Aussicht stellt, ist im Wesen nichts anderes als eine scharfe Erinnerung, daß Winkelbörsen verboten sind. Derartige Warnungen sind schon in früheren Jahren wiederholt erlassen worden, ohne die Teilnehmer an dieser Art von Börsenverkehr auf die Dauer abzuschrecken. Auch die Umsätze sind heute noch nicht sehr bedeutend und lassen sich vor allem mit den Berliner Umsätzen, soweit darüber näheres bekannt ist, in keine Parallele setzen. Nach den mir vorliegenden Aufstellungen sind im ersten Halbjahr 1915 beim Wiener Giro- und Kassen-Verein rund eine Million Stücke abgeliefert und übernommen worden gegen mehr als drei Millionen im gleichen Zeitraum des Jahres 1914. In Wirklichkeit dürfte der Effektenverkehr gegenwärtig noch wesentlich weniger als ein Drittel des normalen betragen, da bei offener Börse zwischen den einzelnen Arrangementperioden bedeutende Umsätze ohne Inanspruchnahme des Arrangementbureaus ausgehoben werden und auch die Tagesspekulation eine unvergleichlich größere Rolle spielt, während sie sich heute auf die erwähnten Kaffeehausbesucher beschränken muß. Immerhin läßt sich auch aus den Umsatzziffern beim Wiener Giro- und Kassenverein ablesen, in welchem Maße während der letzten Monate der Effektenverkehr zugenommen hat. Während noch im November 1914 bloß ein Aktienumsatz von 59 000 Stück zu verzeichnen ist, werden im Januar bereits 111 000 Stück abgeliefert und übernommen, und im Mai steigt der Umsatz auf 233 000 Stück, um allerdings im Juni etwas nachzulassen. Der Juli, für den mir Umsatzziffern noch nicht bekannt sind, hat jedoch zweifellos wieder eine beträchtliche Umsatzsteigerung gebracht, und in ihm hat auch die Kursentwicklung erst die bedenklichsten Formen angenommen.

Es ist wenig beachtet worden, wie sehr sich die Berliner und die Wiener Warnung in ihrer Begründung unterscheiden haben. Während in Berlin die Effektenspekulation vor allem mit dem Hinweis darauf bekämpft wird, daß alle verfügbaren Gelder den staatlichen Zwecken vorbehalten bleiben sollen, übt die Warnung im „Fremdenblatt“ eine sachliche Kritik an der Höhe des Kursniveaus und stellt nur ein Mißverhältnis zwischen Kursen und Erträgen fest. Damit ist erfahrungsgemäß in Haussezeiten auf die Spekulation wenig Eindruck zu machen. Daß das heutige Kursniveau jeder sachlichen Begründung entbehrt, ist ebenso einleuchtend wie schwer zu beweisen. Es liegt im Wesen der Spekulation, daß sie Zukunftshoffnungen eskomptiert, und da die wirtschaftliche und politische Zukunft völlig im Dunkel liegt, ist der Phantasie keinerlei Schranke gesetzt. Vor allem überzeugt der Hinweis auf das Mißverhältnis, das zwischen der Verzinsung der staatlichen Anleihen und der Aktien besteht, noch weniger als in normalen Zeiten, in denen man sich Jahre hindurch an dieses Mißverhältnis bereits gewöhnt hat. Ueber die Gewinne der Gesellschaften, die Heereslieferungen haben, ist keinerlei Anhaltspunkt gegeben, und gelegentliche Andeutungen von Persönlichkeiten, die solchen Unternehmungen nahesteht, erhitzen die Einbildungskraft mehr, als daß sie sie beruhigen. Ob aber diese außergewöhnlichen Ertragsquellen auch nach Friedensschluß fließen werden, darüber macht man sich heute keine Sorgen, zumal jeder Spekulant bis dahin seine Engagements längst abgewickelt zu haben hofft.

Die sprunghafte Kursentwicklung wird durch die Formen, in denen sich der Effektenverkehr jetzt vollziehen muß, nicht wenig gefördert. Da ein einheitlicher Markt mit freiem Ausgleich von Angebot und Nachfrage nicht besteht, vermögen schon bei vielen Effekten ganz kleine Kaufaufträge sprunghafte Kurserhöhungen zu erzwingen, wie umgekehrt oft ein noch so geringes unvermutetes Angebot einen scharfen Kursdruck auf einzelne Effekten hervorruft. An sich ist das Effektenmaterial, das auf den Markt kommt, sehr gering, was bei der Enge des Wiener Marktes auch in normaler Zeit sich besonders fühlbar macht. Der größte Teil des Publikums hält an seinem Besitz fest, und einen einheitlichen Abbau der Kundenengagements verhindert der scharfe Wettbewerb zwischen den Banken. Nur auf diesem Wege ließe sich aber mehr Material in den Verkehr bringen. Es wäre daher wohl zu erwägen, ob nicht an Stelle des verschärften Vorgehens gegen die Winkelbörsen und neben allen Strafmaßnahmen vor allem der Effektenverkehr auf eine breitere Grundlage zu stellen wäre. Ohne Zweifel würden damit von selbst viele Auswüchse wegfallen, die heute schwer zu beseitigen sind.

Im übrigen sind die bedeutenden Käufe der letzten Monate nicht allein auf die Spekulation zurückzuführen. Diese hat allerdings besondere Formen und besonderen Umfang durch die Beteiligung der galizischen Flüchtlinge erhalten. Unter ihnen sind viele mit bedeutendem Vermögen und insbesondere bedeutenden Barmitteln, die hier dauernden Erwerb weder finden, noch auch suchen und sich daher besonders eifrig am Börsenspiel beteiligen. Daneben finden aber bedeutende Anlagekäufe von Aktien, insbesondere seitens der zahlreichen Personen statt, die im Laufe dieser Monate an Heereslieferungen reich geworden sind und ebenfalls bedeutende Barmittel zu investieren haben. Daß diese besser den Kreditbedürfnissen des Staates vorbehalten bleiben sollten, kann auch für Oesterreich nicht gelugnet werden. Indessen dürfen die Mittel, die heute von

der Effektenspekulation in Anspruch genommen sind, nach den oben angedeuteten Umsatzziffern nicht allzu hoch veranschlagt werden. In welchem Umfang sich die Banken an dem Effektenhandel beteiligen, läßt sich schwer beurteilen. Im allgemeinen nehmen sie die Aufträge ihrer Kunden zu denselben Deckungsbedingungen wie in Friedenszeiten (etwa 25 bis 30 pCt.) entgegen. Dagegen hört man, daß private Kommissionäre sich mit ganz unzulänglichen Deckungen begnügen. Daß die Banken ihre Reportgelder eingeschränkt haben dürften, bedeutet für den privaten Effektenhandel vorläufig keine übermäßige Beeinträchtigung. Zunächst sind bedeutende private Gelder für Reportzwecke, insbesondere wieder bei galizischen Flüchtlingen und Heereslieferanten aufzutreiben. Ueberdies aber erleichtern ältere Kontremineengagements in vielen Fällen die Versorgung. Deshalb ist auch schwer einzusehen, nach welcher Richtung sich die Urheber des „Fremdenblatt“-Artikels einen Erfolg versprechen.

Alle erwähnten Umstände müssen berücksichtigt werden, wenn man verstehen will, daß die Kurse der meisten Spekulationswerte bereits sehr wesentlich höher notieren, als am letzten Börsentage vor Kriegsausbruch. Die folgende Auswahl greift keineswegs die extremen Fälle heraus:

	Schlusskurs v. 25. Juli 1914	Höchstkurs Anfang August 1915
Alpine Montan-Aktien	721,50	881,—
Rimamuranyer	539,50	665,—
Skodawerke	614,50	845,—
Prager Eisen	2042,—	2740,—
Poldihütte	540,—	895,—
Waffenfabrik Steyr	727,—	1160,—
Karpathen Petroleum	673,—	745,—
Schödnica Petroleum	337,—	618,—
Rothkostelezter Weberei	99,—	394,—
Schöller Zuckerfabrik	462,—	581,—
Türkische Tabak	345,—	371,—
Creditaktien	581,50	582,—
Länderbank	459,50	448,—
Niederöstr. Eskompteges.	689,50	747,—
Ung. Kreditbank	735,50	806,—
Staatsbahn	626,50	655,—
Lombarden	71,40	79,—
Donau Dampfschiffahrtsges.	958,—	1105,—

Auf die Motivierung der Kurssteigerung im einzelnen einzugehen, hätte wenig Zweck. Bei Munitionswerten und Unternehmungen mit Heereslieferungen liegt die Begründung auf der Hand. Andere Industriepapiere, so insbesondere Petroleumwerte, Zucker- und manche Textilaktien, profitieren von den hohen Preisen, die beträchtliche Gewinne an ihren Vorräten vermuten lassen. In der letzten Zeit sind auch Bankaktien in die Haussebewegung einbezogen worden. Die Ertragsentwicklung bei den Banken ist nicht einheitlich, da sie in verschiedenem Maße an Industrieunternehmungen interessiert sind, die an der Kriegskonjunktur teil haben. Im allgemeinen aber haben sie im ersten Halbjahr trotz der zeitweilig übermäßig hohen Kassenbestände von der besonders großen Spannung zwischen Kredit- und Debet-Zinsfuß Nutzen gezogen, zumal die Kreditoren infolge der anhaltenden Geldflüssigkeit überall stark gestiegen sind. Auch dürften die beträchtlichen Umsätze an Kriegsanleihen trotz der ganz geringfügigen Provisionsätze ihnen nicht unbeträchtliche Gewinne abgeworfen haben.

Die Preisbestimmung für Wertpapiere während der Börseschließung.

Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes.

Zum ersten Male hat der Oberste Gerichtshof in einem in den letzten Tagen ergangenen Urteile eine Entscheidung über die Frage gefällt, ob zur Zeit der durch den Krieg bedingten Sistierung der Börse der Wert der Wertpapiere „außerbörzlich“ in anderer Weise (durch Sachverständige) bestimmt werden könne. Das Handelsgericht Prag hatte eine gegen eine dortige Bank eingebrachte Klage auf Herausgabe eines Teiles der zur Sicherung einer Darlehensforderung der Bank deponierten Wertpapiere jetzt abgewiesen, weil mit Rücksicht auf die Schließung der Börse während der Kriegszeit der Wert der Papiere nicht erhoben werden könne, so daß nicht festgestellt werden könne, ob die noch erübrigenden Wertpapiere die vertragmäßige Ueberdeckung für die Bank bilden würden. In der dagegen eingebrachten Berufung des Klägers wurde der Standpunkt vertreten, daß der Wert der Papiere während der Schließung der Börse durch Sachverständige bestimmt werden könne. Dieser Ansicht schloß sich das Oberlandesgericht Prag als Rekursgericht an, indem es das Urteil des Handelsgerichtes aufhob und demselben behufs Feststellung des Wertes der Papiere durch Sachverständige eine neuerliche Verhandlung auftrug.

In der Begründung wurde hervorgehoben, daß in Ermangelung eines Börsenpreises der gemeine Preis im Sinne des § 305 allg. bürgerl. Gesetzbuch („Schätzung einer Sache nach dem Nutzen, den sie mit Rücksicht auf Zeit und Ort gewöhnlich und allgemein leistet“) heranzuziehen und durch Sachverständige zu bestimmen sei.

Der Oberste Gerichtshof hat nun dem von der Bank dagegen eingebrachten Revisionsrekurse stattgegeben und dem Berufungsgerichte aufgetragen, von einem Sachverständigenbeweise abzu sehen und die Berufung des Klägers einer neuerlichen Erledigung zu unterziehen. In der Begründung wird hervorgehoben, daß im Hinblick auf die durch den Krieg verursachte Schließung der Börse der Börsenpreis der Papiere, den beide Parteien seinerzeit im Auge hatten, sich derzeit nicht feststellen lasse. Es fragt sich nun, ob der Preis der Wertpapiere, die an sich zu den schätzbaren Sachen gehören, nicht in anderer Weise erhoben werden kann. Der Oberste Gerichtshof vermag die diesbezügliche Rechtsansicht des Oberlandesgerichtes nicht zu teilen. Wenn dieses in Ermangelung eines Börsenpreises den gemeinen Preis im Sinne des § 305 a. b. G. heranziehen will, so übersieht es, daß der durch Sachverständige zu erhebende Preis den gemeinen Preis im Sinne des § 305 a. b. G. gar nicht feststellen würde. Dieser Paragraph stellt zwei Merkmale auf: der Nutzen der Sache muß mit Rücksicht auf Zeit und Ort „gewöhnlich“ und „allgemein“ sein. Der außerbörzlich gezahlte Preis ist aber ein Einzelpreis, der als gewöhnlicher und allgemeiner nicht angenommen werden kann. Die Not des Augenblickes mag infolge des Krieges manchen zur Veräußerung seines Wertpapierbestandes veranlassen und manchen dazu bewegen, diese Notlage zur billigen Anlage seines Kapitals auszunützen; ein Niederschlag der richtigen Abschätzung des inneren Wertes des Papieres wird in dem gezahlten Kaufpreise nicht erblickt werden können. Auch dürfen dem Sachverständigen unmögliche Aufgaben nicht zugemutet werden. Die Preisbildung eines Wertpapiers im allgemeinen und eines Industripapieres im besonderen hängt zur Kriegszeit von vielen Momenten ab, vom Kredit des Ausstellers des Papieres, von der Konjunktur der betreffenden Industrie, von der inneren Gebahrung, von der Möglichkeit, Rohstoffe und Arbeitskräfte

zu erlangen, von dem politischen und strategischen Sachstande, also von Momenten, welche dem Sachverständigen unmöglich bekannt sein können. Da sich also gegenwärtig die Werte der Wertpapiere verlässlich nicht feststellen lassen, stellt sich der vom Oberlandesgerichte angeordnete Sachverständigenbeweis als unerheblich dar.

Die finanzielle Rüstung Deutschlands.

Die schwindelnde Höhe der Kosten des Weltkrieges führte gestern im deutschen Reichstage der geniale finanzielle Heerführer Doktor Helfferich dem deutschen Volk vor. Ein einzelner Kriegsmonat erheischt jetzt mehr Ausgaben von Deutschland, als der ganze Deutsch-französische Krieg erforderte. Die Gesamtkosten für alle Kriegsteilnehmer belaufen sich auf hundert Milliarden Mark im Jahre, wovon etwas mehr als ein Drittel auf Deutschland und seine Verbündeten entfällt. Das sind enorme Summen, die erst recht deutlich erkennen lassen, wie groß die Schuld jener ist, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn, allerdings, wie sich glücklicherweise zeigt, sehr zu ihrem eigenen Schaden, in den Krieg hineingedrängt haben. Aber wie sich draußen auf den Schlachtfeldern die Macht der Verbündeten als unüberwindlich erwies, wie sie trotz einer Welt von Gegnern von Sieg zu Sieg schreiten, während die Feinde sich dem Wahn hingaben, die beiden Reiche vernichten zu können, so sehr erweist sich auch der Glaube der Entente an die Gewißheit der wirtschaftlichen Niederringung als vollkommen trügerisch. In ungeahnter Größe zeigt sich die wirtschaftliche Kraft des Deutschen Reiches, und die Leistungen Oesterreich-Ungarns stehen im Verhältnis würdigst zur Seite. Die Anerkennung, die Dr. Helfferich der finanziellen Rüstung unsrer Monarchie zollte, darf hier mit gerechter Genugtuung aufgenommen werden, weil es die Anerkennung ist, daß bei uns gleichwie im Deutschen Reich das Pflichtbewußtsein vorhanden ist, alles daran zu setzen, zu einem siegreichen Frieden zu gelangen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes entwarf ein ernstes Bild der schweren Opfer des Krieges. Er hatte es nicht notwendig, wenn es sich auch um einen Zehnmilliardenkredit

handelte, die Situation in hellerem Lichte zu zeigen. Denn wer wie er in der Lage war, zu zeigen, wie überlegen die finanzielle Kraft Deutschlands ist, wer mit dem Rechenstift in der Hand den Nachweis erbringt, wie viel besser sich die Lage des Reiches gegenüber den wirtschaftlich kräftigsten Staaten, England und Frankreich, gestaltet habe, wer wie er den Nachweis erbringen konnte, daß die neue Milliardenanleihe im Gefühle der gefestigten Finanzkraft zu einem höheren Ausgabekurs als die bisherigen aufgelegt werden kann, darf auch die Schattenseiten der Situation in voller Schärfe zeigen. Und je weiter die Ausführungen Doktor Helfferichs sich entwickelten, desto eindrucksvoller und erhebender wurden sie, weil sie dem deutschen Volke mit aller Kraft vor Augen führten, worin die wirtschaftliche Stärke des Reiches liege, die ebensowenig von den andern nachgeahmt werden könne wie das deutsche Heer. Was die ganze Welt an Deutschlands Kraft in Erstaunen versetzt, ist, wie Doktor Helfferich so treffend sagte, die Schulung, die Zusammenarbeit, die eiserne Erziehung zur Pflicht und Disziplin. Solchen Faktoren gegenüber kann auch eine Welt von Feinden nicht erfolgreich widerstehen, und mit berechtigtem

Stolze prägte der Staatssekretär das Wort, daß an diesem stahlharten deutschen Volkstum der Feinde Zahl und Macht, ihr Geld und ihre Lücke zerschellen werden. Mit beredter Wendung verwies der Redner darauf, daß das Bleigewicht der Milliarden die Anstifter des Krieges jahrzehntelang tragen werden, und der große finanzielle Stratege mahnte daran, daß man beim siegreichen Ende auch nicht die Kostenfrage neben allem andern vergessen dürfe.

Und wie Deutschland auf den Schlachtfeldern die strahlendste Waffenbrüderschaft hält, wie es zeigt, welche erhabene Auffassung es von Bündnis und Treue hat, so hat es, wo es notwendig war, nicht mindere Waffenbrüderschaft in finanziellen Fragen gehalten. Hatte tagsvorher der Reichskanzler Englands politische Heuchelei gebrandmarkt, so drückte gestern Dr. Helfferich den Stempel für die finanzielle Heuchelei darauf. England hat das belgische Gold, hat von Frankreich Gold genommen, um Geldhilfe zu leisten. Eine solche Handlungsweise wies der deutsche Staats-

sekretär weit weg von sich. Bundesgenossen als Objekt geschäftlicher Ausbeutung zu behandeln, sei britischer Stil, sei ein Verfahren, das Deutschland England überlasse.

„Wir tragen den Sieg in uns,“ rief zum Schlusse Dr. Helfferich dem Reichstage zu, „den Sieg, der zum deutschen Frieden führt, der den blutenden Völkern Ruhe und Freiheit bringt.“ Die neuen Milliarden sollen diesem Erfolge das Reich näherbringen, in dem jeder einzelne durchdrungen ist von dem Gefühle, das die Staatsmänner leitet. Die wirtschaftlichen Siege begründen mit die siegreichen Kämpfe. Deutschlands Macht ist ungeschwächt, sie ist nicht zu brechen. Die Schatzkanzler der feindlichen Staaten werden neidvoll auf Deutschland blicken, wenn sie den Ausführungen Dr. Helfferichs folgen. An diesen Darlegungen gibt es nichts zu deuteln — Zahlen beweisen.

Nachstehend der Bericht:

Eine Anfrage Liebknechts und ihre Erledigung.

Berlin, 20. August. Unter lebhafter Anruhe des Hauses stellt zu Beginn der Sitzung Abg. Liebknecht (Sozialdemokrat) die Anfrage, ob die Regierung bei entsprechender Bereitschaft der andern Kriegsführenden bereit sei, auf Grundlage des Verzichtes auf Annexionen aller Art in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow erwiderte, er glaube, dem Einverständnis der großen Mehrheit des Hauses zu begegnen, wenn er auf die Anfrage Liebknechts eine Antwort zu erteilen als zurzeit unzumutbar ablehne.

Allseitiger stürmischer Beifall folgt diesen Worten.

Abg. Liebknecht versucht zu erwidern, wird aber durch den sich immer wiederholenden Beifall und Zurufe daran verhindert.

Der Zehn-Milliarden-Kredit.

Nachdem der Präsident die Ruhe hergestellt, beginnt das Haus die zweite Lesung der Vorlage betreffend den Zehn-Milliarden-Kredit.

Der Referent der Budgetkommission Graf Westarp führt aus: Die Kommission beschloß einstimmig, dem Hause die Bewilligung der Anleihe zu empfehlen. Die

Kommission überzeugte sich davon, daß bei keinem Gegner bisher der Wille oder auch nur die Neigung hervorgetreten sei, den Plan der Vernichtung Deutschlands aufzugeben, geschweige denn, zu einem Frieden bereit zu sein, der den berechtigten Forderungen Deutschlands in diesem aufgezwungenen Kriege entspricht. Die Kommission überzeugte sich davon, daß unsere Volkswirtschaft durchaus in der Lage ist, die neue Anleihe aufzubringen. Unter diesen Umständen ist die Bewilligung der Anleihe Pflicht gegen die braven Truppen und Pflicht gegen das gesamte deutsche Volk, das fest entschlossen ist, mag der Kampf auch noch so lange dauern, jedes weitere Opfer zu bringen, um zu einem Frieden zu kommen, der den berechtigten Ansprüchen für die Sicherheit und für die Zukunft Deutschlands entspricht. (Beifall.)

Die Rede Dr. Helfferichs.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt Dr. Helfferich spricht die Überzeugung aus, daß die Durchführung des neuen Kredits der Zustimmung des Hauses sicher sei, wodurch aufs neue vor der Welt die unerschütterliche Wille des deutschen Volkes bezeugt wird. Der Staatssekretär entwirft sodann ein Bild der Gestaltung der Finanzlage des Reiches im ersten Kriegsjahre und betont, daß die Schätzungen des monatlichen Kriegsbedarfes durch die tatsächliche Gestaltung der Kriegsausgaben noch übertraffen worden sind. Die Ausgaben eines einzelnen Monats reichen hart an zwei Milliarden Mark heran und sind um ein Drittel höher als die Gesamtausgaben des Krieges 1870/71.

Die Schwere der Opfer.

Fortfahrend sagt der Staatssekretär hierauf: Wir wollen uns über die Größe der Leistung, die noch zu verrichten ist, über die Schwere der Opfer, die noch zu bringen sind, keiner Selbsttäuschung hingeben. Es ist eine furchtbar schwere Zeit, die dem deutschen Volke und unserm Erdteil auferlegt ist. Wir wären dieser Zeit nicht würdig, wenn wir uns — more gallico — über ihren Ernst hinwegbetrüben wollten. Das Durchhalten wird im zweiten Kriegsjahre vielfach schwerer sein als im ersten. Wir wollen uns namentlich darüber klar sein, daß neue große Anstrengungen erforderlich sein werden, um der Bevölkerung im Innern das Durchhalten zu erleichtern, und daß noch größere Mittel als bisher aufgewendet werden müssen, um die gegenwärtige Not zu lindern, dem

drohenden Elend vorzubeugen und einen Schaden für die Zukunft des deutschen Volkes abzuwenden. Redner wiederholt ausdrücklich, daß sich die verbündeten Regierungen diesen Aufgaben nicht entziehen werden, insbesondere, daß die Reichsfinanzverwaltung aus dem neuen Kredit 200 Millionen Mark bereitstellen wird, um den Fonds zu verstärken, der im Dezember geschaffen wurde zur Unterstützung der Gemeinden und Gemeindevorstände auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege, namentlich der Familienunterstützung und der Erwerbslosensfürsorge. So schwer die materiellen Opfer sind, die das deutsche Volk neben noch größeren und schwereren in dem Kriege bisher gebracht hat und noch weiter bringen wird, jeder Deutsche wußte von Anfang an, warum wir diese Opfer bringen.

Bis zum siegreichen Ende.

Jeder Deutsche weiß heute, daß die Opfer nicht umsonst gebracht werden. Die durchschlagende Begründung der neuen Kreditvorlage ist der einmütige Wille des deutschen Volkes, den uns aufgezwungenen Krieg bis zu einem siegreichen Ende durchzuhalten, bis zu einem Frieden, den wir vor uns selbst und vor unsern Kindern und Enkeln verantworten können. So weit sind wir heute noch nicht. Noch wollen die Feinde nicht zugestehen, daß ihr Frevelmut sich übernommen hat, als er sich vermaß, uns mit der Ueberzahl der Waffengewalt niederzuringen; noch wiegen sie sich in dem Selbstbetrug, daß es ihnen gelingen könnte, uns durch Ermüdung und Erschöpfung ihrem Willen zu unterwerfen. Noch immer sträuben sie sich, obwohl schwer getroffen, gegen den Gedanken, daß ihre Sache verspielt ist, daß die vernünftige Abwägung aller Aussichten sie zwingen muß, den Fehlschlag des Unternehmens einzugestehen, für sich zu retten, was zu retten ist, und Sühe und Sicherheit für die Zukunft zu bieten. Solange die Feinde sich nicht bequemen, aus der Tatsache unsrer Unbesiegbarkeit und unsrer Siege die Konsequenz zu ziehen, sind die Waffen unser einziges Mittel, sie zu überzeugen. So lange wollen, müssen und werden wir weiterkämpfen und jedes Opfer bringen, das der Krieg uns auferlegt.

Keine Kriegssteuern.

Der Staatssekretär teilt mit, daß für die Aufbringung der Mittel auch diesmal wieder der Anleiheweg beschritten und von der Einbringung von Kriegssteuern, solange es möglich ist, abgesehen

werden soll. Redner erklärt bezüglich der Kriegsgewinnsteuer, worüber bei der Zusammenkunft der Finanzminister der Bundesstaaten am 10. Juli ein grundsätzliches Einverständnis erzielt wurde, daß die Erhebung einer solchen Steuer erst nach Abschluß des Krieges stattfinden könne. Bezüglich der Grundzüge der Steuer sind die verbündeten Regierungen der Meinung, daß alle jene, die während der Kriegszeit im Gegensatz zu der großen Masse der Volksgenossen in der Lage waren, ihr Vermögen in erheblichem Umfang zu vermehren, auch imstande und verpflichtet sind, in höherem Maße als im Wege der gewöhnlichen Besteuerung zu den Kosten des Krieges beizutragen, womit die Anleiheung an die Reichs-Vermögenswachstumssteuer gegeben ist. Der Betrag der Steuer soll außer in Bargeld auch in Kriegsanleihen zahlbar sein. Redner verweist darauf, daß auch England auf die Erschließung neuer Steuerquellen während des Krieges verzichtet, und fährt fort:

Das Bleigewicht der Milliarden.

Wie die Dinge liegen, bleibt vorläufig nur der Weg, die endgültige Regelung der Kriegskosten auf den Friedensschluß und die Zeit nach dem Frieden zu verschieben. Dabei möchte ich auch heute betonen: Wenn Gott uns den Sieg verleiht und damit die Möglichkeit, den Frieden nach unsern Bedürfnissen und Lebensnotwendigkeiten zu gestalten, dann wollen und dürfen wir neben allemandern auch die Kostenfrage nicht vergessen. Das sind wir der Zukunft des Volkes schuldig. Die ganze künftige Lebenshaltung des Volkes muß, so weit irgend zu erreichen, von der ungeheuren Bürde entlastet werden, die der Krieg anwachsen läßt. Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter des Krieges verdient; sie mögen es durch Jahrzehnte schleppen, nicht wir. Daß die ungeheure finanzielle Schwächung unsrer Gegner die Durchführung des Zieles erschweren wird, ist nicht zu bezweifeln, aber wir werden tun, was nach dieser Richtung irgend getan werden kann.

Das Geld im Lande.

Schatzsekretär Dr. Helfferich kündigt fortwährend die Ausgabe der Zeichnungseinladungen der neuen Kriegsanleihe für Ende dieses Monats an und teilt mit, daß der Ueberschuß bezordentlichen Etats 1914/15, der im März auf Grund vorläufiger Schätzungen mit 38 Millionen beziffert wurde, nicht weniger als 219 Millionen beträgt. Der Schatzsekretär betont, daß er des Erfolges der Kriegsanleihe sicher

sei, da alle sittlichen und materiellen Kräfte des deutschen Volkes heute so stark wie je sind, zumal da alle für den Krieg verausgabten Summen bis auf verhältnismäßig unbedeutende Beträge im Lande geblieben sind. Redner widerlegt ziffernmäßig die Behauptung der Gegner, daß die Kriegsanleihen so gut wie ausschließlich mit dem Kredit von Darlehensstellen finanziert wurden, legt den guten Stand der Einlagen bei den Sparbanken und Banken dar und teilt bezüglich der Organisation der Kriegsanleihe mit, daß diesmal sämtliche Postanstalten zur Zeichnung mit herangezogen und daß auch für Zeichnungen von 1000 Mark und darunter Teilzahlungen gestattet sein werden. Bei großen Zeichnern werden die noch nicht fälligen unverzinslichen Schatzanweisungen des Reiches unter Abzug eines 3prozentigen Diskonts in Zahlung genommen werden. Die Zeichner werden vor Ausgabe der endgültigen Stücke Zwischenscheine erhalten. Ferner soll die Werbetätigkeit in größerem Umfang betrieben werden durch Heranziehung der lebendigen Mitwirkung aller, die durch Amt, Beruf, Stellung und Ansehen belehrend und beratend auf die weitesten Volkskreise einwirken können. In der Ausstattung der Anleihe selbst werde auf dem geraden, einfachen Wege geblieben werden. Die 3prozentige Kriegsanleihe ist das vollstimmlichste Papier, das es in Deutschland je gegeben hat. Nur der Ausgabekurs werde im Gefühl der gefestigten Finanzkraft etwas höher gesetzt werden.

Die Gesamtkosten des Krieges.

Redner entwirft sodann eine Schätzung der Gesamtkosten des Krieges. Die täglichen Kriegskosten sämtlicher Mächte belaufen sich auf nahezu 300 Millionen Mark, die monatlichen übersteigen 8 Milliarden; für das Jahr kommen wir auf rund hundert Milliarden. Auf die Koalition der Feinde entfallen fast zwei Drittel, auf Deutschland und seine Verbündeten nicht viel mehr als ein Drittel der Gesamtkosten. Von allen kriegsführenden Ländern deckten Deutschland, Oesterreich-Ungarn und England allein bisher einen nennenswerten Anteil an den Kriegskosten durch langfristige Anleihen.

Anerkennung für Oesterreich-Ungarn.

Oesterreich-Ungarn brachte bisher nahezu 8 Milliarden Kronen auf, eine Leistung, die angesichts des Standes der Wirtschaft und des Volksreichtums der Donaumonarchie die größte Anerkennung verdient. Frankreich, das berühmte Land der Rentner, bleibt weit hinter diesen Ziffern zurück. Der Reinertrag seiner langfristigen Anleihen erreicht kaum 2 Milliarden Franken, das ist etwa ein Viertel dessen, was Oesterreich-Ungarn auf diesem Wege bisher geleistet hat. Von Rußland, Italien und den kleineren Entente-Genossen wolle der Schatzsekretär nicht reden. Man soll auch gegen Feinde nicht ohne Not grausam sein.

Die Ueberlegenheit Deutschlands.

Bezüglich der Art der Aufbringung des Geldbedarfes besitzen wir die unbestreitbare Ueberlegenheit. Frankreich vollzog überhaupt keine regelrechte Anleiheemission. England versuchte eine dreieinhalbprozentige Kriegsanleihe. Wenn auch äußerlich mit gutem Ergebnis, sank seine Anleihe indes bald unter den Emissionskurs. Die „Times“ plauderte aus, daß die Regierung bei den Banken einen besonderen Schritt unternahm, damit diese durch eine starke Erhöhung der Zeichnungen wenigstens den äußeren Erfolg retteten. Eine weitere englische Anleihe unterblieb zunächst. England versuchte, durch tägliches Ausbieten kurzfristiger Schatzwechsel die nötigen Mittel zu beschaffen, aber die Summe schwoll an und das Interesse der Käufer schwand. Die unter dem neuen Schatzkanzler herausgebrachte Anleihe sank am ersten Tag unter den Ausgabekurs und notiert heute nur etwa 98. Die „Times“ hält jetzt eine große Anleihe in Amerika für unvermeidlich. Die deutschen Kriegsanleihen gingen niemals unter den Ausgabekurs herunter. Die zweite deutsche Kriegsanleihe konnte mit demselben fünfprozentigen Zinsfuß um ein Prozent höher

aufgelegt werden als die erste. Bei der dritten Kriegsanleihe wird der Ausgabekurs erhöht werden.

Was die Staatspapiere betrifft, ging die dreiprozentige französische Rente um zwanzig Prozent, die zweieinhalbprozentigen Konsols bei einem Mindestkurs von 65 um elf Prozent, die deutsche dreiprozentige Reichsanleihe nur um neun Prozent zurück. Die Deutsche Reichsbank erhöhte seit Kriegsausbruch ihren Goldbestand um eine Milliarde Mark. Ihre Golddeckung ist heute mit 337 Prozent wesentlich besser als bei der Bank von Frankreich mit 283 Prozent und der Bank von England mit 253 Prozent.

Die finanzielle Waffenbrüderschaft.

Die Legende des Pariser „Temps“, wonach die Zunahme des Goldbestandes der Reichsbank daher komme, daß Deutschland sich den Goldbestand der Oesterreichisch-ungarischen Bank angeeignet hätte, gibt dem Redner Gelegenheit zu einer Feststellung, die ihm am Herzen liegt. Wir stehen, sagt der Schatzsekretär, allerdings unsern Verbündeten finanziell zur Seite, wie das guter Waffenbrüderschaft entspricht. Unsere Banken haben mit der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie gewisse finanzielle Transaktionen im Einverständnis mit der Reichsleitung abgeschlossen. Wir haben außerdem gegenüber den Türken, die sich so ausgezeichnet schlagen, die Pflichten des finanziell stärkeren Bundesgenossen erfüllt. Geschadet haben wir mit unsern Verbündeten nicht. (Sehr gut. Weiter.) Gold haben wir ihnen nicht abgenommen. Die Behandlung treuer Bundesgenossen, die Schulter an Schulter mit uns Blut vergießen, als Objekt geschäftlicher Ausbeutung, das ist nicht deutsche Art (Lebhafte Zustimmung), das ist britischer Stil. (Wiederholte lebhafte Zustimmung.) Wir überlassen ein solches Verfahren den Engländern.

Das Geheimnis des Erfolges.

Der Staatssekretär kommt sodann auf den Kern zu sprechen, worin das Geheimnis des Erfolges auf dem finanziellen Kriegsschauplatz liegt, und betont: Der Reichtum, dem Deutschland den Erfolg verdankt, umfasst den gesamten wirtschaftlich-technischen Apparat und besteht vor allem in der lebendigen Arbeitskraft des Volkes, die im Krieg für den Krieg wirkt und schafft. Geld wird dabei gebraucht, aber nicht verbraucht. Wo Geld über die Grenzen rollt, um durch Einkauf von Kriegsmaterial und Nahrungsmitteln die mangelnde innere Erzeugung zu ergänzen, da rollt es nicht so leicht wieder zurück; da treten Störungen ein, die wir bei unsern Gegnern beobachten. Darum mögen sie ihre Geldmaschinen reparieren und dabei noch so sehr auf unser Vorbild schauen, nützen wird ihnen dies erst, wenn sie uns die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und der Industrie, wenn sie uns in allen Produktionszweigen unsere Arbeiter und Unternehmer nachmachen. Das können sie nicht, so wenig, wie sie unser Heer nachahmen können. Denn dazu gehört mehr als aus der Not des Augenblicks geborne Einsicht, dazu gehören Generationen von Schulung, Zusammenarbeit, eiserne Erziehung zur Pflicht und Disziplin, dazu gehört das in tausendjähriger Geschichte zu Stahl geschweißte Volkstum. Mögen sie uns Vernichtung und Zerstübelung anjagen: an diesem stahlharten deutschen Volkstum wird ihre Zahl und Macht, wird ihr Geld, ihre Tücke zerfallen.

Das Siegesbewußtsein.

Wir tragen den Sieg in uns, wir fühlen die Verheißung doppelt stark in diesen Tagen, wo unter den Donnerschlägen unsrer festungsbezwingenden Geschütze Schwankendes Gestalt gewinnt, wo jeder das Herannahen großer Entscheidungen spürt, wo der Flügelschlag des Weltenschicksals in der kleinsten Stütze hörbar wird. Wir wissen Heer und Volk durchdrungen von dem Bewußtsein, daß es abermals gilt,

alle Kraft einzusetzen, daß es in jedem Deutschen zuckt, mit Hand anzulegen beider großer Entscheidung draußen in Feldschlacht und Festungskrieg, daheim im wirtschaftlichen und finanziellen Ringen.

Deshalb vertraue ich darauf: der Kredit, den Sie heute bewilligen werden, wird von dem gesamten Volke durch Beteiligung an der neuen Anleihe gutgeheißen werden. Keiner wird sich ausschließen. Große und Kleine werden die Pflicht erfüllen, die Dahingeblienen werden abermals den kämpfenden Brüdern draußen den Dank abtatten und sich ihrer würdig erweisen, sie werden dazu beitragen, mit dem neuen durchschlagenden Erfolg uns näherzubringen an Sieg und Frieden, an den deutschen Frieden, der uns die Vollenbung des Werkes von 1812 und 1870 sein wird, der uns und unsern Verbündeten dauernde Sicherheit vor Ueberfall und Vaghehrlichkeit gewährleistet, der unsre Gegner aus dem Fluch irreführter Leidenschaften und künstlich gezüchteter Wahnideen zur Selbstbesinnung zurückleitet, der den blutenden Völkern Ruhe und Freiheit bringt, deren unser Erdteil bedarf, um in der Welt seinen Platz zu behalten und seine Mission zu erfüllen.

Das Haus, das die Rede des Staatssekretärs vielfach mit Zustimmungsaussagen begleitet hat, bringt dem Redner am Schluß lebhafteste Beifallsäußerungen dar.

Die Sozialdemokraten für die Kriegskredite.

Abg. David (Sozialdemokrat) wünscht, die harte Notwendigkeit möge nicht noch einmal eine Kriegskreditvorlage aufzwingen; es möge inzwischen gelingen, einen für Deutschland ehrenvollen, guten Frieden zu erreichen, einen Frieden, der uns die Sicherheit des politischen Machtbereiches und die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung dem deutschen Volke schafft. Redner gründet diese Hoffnung auf die letzten Leistungen der tapferen Truppen, die uns mit Stolz und Bewunderung erfüllen. Auch uns, fährt Redner fort, ist es ein Herzensbedürfnis, allen diesen Kämpfern heißen Dank auszusprechen. (Lebhafte Beifall.) Wie in allen Völkern, lebt auch im deutschen Volke die Sehnsucht nach dem Tage des wiedergewonnenen Friedens. Darum darf Eroberungslust den Krieg nicht unnötig verlängern. Leider sind die Gegner trotz der schweren Niederlagen noch immer nicht zum Frieden geneigt. So bleibt uns denn, wollen wir sie zum Frieden geneigt machen, nichts übrig, als sie zur Einsicht zu zwingen, daß die Hoffnung, Deutschlands Kraft erschöpfen zu können, eitel ist. (Lebhafte Beifall.)

Der Redner schließt: Die Schaffung freier höherer Rechts- und Kulturzustände innerhalb des Volkes und von Volk zu Volk muß das unverrückbare Ziel der Politik sein, die dem Besten unsres Volkes und der gesamten Menschheit dienen will. Im Kampfe für dieses Ziel werden wir auch diesmal dem geforderten Kriegskredit unsere Zustimmung geben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Sprecher des Zentrums.

Abgeordneter Dr. Spahn (Zentrum) legt den durch die Gewaltherrschaft der Ententemächte auf die kleineren Staaten ausgeübten Zwang dar und begrüßt es, daß Bulgarien und Griechenland so tapfer allen Lockungen des Vierverbandes widerstehen. Redner nimmt an, daß sich auch Rumänien des großen Wertes der Freundschaft Deutschlands nach dem Kriege bewußt sei, und betont, daß der Balkan für den deutschen Handelsverkehr die Brücke werden soll zu den Ländern, von denen aus die Indogermanen den Zug nach West und Ost genommen haben. Er verlangt, daß bei Zeiten auf die Lösung der wirtschaftlichen Probleme Bedacht genommen werde. Redner betont, daß die durch den Krieg geschaffene Lage des Papstes zwingt, auf eine internationale Regelung bedacht zu sein, die den Rechten, der Würde und den Aufgaben des Papsttums gerecht werde. Zu der Absicht des Reichskanzlers, das vom russischen Joch befreite polnische Land einer glücklicheren Zukunft entgegenzuführen, betenne sich auch Redners Partei. Mit

Stolz und Dank anerkennt Redner, daß durch die Leistungen des Heeres und der Flotte die Kriegslage uns günstig sei, zu Lande, Wasser und Luft. (Lebhafte Beifall.)

Die Erklärungen der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen.

Abgeordneter Basser mann (national-liberal) spricht seine Bewunderung und seinen Dank der Leitung des Reichschamantes und der Reichsbankverwaltung aus und begrüßt die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten als ein Zeichen, daß das Volk den einigen Willen hat, den Krieg siegreich zu beenden und durchzuhalten, bis ein starkes, unantastbares Deutschland die nötigen Freiheiten errungen habe. Bezüglich der Polenfrage betont Redner, man werde die Frage lösen müssen, einmal aus den Interessen und Forderungen der Polen heraus, aber auch unter voller Berücksichtigung der nationalen Interessen des Deutschen Reiches. (Zustimmung.) Das feierliche Bekenntnis des Reichskanzlers, daß wir die Sentimentalität verlernten, ist von großer Bedeutung. Der Sieg soll uns einen Frieden bringen, der die Zukunft sichert und einzig diktiert ist von dem deutschen nationalen Interesse. Die neue Zeit muß Rechnung tragen den glänzenden Leistungen des Volkes. Kein Staatsmann, keine Partei wird sich dem entziehen können. Das ist sittliche Pflicht. Der Krieg ist dem Kaiser und dem deutschen Volke aufgedrungen worden; möge er auch mit kraftvoller Hand beendet werden, damit das deutsche Volk für die vielen schweren Opfer auch die ihm zustehende Genugtuung und die Gewähr erhält, daß derartiges sich nicht wieder ereignet. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Fischbeck (fortschrittlich) bezeichnet es als Aufgabe der Gesetzgebung, der Regierung zu steuern, und erklärt, seine Partei stehe den Ausführungen des Reichskanzlers bezüglich der Führung der Geschäfte in der Zukunft, soweit sie sich auf den Frieden beziehen, mit Vertrauen gegenüber und bewillige ohne Beschränkung die Mittel, die gefordert werden als Grundlage für eine schnelle, siegreiche Beendigung des Kampfes, um der Welt den Frieden zu geben und dafür zu sorgen, daß ein Frieden geschaffen werde, so erfolgreich, daß den Feinden der Frevelmut vergeht, unsern Kindern oder Kindeskindern wieder mit den jetzt erlebten Ueberfällen zu kommen. (Beifall links.)

Der Deutschkonservative Sprecher.

Abgeordneter Dertel (deutsch-konservativ) dankt dem tapferen Heer und den großen Führern für die glänzenden Heldentaten, insbesondere auch jenen, die auf verlorenen Posten mit Heldenmut gekämpft haben, und betont, daß das Geschick der Schutzgebiete nicht in Afrika entschieden werde, sondern anderswo. In Besprechung der Rede des Reichskanzlers betont Redner, Rußland und England seien gleich schuld, sie bedeuten für uns die gleiche Gefahr. Redner warnt vor der Unterschätzung der russischen Gefahr, nicht nur für die Weltstellung Deutschlands und sein Wirtschaftsleben, sondern für das deutsche Volkstum. Den Aeußerungen des Reichskanzlers über Polen müsse die Partei des Redners nach jeder Richtung hin einen Vorbehalt entgegenstellen. Keinen Vorbehalt aber mache die Partei den Schlußworten des Kanzlers gegenüber. Wenn der Kanzler nach wie vor bestrebt sei, auf reale Garantien mit der ganzen Kraft seines Wesens hinzuwirken, wenn er bemüht sei, nicht nur einen ehrenvollen Frieden zu verschaffen, sondern auch einen Frieden, der der gebrachten Opfer völlig wert sei, dann habe er das ganze Volk hinter sich, dann werde ihm das Vertrauen von allen Seiten in wärmster Weise entgegenfließen. Dem Volke, fährt Redner fort, muß vor allem die seelische Kraft erhalten werden, deren letzte Wurzel in dem Gottesglauben liegt. Können wir das, dann wird das Volk nicht nur siegreich, sondern für alle Zeit gesegnet aus dem Kriege hervorgehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die deutsche Kolonialpolitik.

Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solj spricht die Ueberzeugung aus, daß das Schicksal der Kolonien nicht in Afrika, sondern auf unsern Schlachtfeldern entschieden werde. Die unwürdige Behandlung der Weißen in Gegenwart von Farbigen, und die

Mobilisierung der schwarzen Rasse gegen die weiße, bezeichnet Redner unter stürmischer Zustimmung des Hauses als Schandfleck, den England nie und nimmer von sich abwachen werde. Englands große Kolonialmacht werde am eigenen Leibe spüren, was es bedeute, die eigene Rasse zu beschimpfen, zu besudeln und buchstäblich mit Füßen zu treten. Wir wollen uns, schließt Redner, durch Schläge, die wir erhalten, nicht abschrecken lassen, die Kolonialpolitik weiter zu verfolgen, und den letzten harten Schlag mit dem festen Entschluß beantworten, daß wir weiter fortfahren auf der für richtig erkannten Bahn. (Lebhafter Beifall.)

Die Erklärung der Polen.

Abg. Seyda (Polen) führt aus: Aus den Aeußerungen des Reichskanzlers haben wir Polen mit Genugtuung vernommen, daß das Recht des polnischen Volkes auf die Entwicklung seines nationalen Lebens und seiner alten Kultur anerkannt wird. Wir finden in den Worten des Kanzlers die Bestätigung der Anschauung, daß das Wohl des polnischen und des deutschen Volkes nicht miteinander im Widerspruch steht. Es scheint uns nicht an der Zeit, im gegenwärtigen Augenblick alles Unrecht, das uns im Laufe der Vergangenheit zugefügt wurde, zu erörtern, denn wir hegen die feste Zuversicht, daß der jetzige Krieg eine derartige Regelung der politischen Verhältnisse für die polnische Nation bringen wird, daß die freie Entwicklung des nationalen Lebens für die Zukunft gesichert ist. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Schulz (Reichspartei) betont, die ungeheuren Opfer erfordern einen entsprechenden Frieden.

Annahme des Kriegskredits.

Sodann wird der Kriegskredit einstimmig in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Protest des Abg. Liebknecht, der vor der Abstimmung den Saal verlassen hatte, begegnet der stürmischen Heiterkeit des Hauses. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

25. / III. 1915

[Die finanzielle Situation in Wien.] Der günstige Fortgang der militärischen Operationen hat die in den finanziellen Kreisen wurzelnde Ueberzeugung gefestigt, daß die verbündeten Centralmächte in der Lage sind, auch auf wirtschaftlichem Gebiete alle nötigen Opfer zu bringen und damit die Hoffnungen der Feinde auf einen Erfolg durch eine Verschärfung des Handelskrieges zunichte zu machen. Unter diesen Umständen hat auch die Kriegserklärung Italiens an die Türkei keinen Eindruck gemacht, vielmehr die Anschauung verstärkt, daß durch die Erweiterung des Kriegsgebietes die Sache der Entente sich nicht gebessert, sondern die Schwäche des Bivverbandes sich noch deutlicher gezeigt habe. Der diplomatische Feldzug der Ententemächte auf dem Balkan hat auch nach Ansicht der finanziellen Kreise mit einem Mißerfolg geendet und diesbezüglich wurde auf die Tatsachen verwiesen.

daß Venizelos die Richtlinien der Politik eingeschlagen habe, welche von dem König bestimmt wurden. Die verdrossene Stimmung, welche in Serbien gegenüber Rußland besteht, gibt Zeugnis dafür, daß auch dieses Land sich der Erkenntnis nicht verschließen kann, daß es dem Interesse der Ententemächte dauernd große Opfer zu bringen hat. Die finanziellen Kreise hatten schon im ersten Moment, als von den Ententemächten der Versuch gemacht wurde, den Untergang der „Arabic“ zum Anlaß von Störungen zu nehmen, die Ueberzeugung vertreten, daß dieser Zwischenfall in glücklicher Weise beigelegt werden dürfte. Mit Befriedigung nahmen sie daher die Nachrichten auf, die besagten, daß auch in den Vereinigten Staaten eine ruhigere Beurteilung dieser Frage zu beobachten sei. Der finanzielle Verkehr war am heutigen Tage sehr gering und die vollzogenen Umsätze hielten sich in engen Grenzen. Die Tendenz war nach einigen Schwankungen behauptet.

26./VIII. 1915

[Erleichterung des Geldstandes.] Nach der vorübergehenden Anspannung, die am Beginne des Monats zu verzeichnen war, ist wieder eine wesentliche Erleichterung eingetreten. Der Privatdiskont hatte Anfang August die Höhe von $3\frac{1}{2}$ Prozent erreicht. Heute ist er wieder auf $2\frac{3}{4}$ Prozent gesunken, somit von seinem tiefsten Stande nicht mehr weit entfernt. Die Erleichterung ist auch deshalb charakteristisch, weil bereits in naher Zeit neuerliche Einzahlungen bevorstehen. Am 4. September ist nämlich eine weitere Rate der letzten Kriegsanleihe fällig; sie umfaßt 25 Prozent oder für die österreichische Anleihe beinahe 600 Millionen Kronen und es wurde bereits seinerzeit eine entsprechende Anzahlung geleistet.

[Die finanzielle Situation in Wien.] Die Tatsache, daß die Möglichkeit einer Räumung Petersburgs in Rußland selbst offen erörtert werden darf, und Zar Nikolaus sowie die Regierung die Hauptstadt seines Reiches vielleicht verlassen werden, zeigt deutlich die schweren Erschütterungen, welche die Erfolge der verbündeten Zentralmächte in Rußland ausgelöst haben. Die Zerreißung der russischen Front, die Erfolge unserer Truppen am Bug und die vollständigen Mißerfolge der italienischen Angriffe an der Isonzofront haben neue Beweise für die Schlagkraft der verbündeten Heere geliefert und die Auffassung der finanziellen Kreise bekräftigt, daß solche Siege auf die Haltung der neutralen Länder nicht ohne Einfluß bleiben können. Man verwies auch auf die Bedeutung, welche die allmählich bekanntwerdenden Details über den Verlauf der stürmischen Debatten in der Duma besitzen, und den Umstand, daß auch die geheimen Kammerführungen in Frankreich die sich immer stärker durchsetzende Enttäuschung in den Ländern der Ententemächte nicht verhüllen können. Eine gewisse Zurückhaltung bewirkten die widersprechenden Nachrichten über die Haltung der Vereinigten Staaten bei der Lösung des Streitfalles der „Arabic“, die aber heute eine ruhigere Auffassung der Sachlage erkennen ließen. Immer deutlicher zeigte sich nach Ansicht der finanziellen Kreise, daß die Kriegserklärung Italiens auf dem Balkan nicht die von der Ententegruppe erwartete Wirkung ausgeübt habe, sondern daß sie im Vereine mit dem Verben um die einzelnen Balkanmächte das Ansehen des Vierverbundes noch vermindert habe. Die geschäftliche Tätigkeit war auch heute sehr gering, und die vereinzelt Umsätze, die sich vollzogen, hatten die Anlage frei verfügbarer Kapitalien zum

Zwecke. Die Richtung des Verkehrs wies gegenüber dem gestrigen Tage keine Veränderung auf und charakterisierte sich als eine abwartende, zumal auch der Berliner Markt eine tiefgehende Stockung in seinen geschäftlichen Umsätzen zu verzeichnen hatte.

27. VIII. 1915

Der Kassatag für Devisen.

Der auf den 3. September d. J. angelegte Kassatag für Devisen wird auf den 4. Oktober d. J. verlegt.

Die Stimmung in Wiener Finanzkreisen.

Die Meldungen über die schweren Niederlagen, die die russische Armee in den letzten Monaten erlitten hat, verursachen nicht nur eine Entwertung der russischen Saluta, sondern scharfe Rückgänge in russischen Anlagewerten und Aktien. Die Erörterungen, welche in der Duma über die russische Finanzlage stattfanden und welche deutlich die vollständige Zerrüttung der russischen Staatsfinanzen dokumentieren, verschärfen diesen Liquidationsprozeß. Trotz des fortgesetzten Siegeszuges der verbündeten Armee verharret der Verkehr weiter in zuwartender Haltung. Die Kurssteigerungen an der New-Yorker Börse, aus welchen man auf eine ruhigere Beurteilung der „Arabic“-Affäre schließen will, konnten gleichfalls nicht zur Belebung der Lethargie, die dem Verkehr derzeit anhaftet, beitragen. Der Anlagemarkt liegt ruhig; Devisen erfuhr eine neuerliche Versteifung.

[Die finanzielle Situation in Wien.] Die Erstürmung von Brest-Litowsk durch die verbündeten Armeen, die in den Nachmittagsstunden bekannt wurde, ist in den finanziellen Kreisen lebhaft begrüßt worden. Die Bedeutung der Eroberung der großen russischen Festung wurde um so höher eingeschätzt, als man in ihr eine ernste, weitere Bedrohung der russischen Rückzugslinien erah und durch die erneute schwere Niederlage der russischen Truppen auch eine Verschärfung der inneren Krise Rußlands sowie eine Steigerung des immer mehr hervortretenden Friedensbedürfnisses der französischen Bevölkerung erwartet wurde. Gleichzeitig herrschte auch die Ansicht vor, daß der Zusammenbruch der russischen Verteidigung eine starke Rückwirkung auf den Balkan üben müsse, den bisherigen Mißerfolg des Bierverbandes bei den Balkanstaaten erhöhen und die Erkenntnis, daß der Sieg der Centralmächte die Freiheit des Balkans verbürge, verallgemeinern werde. Neben den zuberächtlichen politischen und militärischen Erwägungen, welche der Fall der letzten Festung des russischen Festungsvierecks erweckte, wirkte auch die ruhige Auffassung über die Entwicklung des Streitfalles der "Arabic" auf die Stimmung ein. Stark beachtet wurden hierbei namentlich die Erklärung des deutschen Botschafters in Washington, daß die umlaufenden Gerüchte über die "Arabic" mit den Tatsachen nicht übereinstimmen können sowie die Äußerungen des Professors Hall über die ruhige Stimmung der weiten amerikanischen Bevölkerungskreise und die kräftige Erholung des Newyorker Marktes, die mit besseren politischen Nachrichten aus Washington in Zusammenhang gebracht worden war. Ueberdies übte auch die Meldung über die günstige Einwirkung des warmen Wetters auf die Ernte und den Saatenstand einen befestigenden Einfluß auf die Tendenz aus. Bei andauernd sehr ruhigem Verkehre überwog daher heute eine feste Haltung und die vereinzelt Umsätze, die sich vollzogen, wiesen infolge von Kapitalsanlagen mehrere Preisbesserungen auf. Die Geschäftstätigkeit hielt sich andauernd in den engsten Grenzen, die freundliche Stimmung blieb aber andauernd in Geltung, zumal auch der Berliner Markt wieder eine feste Haltung meldete.

Ein Beitrag zur Finanzgeschichte Oesterreichs.

Von Professor Dr. A. Sulzbach (Frankfurt).

Die vorliegende, von der Rappaport-Stiftung gekrönte Preisschrift*) führt uns in eine Zeit der traurigsten Finanzgebarung des österreichischen Staates. Unaufhörliche Kriege unter Leopold I. und Verschwendungssucht des Hofes erforderten viel Geld. Aber woher nehmen? Der Großadel, der früher noch ausgeholfen hatte, versagte. Bittbriefe des Kaisers an die Großen seines Reiches wurden höhnisch abgewiesen, manche wurden gar nicht beantwortet, und so sah sich die Regierung auf die Hilfe von Einzelfirmen angewiesen. Aber hier konnte nur der persönliche Kredit die Geldquellen öffnen, denn der Staat besaß ihn bei seiner Finanzzerfahrenheit nicht, und er tat nichts, ihn sich durch Hebung des Handels und Verkehrs zu schaffen. Zu der besonderen Not Oesterreichs kam noch die allgemeine hinzu, Deutschland blutete noch an den Wunden, die der Dreißigjährige Krieg dem Lande geschlagen hatte, wer sollte und konnte helfen? Da waren es nun Juden, an die man um Hilfe sich wandte. Weil sie heimatlos waren, war überall ihre Heimat, überall hatten sie Bekannte und Verwandte; vertrieben und durch die Lande gehetzt, hatten sie überall Beziehungen, und so bildeten die durch Bedürfnislosigkeit zu Vermögen Gekommenen gleichsam ein Konsortium, das mit vereinten Kräften große Unternehmungen auszuführen imstande war. Sie werden uns alle im vorliegenden Buche vorgeführt, die es als Hofjuden, Hoffaktoren und dergleichen zu Ansehen und Einfluß gebracht haben. In der Mitte steht als der Hervorragendste unter ihnen Salomon Oppenheimer, aber daneben als der Bedeutendste Samson Wertheimer, der Neffe des Vorhergenannten.

Mit seltener Ausdauer hat der Verfasser den Aktenwust durchstöbert und die entferntesten Beziehungen zu seinem Thema aufgesucht und aufgefunden, um uns ein vollständiges Bild der behandelten Männer und ihrer Zeit zu bieten und zu zeigen, wie besonders Oppenheimer, trotz aller Verknennung und Verfolgung, ausharrte und immer bereit war, sobald man ihn rief, unter Hintansetzung aller Bedenken, seinem Kaiser zu dienen. Ein Beispiel dafür ist die Bereitwilligkeit, mit der er zur Geldherbeischaffung bei Beginn des Spanischen Erbfolgekriegs bereit war, obwohl die Vexationen, die er von seinem geschworenen Feinde, dem Bischof Kollonitsch, kurz vorher zu erdulden gehabt hatte, beinahe seinen Ruin herbeigeführt hätten. Zudem schuldete ihm das Aerar noch außer der alten Schuld 3½ Millionen Gulden, die er zum größten Teile sich erst selbst hatte schaffen müssen; dabei war er selbst noch kurz vorher durch die vom aufgehetzten Pöbel in Szene gesetzte Plünderung seines Hauses (1700), bei der wertvolle Dokumente vernichtet wurden, in eine sehr bedrängte Lage geraten. Kollonitsch, der sich, um Oppenheimer zu verdrängen, anheischig gemacht hatte, die notwendigen Summen zu schaffen, mußte selbst dazu raten, sich an den Juden zu wenden, da er nicht sein Versprechen einlösen konnte. Dieser Bischof verfolgte Oppenheimer Schritt für Schritt, er verdächtigte ihn auf jede mögliche Weise, ließ ihm den Prozeß machen, aber alle gerichtlichen Untersuchungen fielen zu Gunsten Oppenheimers aus. Während so die Feindschaft des Bischofs ihm überall in den Weg trat, fand er einen treuen Beschützer im Markgrafen Ludwig von Baden, der dem Hof gegenüber stets seine Ehrlichkeit und seine Gewissenhaftigkeit in den Lieferungen betonte, eine Seite, die auch Prinz Eugen zu würdigen wußte. Man kann sagen, daß die Bereitwilligkeit, mit der sich Oppenheimer in den Dienst des Staates stellte, Oesterreich die Führung des Türkischen Krieges und die des Spanischen Erbfolgekrieges ermöglichte. Bei seinem Tode war

ihm das Aerar 6 Millionen Gulden schuldig. Seine Söhne konnten trotz aller Anstrengungen die Firma nicht retten, denn die Anweisungen, die das Haus vom Kaiser erhielt, wurden nicht honoriert, allerhand Schikanen taten das übrige, und einige Jahre nach dem Tode des Gründers der Firma mußte sie ihren Bankrott erklären.

Alle Anschuldigungen, welche die von Kollonitsch geführte Hofpartei über Oppenheimer verbreitete, seine Unzuverlässigkeit, seine Unredlichkeit, daß er den Staat betrog, daß er schlechte Ware lieferte, werden schon durch die Zeugnisse Ludwigs von Baden und des Prinzen Eugen, die gerade seine Redlichkeit und Zuverlässigkeit hervorheben, widerlegt. Prinz Eugen beklagt Oppenheimers Tod geradezu als eine allgemeine Kalamität. Aber auch die lichte Darstellung Grunwalds in dem vorliegenden Buch, die gründliche Untersuchung der Lieferungsverträge, der geleisteten Lieferungen beweist deutlich die Redlichkeit seines Geschäftsbetriebes. Daß auch unptinkliche Lieferungen vorkamen und manchenmal sehr teuer eingekauft werden mußte, räumt der Verfasser ein; dies ist aber kaum zu verwundern, wenn man bedenkt, daß der Staat ihm nicht zahlte, er also selbst seine Bezüge nicht pünktlich zahlen konnte und durch die prekäre Lage, in die er gebracht worden war, auch selbst, um nur Ware zu erhalten, sich mußte über-teuern lassen. Daß die Ankläger bei der großen Menge ein williges Ohr fanden, ist nur allzu natürlich. Dem Heerlieferanten bringt das Volk nun einmal von vornherein Mißtrauen entgegen, wenn auch die Voraussetzungen höchst ungerecht sind, zumal aber einem Lieferanten, der fast ein Monopol in Händen hat, der alles: Frucht, Brot, Waffen, Pulver, Uniformen liefert, durch den viele andere Händler ausgeschaltet werden. Nun war dieser Lieferant dazu noch ein Jude; da ist es wohl zu verstehen, daß die Anklagen auf günstigen Boden fielen und die Verdächtigungen eine Erregung hervorriefen, die sich in der Plünderung von Oppenheimers Haus Luft machte.

Besser war sein Neffe und Rivale Samson (nicht Simson) Wertheimer daran. Dieser kluge Mann hielt sich von Lieferungs-geschäften fern, er sprang dem notleidenden Staat mit Geldhilfe bei, er eröffnete neue Geldquellen, wie Salzmonopole u. dgl., er schaffte auch Mitgiften für das heiligsbedürftige Haus Habsburg, ihm konnte man nicht mangelhafte Lieferungen und Uebervorteilung vorwerfen, und so war sein Name in allen Kreisen geehrt. Anders wie bei Oppenheimer, dessen menschliche Tugenden, Menschenfreundlichkeit, Wohlthätigkeit gegen alle, Juden wie Christen, selbst ein Schudt anerkennen mußte, der aber diese Anerkennung durch Verdächtigung seiner Rechtschaffenheit im Handel paralyisierte, brachte man dem Menschen und Geschäftsmann Wertheimer gleiche Hochachtung entgegen. Als Beweis der Hochachtung und Anerkennung seiner Verdienste erhielt er von Kaiser Leopold 1694 die goldene Gnadenskette, und Kaiser Karl VII. ernannte ihn 1713, was vielen wohl merkwürdig erscheinen wird, zum Oberrabbiner von Ungarn. Ob dies mehr als ein bloßer Titel war, ist fraglich; der Verfasser meint, der Kaiser habe ihm ein wirkliches Rabinat erteilt, denn ein Talmudgelehrter war er in der Tat, wie er auch großes Interesse für die jüdische Literatur bezeugte, unter anderem durch Uebnahme der Kosten für die Drucklegung der großen Frankfurter Talmudausgabe von 1720—22.

Die Mitteilungen des Verfassers, die sich über die weitverzweigte Verwandtschaft dieser beiden Männer verbreiten, sind höchst wertvoll, eine Frucht mühsamer und gewissenhafter Arbeit und damit ein wertvoller Beitrag zur Kulturgeschichte im allgemeinen und zur Finanzgeschichte Oesterreichs. Es sei noch erwähnt, daß direkte Nachkommen der in dieser Besprechung besonders erwähnten Männer noch in unserer Stadt leben.

*) Samuel Oppenheimer und sein Kreis. Ein Kapitel aus der Finanzgeschichte Oesterreichs. Von Dr. Max Grunwald. (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Deutsch-Oesterreich. Bd. 5). Wien 1913. Wilh. Braumüller, XII, 356 Seiten, 4 6.

Finanzielle Wochenschau.

Der hiesige Privatverkehr hielt sich die ganze verfloßene Woche über in den engsten Grenzen. Der Fall der Arabi hatte etwas beunruhigend gewirkt, zumal die Nachrichten aus Amerika, die zwar immer in entente-freundlichem Sinne gefärbt sind, keinen Zweifel darüber ließen, daß in dem Lande jenseits des Ozeans die Wogen der Erregung sehr hoch gingen. Von einer bloßen Stimmungsmache konnte da keineswegs mehr die Rede sein und die rasch sinkenden Kurse an der New-Yorker Börse ließen vermuten, daß man selbst in ernstesten Kreisen die Lage als kritisch betrachtete. Gegen Schluß der Woche hat sich die Aufregung in Amerika wieder etwas gelegt und eine ruhigere Auffassung der ganzen Lage scheint Platz gegriffen zu haben. Abgesehen von dieser leidigen Affäre störte nichts die allgemeine zurechtstehende Stimmung der hiesigen Finanzwelt. Auch die Kriegserklärung Italiens an die Türkei vermochte am hiesigen freien Effektenmarkt keine Wirkung auszuüben. Die Nachrichten von den Kriegsschauplätzen im Norden und Süden waren die ganze Woche über derart günstige, daß der neuen Kriegserklärung keine weitere Beachtung geschenkt wurde, um so mehr, als sie ja keineswegs überraschend kam. Wenn trotz alledem der Privatverkehr während der vorigen Woche aus seiner gewohnten Ruhe nicht heraustrat, so ist dies wohl in erster Linie auf die bekannten Warnungen von

offizieller Seite aus als auch auf die entschiedene Haltung der Regierung zurückzuführen, die offenbar einem Neuaufleben der Spekulation mit aller Energie entgegentreten würde. Die unlängst vorgekommene Aufhebung von sogenannten Winkelsbörsen und die Arretierung der Beteiligten gab eine Kraftprobe hievon. Am Effektenmarkt konzentrierte sich das Interesse bei Beginn der Woche lediglich auf ein paar Werte. Erst in der zweiten Hälfte der Woche, als die Nachricht vom Falle des letzten großen russischen Bankwerkes Brest-Litowsk der zurechtstehenden Stimmung in der Bank- und Börsenwelt eine neue Stütze gab, macht sich eine lebhaftere Kaufstätigkeit geltend. Von einigermaßen nennenswerten Umsätzen konnte jedoch auch da nicht die Rede sein. Einheitslicher als am Effektenmarkt gestaltete sich dagegen der Handel in Renten und Kriegsanleihen. Die fremden Zahlungsmittel waren im allgemeinen wenig gefragt, weshalb von größeren Preisveränderungen nicht die Rede sein konnte.

In Deutschland hat die Rede des Staatssekretärs Dr. Helfferich einen ausgezeichneten Eindruck auf die gesamte Finanzwelt gemacht. Seiner Aufforderung sich anschließend haben sich die Bank- und Börsenkreise von der Effektenpekulation vollkommen zurückgezogen und stellen ihre Tätigkeit nunmehr ganz und gar in den Dienst der kommenden Kriegsanleihe. Die Aufforderung zur Zeichnung auf die neue Kriegsanleihe wird aller Voraussicht nach bereits in den nächsten Tagen erscheinen. Die Einzahlungsfrist dürfte für die ersten 30% bei Zeichnungen jeder Größe vom 30. September bis 18. Oktober laufen. Der Aufbau der Anleihe ist übrigens im Gegensatz zu den beiden vorhergehenden Anleihen wesentlich einfach gehalten. Während damals sowohl 5%ige, innerhalb fünf Jahre amortisierbare Schatzanweisungen als auch Stücke einer 5%igen bis zum Jahre 1924 nicht rückzahlbare Reichsanleihe ausgeben wurden, kommt diesmal eine 5%ige Reichsanleihe ausschließlich in Betracht. Eine Verpflichtung zur Rückzahlung durch den Staat besteht nicht, wohl aber hat sich die Reichsverwaltung das Recht vorbehalten, nach Ablauf von 10 Jahren, also vom Jahre 1924 an die Kriegsanleihe auf dem Wege der Kündigung ganz oder teilweise zu tilgen. Als Emissionsturz ist jetzt der Satz mit 99% endgültig festgelegt. Um auch den kleinen Leute die Zeichnung auf die neue Anleihe zu erleichtern, hat man die Anordnung getroffen, daß bei den kleinen Subskriptionen von 1000 Mark und darunter im Gegensatz zu früher, wo die sofortige Vollzahlung vorgeschrieben war, auch Teilzahlungen in Beträgen von mindestens 100 Mark geleistet werden können. Wie bei den vorhergegangenen Anleihen werden die Kriegsdarlehensklassen auch diesmal Kredite bis zu 75% zum Zwecke der Subskription auf die neue Anleihe gewähren. Ein großer Erfolg dürfte der neuen deutschen Kriegsanleihe um so mehr beschieden sein, als nicht nur Banken schon seit geraumer Zeit ihre diesbezüglichen Vorbereitungen getroffen haben, sondern auch die deutschen Spartassen im Gegensatz zu denen Frankreichs eine rapide Zunahme der Spareinlagen aufzuweisen haben. So belief sich im Monat Juni d. J. bei 365 Spartassen der Einlagebestand auf nicht weniger als 9230 Millionen Mark. Der Juni hatte, obwohl sonst der letzte Monat eines Vierteljahres infolge der fälligen Zahlungen auf Mieten usw. ein wenig günstiger Monat ist, eine neue gewaltige Vermehrung gebracht und zwar, wenn man von den Abschreibungen auf

die zweite Kriegsanleihe absteht, 150 Millionen Mark gegen nur 27 Millionen Mark im gleichen Monat des Vorjahres. Abgesehen von der neuen Kriegsanleihe beansprucht die Frage der Erneuerung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats sowie die Lage der Kaliindustrie weitaus das meiste Interesse der maßgebenden Finanzkreise. Bezüglich der Erneuerung des Kohlen-Syndikats ist man jetzt der Ansicht, daß der Abschluß eines Nebengangs-Syndikats mit eineinhalb-jähriger Dauer wird bewerkstelligen lassen. Es gewinnt also doch den Anschein, daß sich die Einführung des vom Staate angedrohten Zwangssyndikats wird vermeiden lassen. Der preussische Handelsminister stimmt übrigens einem Antrage der National Liberalen zu, wonach die Verordnung wegen Bildung eines Zwangssyndikats im Kohlenbergbau, die ja nur als Kriegsmaßnahme gedacht ist, spätestens zwei Jahre nach dem Friedensschluß außer Kraft zu treten habe. In der chemisch-technischen Großindustrie ist die Preisfestsetzung für Purk im Inland durch Zubilligung erhöhter Verkaufspreise nunmehr geregelt. Im Reichstage gelangte die für diese Branche so wichtige Frage des Stickstoffmonopols in einer unserer gesamten Industrie günstigen Lösung zur Beratung. Bei der Aufsichtsrats-Sitzung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft konnte die Feststellung gemacht werden, daß die allgemeine Geschäftslage nach wie vor als durchaus befriedigend betrachtet werden muß. Durch die Übernahme der Berliner Elektrizitätswerke hat die A. E. G. den großangelegten Kohlengrubenbesitz der ersten Gesellschaft in ihre Gewalt gebracht und wird nunmehr darauf das größte Heberlandkraftwerk von ganz Deutschland zur Ausführung bringen.

Durch Verlängerung der deutschen Röhrenvereinigung bis Ende 1915 unter Erhöhung der Verkaufspreise wurden die Verhältnisse in einem bedeutamen Zweig der Montanindustrie geregelt. Auch in der letzten Woche konnten wieder einige Industrie- und Bergwerksgesellschaften günstige Resultate erzielen. So weist, um nur ein paar Beispiele anzuführen, der Halbjahrsabschluß der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-A. G. in Friedrichshütte im ersten Halbjahr einen Bruttoüberschuß von 5% Millionen auf, was dem Ueberschuß des ganzen Vorjahres gleichkommt. Bei der Richard Lindenbergs-A. G. hat der Aufsichtsrat beschloffen, der am 30. September einzuberufenden Generalversammlung Abschreibungen im Betrage von 1.341.000 Mark und die Verteilung einer Dividende von 25% gegen 12% im Vorjahre vorzuschlagen. Die „Bereinigten Stahlwerke Witten“ verteilen 12% gegen 8% im Vorjahre, die „Stadtberger Hütte“ 10% gegen 2% — alles Beweise für die befriedigende, z. T. sogar ausgezeichnete Lage der deutschen Industrie. Am freien Effektenmarkt in Berlin war von der glänzenden Verfassung des deutschen Gewerbelebens freilich nicht allzu viel zu merken. Gleich wie in Wien beschränkte sich auch dort die Umsätze auf ganz wenig Papiere, so besonders auf Wittener Gußstahl, Stahlwerk Brecker, chemische Werke Hoenningen sowie auf verschiedene Oberschlesische Montanwerke. Die Kursgestaltung war im Verlauf der ganzen Woche ziemlich einheitlich, desgleichen am Anlage- und Rentenmarkt, wo Kriegsanleihen ihre Kurse durchwegs behaupten konnten. Russische Anleihen waren infolge umfang-

reichen Angebots niedriger. Valuten waren meist unverändert. In Italien trägt man sich gegenwärtig mit dem Blane einer Zwangsanleihe. Noch vor einer Woche hatte es ganz den Anschein, als würden die Verhandlungen zwecks Aufnahme einer Anleihe in England zu einem praktischen Resultat führen; nunmehr scheint man aber in Rom jede Hoffnung auf Englands finanzielle Hilfe aufgegeben zu haben. Wie es kommt, daß das Apenninenreich ohne irgendwelche pekuniäre Gegenleistung von Seite der Entente sich in das Kriegsabenteuer mit der Türkei hat hineintreiben lassen, bleibt unverständlich. Italien hat sich bei seinem Anschluß an den Dreiverband nur durch seine Aspirationen auf Südtirol und Triest leiten lassen, ohne sich um die wirtschaftliche und finanzielle Mobilmachung auch nur im mindesten zu kümmern.

Das Ausbleiben des Fremdenstromes, die erschwerte Zufuhr von Rohmaterialien aus dem Ausland, die ungeheure Steigerung der Kohlenpreise von 35 auf 85 Lire pro Tonne, die Stöckung in der Tuch- und Seidenindustrie beginnen das Wirtschaftsleben zu erschüttern. Davon zeigt auch die enorme Zunahme der Konkurse. Allein in Norditalien, das den wirtschaftlichen Kern des ganzen Landes darstellt, sind seit dem 1. Juni nicht weniger als 1955 Konkurse, davon 573 in Venetien, angemeldet worden. Eine solch horrende Ziffer dürfte selbst den verbohrtsten Fanatikern in Rom, soweit sie überhaupt noch zu einer unparteiischen Beurteilung der wirtschaftlichen Situation ihres Landes fähig sind, zu denken geben. Der „Gazzetta Uffiziale“ zufolge hat das Schatzamt im vergangenen Juli für Rechnung des Kriegsministeriums 460 Millionen Lire ausbezahlt, was einem Mehraufwand von 383,918,532 Lire gegenüber dem Vorjahre gleichkommt. Die Marineauslagen betragen 50,392,324 Lire; die Auslagen für die Kolonien stellen sich auf 69 Millionen Lire, wobei zu berücksichtigen ist, daß viele Lieferungen nicht bezahlt, sondern nur gestundet sind. Daraus geht hervor, daß die Ausgaben weit höher sind als 500 Millionen Lire, wie Ferrari schätzte, ferner daß der Notenumlauf für den Schatz, welcher neben dem für das Erwerbsleben einhergeht, nur eine sehr leichte Deckung hat und die schwebende Schatzschuld darstellt, die im Juli weiter von 1634 auf 1859 Millionen Lire gestiegen ist.

In Frankreich macht sich in neuester Zeit ein starker Mangel an Scheidemünze geltend. Bei Kriegsbeginn war dort ähnlich wie in den anderen Ländern eine große Menge Goldes von der geängstigten Bevölkerung versteckt worden. Den Behörden ist es zwar jetzt gelungen, das Publikum zum Austausch des Goldes gegen Banknoten zu bewegen; um so fühlbarer macht sich dagegen jetzt der Mangel in Silber-, Nickel- und Kupfergeld bemerkbar. Zurückzuführen dürfte das Verschwinden der Scheidemünze auf die französische Landbevölkerung sein, die von ihrer Gewohnheit, den „Wollstrumpf“ mit klingender Münze zu füllen, nicht lassen kann. Die Fürsorge des französischen Bauern ist übrigens nicht so ganz unberechtigt; denn schwere Sorgen lasten auf Frankreichs Gegenwart und Zukunft. Zwei Drittel der Industrie leiden unter chronischem Marasmus. An Rohprodukten, Arbeitskräften, Absatzgelegenheiten mangelt es überall, der Kredit liegt darnieder und die Kriegslasten steigen ins Ungemeßene. Heute beläuft sich Frankreichs Schuld auf mehr als 18 Milliarden Franken. Davon entfallen 2 Milliarden auf die obligations de la défense nationale; 8 Milliarden auf die bons de la défense nationale; 1½ Milliarden auf englische Kredite; 6½ Milliarden auf die Verpflichtungen gegenüber der Banque de France. Angesichts einer solch ungeheuren Schuld ist es wohl begreiflich, wenn Finanzminister Ribot mit aller Macht auf den Abschluß einer großen nationalen Anleihe hinarbeitete mit deren Hilfe die schwebende Schuld zu konsolidieren. Ueber den Betrag der Anleihe ist man sich auch bereits einig; Schwierigkeiten macht jedoch die Festsetzung des Zinsfußes. Die Banken fordern 5% und eine unkonvertierbare Anleihe; Ribot ist dagegen, schon mit Rücksicht auf die 3% igen Renten, die heute nur noch 68½ in Paris, in London jedoch bloß 63 notieren. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestkurses wird sich, wenn die neue Anleihe auf 5% iger Basis zustande kommt, kaum mehr umgehen lassen. Geradezu trostlos sind die Ziffern der am 20. d. M. veröffentlichten Statistiken des französischen Außenhandels. Bei einer Gesamtausfuhr von 1696,29 Millionen Franken beträgt der Anfall nicht weniger als 2154,67 Millionen Franken, er ist somit um 55,9% zurückgegangen; der wesentlich geringere prozentuale Rückgang der Nahrungsmittelausfuhr ermäßigt die Durchschnittsziffern insofern, als der Anfall bei Rohmaterialien 67,4%, bei Fabrikaten 56,2% beträgt.

In England steht die Entwertung der Sterlingdevisen noch immer im Mittelpunkt des Interesses. Bei Beginn der verfloffenen Woche notierte die Devisen London in New-York etwas höher, was man allgemein mit den anglo-amerikanischen Anleiheplänen in Zusammenhang brachte. Gegen Ende der Woche trat jedoch wieder eine rückläufige Bewegung ein, die in erster Linie auf die Schwierigkeiten zurückzuführen sein dürfte, die sich dem Abschluß der 500-Millionen-Dollars-Anleihe in Amerika entgegenstellen. Schließlich hat auch die amerikanische Geldwelt, wenn man von Morgan und dessen Freunden absteht, gar kein Interesse daran, den Engländern, die eben jetzt wieder durch die Erklärung der Baumwolle als Baumwolle den Amerikanern schweren Schaden zufügen, aus der Not zu helfen. England wird sich wohl eher übel zu großen Goldverschiffungen nach Amerika versehen müssen. Nur möchte man an der Themse

gerne, daß auch die Rentenbanken der verbündeten Staaten Gold abgeben sollten, um den Sterlingkurs zu stützen. Ob man sich in Paris und Petersburg mit diesem Plane sonderlich befreunden wird, bleibt angesichts der Schwierigkeiten, mit denen die Zettelbanken in diesen Ländern zu kämpfen haben, abzuwarten.

In Rußland bildet der Beschluß, abermals eine Milliarde ungedeckter Noten auszugeben, das Tagesereignis. Die Warnungen eines Kozowow und Djerow haben nichts genützt. Wie weit die Entwertung der Rubelnote im Innern des russischen Reiches bereits fortgeschritten ist, erhellt am besten aus dem Vorschlag des Professors Djerow, ein Prioritätsverhältnis zwischen der Gold- und Papierwährung festzusetzen. Nach seiner Ansicht sollen in Zukunft 100 Rubel in Gold gleich viel Wert haben wie 150 Rubel in Banknoten. Dieser Vorschlag konnte nicht durchdringen und selbst für den Fall, daß er angenommen worden wäre, hätte er doch einen sehr problematischen Wert besessen. Die Entwertung der russischen Banknote muß naturgemäß in dem Maße fortschreiten, als der ungedeckte Umlauf erhöht wird. Wann aber in der Tätigkeit der Notenpresse ein Stillstand eintreten wird, ist vorderhand nicht abzusehen. Hat doch erst vorgestern Finanzminister Bark in der Duma erklärt er werde im Laufe des kommenden Monats abermals eine Milliarde Banknoten emittieren; den Antrag des Abgeordneten Schingareff auf eine Golddeckung von 30% könne er mithin nicht annehmen. Rußlands Regierung wirtschaftet heute nach den Prinzipien der Revolutionäre aus dem Jahr 1789, deren Assignaten allerdings eine andere rechtliche Grundlage als die russische Rubelnote aufwiesen. Für den russischen Finanzminister scheint Metternichs Wort Lebensregel geworden zu sein: „Après nous le déluge.“

— (Der finanzielle Verkehr.) Die Meldungen über den ununterbrochenen Siegeszug der verbündeten Armeen in Russisch-Polen und Galizien beeinflussten die Stimmung der finanziellen Kreise heute wieder in günstiger Weise. Im Effektenverkehr von Bureau zu Bureau waren die Kurse durchweg höher, zumal auch aus Berlin neuerdings zuverlässliche Tendenzberichte vorlagen.

Die finanzielle Situation in Wien. Der Sieg zur Befreiung von Ostgalizien hat einen starken Eindruck auf die Auffassung der finanziellen Kreise geübt und die günstigen politischen und militärischen Erwägungen, die sich schon bisher an die schwere Niederlage der russischen Armee knüpfen, neuerdings wesentlich bestärkt. Der Durchbruch der russischen Flota Ljva-Stellung wurde insbesondere in seiner großen politischen Bedeutung voll gewürdigt und betont, daß der Sieg in Ostgalizien einen lauten Widerhall auf dem ganzen Balkan finden müsse und daß sich die neue Offensive der verbündeten Truppen in jener Richtung bewege, in welche die Wege der Monarchie schon seit langem gelenkt wurden. Lebhaft begrüßt wurde auch die Tatsache, daß nunmehr die letzten Reste der russischen Armee bald vollkommen vom Boden der Monarchie vertrieben sein werden. Auf die Beurteilung der internationalen Lage wirkten ferner auch die aus Paris gemeldeten Gerüchte ein, daß der bisherige Ackerbauminister Striwoschein zum russischen Ministerpräsidenten ernannt werden solle. Da verlautete, daß dieses Mitglied des russischen Kabinetts in den Fragen der auswärtigen Politik den Ansichten des verstorbenen Grafen Witte zuneige, bekräftigten diese Gerüchte die Ansicht, daß Rußland durch die schwere militärische Niederlage und durch die tiefgehende innere Krise trotz der wiederholten gegenteiligen Erklärungen in naher Zeit zu einer Wendung in seiner äußeren Politik veranlaßt werden müsse. Außerdem wirkten auch noch die Nachrichten über die voraussichtlich bevorstehende friedliche Beilegung der „Arabic“-Affäre sowie die andauernd zuversichtlichen Berichte vom Berliner Platz günstig auf die Stimmung ein. Die freundliche Tendenz ist daher allgemein vollkommen ungestört in Geltung geblieben. Namentlich auf dem Anlagemarkt fanden wieder größere Kapitalkäufe statt.

Die Stimmung in Wiener Finanzkreisen.

Die Stimmung in den finanziellen Kreisen bleibt anhaltend eine zuversichtliche, da eine Reihe von Meldungen die optimistische Auffassung vollkommen rechtfertigen. Zunächst die Erklärung Englands bezüglich der Gestattung der Durchfuhr einzelner für Amerika bestimmter Waren durch das Blockadegebiet, die zeigt, daß England seinen bisherigen Standpunkt in bezug auf die Absperrung der Kontinentalmächte nicht mehr aufrechterhalten kann, weiters die Erwägung, daß diese Konzession möglicherweise den Kursgang der Devisenpreise zugunsten der Zentralmächte beeinflussen könnte, ferner die Erörterungen, zu welchen der fortgesetzte Rückgang des New-Yorker Sterlingkurses, der französischen und der russischen Valuta Anlaß gibt, und die Tatsache, daß die Bemühungen, der Entwertung der englischen Valuta Einhalt zu gebieten, bisher keinen Erfolg zeitigten. Alle diese Momente, welche die wirtschaftliche Ueberlegenheit der Zentralmächte zum Ausdruck bringen und die fortgesetzten militärischen Erfolge lassen es erklärlich erscheinen, daß der Markt weiter in seiner hoffnungsvollen Haltung verharret. Bestärkt wird diese Zuversicht durch die günstigen Semestralrechnungsabschlüsse von verschiedenen Industriegesellschaften und einzelner Banken, die zeigen, daß Handel und Industrie in der Monarchie trotz des Krieges weiter prosperieren. Dieser günstigen Umstände ungeachtet, bewahrt der Verkehr die Zurückhaltung, welche er sich seit längerer Zeit auferlegt, und es kommen in den Aktien nur vereinzelte Umsätze, wenn auch zu mäßig erhöhten Preisen, vor. Einen lebhafteren Charakter zeigt das Geschäft auf dem Anlagemarkt, da die starken Couponfälligkeiten die Flüssigkeit des Geldstandes weiter vermehren. Das Publikum wendet hierbei seine Aufmerksamkeit hauptsächlich den Renten zu, welche leichte Kursbesserungen verzeichnen. Devisen zeigen geringe Veränderungen, der Entwertungsprozeß der russischen Valuta hat zufolge der neuerlichen Niederlagen der Russen größere Fortschritte gemacht.

[Die finanzielle Situation in Wien.] Die andauernd zuversichtliche Beurteilung der allgemeinen Lage, die unter dem starken Eindruck der großen militärischen Erfolge der beiden Centralmächte in den finanziellen Kreisen in entschiedener Weise vorherrscht, hat heute durch die günstigen Erwägungen, die sich an die Huldigungsdeputation der ungarischen und kroatischen Munizipien in Wien knüpften, eine neue wichtige Anregung erhalten. Der bevorstehende Empfang in Schönbrunn rief insbesondere eine freudige Genugtuung über die starken Wirkungen hervor, welche der siegreiche Krieg auf die Erkenntnis der Notwendigkeit einer nach außen vollkommen einheitlichen Monarchie geübt hat. Allgemein wurde betont, daß der Ausgleich mit Ungarn, der, gleich dem Bündnis mit dem Deutschen Reiche, als wichtigstes politisches Schutzmittel gegen die russische Gefahr geschaffen wurde, sich für beide Reichshälften glänzend bewährt hat und daß nunmehr nach den großen Erfahrungen des Weltkrieges die untrennbare politische und wirtschaftliche Gemeinschaft zwischen den beiden Teilen der Monarchie für die Dauer verbürgt ist. Es wurde auch angenommen, daß es nunmehr in kürzerer Zeit gelingen dürfte, die Grundlagen für den nächsten Ausgleich mit Ungarn festzustellen und damit die Stellung Oesterreich-Ungarns bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit den anderen Staaten wesentlich zu bessern. Neben diesen günstigen innerpolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen wirkte auch wieder der nachhaltig starke Eindruck der Niederlage Rußlands, der noch durch die Darstellung des deutschen Hauptquartiers über die gänzliche Aufreibung der russischen Angriffsarmee und durch die Mitteilungen über die Augustbeute der verbündeten Armeen erhöht wurde, auf die Auffassung ein. Außerdem begegnete die Nachricht, daß die englische Regierung die Durchfuhr deutscher und österreichisch-ungarischer Waren durch das englische Blockadegebiet gestattet habe, größere Aufmerksamkeit. Man erwartete von dieser Maßregel, wenn auch über deren Ausdehnung noch kein bestimmtes Urtheil gegeben war, die Möglichkeit einer Belebung der industriellen Ausfuhr. Da überdies die befriedigenden Abschlüsse einzelner Industriegeellschaften die Ansicht über die Besserung des industriellen Geschäftsganges bekräftigten, ist die feste Tendenz heute durchwegs entschiedener hervorgetreten. Namentlich auf dem Anlagemarkte zeigte sich der Einfluß größerer Kapitalkäufe. Die Entwertung der russischen Rubelnoten machte weitere Fortschritte.

2. / IX. 1915.

Der Sturz des Sterlingkurses.

△ London, 2. Septbr. (Priv.-Tel. Indir. zens. Frkf.)
Der Wert des englischen Geldes in Amerika ist in den letzten Tagen rapide zurückgegangen. Wie ernst man in England diese Erscheinung beurteilt, ergibt sich aus folgender Meldung der „Daily News“ aus New York: Ein Sturz des Sterlingkurses, wie er noch nie vorher erlebt worden ist, hat sich am Dienstag ereignet. Der Kurs fiel unterhalb des vor einigen Wochen von den Bankiers als sogenanntes unwiderrufliches Minimum festgesetzte Grenze, die, wenn sie erreicht würde, die britischen Käufer veranlassen würde, andere Märkte aufzusuchen, um ihre Einfuhrordres zu plazieren. (Welche?) Bis jetzt sind noch keine amerikanischen Kontrakte umgeworfen worden, aber lokale Bankiers befürchten, daß Erschütterungen der Kontrakte folgen werden, die einen starken Niedergang in neuen Ordres hervorrufen werden, wenn nicht die Kursraten bald verbessert werden. Es wurden so gut wie überhaupt keine Geschäfte abgeschlossen. Englischs Geld ging bis auf Dollar 4.567,5 herunter.

Die Stimmung in Wiener Finanzkreisen.

Die Reden, die anlässlich des Empfanges der ungarischen Schuldigungsdeputation gewechselt wurden, und in denen zum Ausdruck kommt, daß die Völker der Monarchie einmütig wetteifern, die Lasten des uns aufgedrungenen Krieges zu tragen und die früher bestandenen wirtschaftlichen Differenzen vor dem großen Ziele der vollen Entfaltung aller Kräfte zurücktreten zu lassen, sowie die günstigen Aussichten, die sich hiedurch für die künftigen wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen den beiden Reichshälften eröffnen, haben die Zuversicht wesentlich erhöht, so daß der Verkehr die Reserve, die er sich seit längerer Zeit auferlegte, wieder abgestreift hat. Die gute Tendenz fand überdies einen Rückhalt in dem fortgesetzt siegreichen Vordringen unserer Truppen. Große Aufmerksamkeit findet die fortgesetzte Verschlechterung der englischen Valuta, deren Disagio bereits 6 Prozent beträgt. Der Preis der Aktien, für welche sich das Publikum interessiert, hat eine Erweiterung erfahren. Trotz der größeren Nachfrage nach den verschiedenen Aktien hat sich das Interesse für Renten und Anlagewerte weiter vermehrt. Devisen zeigen unwesentliche Veränderungen.

* Der Sturz des Sterlingkurses.

Die „Times“ vom letzten Samstag hat es noch für richtig befunden, unter Hinweis auf ein Zitat aus Shakespeares „Was ihr wollt“: „And mark, what object did present itself“ hämische Bemerkungen über die deutsche Valuta zu machen. Sie ging dabei aus von unserem Artikel „Fremde Effekten heraus!“ und unterstrich unsere Bemerkung, daß die deutsche Valuta gegen eine Reihe von Ländern 14 pCt. unter ihrer Parität stehe. Sachlich war der Artikel der „Times“ völlig inhaltlos. Er behauptete — natürlich ohne Beweise, die nicht zu finden waren — daß die Ausgabe der neuen deutschen Anleihe zu einem erhöhten Kurse ein Bluff sei, und stellte die Rede des Staatssekretärs Helfferich so dar, als ob er eine Konfiskation des Privateigentums prophezeit hätte, Verdrehungen, die eine Zeitung vom Rang der „Times“ ruhig der Schwindlerin „Financial News“ überlassen sollte. Wir glauben, der Redakteur der „Times“ würde heute trotz des leidlichen Wortspiels den Artikel nicht mehr schreiben, denn seit seiner Niederschrift, also in wenigen Tagen, ist der Sterling Cable-Kurs in einer Weise entwertet worden, wie ihn sich die Engländer wohl nie hätten träumen lassen. Damals noch 4.64½, gestern 4.55, also ein Rückgang von über 2 pCt. Da normalerweise der Sovereign in New York einen Kurs von 4.86¾ hat, so bedeutet ein Kurs von 4.55, daß die Engländer für ihre Bezüge in Amerika nunmehr 7 pCt. Aufgeld zu zahlen haben.

Gewiß ist die deutsche Valuta noch stärker in Mitleidenschaft gezogen. Gründe und Wirkungen aber sind für beide Devisen sehr verschieden. Zunächst einmal die Gründe: Die Entwertung der deutschen Valuta fällt in der Hauptsache in die erste Hälfte des Krieges, als wir noch ganz gewaltige Mengen amerikanischer Ware beziehen konnten, während umgekehrt unsere Ausfuhr dahin fast vollständig stockte. Daneben war und ist für Deutschland der sehr rentable internationale Schiffsahrtsverkehr abgeschnitten und ein weiterer Regulator des Wechselkurses, die Zinszahlung aus dem Auslande, war und ist durch die liebenswürdige Politik Englands für uns erheblich eingeschränkt. Anders für England. Dieses Land konnte zunächst unbeschränkt weiter ausführen; man dachte ja bekanntlich in der ersten Zeit daran, den Krieg zu einer Verdrängung des deutschen Handels zu benutzen. Die Einnahmen aus dem internationalen Schiffsahrtsverkehr sind in England trotz der Einschränkung der Tonnenzahl infolge der enormen Frachtsätze so groß wie je und die Schuldner Englands zahlen auch weiter, soweit sie nicht zurzeit in Finanzschwierigkeiten sind, wie beispielsweise manche südamerikanische Klienten. England war zudem in einer dadurch außergewöhnlich guten Lage, weil es in den ersten Kriegsmontaten Hunderte von Millionen amerikanischen Goldes aus den Vereinigten Staaten ausgeführt und in Kanada hinterlegt hatte. Diese Goldreserve diente lange Zeit zur Regulierung der Wechselkurse. Außerdem aber konnte England auf Grund seiner geschickten Verträge seine Alliierten, vor allem Frankreich, veranlassen, Gold nach Amerika zu schicken. Schließlich war der Verkauf von Vankeewerten von London aus leichter als von Deutschland aus. Auch gewährten offenbar die New Yorker Banken ihren Civfreunden ansehnliche Kredite. Aus all diesen Gründen hat erst recht spät die Entwertung der englischen Valuta eingesetzt. Noch zu Anfang dieses Jahres stand sie etwas unter Pari.

Daß auch die Wirkungen grundverschieden sind, ergibt sich aus folgendem: Deutschland bezieht heute aus den Vereinigten Staaten so gut wie nichts mehr, wie ja überhaupt die deutsche Volkswirtschaft in sehr erheblichem Maße auf sich selbst angewiesen ist. Darum wirkt selbst ein recht hohes Disagio der Mark unvergleichlich weniger auf die Volkswirtschaft ein als eine viel beschränktere Entwertung des Sterlings. England bezieht von Amerika jetzt Monat für Monat Waren im Werte von sicherlich ¼ Milliarde Mark. Eine Kursentwertung von 7 pCt. bedeutet also eine Mehrbelastung der englischen Nationalwirtschaft um über 50 Millionen Mark. Dabei ist vorerst noch kein Ende abzusehen für die rückläufige Bewegung des Pfund Sterling. Der vor einigen Wochen angekündigte Abschluß einer Anleihe zwischen Amerika und England ist einstweilen verschoben worden, und man muß abwarten, ob die jetzt unterwegs befindlichen Beauftragten der englischen Regierung unter Führung des bekannten Finanzmannes Sir E. Holden mehr Glück haben. Daß Herr Morgan in der Zwischenzeit alles tun wird, um den schweren Schlag für England abzumildern, ist ganz klar. Aber an diesen Bemühungen dürfte er es schon in den letzten Monaten nicht haben fehlen lassen. So haben beispielsweise die gewaltigen Gold- und Effektenverschiffungen der letzten Tage keinerlei Einfluß gehabt. Offenbar waren die Ereignisse stärker als selbst Herr Morgan.

Mit diesem zahlenmäßig auszurechnenden Schaden für England ist ein unvergleichlich größerer Verlust an Prestige verbunden. Es ist ganz richtig von einem ehrlichen englischen Finanzkritiker gesagt worden: „Deutschland, Frankreich und Rußland können alle eine vorübergehende Entwertung ihrer Valuta sehr leicht verschmerzen, denn ihre Wirtschaft ist in erster Linie national; unsere Währung aber war bisher eine internationale, sie bildete die Unterlage des internationalen Warenverkehrs; kommt unsere Valuta ins Schwanken, so wird auch das Vertrauen der Welt auf die Unantastbarkeit des Sterlingkurses ins Wanken geraten und damit eine der Haupteinnahmen der City, das Remboursgeschäft.“

3. IX 1915.

Der Sterlingkurs sinkt weiter.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Kopenhagen, 2. September. Aus Newyork wird telegraphiert: Trotz der Ankunft großer Mengen Gold und amerikanischer Wertpapiere aus London ist der Sterlingkurs weiter gefallen. Er steht jetzt auf 4,60. Es wird berichtet, daß weitere 20 Mill. Dollar Gold und mehrere Millionen Dollar Wertpapiere von England nach Amerika unterwegs sind. In der letzten Zeit sind im ganzen über 200 Mill. Dollar Gold in Amerika angekommen, davon 14 Millionen aus Japan und China und 130 Millionen aus England, Frankreich und Kanada.

Reichsbankausweis vom 31. August

Aktiva (in 1000 M.)	1915	1914	1913	1912
Metallbestand	2 455 074	1 606 922	1 401 468	1 239 939
davon Gold	2 410 204	1 556 499	1 121 467	911 259
Kassenscheine	210 530	183 159	32 056	36 748
Noten ander. Bank.	6 275	9 842	7 392	11 487
Wechsel u. Schecks	4 941 699	4 750 067	974 659	1 124 808
Lombardforderung.	15 282	104 929	82 192	79 933
Effekten	25 532	163 326	75 267	15 637
Sonstige Aktiva	219 342	211 496	263 695	182 773
Passiva (in 1000 M.)				
Grundkapital	180 000	180 000	180 000	180 000
Reservefonds	80 550	74 479	70 048	66 937
Notenumlauf	5 564 335	4 234 873	1 915 676	1 752 699
Sonstige tägl. fällige Verbindlichkeit.	1 736 312	2 441 337	611 573	643 170
Sonstige Passiva	312 537	98 552	59 432	48 519

Im Vergleich zum vorhergehenden Ausweis haben in der vierten Augustwoche zu- (+) oder abgenommen (-):

(in 1000 M.)	1915	1914	1913	1912
Metallbestand	+ 2 184	+ 10 793	- 41 739	- 75 377
davon Gold	+ 3 874	+ 26 724	- 32 219	- 61 798
Kassenscheine	- 25 475	+ 64 576	- 11 032	- 7 238
Noten and. Banken	- 12 459	- 30 174	- 26 912	- 22 023
Wechsel u. Schecks	+ 197 146	+ 134 057	+ 88 030	+ 140 409
Lombard	+ 2 511	+ 57 846	+ 23 336	+ 24 560
Effekten	+ 2 520	- 46 086	- 2 250	+ 11 457
Sonstige Aktiva	- 2 010	- 17 189	+ 41 145	+ 29 393

Notenumlauf	+ 247 117	+ 234 911	+ 161 254	+ 170 998
Giroguthaben	- 80 729	- 178 426	- 91 691	- 74 889
Sonst. Passiva	- 2 011	+ 1 646	+ 1 015	+ 5 072

Gesamtstatus	- 282 897	- 189 716	- 240 937	- 275 636
Bankdiskont	5 pCt.	6 pCt.	6 pCt.	4½ pCt.

Notendeckung durch Metall und Reichskassen- und (seit dem 7. August v. J.) Darlehnskassenscheine (in pCt.):

1915		1914		1913	1912
14. Aug.	23. Aug.	31. Aug.	22. Aug.	31. Aug.	7. Sept.
49,84	50,92	48,02	42,87	42,37	43,02
				74,66	72,84

Das Urteil über die Veränderungen in dem Ausweis für Ende August d. J. kann wieder dahin lauten, daß die Entwicklung im großen und ganzen der in Friedenszeit üblichen ähnelt, wenngleich im einzelnen manche Abweichungen festzustellen sind. Sehr erfreulich ist der diesmalige Zuwachs an Gold um 3,8 Mill. M. Im übrigen hat die Reichsbank den Anforderungen des Ultimo entsprechend Zahlungsmittel abgeben müssen. Demzufolge hat sich der Silberbestand um 1,7 auf 44,9 Mill. M. vermindert. Der Darlehnsbestand bei den Darlehnskassen weist eine kleine Zunahme aus; er betrug am 23. August 1018,9 Mill. M., am 31. August 1020,4 Mill. M., mithin berechnet sich das Mehr auf 1,5 Mill. M. Hingegen hat der Bestand der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen um 26,3 auf 162 Mill. Mark abgenommen, so daß eine Differenz von (1,5+26,3) 27,8 Mill. M. aufzuklären ist. Davon wurden 27,8 Mill. M., um das — zum Monatschluß verstärkte — Bedürfnis an Umlaufmitteln zu befriedigen, von der Reichsbank in den Verkehr gesetzt. Weitere 3 Mill. M. Darlehnskassenscheine sind als Deckung für Reichskassenscheine hinterlegt worden, wodurch der Gesamtbetrag der auf diese Weise ausgesonderten Darlehnskassenscheine auf 101,5 Mill. M. gestiegen ist. Die gleiche Summe haben naturgemäß die von der Reichsschuldenverwaltung auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1915 ausgegebenen Reichskassenscheine erreicht. Die Reichsbank hatte am 23. August 47,6 und am 31. August 48,5 Mill. M. Reichskassenscheine in ihrem Besitz. Obwohl sie gegen 3 Mill. Mark Reichskassenscheine neu von der Reichsschuldenverwaltung empfangen hat, ist ihr Bestand mithin nur um 0,9 Mill. M. größer geworden, so daß 2,1 Mill. M. in den Verkehr gesetzt worden sein müssen.

Die Entwicklung der Darlehnskassen am Ende der einzelnen Monate seit Kriegsausbruch zeigt die folgende Zusammenstellung:

(Millionen M.)	Gewährte Darlehen	Darlehnskassenscheine im Besitz d. Reichsbank		Verkehr		
	*)	*)	**)	**)	**)	
31. Aug. 1915	1020,4	- 17,1	162,0	- 61,6	858,4	+ 44,5
31. Juli	- 1037,5	- 221,3	223,6	- 253,6	813,9	+ 32,3
30. Juni	- 1258,8	+ 124,8	477,2	+ 59,8	781,6	+ 65,0
31. Mai	1134,0	- 279,3	417,4	- 334,6	716,6	+ 55,3
30. April	1413,3	+ 228,2	752,0	+ 196,4	661,3	+ 31,8
31. März	1185,1	+ 426,4	555,6	+ 346,9	629,5	+ 79,5
27. Febr.	758,7	+ 13,4	208,7	- 50,6	550,0	+ 64,0
31. Januar	- 745,3	- 571,9	259,3	- 611,8	486,0	+ 39,9
31. Dezbr. 1914	1317,2	+ 254,7	871,1	+ 131,9	446,1	+ 122,8
30. Novbr.	1062,5	- 48,4	739,2	- 127,3	323,3	+ 78,9
31. Oktbr.	- 1110,9	+ 633,1	866,5	+ 532,3	244,4	+ 100,8
30. Septbr.	- 477,8	+ 235,1	334,2	+ 161,0	143,6	+ 74,1
31. August	242,7	+ 242,7	173,2	+ 173,2	69,5	+ 69,5

*) Veränderung im Ausweismonat; **) vergl. Text.

Unter den 858,4 Mill. M. Darlehnskassenscheinen im Verkehr befinden sich 101,5 Mill. M., die für Reichskassenscheine hinterlegt sind, soweit diese über den Betrag von 240 Mill. M. hinaus in Umlauf gesetzt worden sind; Ende April war die entsprechende Ziffer erst 3,6 Mill. M., Ende Mai 42,4 Mill. M., Ende Juni 75,5 Millionen M., Ende Juli 89,0 Mill. M. Zieht man diese Hinterlegungen in Betracht, so ergibt sich ein reiner Umlauf an Darlehnskassenscheinen von 756,9 Mill. M., also eine Erhöhung um nur 32,0 Mill. M.

Die von den Darlehnskassen für die Zwecke der zweiten Krieganleihe hergegebenen Darlehen weisen trotz des Ultimo eine Verringerung von 2,2 Mill. M. auf, so daß nur noch 315,9 Mill. M. ausgeliehen sind bei einem Gesamtdarlehnsbestande von 1020,4 Mill. M.

Die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank ist in der letzten Augustwoche um 202,2 auf 4982,2 Mill. M., die bankmäßige Deckung allein um 197,1 auf 4941,7 Mill. M. gestiegen. Im Jahre 1913 belief sich die Zunahme der Kapitalanlage auf 109 Mill. M.; die Differenz zwischen der damaligen und der jetzigen Neubelastung ist mithin nicht sonderlich groß. Der Notenumlauf hat im Zusammenhang mit den Ultimoforderungen eine Erhöhung um 247,1 auf 5564,3 Mill. M. erfahren, während zur gleichen Zeit des Jahres 1914 die Erhöhung 234,9 Mill. M. und zur Parallelzeit des Jahres 1913

161,2 Mill. M. betrug. Berücksichtigt man, daß im Jahre 1913 41,7 Mill. M. aus dem Metallbestand der Bank abflossen und 11 Mill. M. Reichskassenscheine in den Verkehr übergangen, so ist der Unterschied zwischen den jetzt und den im Jahre 1913 abgegebenen Umlaufmitteln nicht bedeutend. Von dem diesmaligen Notenumlauf in Höhe von 5564,3 Mill. M. entfallen 2385,6 Mill. M. oder 101,6 Mill. M. mehr als am 23. August auf kleine Noten. Die fremden Gelder haben sich um 80,7 auf 1736,3 Mill. M. vermindert. Zur gleichen Zeit des Jahres 1913 betrug die Abnahme 91 Mill. M. Die Entwicklung auf dem Konto der fremden Gelder in der letzten Augustwoche 1915 ist also der des Jahres 1913 recht ähnlich, obwohl nicht nur der Gesamtbetrag der fremden Gelder sich wesentlich von dem des Jahres 1913 unterscheidet, sondern auch die Zusammensetzung. Bei dem damaligen Gesamtbetrage von 611 Mill. Mark überwogen die privaten Guthaben, diesmal entfällt der Hauptteil der sich auf 1736,3 Mill. M. belaufenden fremden Gelder auf öffentliche Guthaben.

Die Golddeckung des Notenumlaufs ist infolge seiner durch den Ultimo bedingten Vermehrung etwas geringer geworden als in der Vorwoche; sie beträgt 43,3 gegen 45,3 pCt., die Metalldeckung 44,1 gegen 46,1 pCt. und die Deckung der sämtlich täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold 33 pCt. gegen 33,7 pCt.

3./X. 1915

[Die finanzielle Situation in Wien.] Die beiden Anregungen, die der Auffassung der finanziellen Krise in der schweren, sich von Tag zu Tag verschärfenden Niederlage Rußlands sowie in dem allgemeinen starken Eindruck der Huldigung der ungarischen und kroatischen Abordnung in Schönbrunn geboten sind, haben auch heute unvermindert auf die Stimmung eingewirkt. Die günstigen Erwägungen, die sich an den Niederbruch der russischen Seeresmacht knüpfen, treten hierbei um so entschiedener hervor, als insbesondere die Ansicht, daß die russische Armee die wichtigste Grundlage bei den Plänen des Biververbandes gebildet hat und daher durch deren tiefgehende Niederlage alle Voraussetzungen und Kriegsziele des feindlichen Auslandes hinfällig geworden sind, bestimmenden Einfluß auf die Beurteilung der Lage nahm. Es kam daher die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die so stark geänderten militärischen Verhältnisse auch bald eine entscheidende politische Wirkung üben müßten und daß die Erkenntnis der wahren Sachlage bei den Völkern der Staaten des Biververbandes trotz aller versuchten Fehrführungen weitere unaufhaltsame Fortschritte machen werde. Zu dieser Auffassung der weiteren Entwicklung der internationalen politischen Lage traten noch die zuversichtlichen Erwägungen, die sich an den eindrucksvollen Empfang der ungarischen und kroatischen Abordnung knüpfen. Allgemein wurde betont, daß die Huldigung in Schönbrunn die durchgreifende Erkenntnis der Notwendigkeit einer nach außen vollkommen einheitlichen Monarchie in stärkster Weise zum Ausdruck gebracht hat und daß der klar hervortretende Sieg des Ausgleichgedankens nachhaltige innerpolitische und wirtschaftliche Fortschritte verbürge. Außer diesen maßgebenden Anregungen wirkten auch noch der neuerliche scharfe Kursfall der Sterlingwechsel in Newyork, von dem ein empfindlicher Einfluß auf die Stimmung der englischen Bevölkerung vorausgesehen wurde, sowie die andauernd heftigsten Berichte über den industriellen Geschäftsgang im Inlande auf die Tendenz ein. Die allgemein feste Haltung ist daher heute noch entschiedener hervorgetreten als während der letzten Tage und größere Kapitalkäufe gaben sowohl auf dem Anlagemarkte wie auch auf dem Aktienmarkte zu mehrfachen neuerlichen Preisbesserungen Anlaß.

Die finanzielle Lage.

Wien.

Die bevorstehende Beilegung des deutsch-amerikanischen Konfliktes und die anhaltenden Erfolge unserer und der deutschen Heere haben die Stimmung im gestrigen freien Verkehr aufs günstigste beeinflusst. Die Umsätze waren lebhafter als an den vorangegangenen Tagen und die Kurse erfuhrn überwiegend Steigerungen.

Die Stimmung in Wiener Finanzkreisen.

Die Meldungen über die Eroberung von Grodno und die fast vollständige Räumung Galiziens von den Russen haben, zumal auch in der Erwägung, daß die Folgen der militärischen Niederlage sich bereits in einer kritischen Gestaltung der russischen Finanzlage zeigen, die durch den Beschluß der Duma charakterisiert wird, die Ermächtigung zu einer weiteren Ausgabe von unbedeckten Noten zu erteilen, die Stimmung günstig beeinflusst. Die wiedererwachte Unternehmungslust hat neuerlich zu Meinungskäufen Anlaß geboten, wobei die Meldungen aus New-York über die Entspannung der deutsch-amerikanischen Beziehungen und der weitere Rückgang des Londoner Sterlingturjes fördernd auf die Tendenz einwirkten. Die Kauflust war zu Beginn des Verkehrs besonders rege, im späteren Verlaufe erlahmte sie, so daß die erzielten höheren Kurse nicht voll behauptet werden konnten. Auf dem Anlagemarkt bleibt das Geschäft weiter ziemlich rege. In Devisen zeigt sich vermehrter Bedarf.

4. IX. 1915

[Die finanzielle Situation in Wien.] Die politischen Wirkungen der schweren, sich von Tag zu Tag verschärfenden Niederlage Rußlands haben heute die Auffassung der finanziellen Kreise lebhaft beschäftigt. Allgemein trat die Ansicht hervor, daß die Erkenntnis der gegenwärtigen Lage zu einem raschen Anwachsen der Friedensströmung in Rußland führen müsse, da Rußland, welches von seinen Verbündeten weder militärische noch finanzielle Hilfe erwarten könne, nach der Vernichtung seiner Angriffsarmee keinerlei Aussicht mehr habe, eines seiner Kriegsziele zu erreichen und vielmehr zu fürchten hat, daß eine Fortsetzung des Krieges seine schwierige Situation noch wesentlich verschärfen werde. Als wichtige Anzeichen der beginnenden Wendung in Rußland wurden hiebei der Wechsel im russischen Generalstabe, die Redefreiheit in der Duma sowie die Gerüchte, daß der Zar eine parlamentarische Regierung berufen werde, angesehen. Gleichzeitig machte sich die Ueberzeugung geltend, daß der Niederbruch der russischen Armeen auch in den anderen Staaten des Bivverbandes maßgebende politische Wirkungen üben dürfte, da die russische Militärmacht die wichtigste Grundlage bei den Plänen des Bivverbandes gebildet hat und daher die stark geänderten militärischen Verhältnisse einen allgemein bestimmenden Einfluß auf das feindliche Ausland nehmen müßten. Lebhaftige Beachtung fanden hiebei namentlich die ernstesten Friedensstimmen in England sowie die von englischer Seite gemachten Versuche, eine Verringerung der Spannung zwischen England und Deutschland herbeizuführen. Neben der günstigen Beurteilung der weiteren Entwicklung der internationalen politischen Lage wirkte auch insbesondere die freudige Genugtung über die Befreiung von Brody und über die Vertreibung des Feindes vom Boden der Monarchie als starke Anregung auf die Stimmung ein. Außerdem wurde auch die angebahnte Verständigung zwischen Deutschland und Amerika in ihrer großen politischen Bedeutung voll gewürdigt. Stärkere Beachtung fand ferner noch das Scheitern der englischen Anleihe in Amerika, von dem gleichfalls ein ernüchternder Einfluß auf die Stimmung in England vorausgesehen wurde. Unter dem Eindrucke dieser zahlreichen, allgemein wirkenden Anregungen ist die feste Tendenz auch heute in lebhafter Weise hervorgetreten. Größere Kapitalkäufe gaben sowohl auf dem Anlagemarkte wie auch auf dem Aktienmarkte zu mehrfachen neuerlichen Preisbesserungen Anlaß.

Kriegsmaßnahmen in Oesterreich.

Der vom Ministerratspräsidium soeben veröffentlichten Denkschrift über die von der österreichischen Regierung aus Anlaß des Krieges getroffenen Maßnahmen ist zu entnehmen, daß seit Kriegsbeginn von den Staatsbahnen 394 Lokomotiven, 1844 Personen- und Dienstwagen und 1014 Güterwagen nachgeschafft worden sind, die bereits im Herbst 1915 zur Verfügung stehen werden. Es handelt sich dabei um Bestellungen von rund 100 Millionen Kr. Die Kosten der Notstandsbauten auf den Strecken der Staatsbahnen, die zu Beginn des Krieges zur Bekämpfung der anfänglich drohenden Arbeitslosigkeit eingeleitet wurden, belaufen sich auf 30 Millionen Kr. Für die Wiederherstellung der beschädigten Bahnstrecken im Kriegsgelände wurden Materialien und Ausrüstungsgegenstände im Wert von rund 7 Millionen Kr. verwendet. Bezüglich der Handelsflotte wird mitgeteilt, daß von insgesamt 216 Schiffen weiter Fahrt und großer Küstenfahrt bei Kriegsausbruch 24 in feindliche Hände gefallen sind, 66 Schiffen gelang es, in neutrale Häfen zu entkommen, 126 konnten noch im Inland geborgen werden. Seit der Kriegserklärung Italiens sind allerdings auch noch 17 Schiffe, die italienische Häfen als neutrale Plätze aufgesucht hatten, in feindliche Gewalt geraten. Von den am Küstenverkehr beteiligten sieben größeren Dampferunternehmungen hat bisher keine den Dienst ganz eingestellt. Von der Einstellung des weiten Seeverkehrs ist besonders der Oesterreichische Lloyd stark in Mitleidenschaft gezogen. Das Kassendefizit betrug bei Ausscheidung der aufschiebbaren Zahlungen für die Zeit bis 31. März 1915 mehr als 5 Millionen Kr. und muß für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1915 mit mehr als 6 Millionen Kronen beziffert werden. Eine außerordentliche staatliche Beihilfe wurde für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März 1915 in der Form der durch Diskontierung vorgenommenen Zahlung des sonst in Raten rückzahlbaren Kaufschillings für die Arsenalgründe gewährt und dadurch dem Lloyd ein Beitrag von 5 094 000 Kr. überwiesen, wovon er 3 Millionen Kr. zur Zeichnung von Kriegsanleihe verwendete. Für die Zeit bis 30. September 1915 ist als außerordentliche Staatsmaßnahme die Ablösung der Hangarforderung von 1,6 Millionen Kr. gleichfalls durch Diskontierung festgesetzt worden. Ferner sollen nach Bedarf außerordentliche Vorschüsse auf die nach Kriegsende ins Verdienen zu bringenden Subventionsquoten gewährt werden, und schließlich ist die Stundung einiger Steuerbeträge bewilligt worden. — Von dem am 30. Juni 1915 aushaftenden Darlehnsbetrag von 47 Millionen Kr. der Kriegsdar-

lehnskassen waren in Anspruch genommen: 10 Millionen Kronen von öffentlichen Körperschaften und Stiftungen, 12 Millionen Kr. von Kreditinstituten, 4 Millionen Kr. von Industrie, Handel und Gewerbe, und 21 Millionen Kr. von sonstigen Privaten. Der Gesamtumsatz der Darlehnskasse seit der Errichtung bis Ende Juni betrug 124,9 Millionen Kr. — Unter Staatsaufsicht waren bis Ende Juni insgesamt 162 ausländische Unternehmungen gestellt, wovon 62 französisches, 78 englisches, 11 belgisches, 4 französisch-englisches, 4 französisch-belgisches und 3 russisches Kapital repräsentieren.

Betrachtungen über die Halbjahresergebnisse unserer Banken.

Die Halbjahresabschlüsse bei den großen österreichischen und ungarischen Banken, deren Fertigstellung sich infolge des reduzierten Beamtenpersonals etwas verzögert hat, sind nunmehr beendet. Sowie aus den veröffentlichten Abschlüssen der beiden führenden ungarischen Institute hervorgeht, bestätigen diese die allgemeine Auffassung, daß auch die Kriegsbilanzen der großen Banken eine unverminderte Aktivität der Bankleitungen erkennen lassen. Wie die Industrien sich rasch den durch den Krieg geänderten Verhältnissen angepaßt haben, so haben auch unsere Bankdirektoren rasch die großen Ziele erfaßt, welche sich bei der gewaltigen Veränderung in der ganzen Struktur der wirtschaftlichen Betätigung dargeboten haben. Das enge Verhältnis, in welchem im heimischen Wirtschaftsleben Industrie und Handel mit den Banken verknüpft sind, hat es ohnehin mit sich gebracht, daß die Banken den großen Veränderungen innerhalb der verschiedensten Wirtschaftsgebiete nachfolgen mußten, und daß die Institute die Abwicklung des finanziellen Teiles der Versorgung unserer Kriegsführung durch Handel und Industrie zu übernehmen hatten. Die starke finanzielle Fundierung der heimischen Banken hat sie in die Lage versetzt, hier großzügig einzugreifen. Industrie und Handel haben trotz der nach vielen Millionen betragenden Anforderungen, welche die Finanzierung eines Milliardenbedarfes der modernen Kriegsführung erheischt, diesen Forderungen im weitesten Maße Rechnung getragen. Die großen, auch im Auslande bisher nicht geahnten Leistungen unserer Industrie und unseres Handels bei der vom Auslande unabhängigen Versorgung des gewaltigen Armeeverbrauches, war nur unter Anlehnung an die starken Finanzkräfte möglich, die in dieser großen Zeit unserem Wirtschaftsleben Rückhalt verliehen haben.

Freilich lassen die jetzt veröffentlichten Ergebnisse der großen Banken äußerlich einen sichtbaren Effekt dieser riesigen Kapitalarbeit vermissen. In der Vorstellung der weitesten Kreise ist dieser Milliardenumsatz bei den Banken ohne Millionenverdienste undenkbar. Wenn von einzelnen Gelegenheitsgeschäften abgesehen wird, bildet die Grundlage des laufenden Geschäftes bei den Banken die übliche Umsatzprovision von 1 pro Mille. Wenn also eine Bank einen um 100 Millionen Kronen größeren Kontokorrentumsatz mit ihren Kunden erzielt, so bedeutet das eine Erhöhung der Provisionseinnahmen um 100.000 Kronen. Berücksichtigt man, wie viele tausende Briefe und Buchungen, Konferenzen und Auseinandersetzungen mit einem Mehrumsatz von hundert Millionen Kronen verbunden sind, berücksichtigt man die Fülle von Mühe und Arbeit, die Summe von Gehältern und Spesen und die vielseitigen Risiken, die die Abwicklung eines Mehrumsatzes von hundert Millionen Kronen mit sich bringt, und daneben das winzige Ergebnis der Umsatzprovisionen von 100.000 Kronen, so wird man sicherlich bald begreifen, daß die Gewinnergebnisse dieser großen Finanzierungen in den Bilanzen nicht auffällig in die Erscheinungen treten. Es ist eigentlich kaum viel mehr verdient worden, als auf der anderen Seite infolge der Schließung der Börse durch den Stillstand des Geschäftes in Aktien- und Anlagewerten, für dessen Pflege kostspielige Netze von ausgedehnten Wechselstubenorganisationen geschaffen worden sind, den Instituten entgangen sind. Diese Organisationen haben sich freilich gerade während des Krieges nach einer Richtung hin glänzend bewährt, und manches Wort der Kritik, das vielleicht von hoher Seite über diese Organisationen gesprochen worden ist, dürfte gerade während des Krieges zurückgenommen worden sein. Die imponierenden Leistungen der Wiener Banken bei den beiden Kriegsanleihen wären

undenkbar gewesen, wenn den Banken in ihrer, das ganze Reich umspannenden Filialorganisation nicht ein so ausgezeichnetes Placementapparat zur Verfügung gestanden wäre, der es den Banken ermöglicht hat, mit ihrer Werbetätigkeit für die Kriegsanleihe auch die entlegendsten Orte des heimischen Kapitalmarktes zu durchsetzen. Und nicht die Größe des Kapitals, sondern die Kraft dieser Organisation war entscheidend für den Effekt. Wenn die materiellen Ergebnisse, die sonst den Banken bei Milliardenemissionen in den Schoß fallen, in den diesmaligen Bilanzen vergeblich gesucht werden, weil die Banken sich für diese Tätigkeit kaum mehr als den Ersatz ihrer eigenen Spesen auf die Gewinnseite buchen können, und der Aktionär nicht viel davon in seiner Rente verspüren wird, so soll das das Verdienst unserer Banken sicherlich nicht schmälern. Die Erhöhung ihres Ansehens, die erfolgreiche Ablegung der Probe ihrer Leistungsfähigkeit gegenüber dem Staate sind auch ein Effekt, dessen Früchte den Aktionären nicht entgehen werden.

Das Bild, das sich aus den vorliegenden Abschlüssen ergibt, kann im allgemeinen dahin charakterisiert werden, daß die Ausfälle in Effekten- und Konsortialgeschäften durch die verstärkte Intensität weiter Gebiete unserer industriellen Tätigkeit hereingebracht worden sind. Und infolge dieses Ausgleiches weichen die Bilanzergebnisse des ersten Semesters nicht so sehr von denen des Vorjahres ab. Die ausgedehnten Rücklagen, welche die Banken bereits im Vorjahre gemacht haben, werden es in den meisten Fällen gestatten, diese Rücklagen im laufenden Geschäftsjahre, zum Teile anderer Verwendung zuzuführen, zumal die Befürchtungen, die sich an die Entwicklung unserer Wirtschaftsverhältnisse bei Ausbruch des Krieges geknüpft haben, sich erfreulicherweise nicht als zutreffend erwiesen haben und ganz im Gegenteil in den meisten Produktionszweigen eine finanzielle Erstarung und Konsolidierung in die Erscheinung getreten ist. Dadurch dürften bei Aufstellung des

Gewinn- und Verlustkontos der Bankinstitute sicherlich in den meisten Fällen ansehnliche Summen frei werden. Wenn nach den bisherigen Grundsätzen unserer Banken auch anzunehmen ist, daß der größere Teil zur Dotierung der sichtbaren Reserven dienen wird, die im Vorjahre gänzlich ausgeblieben ist, so wird zweifellos auch für die Aufbesserung der Dividende ein Betrag erübrigen. Die Ziffern einer Bilanz sind nicht so sehr maßgebend für solche Entschlüsse, als die Zeitverhältnisse, bei welchen über die Verwendung der Reinerträge gesprochen wird. Und die allgemeine Zuversicht dürfte wohl bei der seinerzeitigen Beschlussfassung im Sinne der Zulässigkeit einer Aufbesserung der Dividenden einwirken.

Der Geldmarkt zum Ultimo.

Der Umstand, daß an Stelle von Akzeptzahlungen während des Krieges zum weitaus größten Teile Kassazahlungen erfolgen, und die Waren-Einkäufe im Allgemeinen sich infolge der hohen Preise nur auf das unbedingt Notwendige beschränken, sind die Fälligkeiten, die sonst zum Monatsende den Geldmarkt versteifen, zum großen Teile in Wegfall gekommen, und der Geldverkehr, der sich sonst zum Ultimo beim Noten-Institut und den übrigen Clearing-Instituten abwickelt, hat zum August-Ultimo einen weiteren Rückgang erfahren. Die Spärlichkeit des vorhandenen österreichischen Wechselmaterials sowie der Ausfall des galizischen Portefeuilles hat die Nachfrage nach ungarischen Wechseln verstärkt. Trotz der gestern fällig gewordenen vorletzten Einzahlung auf die zweite Kriegsanleihe wurden im abgelaufenen Monate namhafte Umsätze in ungarischen Bank-Akzepten sowohl als auch ungarischen Provinzwechseln getätigt. Die Sätze schwanken von $3\frac{1}{2}$ Prozent bis $4\frac{1}{2}$ Prozent, während für Wechsel der ungarischen Provinz, als welche nur solche der ersten ungarischen Provinz-Spartassen in Frage kommen, mit 5 bis $5\frac{1}{2}$ Prozent bezahlt worden sind. Im Lombardgeschäft wurde für Schiebungen auf ungarische Kriegsanleihe ein Satz von $4\frac{1}{2}$ bis 5 Prozent bewilligt. Einzelne Institute sind auch darunter angekommen, neues Geld wurde indessen nicht bewilligt. Nach der gestern erfolgten Einzahlung auf die österreichische Kriegsanleihe wird eine neuerliche Verflauung des Geldmarktes erwartet und der Satz für erstes Wiener Bank-Akzept läßt eine weichende Tendenz erkennen. Diese Verflauung ist umsomehr zu erwarten, als nur mehr eine Quote von 10 Prozent ausständig ist, deren Erfordernis beiweitem hinter der Kapitalsansammlung zurückbleiben dürfte, wobei noch ins Gewicht fällt, daß auch von dieser Quote vieles schon bis jetzt zur Einzahlung gelangt ist.

[Die finanzielle Situation in Wien.] Die voraussichtlichen politischen Wirkungen der militärischen und finanziellen Lage des Biederverbandes haben die Auffassung der hiesigen finanziellen Kreise auch heute lebhaft beschäftigt. Die Aufmerksamkeit wendete sich hierbei insbesondere den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands zu, die in der Verschlechterung der englischen Währung und in dem Kursfall der Konzesse, deren gegenwärtiger Marktwert auch nur mehr durch Zwangsmaßnahmen behauptet werden kann, deutlich zum Ausdruck kommen. Allgemein wurde betont, daß das scharfe Sinken des öffentlichen Kredits in England und die gleichzeitige Störung des Wechselkurses den empfindlichsten Eindruck auf die Auffassung der englischen Bevölkerung üben müßten, zumal die finanzielle Macht Englands bisher gerade in der Wertbeständigkeit der englischen Währung zum Ausdruck gelangt ist. Es wurde daher angenommen, daß sich die Friedensstimmung in England unter dem Einflusse der finanziellen Schwierigkeiten wesentlich steigern werde, da eine Fortdauer des Krieges insbesondere die finanzielle Lage Englands, die sich als Folge der Verschuldung durch den Bezug von Munition und durch die Hilfe an die Verbündeten ergibt, weiter stark berühren müßte. Als unmittelbare wichtige Konsequenz der Schwierigkeiten Englands wurde namentlich das voraussichtliche Scheitern der russischen Bemühungen, für die fälligen Zinsen der russischen Staatsschuld Geld zu beschaffen, angesehen. Es wurde vorausgesetzt, daß bei den eigenen großen finanziellen Sorgen, die in England herrschen, und bei der Verringerung des verfügbaren Kapitals, die auch durch die Vorsicht der bestehenden englischen Klassen, ihr Vermögen in kriegssicheren Papieren neutraler Staaten anzulegen, verschärft wurde, die Reise des russischen Finanzministers Bark nach London ergebnislos bleiben werde. Neben den voraussichtlichen politischen Wirkungen des finanziellen Notstandes der Ententemächte beschäftigte auch insbesondere wieder der diplomatische Mißerfolg des Biederverbandes auf dem Balkan die Auffassung. Der diplomatischen Niederlage der Ententemächte bei den Balkanstaaten wurde neuerdings um so größere Bedeutung beigemessen, als allgemein die Ansicht hervortrat, daß durch sie die Erreichung

der wichtigsten Kriegsziele Rußlands aussichtslos geworden sei und daher angenommen wurde, daß sich nunmehr das russische Friedensbedürfnis, welches schon durch den Niederbruch der russischen Angriffsarmee bedingt sei, noch wesentlich steigern müsse. Außerdem fanden auch die Nachrichten über die bedeutenden Beibehaltungen auf die deutsche Kriegsanleihe sowie die Meldungen über die Mehreinnahmen bei den böhmischen Bahnen und über die teilweise Behebung des tschechischen Eisenabfuges, in welchen man weitere Anzeichen der befriedigenden wirtschaftlichen Entwicklung erblickte, stärkere Beachtung. Die feste Tendenz ist daher auch heute ungebrochen in Geltung geblieben. Die Geschäftstätigkeit hielt sich jedoch abermals in engen Grenzen und nur auf dem Anlagemarkte waren neuerdings größere Kapitalkäufe zu bemerken.

8./IX. 1915

— (Der finanzielle Verkehr.) Die Stimmung der finanziellen Kreise blieb heute mit Rücksicht auf die günstige Entwicklung der militärischen Lage zuversichtlich, doch verhielten sich die Kapitalistenkreise in Erwartung der weiteren Gestaltung der Dinge auf dem Balkan reserviert. Im Effektenverkehr von Bureau zu Bureau waren die Kurse bei ruhigem Geschäft überwiegend höher.

Die wirtschaftlichen Rückwirkungen des Krieges.

Die Halbjahrsbilanzen der Banken.

Im Vorjahre ist die Veröffentlichung der Semestralbilanz seitens keiner österreichischen oder ungarischen Bank erfolgt. Heuer haben bereits die Ungarische Kommerzialbank, die Ungarische Kreditbank und die Ungarische Bank- und Handelsgesellschaft ihre Halbjahrsbilanzen publiziert. Von den österreichischen Großbanken veröffentlichen in normalen Jahren nur die Kreditanstalt und die Bodenkreditanstalt Semestralabschlüsse. Wie wir vernehmen, werden sie dem Beispiel der ungarischen Banken nicht folgen und die Veröffentlichung ihrer Halbjahrsbilanzen auch heuer unterlassen.

Die finanzielle Lage.

Wien.

Im freien Effektenverkehr traten gestern Abwicklungsbestrebungen etwas stärker hervor, so daß sich überwiegend Kursabschwächungen ergaben. Die Umsätze waren jedoch nicht beträchtlich.

Berlin.

Aus Berlin, 7. d., wird telegraphiert: Da die Interessen der Spekulation jetzt dauernd hinter der Kriegsanleihe zurückzutreten haben, so blieb das Geschäft äußerst still. Für einige wenige Werte zeigt sich hin und wieder etwas Kauflust, sonst ist die Grundstimmung unverändert fest; alles übrige blieb unverändert.

Der Verbrauch der russisch-polnischen Kohle.

Bekanntlich wurde in den Kohlenwerken von Dombrova der Betrieb im vollen Maße aufgenommen. Die Jahresproduktion von zwei Millionen Tonnen wird zwischen Oesterreich und Ungarn im Verhältnis der Quote aufgeteilt. In Oesterreich wurde die Länderebank damit betraut, den auf Oesterreich entfallenden Teil der Kohlenproduktion von Dombrova in Verkehr zu bringen. In Ungarn haben, wie wir erfahren, die Staatsbahnen die gesamte auf Ungarn entfallende Quote dieser Kohlenproduktion für sich in Anspruch genommen.

Reichsbankausweis vom 15. September.

Aktiva (in 1000 M)	1915	1914	1913	1912
Metallbestand	2 457 208	1 653 419	1 445 071	1 247 809
davon Gold	2 414 203	1 620 900	1 170 891	925 073
Kassenscheine	205 759	155 880	46 082	38 746
Noten ander. Bank.	13 631	19 252	29 442	31 619
Wechsel u. Schecks	5 152 442	4 660 453	934 016	1 207 766
Lombardforderung.	13 793	118 884	77 099	57 400
Effekten	28 945	90 407	81 794	37 864
Sonstige Aktiva	234 185	215 497	260 202	171 834
Passiva (in 1000 M)				
Grundkapital	180 000	180 000	180 000	180 000
Reservelonds	80 550	74 479	70 048	66 937
Notenumlauf	5 570 674	4 053 605	1 837 447	1 669 383
Sonstige tägl. fällige Verbindlichkeit.	2 009 317	2 494 257	724 362	829 045
Sonstige Passiva	265 318	111 451	61 799	47 673

Im Vergleich zum vorhergehenden Ausweis haben in der ersten Septemberwoche zu- (+) oder abgenommen (-):

(in 1000 M)	1915	1914	1913	1912
Metallbestand	+ 873	+ 33 531	+ 42 264	+ 13 415
davon Gold	+ 370	+ 40 752	+ 39 088	+ 13 574
Kassenscheine	- 48 823	- 4 455	+ 133	+ 1 354
Noten and. Banken	+ 2 620	+ 5 130	+ 9 244	+ 8 009
Wechsel u. Schecks	+ 85 041	- 19 316	+ 14 207	+ 69 598
Lombard	+ 1 031	+ 10 072	+ 8 584	- 6 802
Effekten	+ 1 963	- 26 298	- 7 461	+ 9 777
Sonstige Aktiva	+ 11 980	+ 5 927	+ 5 433	+ 1 294
Notenumlauf	+ 10 789	- 84 461	- 36 938	- 26 721
Giro Guthaben	+ 41 294	+ 75 315	+ 108 053	+ 121 722
Sonst. Passiva	+ 7 602	+ 13 737	+ 1 289	+ 1 644
Gesamtstatus	- 51 119	+ 118 667	+ 88 579	+ 49 499
Bankdiskont	5 pCt.	6 pCt.	6 pCt.	4½ pCt.

Notendeckung durch Metall und Reichskassen- und (seit dem 7. August v. J.) Darlehnskassenscheine (in pCt.):

1915			1914			1913	1912
31. Aug.	7. Sept.	15. Sept.	7. Sept.	15. Sept.	23. Sept.	15. September	
48,02	48,87	48,05	43,02	44,63	46,43	81,15	77,07

Der neueste Ausweis der Reichsbank weist im Vergleich mit seinem Vorgänger keine sehr wesentlichen Veränderungen auf. Der Goldbestand hat sich nur um 370 000 M auf 2 414,2 Mill. M erhöht. Für die Beurteilung dieser Zunahme ist indes zu beachten, daß während der Berichtswoche wiederum aus den bereits früher mehrfach erörterten Gründen ein sehr erheblicher Goldbetrag in das Ausland abgeführt werden mußte der aus den reichlichen Goldeingängen vorweg gedeckt wurde. Der Silberbestand hat sich von 42,5 auf 43 Mill. M erhöht.

Erfreulich ist die Entlastung, die die Darlehnskassen erfahren haben. Der von ihnen ausgeliehene Betrag hat sich um 35 Mill. M auf 1040,4 Mill. M vermindert. Fast die gesamte Abnahme ist der Rückzahlung solcher Darlehen zu verdanken, die für die Zwecke der zweiten Kriegsleihe entnommen worden waren. Diese Darlehen sind nämlich von 296,3 Mill. M am 7. September auf 262,6 Mill. M am 15. September, also um 33,7 Mill. M zurückgegangen. Infolge der Verminderung des Darlehnsbestandes bei den Darlehnskassen hat die Reichsbank einen der Gesamtabnahme entsprechenden Betrag — nämlich 35 Mill. M — Darlehnskassenscheine an die Darlehnskassen zurückgegeben. Sie hat ferner 7,8 Mill. M an Darlehnskassenscheinen in den Verkehr gesetzt und 4,5 Mill. M als Deckung für neu von der Reichsschuldenverwaltung empfangene Reichskassenscheine hinterlegt. Mithin beläuft sich die Verringerung des Bestandes der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen auf 47,3 Mill. M, und es verblieben ihr 151,2 Mill. M. Der Bestand der Reichsbank an Reichskassenscheinen hat sich um 3,5 Mill. M auf 54,6 Mill. M erhöht. Da sie, wie oben gesagt, 4,5 Mill. M neu von der Reichsschuldenverwaltung empfangen hat, die Zunahme ihres Bestandes aber nur 3,5 Mill. Mark beträgt, so ergibt sich, daß 1 Mill. M Kassenscheine von der Reichsbank dem Verkehr übergeben wurden. Die Summe der bisher von der Reichsschuldenverwaltung ausgegebenen (gedeckten) Reichskassenscheine beläuft sich nunmehr auf 109 Mill. M.

Die bankmäßige Deckung der Reichsbank (Wechsel, Schecks und diskontable Schatzanweisungen) hat sich in der letzten Woche um 85 auf 5152,4 Mill. M erhöht, und die gesamte Kapitalanlage um 88,1 auf 5195,2 Mill. M.

Die Zunahme der Kapitalanlage ist zum großen Teil mit den Rüstungen für den bevorstehenden Oktobertermin und für die dritte Kriegsleihe zu erklären. Das ergibt sich schon daraus, daß die fremden Gelder eine Vermehrung um 41,3 Mill. M erfahren und damit die zweite Milliarde um 9,3 Mill. M überstiegen haben. Eine ähnliche Entwicklung war bei Erscheinen der ersten und zweiten Kriegsleihe zu beobachten.

Der Notenumlauf hat sich um 10,8 auf 5570,7 Mill. M gesteigert, doch weisen die kleinen Noten für sich betrachtet einen Rückgang von 7,6 auf 2385,3 Mill. M auf.

Die Golddeckung der Noten hat sich nur unwesentlich verringert, nämlich von 43,4 pCt. in der Vorwoche auf 43,3 pCt. Das gleiche gilt für die Metalldeckung der Noten, die sich jetzt auf 44,1 gegen 44,2 pCt. stellt. Bei der Deckung der sämtlich täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold ist die oben erwähnte Zunahme der fremden Gelder zu berücksichtigen; diese hat eine Minderung des Prozentsatzes der Deckung von 32,1 auf 31,8 pCt. zur Folge gehabt.

24./IX. 1915

• Die Depots bei den deutschen und österreichischen Bankniederlassungen in London. Aus Wien, 17. d. M., berichtet unser W.-Korrespondent: „Die Aufforderung, die Effektenengagements in amerikanischen Werten zu lösen, ist auch an die Zentralen der österreichischen Banken, die Niederlassungen in London haben, von den englischen Aufsichtspersonen aus London vor ungefähr Monatsfrist gekommen. Während man aber in Deutschland nach dem Rundschreiben des Zentralverbandes des deutschen Banken- und Bankiergewerbes sich zur Aufforderung ablehnend verhält und sogar eine Unterstützung des feindlichen Auslandes darin erblickt hat, hat man sich hier im entgegengesetzten Sinne verhalten. Die wenigen Wiener Banken, die durch Niederlassungen in London vertreten sind, haben sich nach Einlangen der Aufforderung an die Finanzverwaltung gewendet und von ihr die Erlaubnis erhalten, die Aufforderung an die Kunden weiterzuleiten und die Engagements auf deren Auftrag zu lösen. Darauf hin scheinen auch ziemlich viele Kunden von der Gelegenheit Gebrauch gemacht zu haben, ihre amerikanischen Wertpapiere (in Betracht kommen wohl hauptsächlich Stahltrust-Aktien) zu günstigen Kursen, die sich durch das Disagio der englischen Währung in Amerika und der österreichischen auf dem Weltmarkte noch erhöhen, zu verkaufen. Man hat natürlich auch hier nicht verkannt, daß die englische Aufforderung nicht im Interesse der österreichischen Banken und ihrer Kunden ergangen ist, sondern aus egoistischen Motiven, um durch den Verkauf dieser Wertpapiere in Amerika die so sehr gebrauchten Guthaben in Amerika zu beschaffen. Die Ursache des von dem deutschen abweichenden Verhaltens dürfte in folgenden Erwägungen liegen. Man hat wohl angenommen, daß bei dem Umfange des englisch-amerikanischen Handels- und Geldverkehrs die Lösung der österreichischen Effektenpositionen keine erhebliche Erleichterung auf dem englischen Devisenmarkte bewirken kann, während für Oesterreich die dadurch beschafften Guthaben angesichts unserer weit engeren Verhältnisse weit größere Bedeutung haben. Wenn die Banken auch während des Krieges über diese Guthaben nicht verfügen können, so werden sie ihnen doch nach dem Kriege, wo die großen Verpflichtungen gegenüber Westeuropa fällig werden, sehr zuzute kommen. Wenn man das Angebot jetzt zurückgewiesen hätte, so hätte keine Sicherheit bestanden, ob die Kunden die Lösung der Positionen nach dem Kriege mit ebensolcher Bereitwilligkeit vorgenommen hätten, wie jetzt, wo sie nach den großen Sorgen um das Schicksal ihrer Depots die günstige Gelegenheit zur Lösung gerne benützten. Auch hat man keine Sicherheit, daß die Lösung nach dem Kriege noch zu so günstigen Bedingungen möglich sein wird. Da die Konsolidierung unseres Devisenmarktes jedenfalls viel schwieriger sein wird als die des deutschen, ist die sichere Verfügungsmöglichkeit über diese Guthaben nach Friedensschluß eine willkommene Erleichterung, die übrigens schon jetzt von Unternehmungen, die Zahlungsverpflichtungen nach England haben, in der Weise benützt wird, daß die Banken ihnen die in London erworbenen Guthaben überlassen gegen Kurs-Feststellung und Abrechnung nach Friedensschluß. Die Banken sind ferner in der Lage, den Kunden den Erlös der in London verkauften Wertpapiere beziehungsweise die Superdeckung schon jetzt gutzuschreiben, eventuell unter Vorbehalt späterer Abrechnung des Wechselkursgewinnes und machen sie dadurch zur Zeichnung der kommenden Kriegsanleihe aufnahmefähig. Entscheidend ist, daß die Summen, die für unseren Devisen- und Kapitalmarkt bedeutend sind, für England eine weit geringere Rolle spielen. Uebrigens glaubt man hier auch zu wissen, daß die Stellungnahme der deutschen Banken durch folgenden Umstand mitbeeinflusst war. Durch die deutschen Bankniederlassungen sollen für deutsche Rechnung überwiegend Wertpapiere zur Anlage erworben sein, während von den spekulativen Positionen ein recht erheblicher Teil für österreichische Rechnung laufen soll. Die deutschen Banken scheinen sich nun gesagt zu haben, daß die in London erworbenen Guthaben zum erheblichen Teil Oesterreich zuzute kommen würden, woran sie kein Interesse zu glauben haben und berücksichtigen deshalb nur die England zufallende Erleichterung bei ihrer Entschließung. Auch ist Deutschland in viel engerer direkter Verbindung zum amerikanischen Effektenmarkt und besonders die zahlreichen Besitzer amerikanischer Bonds haben reichlich Gelegenheit, direkt in New York ihre Bestände zu verkaufen und dadurch die erwünschte Erleichterung des deutschen Devisenmarktes herbeizuführen.“

Prager Gemeindegewirtschaft in der Kriegszeit.

Aus P r a g wird uns berichtet: Die Gemeindegewirtschaft wurde vor dem Kriege durch ihre zahlreichen Standa- und Provisionsaffären allgemein bekannt. Bei den letzten Wahlen gelang es den geeinigten Oppositionsparteien trotz der veralteten und engherzigen Wahlordnung, zwölf Sitze im Stadtverordnetenkollegium zu erobern. Das Rathausystem begann sich allmählich ein wenig zu bessern, einige hervorragende Mitglieder der kompromittierten Grosch-Majorität wurden verschiedener Korruptionsaffären öffentlich und gerichtlich überwiesen und aus dem Rathause beseitigt. Da seit der Kriegseröffnung in Prag kein Wort der Kritik gegen das System Grosch veröffentlicht wird, haben sich die früheren Zustände im Rathause wieder eingenistet. Das Stadtverordnetenkollegium und die Kommissionen werden nicht einberufen, alle Angelegenheiten werden nur durch den Stadtrat und die sogenannten Präsidial-Kommissionen erledigt. Die Arbeitervertreter wurden in Prag in der Kriegszeit von jeder Teilnahme an der Gemeindegewirtschaft ausgeschlossen. Sie durften weder an der Approvisionierung noch an der Arbeitslosenfürsorgetätigkeit teilnehmen. Ihre Anträge und Interpellationen wurden ignoriert. Vor dem Kriege wurde die Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung beschlossen und zu diesem Zwecke vom Stadtverordnetenkollegium 25.000 Kronen bewilligt, aber dieser Betrag wurde zu anderen Zwecken benützt und die kommunale Arbeitslosenversicherung ist ausgeblieben. In die Approvisionierungskommission wurden weder Sozialdemokraten noch Nationalsozialisten zugelassen; die Arbeitslorenzählung, die erst auf Auftrag der Statthalterei durchgeführt wurde, wurde ohne jede Teilnahme der Gewerkschaften vorgenommen und endete mit einem kläglichen Fiasko. Es wurde das Brotbrot durch die Gemeinde eingeführt, aber das Gemeindebrot, das billiger und besser war als das von den Bäckern erzeugte, wurde in erster Reihe denen verkauft, die sich im Prager Rathause Protektion verschaffen konnten. Dasselbe geschah auch mit Mehl und anderen Nahrungsmitteln. Diese wurden zuerst an die Mitglieder des Stadtrates und des Stadtverordnetenkollegiums verkauft. In der Zeit, in welcher sämtliches Mehl unter Sperre war, wurden noch große Mengen von Mehl vom Stadtrat an verschiedene Protektionspersonen verkauft. Dafür müssen jetzt arme Leute in Prag die Mehlgeschäfte belagern und stundenlang warten, bevor sie sich die notwendigen Lebensmittel einkaufen können. Die Subvention, die für die unentgeltliche Auspeisung der Schulkinder durch den Voranschlag bewilligt wurde, wurde im Kriegsjahr vom Stadtrat *s i s t i e r t*. In Prag wurde die unentgeltliche Auspeisung der Schulkinder während des Krieges eingestellt. Für die Auspeisung der arbeitslosen Arbeiter wurden große Beträge gesammelt, aber die Verwendung derselben wurde nirgends verrechnet. Auch in das Comité für die Auspeisung der Arbeitslosen wurden keine Arbeitervertreter zugelassen. Vor dem Kriege wurde der Bau eines *B ö h n e r i n n e n h e i m s* beschlossen und die dazu notwendigen Mittel durch den Gemeindevoranschlag bewilligt; auch dieser Beschluß wurde vom Stadtrat *s i s t i e r t* und das Geld zu anderen Zwecken verwendet. Dafür hat sich der Primator Dr. Grosch gleich nach dem Kriegsausbruch aus den Gemeindegeldern ein *A u t o m o b i l* gekauft, ohne einen Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums einzuholen. Vor dem Kriegsausbruch wurden einige Mandate der Majoritätsmitglieder vom Verwaltungsgerichtshof wegen verschiedener Wahlschwindel aufgehoben; trotzdem hat sich der Stadtrat seine Mandate *s e l b s t v e r l ä n g e r t*, die Wahlen in den Stadtrat und in dessen Präsidium wurden schon seit zwei Jahren nicht vorgenommen, obzwar sie durch das Stadtverordnetenkollegium jedes Jahr vorgenommen werden sollen. Die kommunale Hilfstätigkeit in Prag ist mangelhaft und ungenügend. Die mangelnde kommunale Hilfstätigkeit wird durch banale Phrasen maskiert. Die Löhne der Gemeindeangestellten sind elend, manche Kategorien haben nur zwei Kronen täglich. Für die Gemeindeangestellten wurde eine „Teuerungszulage“ bewilligt: ledige Gemeindegewerkschaftler erhalten fünf Prozent, verheiratete zehn Prozent des fünfmonatigen Lohnes, das bedeutet im ganzen zwanzig bis vierzig Kronen, und zwar in zwei Raten. Die Arbeiterurlaube wurden ohne jede weitere Entschädigung aufgehoben. Diese Teuerungszulage wurde vom Prager Stadtrat beschlossen, um damit seine Opferwilligkeit und Arbeiterfürsorge zu beweisen!

Auch in Prag mußte eine Preiskommission gebildet werden; dieser wurden keine Arbeitervertreter zugeteilt. Von der Tätigkeit dieser Kommission ist bisher der Prager Öffentlichkeit nichts bekannt. Auf dem tschechischen Städtetag wurde beschlossen, den Gemeinden zu empfehlen, die Approvisionierungsfragen im Einverständnis mit den Arbeitervertretern zu

lösen, aber der Prager Stadtrat kümmert sich wenig um solche Anregungen. In der letzten jungtschechischen Vertrauensmännerkonferenz wurde der Beschluß gefaßt, daß Stadtverordnete keine Lieferungen an die Gemeinde übernehmen dürfen. In Prag besteht die Gemeindegewirtschaft aus 55 Jungtschechen, aber um diesen wichtigen Beschluß kümmert sich die Grosch-Majorität wenig. Stadtverordnete übernehmen in Prag Lieferungen für die Gemeinde, besorgen bei ihr ihre Einkäufe, fungieren als Rechtsvertreter der Gemeinde! Die Gemeindegewirtschaftsinteressen werden systematisch geschädigt. Kein Wunder, daß bei solchen Zuständen die Gemeindegewirtschaft zerrüttet sind und daß die Gemeinde vollständig verschuldet ist.

Die Öffentlichkeit besitzt kein Vertrauen zu dieser Gemeindegewirtschaft, die kommunale Hilfstätigkeit, die sehr gering und unzureichend ist, findet in der breiten Öffentlichkeit kein Verständnis und die Folge davon ist, daß in Prag die notwendigste kommunale Kriegsfürsorge ausbleibt.

Die deutschösterreichischen Städte im Krieg.

Ein Nachwort zum Städtetag vom 24. September.

Vom Reichsratsabgeordneten Emil Kraft.

Als die erste Betäubung im September des Jahres 1914 gewichen war, die lähmend sich auf den Unternehmungsgestalt gelegt hatte, erwachte die unverwundliche Lebenskraft unseres Volkes, um sich den neuen Aufgaben anzupassen. In den Städten flutete die Schar der Einzurückenden, und die Abmarschierenden begleiteten Jubel und wehende Fahnen, aber nur wenigen wird es zum Bewußtsein gekommen sein, wie sich mittlerweile in den städtischen Ämtern die Arbeiten häuften und die Sorge einschlich. Da waren Truppen unterzubringen, Belegräume bereitzustellen, Schulen zu räumen und dann wieder zu öffnen. Die Betriebe der Städte, Gas- und Wasserleitungen verloren ihre Leiter und die besten Arbeiter, die Zufuhr der Materialien stockte, es war plötzlich, als ob das Dasein der Menschen eine veränderte Gestalt und das der Städte einen neuen Sinn erhalten hätte. Denn es kam die Zeit der Vorsorge, der planmäßigen sozialen Arbeit, um die Verpflegung der städtischen Menschenmassen und oft selbst die der Umgebung sicherzustellen. Dabei versagte häufig der schon in Friedenszeiten schmale Kredit der Stadtgemeinden, und sie waren auf das Wohlwollen der dem städtischen Gemeinwesen meist nahestehenden Institute, Sparkassen und Kreditgenossenschaften, angewiesen. Später kamen die großen Schwierigkeiten der Einkäufer von Getreide, Fett und

Dauerfleischware; bis ins neutrale Ausland reisten die Vertreter der Gemeinden, um da eine günstige Gelegenheit auszunützen, dort neue Einkaufsquellen zu finden. Die städtischen Magazine füllten sich mit Waren aller Art, und Konsumvereine und Detailhändler der Städte und selbst der Umgebung fanden sich, um Ware für den Bedarf ihrer Kunden abzunehmen. Die Brot- und Mehlsorte war ein weltgeschichtliches Ereignis geworden. Die Städte errichteten Mastanstalten, kauften Weidegründe, wurden Gutsbesitzer, Mäster, Viehkäufer und Händler. Nicht überall mit gleichem Geschick, nicht überall mit gleichem Erfolg, aber es war, als ob mit den großen Aufgaben neue Fähigkeiten erworben worden wären. Der großen Arbeit stellten sich aber auch ungeheure Hemmungen entgegen, und die Not der Teuerung konnte trotz Beschlagnahme und Höchstpreisen, trotz Fähigkeit und Kenntnissen nicht abgewendet werden. Die Verhältnisse waren stärker als die Bürgermeister. Darüber soll und kann erst nach dem Kriegsschlusse ein klares Wort gesprochen werden.

Aus dem Werdegang des Krieges hat man doch gelernt, die Lebens- und Existenzbedingungen der Städte ganz anders zu beurteilen als dies früher der Fall war. Ein tüchtiger Bürgermeister von heute kennt den Bedarf seiner Gemeinde an Kalorien und Eingusseinheiten, an Brennmaterial und Bedarf an Motormitteln. Er ist aus einem Polizeiorgan, der nebstbei Verwalter war, in erster Linie städtischer Hausvater geworden. Das ist eine neue Linie der Entwicklung, die wohl nicht gleich zum sozialen Staat, aber doch zur vorsorgenden Gemeinde der Zukunft führt, denn jeder große Krieg war eine Stufe wirtschaftlicher Entwicklung und neuer Erkenntnisse. Eine Erkenntnis war aber auch, daß die Städte in Gemeinschaft als Städteverbände leichter und besser wirtschaften können als wie einzelne, die sich im Wettbewerb gegenübersehen, sowie sich Konsum- und Kreditgenossenschaften zu gemeinsamen Verbänden zusammenschließen und dabei bessere Bedingungen erzielen, als wenn sie einzeln vorgehen und getrennt geschlagen werden. Die Organisation des reichsdeutschen Städteverbandes (der deutsche Städtetag) hat in diesem Sinne in der Kriegszeit und vor derselben vorbildliche Arbeit geleistet, die nunmehr die deutschen Städte Oesterreichs auch leisten wollen. Der Zusammenschluß der deutschen Städte bezweckt vor allem die Gründung einer Zentralstelle mit einer Auskunft- und Bücherei, die Führung einer eigenen Städtezeitung und einer Geldvermittlungsstelle. Die Zentralstelle ist nötig, um in die Arbeit der Städte nach außen ein stetiges Element zu bringen, das in zähem, unaufhörlichem Bemühen die Forderungen der Städte zur Geltung bringt sowohl bei der Regierung als auch bei den Vertretungskörpern. Nur dadurch kann es gelingen, daß in Zukunft die Stellung der Städte eine ihrer Bedeutung nach entsprechende wird, daß ihre Finanznot schwindet und sie für die großen Aufgaben einer neuen Zeit die nötigen Mittel und Unterstützung finden. Die Städte nach dem Kriege benötigen zu den Ideen, die der Krieg gereift hat, auch die entsprechenden Kräfte, und hierzu soll der Zusammenschluß, der im **B u n d d e r d e u t s c h e n S t ä d t e O e s t e r r e i c h s** vollzogen ist, dienen.

Städtische Chronik.

(Sechsmonatliches Budgetprovisorium der Gemeinde Wien.)

Der Stadtrat hat Ende Juni beschlossen, daß der Entwurf des Hauptvoranschlages über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde Wien sowie sämtlicher unter der Gemeindeverwaltung stehenden Fonds und Anstalten vorläufig bis 30. September 1915 für die Gehahrung der städtischen Aemter und Anstalten als Grundlage zu dienen habe. Gleichzeitig hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner auf Grund der ihm mit Gemeinderatsbeschuß vom 22. September 1914 erteilten Vollmacht verfügt, daß die Gemeindeabgaben bis 30. September 1915 im bisherigen Ausmaße einzuheben sind. Da die Verhältnisse, welche zu diesen Maßnahmen geführt haben, sich inzwischen nicht geändert haben, hat der Stadtrat in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, die Wirksamkeit des obervährten Beschlusses nunmehr bis zum 31. März 1916 zu verlängern und ist in einer Zuschrift an die Statthalterei die Genehmigung der Regierung eingeholt worden. Diese Genehmigung ist nunmehr mit Erlaß vom 27. September erfolgt. Demgemäß werden bis 31. März 1916 die Gemeindeabgaben im bisherigen Ausmaße weiter eingehoben.

Sitzung der Staatsschulden-Kontrollkommission.

Offiziell wird mitgeteilt: In der gestrigen Sitzung der Staatsschulden-Kontrollkommission, an der sämtliche Mitglieder teilnahmen, wurde die Emission der dritten Kriegsanleihe in Form von 5½prozentigen Schatzscheinen zur Kenntnis genommen und die Kontratsignierung einstimmig beschlossen.

* * *

6/8. 1915.

Der Geldmarkt Im dritten Vierteljahr 1915.

Die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung mehrten sich in den feindlichen Ländern von Woche zu Woche. Die Kriegskosten haben ins Unendliche: Selbstreich rechnet mit rund zwei Milliarden für den Monat, und wie sieht es dann erst in den andern Ländern aus, insbesondere in England, von dem seine Verbündeten beständig Hilfe wenigstens auf diesem Gebiet erwarten und erwarten müssen. Aus sich selbst hat es schon lange nicht mehr in der Lage, diese Hilfe zu bringen, und seine Arme strecken sich immer verlangender hinüber über den Ozean.

Diese wachsende finanzielle Abhängigkeit Englands von Amerika ist für das verfloffene Quartal das charakteristische Moment, die Gestaltung des Sterlingkurses in Newyork das äußerlich sichtbare und meistbeachtete Zeichen hierzu. Das Valutaproblem und die hiermit in engem Zusammenhang stehende Goldfrage: Diese beiden Punkte beherrschen zurzeit fast vollständig das Interesse am Geld- und Kapitalmarkt.

Der internationale Wechsel- (Devisen-) Verkehr hat infolge der gänzlich umgestalteten Verhältnisse in der Handels- und Zahlungsbilanz der einzelnen Länder ein völlig verändertes Gesicht erhalten. Fast jedes Land bildet heute ein Gebiet für sich, muß für sich bewertet werden als Glied des internationalen Handels, der freilich zum noch in früherem Sinne als solcher angesehen werden kann. Im Mittelpunkt dieses Wechselverkehrs und als maßgebend für dessen gegenwärtige Gestaltung steht der Wechselkurs auf Newyork, und zwar vor allem der Sterlingkurs. Ende vorigen Jahres noch auf etwa 4,86, d. h. ungefähr auf Parität stehend, ist er Ende August d. J. auf etwa 4,56 angelangt und im September vorübergehend noch tiefer gesunken. Die Gründe für diesen enormen Rückgang sind klar; betrug doch die Ausfuhr aus Newyork nach London im ersten Halbjahr 1915 nicht weniger als 912 Millionen Dollar gegen nur etwa 500 Millionen im Vorjahr, also nahezu das Doppelte. Amerika selbst mußte hier allmählich auf Barmehrung dringen; der entsprechend steigende Dollarkurs in Europa verteuerte naturgemäß in nem höherem Maße die amerikanischen Erzeugnisse in Europa.

Da war guter Rat teuer. Die üblichen Mittel: Einschränkung der Einfuhr und Erhöhung der Ausfuhr im Schuldnerlande, waren leichter gesagt als getan. Man brauchte eben nicht nur allzu sehr und hatte nichts für die Ausfuhr übrig. Auch die Verkäufe von Wertpapieren hören einmal auf; sind doch eine ganze Zeit hindurch wöchentlich mehrere Millionen Pfund Sterling amerikanischer Bonds nach Newyork gewandert. Die Versuche, ausländisches Kapital nach England zu ziehen, dürften schwerlich einen solchen Erfolg haben, daß dadurch der Wechselkurs nennenswert beeinflusst würde. Blicke nur auf eine große Anleihe. Die Verhandlungen darüber zogen sich verächtlich in die Länge, und die geforderten Bedingungen der 500-Millionen-Dollar-Anleihe dürften recht wenig der günstigen Ausnahme entsprechen, die das Anerbieten einer solchen Anleihe seitens Englands und Frankreichs in Amerika gefunden haben sollte! Wo bleibt der allbeherrschende Londoner Geldmarkt? Der ganze Ernst der Lage wird den Herren Engländern hier am greifbarsten und am fühlbarsten vor Augen geführt, und der tertius gaudens ist Amerika! Von Anfang des Krieges bis Ende August hat es nicht weniger als 180 Millionen Gold aus Europa erhalten, und zwar allein 127 Millionen aus England bzw. Kanada. Es hat gute im internationalen Geldverkehr England bereits überflügelt, besitzt heute schon die ausschlaggebende Stellung und wird sich diese auch nach dem Kriege sobald nicht wieder nehmen lassen.

Interessant ist die Veränderung des Goldbestandes bei den Zentralnotenbanken der Hauptländer kurz vor dem Kriege und ein Jahr später. Er betrug nämlich (in Millionen Mark):

bei der	Ende Juni 1914	gegen Ende Juni 1915
Reichsbank.....	1306	2388 + 1082
Bank von Frankreich.....	3287	3185 - 102
Bank von England.....	819	1064 + 245
Russischen Staatsbank.....	3447	3407 - 40

Die Notenbanken der feindlichen Länder werden noch recht gewaltige Anstrengungen machen müssen um auf dem Gebiete der Goldsammlungspolitik Deutschlands Erfolge zu erreichen! Während die Reichsbank vom 30. Juni 1914 bis 30. Juni 1915 ihren Goldbestand um 13 Prozent erhöhen konnte, erfuhr derjenige der Bank von Frankreich noch einen Rückgang; ihre euerlichen Bemühungen, Gold an sich zu ziehen, hatten den Erfolg, daß am 23. September ein Bestand von 4500,1 Millionen Franken ausgewiesen werden konnte, d. i. gegen den Bestand am 30. Juni 1914 ein Mehr von 442,4 Millionen Franken — 11 Prozent, gegenüber der Zunahme bei der Reichsbank aber immer noch mehr als Rescheiden.

Die Zinssätze in Deutschland haben sich im großen und ganzen nur wenig verändert. Die Bankrate blieb auf ihrem bisherigen Stand, gleich wie in den übrigen Ländern mit Ausnahme von Dänemark, wo die Nationalbank am 9. Juli ihren Satz von 5% auf 5 Prozent herabsetzte. Der Privatdiskont schwankte in dem Quartal zwischen 3½ und 4 Prozent, der Satz für tägliches Geld zeigte zeitweise etwas größere Schwankungen, wie aus der Struktur des gegenwärtigen Geldmarktes erklärlich, war aber fast durchweg niedriger als der Privatdiskont. Die Positionen im Status der Reichsbank stellen sich an den einzelnen Monatschüssen wie folgt (in Millionen Mark):

	30./6.	31./7.	31./8.	23./9.
Metall.....	2434	2445	2455	2457
Gold.....	2388	2401	2410	2415
Wechsel.....	648	578	505	512
Lombard.....	15	17	15	12
Effekten.....	4290	4226	4461	4846
Siro.....	1799	1651	1736	2249
Noten.....	5840	5538	5564	5548

Zinssätze wie Reichsbankstatus legen nach allem einen sichtlichen Beweis von erfreulicher Geldflüssigkeit bei uns ab. Wie reichlich die Gelder in Deutschland vorhanden sind, das hat allem, der nicht mit Blindheit geschlagen ist, der Erfolg der dritten Kriegsanleihe bewiesen.

Antrag des Senats betreffend die Bereit-
stellung von weiteren Mitteln für die
durch den Krieg erwachsenden Ausgaben.

Der Senat beantragt: 1. daß zur Be-
reitstellung von aus dem Kriegsverhältnis er-
wachsenden außerordentlichen Ausgaben eine
weitere Summe von 10 000 000 Mk. be-
willigt und nachträglich in den Haushalts-
plan der Finanzdeputation eingestellt werde;
2. daß über die Verwendung einzelner Be-
träge aus der bewilligten Summe der Senat
im Einvernehmen mit der von der Bürger-
schaft eingesetzten Kommission von zehn
bürgerchaftlichen Vertrauensmännern Be-
stimmung treffe.

Curt Platen (B. L.):

Wir haben uns bisher wenig mit den hant-
burgischen Verhältnissen in bezug auf die Lebens-
mittelfrage beschäftigt können. Jetzt scheint die
Zeit aber gekommen, uns genauer darüber aus-
zulassen.

Zu begrüßen ist die Einrichtung von Preis-
prüfungsstellen, die die neue Bundesratsverord-
nung vorsieht. Eine solche Prüfung ist durchaus
notwendig. Wir können ja nicht damit rechnen,
daß die hohen Preise nach dem Kriege sofort auf-

hören werden. Die heutige Preisbildung ist un-
natürlich. Sehr vielfach ist unsozial dabei vor-
gegangen, z. B. beim Brot. Es ist dem Handel
der Vorwurf gemacht worden, daß er sich be-
reichert habe. Ich glaube nicht, daß das für Ham-
burg stimmt; der reelle hamburgische Handel hat
sich direkt ein Verdienst um das Vaterland er-
worben. Aber Vaterlandsverräter sind die Schie-
ber, die Warenwucherer; sie sollten überall an den
Branger gestellt werden. Es ist unerhört, wenn
eine Kornhauslager-Gesellschaft ihre Mitglieder
aufgefordert hat, vorläufig nichts zu verkaufen.
Die Trustbildung ist weit gegangen. Vielfach ist
Ware zurückgehalten worden, um die Preise zu
steigern, vielleicht von Leuten, die sich noch ihres
Patriotismus rühmen.

Der Bundesrat will auch Versorgungsgesell-
schaften gründen. Das ist ein Schritt, den als
obligatorisch zu bezeichnen der Bundesrat sich
bisher leider geschaut hat. Da meinen wir,
daß unsere Behörden es sich eifrig überlegen,
ob solche Gesellschaften nicht auch bei uns zu
schaffen sind. Gerade die Preise auf dem Lebens-
mittelmartt zwingen uns zu solchen weitergehen-
den Schritten. Wie viel Obst ist zum Beispiel ge-
wachsen, aber sehen Sie sich doch einmal die
Preise dafür an! Beim Kohl liegt es ebenso,
und für Butter sollen wir im Winter ja sogar
4 Mark für das Pfund zahlen. Auch an den
Milchpreisen dürfen wir nicht achlos vorüber-
gehen. Berlin hat den Zwischenhandel auf seinem
Markt völlig ausgeschaltet; auf seinem Gemüse-
markt kann die Ware zu der Hälfte des Preises
abgegeben werden wie auf anderen Märkten, die
nicht städtisch sind. Auch die Kartoffelpreise ent-
sprechen dem Produktionswerte nicht. Es ist be-
dauerlich, daß der Bundesrat vorläufig keine Ent-
scheidung durchzuführen will. Die Beschlagnahme ist
wohl möglich.

Der Landwirtschaft ist zum Teil der Vor-
wurf zu machen, daß sie sich schwer von der Ware
trennt und dadurch die Preise in die Höhe treibt.

Von der Deputation für Handel und Schif-
fahrt möchten wir bald erfahren, ob nicht bald
eine Heraushebung der Protration möglich ist.
Andere Städte haben auch auf dem Lebensmittelmartt
wohlthätig eingegriffen, z. B. Bremen, wo
die Preise staatlich beeinflusst werden. Auch die
Milchversorgung haben manche Städte selbst in
die Hand genommen. Dort sind zum Teil viel-
leicht andere, aber ungünstigere Verhältnisse als
bei uns. Es läßt sich bei uns noch viel mehr tun,
und es muß mehr geschehen, denn die Bevölke-
rung leidet sehr unter der Teuerung. Wir müssen
diese Uebergangszeit der Bevölkerung leicht
machen. Sie kann sich nicht selbst helfen. Es
herrscht in der Bevölkerung sehr viel unter Wille.
Ihr ist zum Beispiel vielfach ein Brot geliefert
worden, das einen Hund jammern kann. Sie
erträgt alles, aber dann muß auch geprüft werden,
wie man ihr die Lebenshaltung erleichtern kann.

Stolten (S.):

Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen,
da in der Deffentlichkeit jetzt nicht alles gesagt
werden kann. Es gibt auf diesem Gebiet Er-
scheinungen, die einfach zurückzuführen sind auf
unsere Abgeschlossenheit vom Auslande. So-
wohl von den Reichs- wie von den Lokal-
behörden ist aber nicht alles getan, was hätte
getan werden müssen. Den Appell Platens an
die hamburgischen Behörden, alles zu tun,
was möglich ist gegen die Teuerung, möchte
ich unterstützen. Es ist da noch viel zu tun.
Die neuen Handhaben des Bundesrats sollten
auch hier nach Möglichkeit benutzt werden. Den
Wucherern gegenüber sollte einmal ein ordent-
liches Exempel statuiert werden.

Ich möchte die Unterstützung der Familien-
angehörigen unserer Krieger besonders be-
sprechen. Trotz der Unterstützungen, die bezahlt
werden, ist die Not in diesen Kreisen groß.
Die Lebensmittelpreise sind mindestens um
50 Prozent gestiegen, und dazu kommt, daß
die Ersparnisse, die vielleicht noch vorhanden
waren, jetzt aufgebraucht sind. Es ist anzu-
erkennen, daß Hamburg mit seinen Unter-
stützungsfähigen in erster Linie gestanden hat und
teilweise noch steht, aber was damals eben
ausreichte, reicht heute absolut nicht mehr aus.
Deshalb haben wir die Pflicht, mehr zu tun
als bisher. Eine ganze Reihe von Städten
hat die Unterstützung schon erhöht, und wir
müssen das auch tun. Das Reich soll ja auch
die Absicht haben, vom 1. November an eine
Erhöhung der Unterstützung eintreten zu lassen;
es folgt damit nur den schon im August aus-
gesprochenen Wünschen des Reichstags. Daß
die Normalhöhe des Reichs aber nur bemessen
sind für Verhältnisse in kleinen Gemeinden,
darüber sind wir uns ja von Anfang an klar
gewesen. Ich lege also dem Senat aus Herz,
dieser Frage recht bald nahezutreten und den
Hoffnungen keine Enttäuschungen zu bereiten.
(Bravo!)

J. Rohde (L.):

Die beiden von den Vorrednern ange-
sprochenen Fragen stehen in engem Zusammen-
hang. Auf Einzelheiten in bezug auf die
Lebensmittelpreise will ich mich auch nicht
einlassen. Aber ich möchte hierbei erklären, daß
diese Fragen in der Kriegsvertrauenskommission
schon lange besprochen sind. In der morgigen
Sitzung der Kommission wird der Senat ihr
über diese Fragen Auskunft geben. In der Be-
handlung der Lebensmittelfragen in der Deffent-
lichkeit muß man sehr vorsichtig sein, da die
Feinde die Erörterung absichtlich falsch auf-
fassen und uns einen Strich daraus drehen.
Was hier aber nicht besprochen werden kann,
wird in der Kommission eifrig besprochen und
auch in der Kommission mit dem Senat. Aller-
dings hat der Senat uns anfangs sozusagen er-
klärt, wir hätten nur die Gelder zu bewilligen,
aber wir haben ihm sagen lassen, daß das
nicht richtig sei. Wir befinden uns da sicher
mit Ihnen im Einverständnis. (Sehr richtig!)
Der Senat hat uns denn auch bisher alle er-
betenen Auskünfte gegeben.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Familien
der Kriegsteilnehmer auskömmlich unterstützt
werden, wenn deren Bedürftigkeit festgestellt ist,
damit die Männer das Bewußtsein haben, ihre
Familien brauchen nicht Not zu leiden. Eine
sehr wesentliche Unterstützung bekommt manche
Familie ja erfreulicherweise von vielen Arbeit-
gebern. Nun sagt Herr Stolten, es müsse eine
Erhöhung eintreten. Wir müssen aber auch mit
den vorhandenen finanziellen Mitteln rechnen.
Wir unterstützen 89 000 Familien monatlich mit
4 200 000 Mk.; davon erhalten wir vom Reich
im allergünstigsten Falle ein Drittel zurück-
bezahlt; dabei erhöhen sich diese Zahlen noch
ständig. Etwas vorsichtig müssen wir also sein.

Bei den Lebensmittelpreisen muß selbst-
verständlich etwas Durchgreifendes geschehen.
Es werden Preise gefordert, die unter keinen
Umständen gerechtfertigt sind. Unserer Bevölke-
rung darf das Geld nicht so aus der Tasche
gezogen werden. (Bravo!)

Antrag des Senats betreffend die Anreizhaltung
 von rohen Milchprodukten durch die
 Anreizhaltung der Milch.

Reimer (L.):

Den Ausführungen Stoltenz und Blatenz
 stimmen wir alle zu. Wir wollen gern alles tun,
 was möglich ist. Man könnte aber aus ihren
 Reden vielleicht heraus hören, es sei hier bis-
 her nicht alles geschehen, was geschehen kann.
 Demgegenüber möchte ich Ihnen sagen, daß es
 leicht ist, Kritik zu üben, aber nicht so leicht, diese
 Preistreiberien zu hintertreiben. Wir müssen
 oftmals zu hohe Preise bewilligen, um die Ware
 überhaupt nur in Hamburg zu bekommen. Es
 ist zum Beispiel unmöglich, wenn Hamburg allein
 niedrigere Preise für Milch und Butter festsetzt,
 diese Ware überhaupt nach Hamburg zu be-
 kommen.

Der Senatsantrag wird endgültig an-
 genommen.

IX.

Antrag des Senats betreffend Gewährung
 eines Staatszuschusses an die Gemeinde
 Geesthacht.

Der Senat beantragt: Die Bürgerschaft
 wolle es mitgenehmigen, daß der Gemeinde
 Geesthacht unter den Bedingungen des Ver-
 trages vom 10./30. August dieses Jahres
 zur Erfüllung ihrer Verpflichtung aus dem
 in Aussicht genommenen Prozeßvergleich ein
 Staatszuschuß in Höhe von 40 000 Mk. ge-
 währt und daß dieser Betrag in Art. 131
 des Staatshaushaltsplanes für 1915 nach-
 träglich eingestellt werde.

Der Senatsantrag wird endgültig ange-
 nommen.

X.

11.11.1915

Anmeldung und Sperre des feindlichen Vermögens.

Im „Reichsanzeiger“ und dem „Reichsgesetzblatt“ wird nunmehr die kürzlich angekündigte Verordnung des Reichskanzlers über Anmeldung und Sperre des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten veröffentlicht. Hierzu bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgendes:

Die Regierungen von England, Frankreich und Rußland haben eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die darauf hinausgehen, auf das gesamte in ihrem Machtbereich befindliche deutsche Vermögen die Hand zu legen. Nach den in Frankreich und England von Regierungsvertretern abgegebenen Erklärungen besteht die Absicht, dieses Vermögen als Pfand bei künftigen Friedensverhandlungen zu verwerten. In England ist ein „Kustos des feindlichen Eigentums“ bestellt, bei dem alle deutschen Vermögenswerte, insbesondere auch Forderungen und Bankguthaben, anzumelden und an den Zahlungen abzuführen sind. In Frankreich ist bekanntlich das ganze deutsche Vermögen unter Sequester gestellt. Rußland hat teils durch Befehle, teils durch Verwaltungsmaßnahmen aufs tiefste in deutsche Eigentumsrechte eingegriffen.

Die deutsche Regierung ist in allen diesen Fragen, die aus der Verletzung von deutschen Privatrechten durch die feindlichen Regierungen erwachsen, dem Prinzip gefolgt, daß Gegenmaßnahmen im Wege der Vergeltung — aber auch nur Vergeltungsmaßnahmen — zulässig und geboten erscheinen. Es soll dem feindlichen Auslande zum Bewußtsein gebracht werden, daß das in deutscher Hand befindliche englische, französische, russische Vermögen in dem Maße gefährdet und bedroht ist, als die Regierungen dieser Staaten gegen das in ihrer Gewalt befindliche deutsche Vermögen vorgehen.

Hiernach steht die deutsche Regierung auch nicht länger an, das gegen die Gesamtheit deutschen Vermögens gerichtete Vorgehen des feindlichen Auslandes mit einer Sperre und Anmeldung des gesamten feindlichen Vermögens in Deutschland zu erwidern. Nach der Verordnung des Bundesrats vom 7. Oktober 1915 „über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten“ soll das ganze hier befindliche Vermögen festgehalten und zur Kenntnis der Regierung gebracht werden.

Diesem Zwecke dient zunächst die Anmeldung des gesamten feindlichen Vermögens. Der Reichskanzler wird hierüber noch eingehende Vollzugsvorschriften erlassen, die angeben, wer anmeldepflichtig ist, und unter Beigabe von Formularen und sonstigen Hinweisen die Richtlinien für die Anmeldung aufstellen. Die Stellen, bei denen die Anmeldung zu erfolgen hat und die Formulare dafür zu erhalten sind, werden von den Landeszentralbehörden bestimmt werden. Die Frist, binnen welcher die Anmeldung vollzogen sein soll, wird voraussichtlich bis Mitte Dezember laufen.

Die Anmeldung soll in erster Linie als Sicherungsmaßnahme dienen, um eine vollständige Kontrolle über das gesamte feindliche Vermögen, das sich in Deutschland befindet, zu ermöglichen, mag dieses Vermögen in Eigentum oder in Forderungsrechten gegen inländische Schuldner, in Bankguthaben oder sonstigen Werten bestehen. Diese Kontrolle ergänzt die sonstigen Bestimmungen der neuen Verordnung, welche verhindern sollen, daß irgendwelches feindliches Vermögen dem Machtbereich der deutschen Regierung entzogen werde.

Vor allem ist jede Veräußerung, Abtretung und Belastung, mit anderen Worten jede Schiebung feindlichen Eigentums, feindlicher Guthaben und sonstiger feindlicher Werte für unzulässig erklärt. Jede derartige Verfügung, die z. B. vom Ausland aus über dieses Vermögen vorgenommen wird, ist nichtig. Ausnahmen sind gemacht für das Vermögen von feindlichen Ausländern, die sich in Deutschland aufhalten, und für das feindliche Vermögen, das zu einem inländischen Betrieb gehört — soweit nämlich die vorzunehmende Verfügung zugunsten eines Inländers erfolgt. Frei von diesen Beschränkungen ist das unter staatliche Aufsicht oder Zwangsverwaltung gestellte Vermögen. Soweit eine Veräußerung oder Abtretung seit dem Kriegsausbruch bereits vorgenommen sein sollte, um den Vermögensgegenstand den deutschen Vergeltungsmaßnahmen zu entziehen, kann nachträglich dieser Vermögensgegenstand trotz der Veräußerung als feindliches Vermögen angesehen werden. Des weiteren sind besondere Vorschriften erlassen gegen jede Abführung feindlichen Vermögens nicht nur nach dem feindlichen Auslande, sondern nach dem Auslande überhaupt. Nur Reisegut darf ein feindlicher Ausländer, dem die Abreise gestattet ist, mit sich nehmen. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler von diesen Bestimmungen Ausnahmen zulassen kann. Andererseits kann der Reichskanzler die zunächst nur gegen England, Frankreich und Rußland gerichteten Bestimmungen nötigenfalls auch auf andere feindliche Staaten oder vom Feind besetzte Länder (z. B. Keanpten) ausdehnen.

Die bisherigen auf das feindliche Vermögen sich beziehenden Bestimmungen, die, wie zum Beispiel das Zahlungsverbot, in ihrer rechtlichen Tragweite zum Teil weiter reichen als die neue Vorschrift, bleiben selbstverständlich voll in Kraft. Die Strafen, welche gegen eine wissentliche Abführung von Feindesvermögen nach dem Auslande vorgesehen sind, sind gleich hoch wie die in dem Zahlungsverbot bestimmten, nämlich: Gefängnis bis zu 3 Jahren und Geldstrafe bis zu 50 000 M. oder eine dieser Strafen. Wegen der tief einschneidenden Bestimmungen, die die „Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten“ enthält, sei an dieser Stelle auf die Notwendigkeit besonders hingewiesen, sich den Wortlaut derselben, der im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht ist, alsbald zu beschaffen. Die Verordnung trägt das Datum vom 7. Oktober 1915 („Reichsgesetzblatt“ Nr. 136).

Die Verfügung des Bundesrats beschränkt sich auf die Anmeldung des im Inlande befindlichen feindlichen Vermögens und entspricht den Erklärungen, die seinerzeit von der Regierung in dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe über diese Angelegenheit abgegeben worden waren. In weiten Kreisen der deutschen Industrie und des deutschen Handels wird aber diese Einschränkung lebhaftes Bedauern ausdrücken. In diesen Kreisen hatte man die Errichtung einer Hauptstelle für die Aufzeichnung von Schulden und Forderungen gegenüber dem feindlichen Auslande und einen Ausgleich dieser Schulden und Forderungen begehrt. Zur Unterstützung dieses Verlangens hatte man darauf hinweisen lassen, daß in den Kreisen unserer Ausfuhrindustrie die Sorge bestehe, die Außenstände, die Handel und Industrie im feindlichen Auslande haben, würden nach dem Kriege vielfach uneinbringlich sein. Die Erbitterung, die der Krieg mit sich gebracht habe,

werde die ausländischen Schuldner veranlassen, den Versuch zu machen, sich ihren Schuldnern zu entziehen. Zu höchswilligen Schuldner könne der deutsche Kaufmann und Industrielle nicht dadurch begegnen, daß er vor dem zuständigen ausländischen Gerichte sein Recht suche. Die Schwierigkeit der zwangsweisen Beitreibung von Forderungen sei schon vor Ausbruch des Krieges, besonders in England und Rußland, nicht nur außerordentlich groß, sondern wegen der hohen Kosten vielfach unmöglich gewesen. Nach dem Kriege werde man auch an der Unparteilichkeit der ausländischen Gerichte zweifeln müssen. Aus diesem Grunde könnten, wenn man die deutschen Gläubiger an die ausländischen Gerichte verweise, Milliarden deutschen Volksvermögens verlorengehen. Diese Ausführungen hatten ohne Zweifel viel für sich, und es war, wie wir hören, bereits eine Vorlage ausgearbeitet, die auf die Errichtung der gewünschten Hauptstellen für Aufzeichnung von Schulden und Forderungen gegenüber dem feindlichen Auslande abzielte. Wegen der großen Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung dieses Beschlusses entgegenstellten, ist jedoch diese Vorlage zurückgezogen worden und an ihre Stelle ist die Vorlage getreten, die sich auf die Anmeldung des im Inlande befindlichen Vermögens beschränkt.

Wie wir weiter hören, hat es bis zuletzt nicht an eifrigen Bemühungen gefehlt, um den weitergehenden Wunsch unserer Industrie und unserer Handelskreise erfüllt zu sehen. Diese Bemühungen sind aber, wie der Beschluß des Bundesrats lehrt, gescheitert. Ausschlaggebend dafür war, wie wir ferner erfahren, hauptsächlich die Erwägung, daß, wenn man die Anmeldung von Forderungen im feindlichen Auslande freigebe, zahllose Forderungen angemeldet werden würden, die entweder nichtig oder bestritten oder nicht beizutreiben wären. Die Möglichkeit, diese Forderungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin zu prüfen, läge nicht vor, und aus diesem Grunde könnte, wenn es zur Anmeldung solcher Forderungen käme, eine große Verwirrung der Verhältnisse entstehen. Darum ist der Beschluß des Bundesrats in dem Sinne ausgefallen, daß nur das im Inlande befindliche feindliche Vermögen anzumelden ist. Wie wir vorhin schon sagten, wird aber diese Beschränkung in weiten Kreisen der deutschen Industrie und des Handels recht beklagt.

(Ueberwachung von Unternehmungen und Liegenschaften des feindlichen Auslandes.) Nach einer heute verkündeten Verordnung des Gesamtministeriums betreffend der Ueberwachung von Unternehmungen und Liegenschaften können in Ausübung des Vergeltungsrechtes solche im Geltungsgebiete dieser Verordnung tätige Unternehmungen und Zweigniederlassungen von Unternehmungen, die vom feindlichen Auslande aus geleitet oder beaufsichtigt werden oder deren Erträge ganz oder zum Teile in das feindliche Ausland abzuführen sind oder deren Kapital ganz oder zum Teile Angehörigen des feindlichen Auslandes zusteht, wo immer diese ihren Wohnsitz haben, durch ministerielle Verfügung unter besonderer Ueberwachung gestellt werden. Die Ueberwachung kann ohne Verfahren und ohne Angabe von Gründen verhängt werden. Die Anwendung der Verordnung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß zur Verdeckung der Beziehungen zum feindlichen Auslande Angehörige anderer Staaten oder Inländer vorgeschoben werden oder daß seit dem Eintritte des Kriegszustandes mit dem betreffenden feindlichen Staate Änderungen in der Beteiligung an der Unternehmung vorgenommen wurden oder daß die Unternehmung oder der Betrieb seit diesem Zeitpunkte an andere Personen übergegangen ist. Zum Zwecke der Ueberwachung werden auf Kosten und Gefahr der Unternehmung Ueberwachungsbeamten bestellt, die dafür zu sorgen haben, daß der Geschäftsbetrieb während des Krieges in einer den inländischen Interessen entsprechenden Weise geführt wird.

* Sperre und Anmeldung des feindlichen Vermögens in Deutschland. Aus Berlin, 13. d., wird uns berichtet: Bezüglich der Anmeldung und Sperre feindlichen Vermögens führt die „Nordb. Allg. Ztg.“ u. a. aus: Die Regierungen Englands, Frankreichs und Russlands haben eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die darauf hinausgehen, auf das gesamte in ihrem Machtbereich befindliche deutsche Vermögen Hand zu legen. Nach den in Frankreich und England von Regierungsvertretern abgegebenen Erklärungen besteht die Absicht, dieses Vermögen als Pfand bei den künftigen Friedensverhandlungen zu verwerten. Die deutsche Regierung ist in allen Fragen, die aus einer Verletzung deutscher Privatrechte durch die feindlichen Regierungen erwachsen, dem Prinzip gefolgt, daß Gegenmaßnahmen im Wege der Vergeltung — aber nur Vergeltungsmaßnahmen — zulässig und geboten erscheinen. Es soll dem feindlichen Auslande zum Bewußtsein gebracht werden,

daß das in deutscher Hand befindliche englische, französische und russische Vermögen in dem Maße gefährdet und bedroht ist, als die Regierungen dieser Staaten gegen das in ihrer Gewalt befindliche deutsche Vermögen vorgehen. Hiernach steht die deutsche Regierung auch nicht länger an, das gegen die Gesamtheit deutschen Vermögens gerichtete Vorgehen des feindlichen Auslandes mit der Sperre und Anmeldung des gesamten feindlichen Vermögens in Deutschland zu erwidern.

25./X. 1915

Geld- und Kreditwesen in Oesterreich-Ungarn während des Krieges.

Vortrag des Universitätsprofessors Doktor Julius Landesberger.

Der Vortragszyklus, den der Wiener Volkshilfsverein unter dem Titel „Zwischen Krieg und Frieden“ veranstaltet, wurde gestern durch den Präsidenten der Anglo-österreichischen Bank Universitätsprofessor Dr. Julius Landesberger eröffnet, der im Festsaale des niederösterreichischen Gewerbevereines in sehr interessanter, leichtfaßlicher Form über das Thema „Geld- und Kreditwesen in Oesterreich-Ungarn während des Krieges“ sprach.

Mit eifersüchtigem Interesse, so führte der Vortragende einleitend aus, überwachen die einzelnen Staaten den Zustand des Geldwesens und der Kreditwirtschaft ihrer Gegner, da die Verhältnisse auf diesem Gebiet nicht nur für Zwecke des Krieges, sondern auch für das ganze Erwerbsleben sowie im kommenden Frieden für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Staates eine hohe Bedeutung haben. Es ist gleich festzustellen, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland nach dieser Richtung erfreulicherweise stets wachsendes Vertrauen abnötigen.

Es ist uns sehr zuvorkommen, daß bei uns vor Ausbruch des Krieges ein Zustand der Beharrlichkeit mit nur leicht aufsteigender Tendenz im Wirtschaftsleben zu verzeichnen war, da jede Konjunkturperiode zu Ueberspekulationen und zu übermäßiger Inanspruchnahme des Kredits Veranlassung gegeben hätte. Seit der Annexion Bosniens machte das Bankwesen der Zentralstaaten eine überaus gesunde Entwicklung mit, die dann bei Kriegsausbruch den angespannten Anforderungen sehr zugute kam.

Nach einem Hinweis darauf, daß die Monarchie im Osten vielfach Gläubiger, im Westen Schuldner ist, erklärte Professor Landesberger, daß bei Ausbruch des Krieges die Befürchtung nahelag, der Zusammenbruch der Beziehungen mit den uns kreditgewährenden Staaten werde eine Krise für die heimische Industrie bilden. Eine wesentliche Erleichterung trat in dieser Richtung ein, als die Ausdehnung des Krieges über die ganze Welt es verkehrstechnisch fast unmöglich machte, Geld und Geldeswert an die Gläubiger zu versenden und als die Eingriffe Britanniens und Frankreichs in das Privatrecht die Zentralstaaten zu Vergeltungsmaßnahmen drängten, die den Ausschub von Schuldverpflichtungen während des Krieges an Angehörige der mit uns Krieg führenden Staaten zum Ziele hatten.

Der Vortragende kam nun auf die Maßregeln zu sprechen, die bei Kriegsbeginn zum Schutze des Wirtschaftslebens ergriffen wurden. Die Schließung der Effektenbörse verhielt vielfach Vermögensverluste, und heute schon lassen sich bei einer kommenden Wiedereröffnung gesunde Verhältnisse voraussehen. Das Moratorium, das bei Kriegsausbruch verhängt wurde, bewirkte wohl anfänglich eine Geldknappheit; als aber genügend Banknoten zur Verfügung gestellt wurden und der Rücklauf der für den Armeebedarf aufgebrauchten Geldmittel in die Bevölkerung begann, verringerte sich alsbald der Bedarf nach einem Moratorium, das nun abgebaut wurde. Bald trat auch eine Rückbildung der Kreditwirtschaft in Barwirtschaft ein. Durch die Anspannung der Produktionskraft in den Industrien trat mit dem Bedarf an Arbeitskräften eine Erhöhung der Lohnsätze ein. Rohmaterial aus dem Ausland konnte nicht wie im Frieden immer nachgeschafft werden, so daß häufig die neuerliche Umwertung des Geldes in Material nicht erfolgte. Die Flüssigkeit der Barmittel hatte aber für die Kriegproduktion einen überaus günstigen Einfluß und trägt wesentlich zur erfolgreichen Führung des Krieges bei. Die normale und gesunde Entwicklung des Geld- und Kreditverkehrs hat auch den Kriegsanleihen zu einem vollen Erfolg verholfen.

Ueber die Bedeutung der Kriegsanleihe sprechend, erklärt der Vortragende, daß diese auf einer andern wirtschaftlichen Grundlage als Shareinlagen beruhe. Deutschland und Oesterreich führten den Krieg mit Gütervorräten, die sie der eigenen nationalen Produktion ohne Rücksicht darauf entnahmen, ob nur das verwendet wird, was Volkseinkommen ist, oder auch das, was als Kapital bezeichnet wird. Der Staat löst also einen Teil des Volkskapitals mit barem Gelde ein, wodurch sich in der Volkswirtschaft die Barmittel häufen. Mit der Kriegsanleihe schöpft der Staat das überflüssige Geld wieder ab, um neuerdings Gütervorräte erwerben zu können, und dieser Kreislauf wiederholt sich. Da also der Staat, der während eines Krieges mit der Produktion dieser Zeitperiode seine Bedürfnisse nicht decken kann, vom Kapital lebt, nimmt er das künftige Volkseinkommen in Anspruch. Dieses müssen wir, um das Durchhalten zu ermöglichen, dem Staate darbieten. Man muß hier falschen

Auffassungen entgegentreten. So ist es ein Irrtum, wenn man meint, daß man bis zum Tage der Rückzahlung der Kriegsanleihe in der Dispositionsfreiheit des geliehenen Kapitals behindert sein wird. Diese Ansicht ist ganz unrichtig. Die Kriegsanleihe dürfte vielmehr im Handel und im Umsatz noch staatliche Erleichterung finden. Es ist auch ein Irrtum, wenn man die Zeichnung der Kriegsanleihe als ein patriotisches Opfer ansieht, denn die Erwerbung eines Wertpapiers, für das der Staat mit all seinen Mitteln Garantien leistet, ist nicht als Opfer anzusprechen. Endlich kommt die Kriegsanleihe nicht nur dem Staate, sondern auch allen wirtschaftlichen Klassen zugute. In künftigen Zeiten wird die budgetäre Deckung der Bedürfnisse und der Verschuldung wohl eine längere Zeitdauer in Anspruch nehmen, aber sie wird erfolgen können, ohne daß dadurch der Aufrichtung des nationalen Wohlstandes eine Schranke entgegengestellt würde.

Die antike Auffassung, daß der Mensch in erster Linie als Bürger eines Gemeinwesens, in zweiter Linie erst als Individuum zu gelten habe, so endete Professor Landesberger, ist wieder aktuell geworden. Die Bejahung des Staatsgedankens bildet die Grundlage unsrer Zeit; die Kriegsanleihe ist die Emanation des staatsbejahenden Geistes, und der Tod, der verneinende, wird — auf dem Schlachtfelde gefunden — ein lebensbejahendes Moment.

Dem Vortragenden wurde stürmischer Beifall gezollt. Der große Saal war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt, und man sah viele Universitätsprofessoren und hervorragende Vertreter der österreichischen Börsen-, Finanz- und Bankwelt im Auditorium.

**Reise des bulgarischen Finanzministers
nach Wien und Berlin.**

Sofia, 27. Oktober.

Die Agence Télégraphique Bulgare meldet:
Finanzminister Lontschew und der Direktor der
Staatschuld Stojanow werden sich Freitag früh
nach Wien und Berlin zur Regelung ge-
wisser finanzieller Fragen begeben.

Die finanzielle Lage unserer Feinde. II.

(Schluß aus Nr. 1177.)

Frankreichs Finanzen.

Die finanzielle Katastrophe droht England von seinen Verbündeten. Weniger wohl von Frankreich, dessen Finanz- und Volkswirtschaft im Kriege zwar ganz durchsichtig geworden ist, das aber sicher noch nicht — was wir uns für den Friedensschluß merken wollen — am Rande seiner Kräfte steht. Das schließt nicht aus, daß es den Krieg bisher auf die unsolideste und leichtsinnigste Art finanziert hat. In Frankreich, das doch so kriegsbegeistert zu sein vorgibt, halten die Kapitalisten — die große Bourgeoisie, wie Clemenceau sich ausdrückt — jedenfalls am meisten mit ihrem Gelde zurück. Man erinnere sich, daß seit Beginn des Krieges das französische Publikum an langfristigen Obligationen nicht mehr erworben hat, als z. B. das ungarische Volk diesmal bei der dritten ungarischen Kriegausleihe gezeichnet hat. Die Kosten für den Krieg, die sich doch auch für Frankreich auf 20 Milliarden belaufen, hat man dort teils durch Begebung kurzfristiger Schatzwechsel und teils durch eine übermäßige Ausgabe von Banknoten gedeckt. Zur Erklärung der hohen Zurückhaltung des Kapitals muß man daran erinnern, daß das französische Volk auf der Erde so viel fremde Rentenpapiere bei sich aufbewahrt hat, wie das französische, so daß auch schon vor dem Kriege die für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit vorgesehene Anleihe mit einem Mißerfolge endete. Dazu kommt noch, daß das französische Wirtschaftsleben nach Ausbruch der Feindseligkeiten lange Zeit so gut wie tot war, und daß es auch heute noch nicht regelmäßig arbeitet. Aber nach seinem Vermögen hat das französische Volk längst nicht das geleistet, was andere Völker auf beiden Seiten der Kriegführenden getan haben. Wenn man in Frankreich 16 Monate darüber hingehen ließ, bis man zum erstenmal mit einer langfristigen Anleihe heraustrat, so kam man eben das Mißtrauen, das das französische Kapitalistenpublikum seinem Staate entgegenbringt. Und erst die Not zwingt dazu, an eine Regelung zu denken, die die soliden Finanzwirtschaften Deutschlands und Englands von vornherein durchgesehen haben. Auf die Bedingungen der neuen Anleihe brauchen wir hier nicht mehr näher einzugehen, nachdem sie schon im Handelsteil der Nr. 1167 erörtert worden sind. Inzwischen ist das kaum Glaubliche, daß die Franzosen ihre erste Anleihe 12 Prozent unter Pari begeben wollen, amtlich bestätigt worden. Das ist das Eingeständnis, unter welchen Schwierigkeiten man vom französischen Sparer Geld für Kriegszwecke erhält; das ist — wir wiederholen es — aber noch keineswegs der Beweis, daß Frankreich sich seiner finanziellen Erschöpfung nähert. Wir glauben vielmehr, daß, wenn man jetzt auch nur mit Röhrendruck Geld herausholen kann, Frankreich immer noch imstande sein wird, ein reichliches Lösegeld der Niederlage, wie Finanzminister Ribot die Kriegsschädigung nannte, zu bezahlen.

Die russische Katastrophe.

Anders in Rußland. Wenn dort bisher der Versuch gemacht worden war, Gelder zusammenzubringen, so mußten immer die Banken herhalten, weil die Einzelwirtschaften schlechterdings keine Überschüsse haben, die sie dem Staate geben können. Die krampfhaften Bemühungen des russischen Finanzministers, in den letzten Monaten vom verbündeten England und aus dem neutralen Amerika Mittel zu bekommen, um den laufenden Verpflichtungen gerecht zu werden und den Krieg weiter zu führen, geschahen auf den Druck der Banken hin, die aus dem eigenen Lande nichts mehr herausholen zu können glauben. Hätte Rußland seine wertvolle Ausfuhr im Kriege aufrechterhalten können, so hätte es zur Not seinen Feldzug aus eigener Kraft führen können. Die Dardanellenaktion, die das Ausfalltor für die russische Ernte öffnen sollte, ist gescheitert, und an eine befriedigende Lösung des Ausfuhrproblems denkt wohl heute in Rußland niemand mehr. Dazu kommt, daß mit der Abschaffung des Branntweinmonopols der Staat einen fühlbaren Ausfall an Einnahmen hatte, daß das reichste Industrie- und Steuergebiet in deutsche Hände gefallen ist, daß der Staat dafür die Sorge für Millionen von Vertriebenen übernehmen mußte. Die Versuche, sich bei den Engländern zu erholen, haben mit einem vollständigen Mißerfolge geendet. Rußland ist mit einem Handelskredit abgepeißt worden; aber von der gewünschten Zwei-Milliardenanleihe ist kein Dollar nach Rußland gekommen. Die Verbündeten haben eben Rußland, als es nicht mehr die Hoffnungen erfüllte, die man militärisch darauf gesetzt hatte, kaltblütig im Stiche gelassen. Rußland ist ganz gegen seinen Willen und gegen seine ursprüngliche Absicht gezwungen, den eigenen Markt anzugehen. Der ist aber im Gegensatz zum englischen und französischen äußerst schwach. Und von diesem Markt fordert man gleichzeitig nicht nur Anleihen, sondern auch neue Steuern. Es sind Akte der Verzweiflung, wenn Rußland seinem geschwächten Volke jetzt eine Einkommensteuer auferlegen will, die jahrelang bekämpft worden ist, ja daneben auch eine hohe Vermögenssteuer. An allen Ecken und Enden sucht man Gegenstände und Vorgänge zu besteuern. Eine größere Summe könnte vielleicht die Steuer auf alle Erzeugnisse aus Baumwollwaren bringen, die geplant ist, aber eine gewaltige Gärung

in der Textilindustrie hervorgerufen hat, die darin ihren Ruin sieht. Jedenfalls sind es nur Lastversuche, die man auf dem Anleihe- und Steuermarkt in Rußland bisher unternommen hatte, und es läßt sich noch gar nicht voraussehen, welchen Einfluß auf die innere Zerfetzung des Landes es haben wird, falls diese Pläne, vor allem die Einkommensteuer mit ihren den Landbesitz schonenden und die gewerblichen Kreise hart anpackenden Wirkungen Gesehe werden sollten.

Der finanzielle Niedergang wird durch diese Palliativmittel jedenfalls nicht verhütet. Mit den russischen Niederlagen ist auch der Rubeltkurs immer tiefer gefallen. Rußland führt seinen Krieg nicht mit Gold, sondern mit Papier. Es versinkt allmählich in einem Zettelmeer. Am 1. Januar 1914 waren 1664,7 Millionen Rubel in Papier in Umlauf; am 1. Januar 1915 2946,6, am 23. Juli 1915 3889,4 und am 11. November 1915 schon 5040,5 Millionen Rubel. Vor dem Kriege hatten Finanzmänner anderer Länder mit Reid auf Rußland hingewiesen, das reichlich mit dem gelben Metall versorgt war. Das ist im Kriege ganz anders geworden. Während die russischen Banknoten in Friedenszeiten eine Deckung in Gold von mehr als 100 Prozent hatten, ist die Deckung jetzt auf 30 Prozent zusammengeschrumpft. Die deutschen Noten sind um 10 Prozent stärker gedeckt, dabei bleibt aber zu beachten, daß Rußland in hervorragendem Maße ein Schuldnerstaat ist, der seine Zinsen und seine Schulden mit Gold bezahlen muß, und der an dem Tage finanziell erledigt ist, an dem er diesen Verpflichtungen in Gold nicht mehr nachkommen kann. Dieser Zustand ist längst erreicht. Rußland ist während des Krieges an dem Punkte angelangt, wo ihm das unmöglich geworden ist. Innerlich ist es schon zahlungsunfähig geworden. Mit seiner neuen Anleihe gesteht das Riesreich das ein. Es verlangt nur 2 Milliarden Mark, um über das Allerdringendste hinwegzukommen; es gibt dafür aber eine tatsächliche Verzinsung von 6½ Prozent. Trotzdem haben sich vor dem Termin die Banken verpflichtet müssen, mehr als die Hälfte der Summe zu übernehmen, während der Rest als eine Art Zwangsanleihe bei Sparbanken und ähnlichen Einrichtungen untergebracht wird. Von einer Beteiligung des Publikums ist gar keine Rede. Wann dieser Zustand völliger Schwäche offenbar werden wird, das läßt sich allerdings noch nicht voraussehen.

Für den vorurteilslosen Beurteiler kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß wie das militärische, so auch das finanzielle Übergewicht sich immer stärker auf unsere Seite neigt. Während der Dreiverband für seine neuesten Aktionen die verzweifeltsten Anstrengungen macht, hat gerade in diesen Tagen Österreich-Ungarn, auf das der Cityman so stolz herabzublicken pflegte, einen Anleiherfolg erzielt, der wegen seiner Größe allgemein überrascht hat. Und zu gleicher Zeit machte ein Vertreter der englischen Regierung, Bonar Law, im Unterhaus das Eingeständnis, daß sich England mit seiner bisherigen Finanz- und Anleihepolitik auf dem Holzwege befindet. Seine Rede gipfelte in dem Satze, je eher der Krieg zu Ende sei, um so besser sei es für die englischen Finanzen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was der frühere Schatzkanzler Lloyd George immer wieder im englischen Unterhause gesagt hat, daß die letzte Milliarde den Krieg entscheiden werde, und daß England diese letzte Milliarde noch spielend ausbringen werde. Fünf Jahre lang, so hat damals dieser prahlerische Staatsmann gesagt, könne England für sich und seine Verbündeten mit Leichtigkeit alles aufbringen, was der Krieg an Mitteln verlange. Heute gibt es kaum noch einen englischen Politiker, der sich dem Ernste der Finanzlage verschloße. Der Rebel ist viel schneller zerronnen, als man hoffen durfte.

Englands äußerst gefährliche Finanzlage.

WTB London, 20. Nov. (Telegr.) Bonar Law sagte im Unterhaus: „Wir sind in eine äußerst gefährliche Finanzlage geraten. Solange wir ungehindert Geld borgen konnten, bereitete sich ein unechter Wohlstand über das ganze Land aus. Die Bevölkerung sparte nicht, weil es ihr besser ging als vorher. Das ist eine falsche Basis. Wenn bei einer Verlängerung des Krieges die Zeit kommt, wo wir keine Anleihen mehr aufnehmen können, wird der ganze Oberbau verschwinden. Wir werden den Krieg mit andern Mitteln fortführen müssen. Einer der Nachteile ist die große Steigerung der Löhne, die durch den unechten Wohlstand befördert wird und der Regierung alle Lieferungen dreifach und vierfach verteuert.“

Kriegsaufwendung und Finanzlage der Gemeinden.

Die zuständigen preussischen Minister haben an die Regierungspräsidenten den folgenden Erlaß gerichtet:

Wenn durch den Krieg auch nur verhältnismäßig wenige preussische Gemeinden direkten Kriegsschaden erlitten haben, werden doch seine indirekten Folgen für die gemeindlichen Finanzen vielfach immer einschneidender und fühlbarer. Daß die Gemeinden trotzdem in dieser schweren Zeit nicht durch Gewährung von Kriegsunterstützungen, durch Fürsorge für billige Bereitstellung notwendiger Lebensmittel und durch viele andere soziale Maßnahmen die mit dem Kriege notwendig verbundenen Lasten und Leiden der Bevölkerung erheblich gemildert und dabei gleichwohl die gewöhnliche Verwaltung in vollem Maße aufrechterhalten, namentlich auch ihren Gläubigern gegenüber nicht nur ihre Zins-, sondern zumeist auch ihre Tilgungsverpflichtungen erfüllt haben, kann nur rühmend anerkannt werden. Gleichwohl darf man nicht verkennen, daß den Gemeinden aus den verschiedenartigen Einwirkungen des Krieges zurzeit, wie auch noch längere Zeit nach dem Kriege sehr erhebliche dauernde Lasten erwachsen werden, und daß der Geldmarkt trotz seiner im allgemeinen günstigen Verfassung nicht zu weitgehend von den Gemeinden in Anspruch genommen werden darf. Den Gemeinden kann daher nur aufs dringendste empfohlen werden, bei allen ihren Maßnahmen, unbeschadet der sogenannten Kriegsausgaben, die allergrößte Sparsamkeit in allen und Zurückhaltung in den nicht unbedingt notwendigen und dringlichen Aufgaben walten zu lassen. Dies gilt namentlich für die Neuübernahme und Fortsetzung von Arbeiten und Veranstaltungen, die die Steuern und die Schuldenlast der Gemeinden über den bisherigen Satz und Betrag direkt oder indirekt zu erhöhen geeignet sind. Häufig wird sogar die Ausführung von im Frieden gefaßten Gemeindebeschlüssen unbedenklich zurückgestellt werden können. Wenn im Erlaß des Ministers des Innern vom 21. August 1914 den Gemeinden nahegelegt worden ist, im Interesse einer Vermeidung oder Beseitigung der Arbeitslosigkeit bereits in Angriff genommene Arbeiten nicht aus Anlaß des Krieges zu unterbrechen, sondern im Gegenteil auch diejenigen Arbeiten, zu deren Ausführung ihnen die Ermächtigung innerhalb des geltenden Haushaltsanschlag erteilt worden sei, unverzüglich in Angriff und selbst neue bisher nicht beschlossene Arbeiten in Vorbereitung zu nehmen, so ist dieser Hinblick unter den damaligen Verhältnissen durchaus zweckmäßig und nützlich gewesen. Inzwischen ist aber für die meisten Gemeinden die Ursache jenes Erlasses fortgefallen, da im Laufe der Zeit die Arbeitslosenziffer aus verschiedenen Gründen so stark zurückgegangen ist, daß die Lage der Arbeiter in dieser Beziehung gegenwärtig in der Regel günstiger geworden ist als vor dem Kriege, und daß vielfach sogar Mangel an Arbeitskräften sich fühlbar macht.

Bei dieser Lage der Dinge werden Gemeindeverwaltungen undvertretungen in Zukunft mit der Fortführung laufender und dem Beginn neuer öffentlicher Arbeiten sowie mit der Beschließung neuer Anstalten aller Art äußerste Zurückhaltung zu üben haben. Dabei kommt namentlich noch in Betracht, daß jede das Arbeitsangebot überschreitende Nachfrage nach Arbeitskräften die Löhne in unerwünschter Weise weiter steigern muß. Auch werden, wenn zuviel öffentliche Arbeiten, die an sich noch einen längeren Aufschub vertragen könnten, schon während des Krieges vorgenommen werden, solche Arbeiten nach Abschluß des Krieges fehlen, und die Gemeinden würden, wenn dann von den zurückströmenden Kriegern ein starkes Angebot einsetzt, nicht mehr in der Lage sein, ihrerseits durch Vornahme öffentlicher Arbeiten in hinreichendem Maße auf dem Arbeitsmarkt ausgleichend wirken zu können. Es sind also schon jetzt Maßnahmen erforderlich, um einer Arbeitslosigkeit nach dem Kriege entgegenzuarbeiten und vorzubeugen.

Die Kriegskosten Oesterreichs bis Ende 1914.

Mitteilungen der Staatsschuldenkontrollkommission.

Wien, 20. November.

Die Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrates veröffentlicht heute als Beilage zum amtlichen Teile der „Wiener Zeitung“ eine Nachweisung über den Stand der Staatsschulden mit Ende des ersten Semesters 1914/15, das ist bis zum 31. Dezember 1914. In das zweite Halbjahr 1914 fallen die ersten fünf Kriegsmoate und die Nachweisung umfaßt daher alle staatsfinanziellen Kreditoperationen, die in dieser Zeit in Oesterreich unter Kontrafignierung der Staatsschuldenkontrollkommission zur Beschaffung der für den Krieg erforderlichen Mittel vorgenommenen wurden. Diese Kreditoperationen sind die folgenden:

In Kronen

1. Kriegsanleihe	2.200,746.900
mit einem jährlichen Zinsenerfordernisse von	121,041.079
2. Lombarddarlehen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank, und zwar:	
Auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 4. August 1914 bedeckt mit fünfprozentigen Staatschahscheinen mit 2 1/2-jähriger Laufzeit im Nennwerte von 600 Millionen Kronen	510,000.000
mit einem jährlichen Zinsenerfordernisse von	30,600.000
Auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 4. August 1914 bedeckt mit fünfprozentigen Staatschahscheinen mit fünfjähriger Laufzeit im Nennwerte von 1696 Millionen Kronen	1.272,000.000
mit einem Zinsenerfordernisse von	12,720.000
daher gesamtes Lombarddarlehen bei der Bank	1.782,000.000
mit einem jährlichen Zinsenerfordernisse von	43,320.000
Anleihe bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank gegen Solawechsel	826,800.000
mit einem jährlichen Zinsenerfordernisse von	8,268.000
Anleihe bei dem Berliner Bankenkonzortium gegen einjährige Schahwechsel per 200 Millionen Reichsmark	235,200.000
mit einem jährlichen Zinsenerfordernisse von	14,112.000
Die gesamten Kreditoperationen, die in Oesterreich allein bis Ende Dezember 1914 für Kriegszwecke durchgeführt worden sind, erreichen somit den Betrag von	5.044,000.000
und belasten den Staat mit einem effektiven neuen jährlichen Zinsenerfordernis von	186,600.000
Oesterreich hat somit bis Ende des Jahres 1914 für den Krieg durch Kreditoperationen eine Summe von rund fünf Milliarden Kronen beschafft. Dazu kommt noch der Aufwand Ungarns für die Zwecke des Krieges.	
Dieser neuen Belastung des Staates stehen Tilgungen älterer Schulden gegenüber, die naturgemäß gegenüber den Kriegskosten nicht ins Gewicht fallen. So wurde eine Rate der alten Schahscheine aus dem Jahre 1911 mit 74 Millionen Kronen getilgt.	
Die österreichische Staatsschuld umfaßt mit Ende des Jahres 1914 insgesamt einen Betrag von	17,960,865.376
und zeigt gegenüber Ende Juni 1914, also der Zeit vor dem Kriege, eine Vermehrung um	4,956,796.053
Das einjährige Zinsenerfordernis für diese Staatsschuld berechnet sich mit	700,617.821

Staatsanleihen.

Ueber die jetzt zur Zeichnung gelangende neue französische Anleihe haben wir bereits nähere Mitteilungen gemacht. Wie englischen Blättern zu entnehmen ist, scheint man dort die Beforgnis zu hegen, daß auch englisches Kapital sich vielleicht an der Zeichnung beteiligen könnte. Das wäre natürlich den Engländern sehr unangenehm, da auch ihnen demnächst eine neue Kriegsanleihe in Höhe von 400 Millionen Pfund Sterling zur Zeichnung gelangen soll.

Die Bedingungen der neuen französischen Anleihe, so meint die "Times", sind im Vergleich mit denjenigen der englischen Kriegsanleihe so günstig, daß die Frage entstehen kann, wie die Anleihe des verbündeten Landes auf den englischen Geldmarkt zurückwirken wird. Die "Times" wünscht dieser Anleihe einen gewaltigen Erfolg in Frankreich selbst, aber sie hält es für ratsam, daß das Schatzamt darauf hinweise, daß englische Zeichnungen, die noch dazu den für Frankreich ungünstigen Wechselkurs ausnutzen könnten, unverantwortlich seien. Eine solche Warnung vor der Beteiligung englischen Kapitals an der neuen französischen Anleihe sei notwendig, weil in Kreisen der City sich schon Nachfrage mancher Kapitalisten nach der neuen Anlagegelegenheit zeige. In manchen Kreisen der Börse ist man auch, wie bei dieser Gelegenheit mitgeteilt wird, der Meinung, daß die letzten erfolgte Erhöhung des Zinssatzes für englische Schatzwechsel auch damit zusammenhänge, daß möglicherweise fremde Guthaben zum Zwecke der Anlage in französischer Rente von London abgezogen werden könnten. Die "Times" meint zwar, es sei unwahrscheinlich, daß dies in irgendwie erheblichem Umfange geschehen werde; die eindringliche Warnung, die sie vor der Beteiligung an der französischen Anleihe ausspricht, zeigt aber deutlich genug, wie groß ihre Beforgnisse in Wirklichkeit sind. Der ganze Vorgang ist im übrigen kennzeichnend für die Auffassung, die man an der Themse von dem Verhältnis Englands zu seinen Verbündeten hat. Man möchte sie offenbar am liebsten jetzt auch finanziell sich selbst überlassen. Was Frankreich zusehen, wie es die Gelder für die Kriegführung aufbringt. Englisches Geld soll ihm hierbei unter keinen Umständen zugeführt werden.

So sieht die finanzielle Freundschaft zwischen England und Frankreich aus! Bei dieser Gelegenheit ist es ganz gut, das diesbezügliche Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einmal dagegen zu halten. Sowohl bei der dritten österreichischen, wie bei der dritten ungarischen Kriegsanleihe hat sich deutsches Kapital in hervorragender Weise beteiligt, und mit Genugtuung hat man in Deutschland von dieser Tatsache Kenntnis genommen. Wie wir schon in unserer "Wirtschaftlichen Rundschau" vom 20. November betonten, herrscht in deutschen finanziellen Kreisen nach wie vor unbedingte Zuversicht zur Entwicklung unserer Staatsanleihen, mögen es dreiprozentige oder fünfprozentige sein, und auch unsere täglichen Berichte von der Hamburger Börse zeigen, daß deutsche Fonds dort fortgesetzt bei fester Grundtendenz in lebhafter Nachfrage stehen. Auch aus der Kursentwicklung der Anleihen bei uns und unseren Gegnern seit Kriegsbeginn geht deutlich hervor, daß das Barometer des Staatskredits bei uns auf besseres Wetter zeigt als bei unseren Feinden. Der besseren Uebersicht wegen seien die von uns darüber in unserer "Wirtschaftlichen Rundschau" vom Sonnabend abend gemachten Angaben nochmals tabellarisch wiedergegeben. Danach notierten

	1914	Novbr.	weniger
		1915	%
Deutsche 3% Reichsanleihe....	74.70	70	4.70
Französische 3% Rente.....	78	66	12
Englische 2 1/2% Konsols.....	73.50	65	8 1/2

Es läge ja nahe, hier auch noch einmal die glänzenden Ergebnisse unserer Kriegsanleihen aufmarschieren zu lassen und ihren Preisstand mit denen der Kriegsanleihen unserer Gegner zu vergleichen. Während wir bei unseren verschiedenen Kriegsanleihen von Anleihe zu Anleihe den Zeichnungspreis erhöhen konnten, und im Börsenverkehr sich der Preisstand bald über den Emissionskurs erhob, sank bei den Kriegsanleihen unserer Gegner der Kurs im Börsenhandel schnell unter den Zeichnungspreis. Die Kenia hat kürzlich die englische Finanzlage als „ernst“ bezeichnet, Bonar Law hat sie im englischen Unterhause am 20. November „äußerst gefährlich“ genannt und dabei der Befürchtung Ausdruck gegeben, es könnte viell.icht einmal eine Zeit kommen, wo England keine Anleihen mehr aufnehmen kann. Demgegenüber denke man an die ruhige Zuversicht und die Siegesgewißheit, mit der unser Reichsschatzsekretär und mit ihm das gesamte deutsche Volk den Ergebnissen unserer drei Kriegsanleihen entgegengefehen hat. Wie in dieser Beziehung bei uns auch nicht dem geringsten Zweifel Raum gegeben wurde, so kann auch jeder Besitzer deutscher Reichsanleihen an der bestimmten Gewißheit festhalten, ein Papier von unbedingter Sicherheit sein eigen nennen zu dürfen.

Verfügungsrecht des Bankiers über angeschaffte Stücke.

Eine Entscheidung des deutschen Reichsgerichtes vom 15. Oktober 1915 erörtert die Frage, ob der Kunde berechtigt ist, ein Geschäft aus dem Grunde zurückzuweisen, daß der Bankier nicht mehr in der Lage ist, die ursprünglich für ihn angeschafften Stücke auszuhändigen, sondern andere Stücke liefern will. Das Reichsgericht hatte schon früher ausgesprochen, daß der Kommissionär diejenigen Stücke herausgeben muß, die er für den Kommittenten angeschafft hat, und daß er folglich diese Stücke bis zur Herausgabe zu verwahren hat. Der Kommittent braucht in einem solchen Falle im Prinzip das Geschäft nicht gegen sich gelten lassen. Das Reichsgericht ließ jedoch die Frage offen, ob ein Vertragsbruch auch dann vorliegt, wenn der Bankier die ursprünglich angeschafften Stücke sofort aus seinem sonstigen Bestande ergänzt oder wenn er wenigstens in der Lage und bereit ist, den Bestand zu ergänzen. In seiner neuen Entscheidung, wie von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin berichtet wird, hält das Reichsgericht an seiner grundsätzlichen Auffassung fest. Es gestattet aber dem Bankier dann die Verfügung über die ursprünglichen Stücke, wenn der Kunde nur spekulieren will und niemals nach den Nummern fragt. Daraus sei zu folgern, daß es rechtlich gleichgültig sei, welche Nummern der Bankier für den Kunden verwahrt, wenn er überhaupt nur die erforderliche Anzahl dieser Wertpapiere anschaffte und für den Kunden ständig in Verwahrung hatte. Verschieden von der vorstehenden, nach dem Handelsgesetzbuch behandelten Frage ist die andere Frage, ob die besonderen Folgen, die das Bankdepotgesetz an die Verletzung der Vorschriften über das Stückeverzeichnis knüpft, auch dann eintreten, wenn das Stückeverzeichnis nicht mehr die ursprünglich angeschafften Stücke enthält. In dieser Frage hat das Reichsgericht immer daran festgehalten, daß es nach dem Bankdepotgesetz in keinem Falle auf die Identität der ursprünglich angeschafften und der im Stückeverzeichnis angegebenen Stücke ankommt.

Neuerliche Warnung vor Kurs-treibereien.

Das „Fremden-Blatt“ hat bekanntlich schon vor mehreren Wochen in nachdrücklichster Weise den Bedenken Ausdruck gegeben, die sich gegen die jüngste Entwicklung der Effektenpekulation in Wien, gegen ihre maßlosen Ausschreitungen erhoben haben. Unsere damalige Mahnung hat aber leider nur unverhältnismäßig kurze Zeit die entsprechende Wirkung geübt. Die spekulativen Exzesse sind wiedergekehrt, womöglich in noch verstärktem Maße. Darauf ist es zurückzuführen, daß nunmehr von amtlicher Seite in schärfster Weise Verwahrung gegen dieses gewissenlose Treiben eingelegt wird.

Im nachstehenden lassen wir diese uns von amtlicher Seite zugegangene Warnung, die auf unsere damalige Auslassung Bezug nimmt, in vollem Wortlaute folgen:

„Trotz der vor kurzem erfolgten Warnung vor Kurstreibereien hat bedauerlicher Weise in der letzten Zeit der freie Effektenverkehr neuerlich eine Entwicklung angenommen, die zu Besorgnissen Anlaß gibt. Insbesondere die Preise der gangbaren Spekulationswerte haben eine Höhe erreicht, die in den gegenwärtigen Verhältnissen einer inneren Begründung entbehrt und nur auf Umfäße zurückgeführt werden muß, die keineswegs dem wirtschaftlichen Bedürfnisse, sondern rein spekulativen Tendenzen entspringen. Derartige Ausschreitungen der Effektenpekulation, die schon wegen der suggestiven Wirkung auf das zumeist unerfahrene Publikum bekämpft werden müssen, können insbesondere in dieser Zeit nicht genug schwer verurteilt werden, wo eine ungünstige Beeinflussung des Kapitalmarktes nicht nur aus staatsfinanziellen, sondern auch aus wirtschaftlichen Rücksichten in erhöhtem Maße schädlich ist.

Sollten solche Vorkommnisse in ihrer Intensität anhalten, so müßten wohl radikale Mittel erwogen werden, die dann allerdings bedauerlicherweise auch eine Beengung der legitimen Umsatztätigkeit zur Folge haben könnten.

Es wäre daher sehr wünschenswert, wenn alle am Effektenverkehre berufsmäßig beteiligten Vermittlungsstellen den ihnen zweifellos auf ihre Klientel zustehenden Einfluß dazu benützen würden, um Anbote rein spekulativen Charakters vom Privatverkehre fernzuhalten und hiedurch eine Alimientierung des Spekulationsgeschäftes zu unterbinden.“

Es ist ganz klar, daß diese Ausschreitungen im Verkehre von Bureau zu Bureau die ohnehin gegen die Wiedereröffnung der Börse obwaltenden Bedenken noch mehr verschärfen müssen.

24./X. 1915

Einziehung von Aktien aus dem Reingewinn.

Von
Rechtsanwalt W. Meinhardt,
 Direktor der Auergesellschaft.

Zur Sicherung der Gesellschaftsgläubiger verlangt das HGB in § 261 Nr. 5 bei der Bilanz einer Aktiengesellschaft die Aufnahme des Betrages des Grundkapitals unter die Passiva. In § 288 ff werden aus dem gleichen Grunde Sicherheitsmaßnahmen vorgeschrieben, von deren Durchführung die Herabsetzung des Grundkapitals abhängig ist. Die Bestimmungen bezwecken insbesondere, den Gläubigern Befriedigung oder Sicherheit zu geben, bevor eine Rückzahlung an die Aktionäre, also die Gesellschafter, aus dem Gesellschaftsvermögen erfolgt. Neben dieser Art der Herabsetzung des Grundkapitals gestattet der § 227 die Einziehung von Aktien aus dem nach der jährlichen Bilanz verfügbaren Gewinn. Bei einer solchen Einziehung brauchen, wie § 227 Abs. 2 deutlich ausspricht, die Bestimmungen über die Herabsetzung des Grundkapitals nicht beobachtet zu werden. Obwohl nun die Einziehung unzweifelhaft das Mitgliedschaftsrecht vernichtet, und hierdurch tatsächlich eine entsprechende Verminderung des Grundkapitals herbeigeführt wird, gibt das Gesetz keine Bestimmungen darüber, welche Wirkungen die Tatsache der Einziehung dieser Art auf die Bilanz ausübt. Die Verfasser des HGB haben diesen Fall nicht übersehen, vielmehr in der Denkschrift zum neuen Handelsgesetzbuch Seite 148 wörtlich erklärt:

„Besondere Bestimmungen darüber, wie die Amortisation eines Teiles der Aktien in der Bilanz zum Ausdruck zu bringen ist, sind entbehrlich. Namentlich versteht es sich von selbst, daß im Falle der Amortisation aus dem Jahresgewinn entweder das unveränderte Grundkapital oder neben dem verminderten Grundkapital ein dem Nennbetrage der amortisierten Aktien entsprechender besonderer Posten unter die Passiven aufzunehmen ist.“

Die Behandlung der Bilanz der Auergesellschaft in der Öffentlichkeit hat gezeigt, daß die Denkschrift hier nicht richtig vorausgesehen hat, und daß vielmehr teils in höflicher, teils aber auch in schroffer Form, Bedenken gegen die Bilanzierungsweise der Auergesellschaft erhoben worden sind. Die Auergesellschaft hat nämlich gemäß § 227 HGB und ihres § 5a der Statuten auf Grund eines Beschlusses der vorjährigen Generalversammlung 3300 000 M. Vorzugsaktien aus einer für diesen Zweck geschaffenen Reingewinn-Sonderrücklage im Verlaufe des Geschäftsjahres erworben. Sie hat diesen Vorgang ausführlich in ihrem Geschäftsbericht mitgeteilt und auch in der Bilanz auf der Passivseite hiervon Kenntnis gegeben, den Betrag des Vorzugsaktienkapitals aber unverändert in voller Höhe unter die Passiva aufgenommen, ohne einen entsprechenden Gegenposten unter die Aktiva, sei es als selbständigen Posten, sei es auf Beteiligungskonto, aufzunehmen. Vom rein kaufmännischen bzw. buchhalterischen Standpunkt erschien auch der Verwaltung der Auergesellschaft diese Maßnahme ungewöhnlich. Sie hat daher Veranlassung genommen, dieselbe in ihrem Geschäftsbericht unter Berufung auf eine Entscheidung des Obergerichtes zu begründen. In der Öffentlichkeit ist nun zwar anerkannt worden, daß angesichts dieser Entscheidung die Bilanzierungsmethode der Auergesellschaft korrekt ist. Die Entscheidung selbst hat aber ziemlich lebhaftere Anfeindungen erlitten. Demgegenüber dürfte es interessieren, daß die gesamte Wissenschaft und Rechtsprechung einmütig auf dem Standpunkt steht, daß die Bildung eines Aktivpostens aus eingezogenen Aktien unzulässig ist.

Die Einziehung von Aktien auf Grund des § 227 ist nämlich nicht als gleichbedeutend zu erachten mit dem gemäß § 226 des HGB nur in besonderen Fällen gestatteten Erwerb eigener Aktien. Sie hat vielmehr die Vernichtung des Aktienrechtes zur Folge, sodaß ein Aktivum für die Aktiengesellschaft durch diese Einziehung niemals geschaffen wird. Simon bezeichnet denn auch ein solches Verfahren in seinem bekannten Buch über die Bilanzen der Aktiengesellschaften (Seite 222 Anm. 207) nicht nur als unzulässig, sondern direkt als ein den Vermögensstand der Gesellschaft verschleierndes.

Streitig dagegen ist, wie auf der Passivseite die Tatsache der Einziehung der Aktien aus dem Reingewinn ihren Ausdruck findet. Die Denkschrift läßt, wie mitgeteilt, zwei Wege offen, ihr schließen sich nicht nur das Obergericht in der erwähnten Entscheidung, sondern auch bekannte Schriftsteller wie Lehmann-Ring, Esser, Goldmann, Makower, Kosak, Mosse (dieser in der 15. Aufl. seines Kommentars, Anm. 7 zu § 227) an. Von den als Beschwerdegerichten in Handelsregistersachen in Frage kommenden höheren Gerichten hat meiner Feststellung nach bisher nur das Obergericht Braunschweig zu der Frage Stellung genommen und sie in gleichem Sinne beantwortet. Eine Ausnahme bildet Staub und zwar sowohl in seinem Kommentar zum HGB., also über Aktiengesellschaften, wie auch in seinem Kommentar betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Staub verlangt, daß der Betrag der eingezogenen Aktien vom Grundkapital abgeschrieben wird, und eine entsprechende Eintragung in das Handelsregister erfolgt und zwar ohne Vornahme irgend einer anderen Buchung auf der Aktiv- oder Passivseite. Sein Nachfolger als Kommentator des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Hachenburg, hat diese Ansicht bereits fallen lassen, und sich der allgemein herrschenden angeschlossen. Pinner, der Nachfolger Staub's als Kommentator des Aktienrechts, verfißt dagegen diese Ansicht noch heute mit der Begründung, daß zum Schutze der Gläubiger keine Veranlassung vorliege, weil die Einziehung aus dem Reingewinn erfolgt sei, auf den die Gläubiger keinerlei Anspruch hätten. Die Pinner'sche Ansicht hat, worauf Simon bereits hingewiesen hat, zur Folge, daß die Bilanz wiederum einen Gewinn in Höhe desjenigen Betrages zeigt, um den das Aktienkapital vermindert worden ist. Nach dem Gesetz würde die Generalversammlung also wiederum über diesen nur scheinbaren Gewinn verfügen, d. h. ihn entweder ausschütten, oder je nach Geschmack und Bedürfnis zum Ankauf weiterer Aktien verwenden können. Beide Fälle gefährden die Rechte der Gläubiger und bringen Zustände, die mit dem Wesen des Aktienrechts und der Aktiengesellschaft nicht vereinbar sind. Denn auf diese Weise kann — was auch Pinner nicht verkennt, aber für unvermeidlich hält — der einmal zum Zwecke der Rückzahlung von Aktien ausgesonderte Gewinn immer wieder verwendet werden, um das ganze Aktienkapital nach und nach aus den Aktiven zurückzuzahlen.

Mag nun auch, wie Rehm „Die Bilanzen“, Seite 179, vorschlägt, durch besondere Buchungen diese Folge ausgeschlossen werden können, so glaube ich doch nicht, daß die

Verwaltung einer Aktiengesellschaft sich entschließen wird, ein von Pinner vorgeschlagener Weg zu gehen; sie wird sich vielmehr bei der jetzigen Gesetzeslage an das halten müssen, was die Denkschrift zum Handelsgesetzbuch als selbstverständlich erklärt, und was auch sonst in der Rechtsprechung und Rechtswissenschaft als richtig anerkannt wird.

Zwingend für die Verwaltung ist nach dem bestehenden Gesetz, die Aufnahme irgend eines Aktivpostens zu unterlassen. Wird hierdurch, worauf die gewiß beachtlichen Stimmen in der Öffentlichkeit hinweisen, die Bilanz für den Bilanzleser klar, so mag der Gesetzgeber eingreifen und nach Analogie des § 58 des österreichischen Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung vorschreiben, daß der Betrag der Einziehung von Aktien aus dem Reingewinn mit der Erabsetzung des Aktienkapitals erzielte bilanzmäßige Gewinn als Passivposten, also als gesetzlicher Reservefonds, in der Bilanz aufgeführt werden muß. Solange dies nicht geschieht, und solange die Bestimmungen über den gesetzlichen Reservefonds in § 262 HGB. unverändert bleiben, muß die Verwaltung so bilanzieren, daß der volle Betrag des Aktienkapitals auf der Passivseite erscheint, wobei es gleichgültig ist, ob dies in einem Posten mit entsprechender Anmerkung, oder in zwei getrennten Posten geschieht. Allerdings wird man sich bei dieser Art der Bilanzierung stets vor Augen setzen müssen, daß in Wirklichkeit Aktionäre nur in Höhe der tatsächlich noch im Umlauf befindlichen Aktien vorhanden sind, und daß z. B. Minderheitsrechte nicht nach dem nominalen in der Bilanz befindlichen, sondern nach dem im Lauf befindlichen Aktienbesitz berechnet werden müssen.

Ein 26 Millionen-Anlehen der Stadt Wiener-Neustadt. Aus Wiener-Neustadt wird uns gemeldet: Dienstag beschloß der hiesige Gemeinderat nach einem Referat des Stadtrates Willeth einen großen Finanzplan; es soll ein Darlehen von 22 Millionen Kronen aufgenommen werden. Es sollen ausgegeben werden für: Erbauung des Elektrizitätswerkes 900.000 Kronen, einer Fliegerkaserne 4 Millionen Kronen, einer Gewerbeschule 800.000 Kronen, einer Straßenbahn 1.200.000 Kronen, einer Doppelvolkschule 300.000 Kronen, einer Fachschule für Schuhmacher 100.000 Kronen, eines Freibades 150.000 Kronen, eines Warmbades 250.000 Kronen, einer Leichenhalle 100.000 Kronen, Ausgestaltung der Kanalisierung 2.650.000 Kronen, für Wassertriebswerke im Kehrloch 2 Millionen Kronen, für die Wasserleitung 346.000 Kronen, Straßenregulierung 115.000 Kronen, Bau einer Infanteriekaserne 3 Millionen Kronen, einer Heizanlage im Krankenhaus 120.000 Kronen, des Elektrizitätswerkes 400.000 Kronen, Anlage des Flugfeldes 220.000 Kronen, Kühlanlage im Schlachthof 120.000 Kronen, zur Bedeckung der Kriegsauslagen 150.000 Kronen. 500.000 Kronen sind für verschiedene Schulbauten, Herrichtung von städtischen Gebäuden und Ankauf von Häusern bestimmt. Der Landesauschuß wird um Bewilligung einer Anleihe von 22 Millionen Kronen und einer weiteren Anleihe von 4 Millionen Kronen für den städtischen Wohnungsfürsorgefonds zur Erbauung von Kleinwohnungen angegangen werden.

Kontrolle der Preisbildung im Effektenverkehr in Budapest.

Wien, 26. November.

Anlässlich der hier veröffentlichten amtlichen Warnung vor Kurstreiberien im Kriege wurde in unserem Blatte die Frage aufgeworfen, ob die Wertbildung, die jetzt dem freien Verkehr überlassen wird, nicht ruhiger werden könnte, wenn das Publikum in einer geeigneten und zuverlässigen Form sichere Nachricht über den aus den ernstesten Umsätzen an den Schaltern der Banken sich bildenden Preis erhielte. Im Zusammenhang damit wurde darauf hingewiesen, daß, wenn die Wertbildung durch Zuverlässigkeit von Mitteilungen über die gangbaren Preise der Papiere an den Schaltern verantwortlicher Finanzinstitute unterstützt wäre, die aufsichtslose Kurstreiberie wirksam eingeschränkt werden würde.

Heute liegt aus Budapest die Meldung vor, daß dort die maßgebenden Kreise eine solche Kontrolle der Preisbildung durch Veröffentlichung der im Kassaverkehr jeweilig bekanntgewordenen Kurse beabsichtigen und daß diese Einrichtung in kurzem eingeführt werden wird. Man nimmt in den dortigen finanziellen Kreisen an, daß Ende Dezember oder in den ersten Tagen des Januar der in dieser Art neu organisierte Börsenverkehr in Kraft treten wird.

Die Meldung, die uns darüber zugekommen ist, lautet:

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 26. November.

Wie das „Neue Bester Journal“ erfährt, beschäftigt man sich in maßgebenden Kreisen seit einiger Zeit mit der Frage, in welcher Weise die Organisation des Kassaverkehres durchgeführt werden könnte. In den letzten Finanzkreisen haben in den letzten Tagen Konferenzen stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß dem Kassaverkehr, wie er gegenwärtig im Konversationssaale der Börse in Form eines ganz privaten Uebereinkommens geführt wird, ein gewisser offizieller Charakter verliehen werde, wodurch dann der Veröffentlichung der jeweilig bekanntgewordenen Kurse nichts mehr im Wege steht. Es kann angenommen werden, daß diese Frage binnen kurzer Zeit ihrer Lösung zugeführt und daß Ende Dezember oder in den ersten Tagen des Januar der neu organisierte Börsenverkehr in Kraft treten wird.

Hierzu verlautet noch folgendes:

Mit dem Beginne des Krieges wurde bekanntlich die Budapester Börse geschlossen und, da es seither keinen offiziellen Verkehr gab, die Veröffentlichung von Effektenkursen unterjagt. Dem Kaufe und Verkaufe von Wertpapieren gegen Barzahlung stand jedoch selbstverständlich nichts im Wege, und tatsächlich entwickelte sich kurze Zeit nach Kriegsbeginn an der Budapester Börse ein Effektenkassenverkehr, der zeitweise einen ziemlich lebhaften Charakter annahm. Dieser Umstand ließ es nun wünschenswert erscheinen, daß das Publikum, das in die Lage kommt, sich seines Besitzes an Effekten entledigen zu müssen, ebenso wie die Käufer über den jeweiligen Wert der Effekten verlässlich unterrichtet sein müssen. Sowohl in den Kreisen der Effektenbörse, als auch in Bankkreisen, die im Auftrage ihrer Klienten häufig Effektenkäufe vornehmen, wurde bereits seit längerer Zeit der Wunsch laut, daß die Kurse der tatsächlich vorgenommenen Kassakäufe veröffentlicht werden mögen.

(Warnung vor dem Ankauf ausländischer Klassenlose.) In letzter Zeit werden wieder Versuche gemacht, in Oesterreich Käufer für ausländische Klassenlose zu werben. Das Publikum wird vor dem Ankauf ausländischer oder ungarischer Klassenlose gewarnt, da dies gesetzlich verboten ist und schwerer Bestrafung unterliegt. Die gesetzliche Einführung der österreichischen Klassenlotterie hat keine Aenderung der Bestimmungen zur Folge, welche das Spiel in andern (ausländischen, beziehungsweise ungarischen) Klassen- oder sonstigen Lotterien verbieten, diese Bestimmungen werden im Gegenteil zum Schutze der heimischen Klassenlotterie künftig noch umsichtiger gehandhabt werden. Wenn Lose, Prospekte oder Bezugsscheine von ausländischen oder ungarischen Kollekturfirmen zugesendet werden, so empfiehlt es sich, diese Sendungen sogleich an die Generaldirektion der Staatslotterien in Wien oder an eine Finanzbehörde erster Instanz zu übermitteln.

28. XI. 1915

Die Kriegsabgaben der Deutschen Reichsbank.

Berlin, 27. November.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über Kriegsabgaben der Reichsbank zugegangen. Von dem Gewinn der Reichsbank ist danach für 1915 vorweg der Betrag von 100 Millionen Mark dem Reiche zu überweisen. Die Reichsbank hat ferner aus dem Gewinn für die Jahre 1915 und 1916 je den Betrag von 43 Millionen an das Reich abzuführen. Soweit der für

1915 und 1916 nach Abzug sämtlicher Ausgaben sich ergebende Reingewinn den durchschnittlichen Reingewinn der Jahre 1911, 1912 und 1913 übersteigt, fällt er je zur Hälfte an das Reich. Die für 1914, 1915 und 1916 von der Reichsbank als Reserve für zweifelhafte Forderungen bilanzmäßig zurückgestellten Beträge dürfen bis zum Schluß des auf die Beendigung des Krieges folgenden Jahres nur zur Deckung von Verlusten verwendet werden.

29./X. 1915

Ein neuer Kriegskredit in Deutschland.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Frankfurt am Main, 28. November.

Die „Frankfurter Zeitung“ erfährt aus Berlin, daß dem Reichstage eine Kreditvorlage zugehen dürfte, die aber keine Anleihe enthält, sondern dem Reichsschatzsekretär die Ermächtigung geben würde, durch Begebung von Schatzanweisungen die etwa notwendig werdenden Mittel zu beschaffen, die dann später durch eine Anleihe konsolidiert werden. Vor dem nächsten Frühjahr ist eine Anleihe nicht zu erwarten.

Italiens Kriegsfinanzen.

Mit einer fast vierwöchigen Verspätung wird soeben der Ausweis des italienischen Schatzamts für den 30. September d. J. bekannt gemacht. Diese Verspätung ist ebenso bezeichnend wie die Tatsache, daß die führenden italienischen Blätter von der so wichtigen Veröffentlichung überhaupt keine Notiz nehmen, offenbar in der Absicht, die ohnehin stark gesunkene Stimmung des italienischen Volkes nicht noch mehr zu verschlechtern.

Hatte die schwebende Staatsschuld Italiens am 30. Juni 1914, also vor Ausbruch des Weltkrieges, nur 1170 Millionen Lire betragen, so war sie unter dem Einfluß der italienischen Kriegsvorbereitungen bis zum 31. März d. J. bereits auf rund 2 Milliarden gestiegen. Der Schluß des Rechnungsjahres, der 30. Juni 1915, weist ein Anwachsen der Schuld auf 3068 Millionen Lire auf. In dem seither verflossenen ersten Vierteljahr des neuen Rechnungsjahres 1915-16 ist eine neuerliche Erhöhung um rund 1 Milliarde zu verzeichnen gewesen: am 30. September d. J. betrug die schwebende Staatsschuld Italiens nicht weniger als 4065 Millionen Lire!

In welchem Umfange der Notenumlauf für Schatzzwecke gestiegen ist und in welchem Tempo dieses Anschwellen vor sich ging, ergibt sich aus folgendem: Die für den italienischen Fiskus am 30. Juni 1914 in Umlauf gewesenen Kassenscheine erreichten nur die Summe von knapp 86 Mill. Lire. Banknoten waren für den Fiskus damals überhaupt nicht in Zirkulation. Wie hat sich das Bild schon bis zum 31. März d. J. geändert! Von 86 Millionen war die Summe der Kassenscheine auf 260 Millionen angewachsen. An Banknoten waren für Rechnung des Fiskus 750 Millionen im Verkehr. Drei Monate später, also kurz nach Eingreifen Italiens in den Weltkrieg, waren die entsprechenden Ziffern auf 354 bzw. 1280 Millionen gestiegen. Das ergab also am 30. Juni 1915 eine Inanspruchnahme der Notenpresse durch den Staat in Höhe von 1634 Millionen. Der soeben zur Veröffentlichung gelangte Ausweis des Schatzamts für den 30. September beweist, daß inzwischen weitere 354 Millionen Lire Noten „gemacht“ worden sind, was die Gesamtsumme der fiskalischen Ansprüche an die Notenpresse auf fast 2 Milliarden erhöht! Von dieser angegebenen Summe entfällt ungefähr ein Viertel auf die Kassenscheine, während der Rest die für Zwecke des Fiskus in Umlauf befindlichen Banknoten darstellt. Die in dem Ausweise erstmalig erwähnten im Auslande begebenen Schatzscheine werden mit 440 Millionen Lire aufgeführt. Der Umlauf an inländischen Schatzscheinen betrug 458 Millionen. Auch die Cassa di Depositi e Prestiti ist wieder in verstärktem Maße zur Befriedigung der Bedürfnisse des Fiskus herangezogen worden: ihre Vorschüsse sind im letzten Vierteljahr um 121 auf 283 Millionen Lire gestiegen.

Das Anschwellen dieser Ziffern in derartigem Umfange würde weniger bedenklich sein, wenn mit der rapiden Steigerung der Noten- und Schatzscheinverbindlichkeiten auch eine Zunahme der Geldbestände Hand in Hand gegangen wäre. Davon ist aber in keiner Weise die Rede. Mit etwa 144 Millionen haben sie sich auf ihrer früheren Höhe erhalten. Was die Staatseinnahmen anbelangt, so weisen die ordentlichen Einnahmen mit 554 Millionen eine Zunahme um 48 Millionen gegenüber den verhältnismäßig niedrigen Vergleichsziffern des Vorjahres auf. Auf der anderen Seite erklärt sich die Steigerung der außerordentlichen Einnahmen von 1119 auf 1972 Millionen aus der Tatsache, daß der Erlös der Kriegsanleihe in diesen Posten einbegriffen worden ist. Daß die Ausgaben gegenüber dem ersten Vierteljahr des vorigen Rechnungsjahres sich dieses Mal mit 2089 Millionen mehr als verdoppelt haben, ist nur durch die Aufwendungen für den Krieg zu erklären. Wurden doch allein für die Bedürfnisse der Ministerien des Krieges, der Marine und der Kolonien 1639 Millionen Lire gegenüber 473 Millionen im Vorjahre benötigt.

Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß die oben wiedergegebenen Ziffern nur die Zeit bis zum 30. September d. J. betreffen. Seither sind sicherlich noch bedeutende Verschiebungen eingetreten, da verschiedene in der Zwischenzeit erschienene Dekrete die Ausgabe weiterer Schatzscheine und Noten genehmigt haben. Und es darf als gewiß angenommen werden, daß von den dadurch geschaffenen Möglichkeiten in ausgiebigstem Maße Gebrauch gemacht worden ist. Daß sich der Stand der Finanzen und der Wirtschaft Italiens in übelster Lage befindet, dafür ist die Entwicklung der ausländischen Wechselkurse und das anhaltende Anziehen des Goldagio ein unwiderleglicher Beweis. Von 5½ pCt. Ende 1914 ist es allmählich, aber stetig gestiegen, um gegenwärtig den Stand von 17 pCt. einzunehmen.

„Mit seinen bisherigen 16 Milliarden Anleihen ist das Land ohnehin schwer belastet gewesen. Der mutwillig angezettelte Krieg wird diese Last beträchtlich erhöhen, vielleicht verdoppeln. Wie wird Italien diese Bürde tragen, die es in unseliger Verblendung freiwillig auf sich genommen hat? In London und Paris reicht man sich die Hände. Wie aber auch der Krieg für Italien ausgehen mag, neue, schwere Steuern werden erforderlich sein, um die Staatsmaschine in Gang zu halten. In letzter Linie ist der Leidtragende das italienische Volk, das, ohnehin verarmt, mit Naturnotwendigkeit dazu verurteilt ist, das ausgepowertste Volk Europas zu werden. Wenn der jetzige Rausch verfliegen, wenn die nüchterne Wirklichkeit an die Stelle der trunkenen Visionen getreten sein wird, dann wird das italienische Volk dem Tage fluchen, an dem seine Regierung sich vorsätzlich an seinem Blut und Gut vergriffen hat. Lasciate ogni speranza, voi che entrate! . . . Ihr, die Ihr in den Krieg tretet, gebt alle Hoffnung auf! . . .“

So würde an dieser Stelle unter der Überschrift „Wie wird Italien den Krieg finanzieren?“ am 29. Mai d. J. (No. 269 der „Voss. Ztg.“) geschrieben. Diese Worte haben in der italienischen Presse die leidenschaftlichsten Angriffe erfahren. Man vergleiche hiermit die tatsächliche Entwicklung der Dinge.

Soeben ist nun auch der Schatzausweis für Ende Oktober veröffentlicht worden. Danach ist die schwebende Schuld Italiens um weitere 800 Millionen auf 4861 Millionen Lire angewachsen. Die Erhöhung erstreckt sich in der Hauptsache auf Schatzwechsel und in England begebene Schatzscheine, die von 187 auf 577 Millionen bzw. von 440 auf 697 Millionen Lire gestiegen sind. Inländische Schatzscheine zeigen mit 549 Millionen eine Zunahme um rund 90 Millionen Lire. Die niedrigste Steigerung weisen die Kassenscheine auf, deren Umlauf von 553 auf 586 Millionen Lire angewachsen ist. Da man annehmen kann, daß sich die Aufwendungen für November auf ungefähr der gleichen Höhe hal-

ten wie die der vorhergehenden Monate, so dürfte die Gesamtziffer der schwebenden Schuld Italiens von der sechsten Milliarde gegenwärtig nicht mehr fern sein.

Die Zentrale der Geldinstitute.

Budapest, 30. November.

Der Finanzminister hat in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses den Gründungsprospekt und die Statuten der zu errichtenden Zentrale der Geldinstitute unterbreitet. Wir haben die wesentlichen Bestimmungen dieses Entwurfes bereits vor längerer Zeit veröffentlicht und beschränken uns jetzt nur darauf, den auf die Revision bezüglichen § 7 des Entwurfes, sowie die dem Berichte des Finanzministers beigezeichnete Revisionsinstruktion mitzuteilen:

§ 7 des Entwurfes lautet wie folgt:

Die Zentrale der Geldinstitute erteilt behufs Förderung des in Punkt 4, § 5 umschriebenen Zieles der Zentrale ihren Mitgliedern in Fachfragen Ratschläge und sie kann eine Organisation von Kreditberichterstellern schaffen. Bei solchen Mitgliedern, deren eigenes Kapital — die Summe des Stammkapitals und der in der letzten Bilanz angewiesenen wirklichen Reserven mitinbegriffen — 20 Millionen Kronen, in Kroatien und Slavonien aber 10 Millionen Kronen nicht übersteigt, ist die Zentrale der Geldinstitute ermächtigt, von Zeit zu Zeit eine Revision vorzunehmen. Bei Geldinstituten, welche auf einem besonderen Gesetze beruhen, darf eine Revision nur über Aufforderung des Finanzministers vorgenommen werden. Steigt das eigene Kapital eines Mitgliedes nach seinem Eintritte in die Zentrale über die erwähnte Summe, so kann die Direktion der Zentrale das Recht der Revision für dieses Mitglied aufheben. Sinkt das eigene Kapital eines Mitgliedes nach seinem Eintritte in die Zentrale auf die erwähnte Summe oder unter dieselbe, so erstreckt sich das Revisionsrecht auch auf dieses Mitglied. Die Kosten der Revision trägt die Zentrale dieser Geldinstitute.

Die Revision beschränkt sich auf die Feststellung von Tatsachen. Die revidierende Person ist nicht berechtigt, dem revidierten Institut Instruktionen zu erteilen. Bei der Durchführung der Revision hat man unter Anwendung der den Verhältnissen des der Revision unterliegenden Instituts angemessenen Revisionsinstruktion vorzugehen. Diese Instruktion kann nur mit Genehmigung des Ausschusses, beziehungsweise der Generalversammlung geändert werden. Die Revision ist durch solche sachkundige Personen durchzuführen, welche die Direktion bestellt. Als revidierende Personen wirken die von der Zentrale zu diesem Behufe angestellten Revisoren oder Oberbeamten der Zentrale, die bei Antritt ihres Dienstes dritten Personen gegenüber zur Geheimhaltung verpflichtet sind, Ausnahmsweise können als Revisoren auch die Revisoren solcher Revisionsorganisationen von Geldinstituten angestellt werden, die am 1. Januar 1915 auf dem Gebiete der Länder der ungarischen Krone bereits tätig waren. Die Zentrale kann solche Revisionsorganisationen mit der Durchführung der Revision hinsichtlich der am 1. Januar 1915 bereits ihrem Verbandsangehörigen Mitglieder auf Grund der durch die Zentrale festgestellten leitenden Prinzipien und unter ihrer Kontrolle betrauen. Die Berichte der Revisionsorgane dürfen mit Ausnahme des Falles des in den Punkten 1 und 2, § 5 umschriebenen Verhältnisses nur dem Präsidenten, dem Generaldirektor und den kompetenten obersten Beamten der Zentrale zur Verfügung gestellt und sie dürfen nicht einmal der Direktion der Zentrale der Geldinstitute unterbreitet werden.

Auf Grund des Ergebnisses der Revision teilt der Generaldirektor der Zentrale die etwaigen Bemerkungen in erster Reihe der Direktion des revidierten Instituts mit und verlangt von ihr die erforderlichen Aufklärungen. Erst wenn die derartig eingeleiteten Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, kann der Generaldirektor der Direktion der Zentrale Bericht erstatten, welche das Institut zur Aufklärung auffordern kann. Wenn die derartig geführten Verhandlungen nicht zu einem beruhigenden Ergebnis führen, kann die Direktion der Zentrale anordnen, daß die durch sie dem Institute in wortgetreuer Text mitgeteilten Bemerkungen der nächsten Generalversammlung des Instituts unterbreitet werden und diese innerhalb eines Termins einberufen werde. Gegen diesen Beschluß der Direktion kann die Direktion des Instituts innerhalb fünfzehn von der Zustellung des Beschlusses gerechneter Tage an den Ausschuss rekurrieren und der Beschluß kann erst nach Genehmigung des Ausschusses, eventuell mit den von ihm angeordneten Modifikationen durchgeführt werden. Diesen Wirkungskreis des Ausschusses versteht das im Punkt 3 § 48 normierte Subkomitee.

Die Revisionsinstruktion.

Die den Statuten der Zentrale der Geldinstitute beigezeichnete Revisionsinstruktion lautet wie folgt:

Die Revision zerfällt in vier Gruppen, und zwar 1. in die Revision der Bücher, 2. in die Revision der inneren Geschäftsgebarung, 3. in die Revision der Geschäftsführung und 4. in die Revision der Bilanz des Ergebniskontos und des Inventars.

I. Die Revision der Bücher.

Gegenstand der Revision bildet: 1. festzustellen, welche Bücher das Institut führt; 2. festzustellen, ob die Bücher einwandfrei geführt werden, namentlich ob die Buchführung ausschließlich auf Grund von Dokumenten und ob die Buchung jeder Post an der entsprechenden Stelle erfolgt, ferner ob die Bücher à jour sind, ob es nicht Lücken, Streichungen u. dgl. gibt.

II. Die Revision der inneren Geschäftsgebarung.

Die Revision der inneren Geschäftsgebarung hat festzustellen: 1. Ob in den Statuten irgendwelche Verfügungen vorhanden sind, die den Wirkungsbereich der Direktion einschränken, und zwar a) durch die Zentrale nicht bindende Organe; welche diese sind (Exekutivkomitee, Ausschuss usw.), was ihr Wirkungsbereich ist, ob diese Organe funktionieren; b) durch sachliche Beschränkungen; welche diese sind und ob sie eingehalten wurden? 2. Wer die Geschäfte tatsächlich führt und wie, beziehungsweise mit welchem Inhalt der Wirkungsbereich dieses Organs geregelt ist. 3. Ob namentlich hinsichtlich der Klavierung und Geldgebarung entsprechende Kontrollmaßnahmen in Kraft stehen. Ob nicht solche Akten kumuliert sind, deren Trennung aus dem Gesichtspunkte der Kontrolle von Bedeutung ist (beispielsweise Kasse und Buchführung, Sperre und Gegensperre). Ob hinsichtlich der Uebernahme und Ausfolgung von Effekten, ferner des Dessuens der einlangenden Briefe und Sendungen entsprechende Sicherheitsmaßnahmen in Kraft stehen und welche diese sind. Ob eine entsprechende

Die Kontrolle der Geldinstitute.

Verfügung dafür vorhanden ist, daß die ausgewiesenen Effekten in natura vorhanden seien (daß beispielsweise Bons nicht als Bargeld figurieren). Ob die zur Grundlage der Geschäftsbienenden Dokumente vorhanden sind, ob sie rechtlich einwandfrei sind und wie sie verwahrt, beziehungsweise in Eidenz gehalten werden. Ob die Kontrolle der Kasse täglich erfolgt. 4. Ob entsprechende Sicherheitsverfügungen in Kraft stehen. Insbesondere ob das Bargeld und die Effekten die Einlagebuchs- und Kassendruckforten, die Scheckblankette usw. feuer- und einbruchsicher unter doppelter Gegensperre verwahrt sind. Ob es Alarmapparate gibt, ob die Feuer- und Einbruchversicherung vorhanden ist. 5. Ob es ein Geschäftsnormativ gibt und inwiefern es hinsichtlich des Angeführten Verfügungen enthält. 6. Welches Prozent des Bruttogewinnes die Kosten des Institutes betragen und auf welche Kategorien sie sich verteilen.

III. Revision der Geschäftsführung.

Die Revision der Geschäftsführung hat festzustellen: 1. Wieviel eigenes Kapital das eigene Institut besitzt: a) in der Form von Aktientkapital; b) in der Form von Reserven. 2. Wieviel fremdes Geld das Institut derzeit in Anspruch nimmt: a) gegen Sparkasseneinlagebücher. Ob und in welchem Betrage Einlagebücher auf Grund der Kreditgewährung ausgestellt wurden. Welche Fluktuation die Einlagen im letzten Jahre aufweisen: b) auf Kontokorrent; c) im Wege des Reeskomptes. Aus welchen Quellen, in welcher Verteilung, mit welchen speziellen Garantien (Wertpapiere, Haftung der Direktion usw.) und gegen welche Zinsen der Reeskompte in Anspruch genommen wurde: d) in der Form von Lombardanlehen; e) in der Form übertragener Hypothekendarlehen; f) in der Form welcher sonstiger Schulden. 3. Wieviel die Clacierungen (Vermögensplacierungen) des Instituts in folgenden Werten betragen: aa) in Institutshäusern; bb) in sonstigen städtischen Liegenschaften; cc) in landwirtschaftlichen Immobilien; dd) in industriellen Liegenschaften. Was ist die Provenienz der einzelnen Immobilien: b) im Wechselportefeuille; aa) hypothekarisch nicht gesicherte Wechsel; bb) hypothekarisch gesicherte Wechsel; cc) in der Form aktiven Reeskomptes (von anderen Instituten reeskomptierte Wechsel; e) in Hypothekendarlehen; aa) Amortisationen; bb) Ründigungen; d) in Obligationendarlehen; e) in Vorschüssen auf Effekten; aa) in an der Börse notierten Effekten; bb) in an der Börse nicht notierten Effekten; f) in Vorschüssen auf Faustpfand (die Art deselben); g) in eigenen Effekten; aa) in an der Börse notierten Effekten; bb) in an der Börse nicht notierten Effekten; h) im Kontokorrent bei Schuldneren; aa) Forderungen bei Geldinstituten ersten Ranges (mit Ausnahme der Oesterreichisch-Ungarischen Bank); bb) Forderungen mit Hypothekensicherung; cc) Forderungen mit Waren- und Effektenbedeckung; dd) auf sonstige Art bedeckte Forderungen; ee) Forderungen ohne Bedeckung (mit Ausnahme der sub aa angeführten); i) in barem Geld die Giroforderungen bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank und die Forderungen bei der Postsparkasse mitinbegriffen; k) in sonstigem (detailliert). 4. Ob Verfügungen bestehen, welche die unmittelbare oder direkte Kreditgewährung an die an der Direktion des Instituts teilnehmende Personen regeln. Wie diese Verfügungen angewendet werden. Ob das Institut ohne Rücksicht darauf, ob solche Verfügungen bestehen, solche Clacierungen hat und welche diese sind. Welchen Charakter hat das Wechselmaterial des Instituts. Ob das Institut bei der Gewährung von Darlehen Rücksicht darauf genommen hat, worauf der Darlehenswert verwendet wurde. Welche Amortisationen bei den Clacierungen bedungen wurden und inwiefern sie eingehalten wurden. Wie es mit den Rückständen an Kapital und Zinsen steht. Wieviel Forderungen geklagt und wieviel zweifelhaft sind. Ob und wie das Institut bei solchen Unternehmungen interessiert ist, die das in sie investierte Kapital namentlich in Parzellierungen, Industrieunternehmungen, Affiliationen und sonstigen Finanzierungen auf längere Zeit binden können. 7. Welche Zinsen das Institut nach Einlagen, beziehungsweise Kontokorrenteinlagen bezahlt. 8. Ob irgendwelche Vermögensbestandteile des Instituts (Effekten, Liegenschaften usw.) als besondere Garantie für irgendeine Verpflichtung gebunden sind. 9. Wann das Institut zuletzt sein Stammkapital erhöht hat. Ob aus den Erhöhungen des Stammkapitals noch irgendwelche Forderungen bestehen. Inwiefern es festzustellen ist, wo die Aktien des Instituts placiert sind. 10. Ob solche Verpflichtungen des Instituts bestehen, die aus der Gegenstand des Abschlusses bildenden Buchführung nicht hervorgehen (beispielsweise für Konsumsteuerkredite, Zollkredite oder sonstige Verpflichtungen übernommene Haftungen).

IV. Die Revision der Bilanz, des Ergebniskontos und des Inventars.

Diese Revision hat die formelle, ziffermäßige und meritorische Richtigkeit der Bilanz, des Ergebniskontos und des Inventars, beziehungsweise der auf sie bezüglichen Ausweise zu prüfen. Namentlich 1. ob die Bilanz mit den Büchern übereinstimmt und ob sie den Prinzipien und Anforderungen der ordentlichen Buchführung entspricht. 2. Ob die Bilanz den Verfügungen der Zentrale aus dem Gesichtspunkte der Einstellung der zweifelhaften Forderungen entspricht. 3. Ob Abschreibungen vorgenommen wurden und welche diese sind. 4. Welche Reservierungen vorgenommen wurden und wie dies geschah. 5. Ob in der Bilanz die verschiedenen Konten entsprechend getrennt sind. 6. Ob die aktiven und passiven Saldi in der Bilanz getrennt ausgewiesen sind. Namentlich ob der Reeskompte gebucht ist. Ob die Schuldner und Gläubiger ausgewiesen sind. Ob bei den Wechseln die offenen Forderungen und die inaktiven besonders ausgewiesen sind. Ob im Hypothekargeschäfte die Amortisationsdarlehen ausgewiesen sind. Ob die Spirituskredite und sonstigen Verpflichtungen in getrennten Posten zwischen Schuldneren und Kreditoren angeführt sind. Ob zu Kauttionen gewährte Papiere unter den Schuldneren im Aktivum und auf dem Kautionskonto im Passivum figurieren. 7. Ob die rückständigen und die im vorhinein gezahlten Zinsen besonders ausgewiesen sind. Ob bei den ersteren auf die Verjährung und das gesetzliche Zinsmaximum Rücksicht genommen wurde. 8. Ob die geklagten Wechsel getrennt ausgewiesen sind. 9. Ob die Einlagen nach Einlagen und Kontokorrenteinlagen getrennt sind. 10. Ob die Effekten detailliert und mit den Kursen eingestellt sind. 11. Ob es aktive und passive transitorische Posten gibt, und woraus sie sich zusammensetzen. 12. Wie das Aktientkapital gebucht ist, insbesondere ob es voll eingezahlt ist oder nicht, und wie dies ausgewiesen ist. 13. Wozu das bei Kapitalerhöhungen eingehobene Aufgeld verwendet und namentlich, ob es nicht zur Abschreibung der Verluste verwendet wurde. Ob die Einzahlung des erhöhten Stammkapitals in barem erfolgt ist und ob sich in Verbindung mit den Kapitalerhöhungen keine Zunahme im Wechselportefeuille oder im Kontokorrent ergibt. 14. Ob die Einlagen mit dem Inventar stimmen. 15. Wie die Gewinnaufteilung erfolgt ist. 16. Wie groß der Betrag der nichtbehobenen Dividenden ist. 17. Ob auf dem Ergebniskonto die ausgezahlten Zinsen, namentlich die Einlagezinsen und die ausbezahlten Steuern, namentlich die Einlagezinsensteuer getrennt ausgewiesen sind. Ob es eine rückständige Zinsensteuer gibt und wie viel sie beträgt.

Das Budget der Stadt Budapest.

Budapest, 1. Dezember. Der hauptstädtische Finanzausschuß veröffentlicht das Budget der Hauptstadt pro 1916. Der Voranschlag schließt mit einem Defizit von ungefähr 19,5 Millionen Kronen ab, das mit der Steigerung der Materialpreise sowie der Betriebskosten der hauptstädtischen Unternehmungen und der bedeutenden Zunahme der Verwaltungsausgaben begründet wird. Die Deckung des Defizits wird, da eine Erhöhung der Steuern während Kriegsdauer nicht angängig erscheint, im Wege von Kreditoperationen erfolgen.

Die Frage der Wiederaufnahme des Börsenverkehrs.

Wien, 3. Dezember.

Das Präsidium der Wiener Börse arbeitet für den neuen Finanzminister ein Memorandum aus, in welchem Vorschläge zu einer Erweiterung des Börsenverkehrs gestellt werden sollen. Bisher sind die Bestrebungen, dem Handel in Effekten einen offiziellen Charakter und eine gesicherte Grundlage zu geben, auf starken Widerstand gestoßen; die Formen für die Betätigung des Effektenhandels sind nicht darüber hinaus gediehen, was sich schon in den ersten Kriegsmonaten unter dem Zwange der Verhältnisse herausgebildet hat. Der Effektenverkehr ist ein freier Handel, der sich im Wesen zwischen den Banken und den Firmen direkt abwickelt. Er erfolgt von Bureau zu Bureau durch persönlichen Verkehr, in der Hauptsache durch das Telephon und nicht, wie ehemals, an einem Zentralpunkte, in welchem sich Angebot und Nachfrage ständig vereinen. Der große Saal der Börse ist geschlossen. In dem kleinen Saale der Warenbörse versammelt sich täglich eine Anzahl der Börsenbesucher. Die Zusammenkünfte dienen aber nur den Besprechungen und Effetengeschäften dürfen in ihnen nicht getätigt werden. Die beiden Sensale vermitteln zwar den Verkehr, namentlich in jenen Papieren, die ehemals im Schranken gehandelt wurden, den meisten Industrieaktien und Transportwerten. Dieses Geschäft ist ein reiner Kassenverkehr, die gekauften Wertpapiere müssen sofort bezahlt und abgenommen werden, ein Arrangement oder eine offizielle Prolongation findet nicht statt. Die Veröffentlichung der Kurse, die aus den so vollzogenen Geschäften hervorgeht, ist verboten; die Kurse werden den Kommitenten lediglich auf die Anfragen mitgeteilt. In diesem Rahmen hat sich das Börsengeschäft bereits im September und Oktober des Jahres 1914 bewegt. Allerdings haben die Umsätze seither ein Vielfaches der damaligen Geschäfte erreicht; der Verkehr in Wertpapieren war bis beinahe in die allerletzte Zeit außerordentlich lebhaft und erst in den jüngsten Tagen ist durch die offizielle Warnung vor seiner Uebertreibung eine Einschränkung herbeigeführt worden.

Die Aktion, welche die Wiener Börse seit längerer Zeit eingeleitet hat, betrifft zunächst die Wiederherstellung des äußeren Schauplatzes, auf dem sich die Tätigkeit der Börse bewegen soll. In Berlin wurde sofort vom Anbeginne der Börsesaal für die Besucher freigegeben, die dort nicht nur Erörterungen der Lage pflegten, sondern auf dem altgewohnten Boden Kassengeschäfte abwickelten; die Banken hielten sich anfangs von diesem freien Verkehre fern, sind ihm aber seit dem Mai des heurigen Jahres auch offiziell beigetreten. Der Börsesaal in Berlin ist von den alten Besuchern erfüllt und äußerlich unterscheiden sich die Versammlungen, namentlich an belebten Tagen, nicht von der früheren Zeit. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß Kursveröffentlichungen verboten sind, die Kurse amtlich nicht festgestellt werden und somit auch kein offizielles Kursblatt herausgegeben wird. Sodann ist jede Prolongation unstatthaft, weil das Geschäft als reines Kassengeschäft geführt wird, und endlich ist die Bewerbung um solche Geschäfte als unzulässig erklärt. In Wien wird zunächst angestrebt, daß der große Börsesaal freigegeben wird. Dort sollen die täglichen Versammlungen stattfinden, und es soll der Verkehr denselbst statthaft und berechtigt erklärt werden. Die Versammlungen sollen täglich zu bestimmten Stunden stattfinden, so daß Börsengeschäfte nicht wie jetzt den ganzen Tag hindurch, sondern eben nur zu der Börsenzeit geschlossen werden dürfen. Der Verkehr soll durch amtliche Sensale überwacht und geleitet werden. Nach wie vor würde der Handel in Effekten ein Kassahandel sein und Prolongationen wie in Berlin ausgeschlossen sein. In dieser Richtung dürften sich die Vorschläge bewegen, welche dem Finanzminister unterbreitet werden sollen.

Zunächst auf diese Anfrage eingegangen werden wird, dürfte erst Sache der Entschliebung sein, bis das Memorandum der Börseammer vorliegt. Eine volle Wiederaufnahme der alten Börse scheint zunächst nicht beabsichtigt zu sein. Eine solche ist auch in Berlin bisher nicht erfolgt. Die Erweiterung des Verkehrs, wie sie von den Interessenten gedacht wird, soll vielmehr eine notwendige Vorstufe zu dieser Herbeiführung des Börsengeschäftes in der früheren Form bilden. Das Geschäft in Effekten war bisher nur ein geduldetes und soll in Zukunft ein staatlich anerkanntes werden. Das kann der Effektenhandel, der ein berechtigtes öffentliches Interesse befreitigt, gewiß verlangen unter der Voraussetzung, daß er sich die im Kriege notwendige Selbstbeschränkung auferlegt, sich von Uebertreibungen und Maßlosigkeiten fernhält und das Kapital seiner wichtigsten Aufgabe, der Beschaffung der Mittel für die Fortführung des Krieges, nicht entzieht. Von nicht minder großer Bedeutung ist aber die Forderung, daß die Preise der Effekten nicht mehr wie bisher als Geheimnis ängstlich gehütet, sondern öffentlich und amtlich bekanntgegeben werden. Effektenkurse sind nicht die private Angelegenheit der einzelnen Besitzer, sondern ein öffentliches Interesse. Große und kleine Vermögen sind in Wertpapieren angelegt, und die Besitzer haben keinen verlässlichen Maßstab für die Höhe des Wertes, den ihr Vermögen darstellt. Der Jahresabschluß und mit ihm der Zeitpunkt für die Aufstellung der Bilanzen steht vor der Tür. Bisher lag in der Wertbestimmung von Effekten ein Element starker Unsicherheit; Banken, sonstige Gesellschaften und private Unternehmungen stellten die Kurse ihres Effektenbesitzes willkürlich, zumeist zu sehr tiefen Sätzen, in ihre Rechnungsabläufe ein. Die Kurse sind aber das Ergebnis vollzogener Abschlüsse, und wenn das Publikum in einer geeigneten und zuverlässigen Form sichere Nachricht über die Preisbildung erhalte, so wäre darin ein Fortschritt zu erblicken. Die Bestrebungen nach Er-

weiterung des Börsenverkehrs müssen in der wichtigsten Forderung nach Aufstellung eines amtlichen Kursblattes als Regulator der Preise und der Wertbildung gipfeln.

Krieg und Wirtschaftsleben.

Die Anmeldung des feindlichen Vermögens.

Nach Artikel 11 der Ausführungsvorschriften vom 10. Oktober 1915 zu der Bundesratsverordnung über die Anmeldung des im Inlande befindlichen Vermögens feindlicher Staatsangehöriger entfällt die Anmeldepflicht, „wenn eine Leistung von einer noch entstehenden Gegenleistung abhängig ist“. Diese Bestimmung hat, wie die Handelskammer zu Barmen in einer an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe gerichteten Eingabe ausführt, zu Unklarheiten Anlaß gegeben. Viele Kaufverträge deutscher Firmen mit Engländern sind Sukzessivlieferungsverträge. In der Regel ist ratenweise Zahlung vereinbart; die in jedem Monat abgerufenen Teillieferungen werden in der ersten Woche des darauffolgenden Monats bezahlt. Eine große Anzahl von solchen Verträgen ist, als im August 1914 der Krieg ausbrach, nur teilweise von englischer Seite (Verkäufer) erfüllt gewesen. Die Julilieferungen 1914 sind infolge des Krieges nicht mehr bezahlt worden. Es erhebt sich die Frage, ob die Kaufpreisforderungen englischer Firmen aus solchen Verträgen, soweit der Monat Juli in Betracht kommt, anmeldepflichtig sind. Es könnte dagegen eingewendet werden, daß bisher nur ein Teil des Lieferungsvertrages erfüllt ist, der Rest aber noch aussteht, so daß die deutsche Firma wegen der noch nicht beendeten Auslieferung ein Zurückbehaltungsrecht für die Bezahlung hat. Nach dieser Auffassung wäre die Verbindlichkeit der deutschen Firma (die Bezahlung des Kaufpreises für die Julilieferungen) von einer noch ausstehenden Gegenleistung, der vollständigen Erfüllung des Lieferungsvertrages, abhängig. Damit würde die Anmeldepflicht entfallen. In dem der Kammer erteilten Bescheide hat der Handelsminister die Richtigkeit dieses Standpunktes verneint. Er führt aus: „Bei einem sogenannten Sukzessivlieferungsvertrag entfällt die Anmeldepflicht insoweit, als der Vertrag noch von keiner Seite erfüllt ist; liegt teilweise Erfüllung vor, so ist die noch ausstehende Gegenleistung anmeldepflichtig. In dem von der Handelskammer zur Sprache gebrachten Fall sind demnach die Kaufpreisforderungen englischer Firmen, soweit der Monat Juli in Betracht kommt, anzumelden. Die Auffassung, daß bei einem noch nicht vollständig erfüllten Sukzessivlieferungsvertrage die Verbindlichkeit der deutschen Firma, d. h. die Bezahlung des Kaufpreises für die Julilieferung, von einer noch ausstehenden Gegenleistung, d. h. der vollständigen Erfüllung des Lieferungsvertrages durch die englische Firma, abhängig sei und daß daher die Anmeldepflicht fortfalle, entspricht nicht dem Sinne des Artikels 11 der Bekanntmachung vom 10. Oktober 1915.“

Einziehung von Forderungen gegen feindliche Schuldner.

Die Reichs-Entschädigungskommission gibt, wie bekannt, die Möglichkeit, feindländische Schuldner zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten zu bringen, indem sie die Anmeldung von Forderungen gegen feindländische Schuldner, deren Güter beschlagnahmt worden sind, zuläßt und solche Forderungen im Entschädigungsverfahren berücksichtigt. Nach einem von der Kommission erteilten Bescheide besteht dabei die zweckmäßige Praxis, daß, wenn mehrere Gläubiger sich mit Forderungen, die insgesamt den Entschädigungsbetrag übersteigen, melden, und unter ihnen und dem Schuldner eine Einigung über die Auszahlung nicht erfolgt, die Reichs-Entschädigungskommission den Forderungsbetrag hinterlegt und den Gläubigern es überläßt, ihre Berechtigung im ordentlichen Rechtswege geltend zu machen.

Vinkulierte Staatsschuldverschreibungen als Badien und Kautionen.

Zufolge einer Verfügung des Eisenbahnministers werden von nun an bei den Dienststellen der Staatseisenbahnverwaltung auch auf den Namen des Eigentümers ausgefertigte (vinkulierte) Schuldverschreibungen der österreichischen Staatsschuld als Sicherstellungen (Badien und Kautionen) zugelassen. Der Erleger einer derartigen Sicherstellung hat eine Widmungserklärung über die genau zu bezeichnende vinkulierte Staatsschuldverschreibung der Kassajener Dienststelle, der die Sicherstellung zu leisten ist, gegen einstweilige Bestätigung zu übergeben. Der Erlag der vinkulierten Staatsschuldverschreibung wird nicht gefordert. Die Erlagsstelle wird die Direktion der Staatsschuld behufs Vormerkung der Widmung verständigen und nach Einlangen der Antwort dieser Stelle die einstweilige Bestätigung gegen einen endgültigen Depotschein umtauschen. Nach Freigabe der Sicherstellung wird die Vormerkung bei der Direktion der Staatsschuld gelöscht und die Widmungserklärung gegen Rückstellung des Depotscheines ausgefolgt werden. Diese Verfügung bezweckt die Verwendung vinkulierter Kriegsanleihe zu Sicherstellungen zu ermöglichen.

Ein Memorandum der Börsekammer über den Effektenverkehr.

Die Ausschreitungen der Effektenpekulation und die amtlichen Warnungen vor Kurstreibern haben, wie bereits neulich gemeldet, auch die Börsekammer veranlaßt, sich mit der Angelegenheit einer Neuordnung des Effektenverkehrs zu befassen und ein Memorandum auszuarbeiten, welches Vorschläge zur Behebung der auf dem offenen Markte eingetragenen Mißstände enthält und im gegebenen Moment dem Finanzminister überreicht werden soll.

Das von der Börsekammer zur Beratung der Voraussetzungen für die Neuordnung des Börsenverkehrs eingesetzte Komitee hielt gestern eine mehrstündige Besprechung ab, an welcher neben dem landesfürstlichen Börsenkommissär Ministerialrat Dr. Zwierzina der Vizepräsident der Börsekammer Direktor v. Popper, ferner die Direktoren Sammerschlag, Kraus, Weiner und Weisshut, der Sekretär der Oesterreichisch-ungarischen Bank Schnattinger und die Börsenräte Brecher, Kolisch und Sobotta teilnahmen. Wie verlautet, gehen die Absichten der Börsekammer dahin, den freien Verkehr, der sich bisher in schwerfälliger Weise von Bureau zu Bureau innerhalb eines engen Kreises von Interessenten abspielt, nach Berliner Muster in den Börsesaal zu verlegen und ihm dort unter entsprechender Kontrolle und auf breiterer Basis sozusagen eine legitime Grundlage zu geben.

Es ist vorläufig nur an ein Kassageschäft, wobei die Kurse der getätigten Schlüsse zur Veröffentlichung gelangen sollen, und erst in der Folge auch an die Reetablierung eines Reportgeschäftes — allerdings unter erschwerenden Bedingungen, um ein Uebermaß der Spekulation hintanzuhalten — gedacht. Ferner sollen zur Vermeidung einer künstlichen Entwertung Kautelen gegen das Einströmen von Effekten aus dem Auslande geschaffen werden, und endlich ist die Organisation des Devisenhandels ins Auge gefaßt. Selbstverständlich müßten vor Wiedereröffnung des Börsesaales vollständig klare Verhältnisse durch den restlichen Abbau der noch seit Kriegsausbruch schwebenden Engagements hergestellt werden. Als wichtigste Voraussetzung einer richtigen Preisbildung wird aber allgemein eine offizielle Kursnotierung angesehen.

Die Besprechungen des Komitees werden in der nächsten Zeit fortgesetzt und die Vorschläge desselben nach Annahme durch das Plenum der Börsekammer dem Finanzminister in einem Memorandum vorgelegt werden. In den kompetenten staatlichen Kreisen soll gegenüber den Bestrebungen der Börsekammer eine zustimmende Haltung bestehen.

7. XII. 1915

Der Wertpapierhandel in Wien und Ofen-Pest.

Die wirtschaftliche Erstarung, die sich nach dem Druck des ersten Kriegsjahres in Oesterreich-Ungarn jetzt bemerkbar macht, drängt sowohl in Wien wie in Ofen-Pest zu einer Neugestaltung des Wertpapierverkehrs. Die Wiener Börse hat beim österreichischen Finanzminister eine Erweiterung des Börsenverkehrs angeregt, und es scheint, daß die Regierung den Widerstand fallen lassen will, den sie bisher derartigen Bestrebungen entgegensetzte.

Bisher blieb der große Saal der Wiener Fondsbörse geschlossen, nur der kleine Saal der Warenbörse war freigegeben. Dort versammelt sich täglich eine Anzahl Börsenbesucher. Die Zusammenkünfte sollen aber nur Besprechungen dienen, direkte Abschlüsse in Wertpapieren dürfen nicht getätigt werden. Dagegen ist es den vereideten Maklern gestattet, Geschäfte zu vermitteln, namentlich in solchen Wertpapieren, die ehemals „in Schranken“ gehandelt wurden, den meisten Industrieaktien und Transportaktien. Es handelt sich dabei ebenso wie im freien Verkehr an der Berliner Börse um einen reinen Kassenverkehr; die gekauften Wertpapiere müssen sofort bezahlt und abgenommen werden, ein „Arrangement“ oder eine Prolongation findet nicht statt. Die Veröffentlichung der Kurse, die aus den so vollzogenen Geschäften hervorgeht, ist verboten: Die Kurse werden den Auftraggebern lediglich auf Anfragen mitgeteilt. In dieser Form hat sich das Börsengeschäft seit dem Herbst 1914 bewegt. Mit der Zeit haben allerdings die Umsätze ein Vielfaches der damaligen Geschäfte erreicht. In den letzten Monaten wurde der Verkehr außerordentlich lebhaft, und Ende November d. J. sah sich die Regierung — wohl mit Rücksicht auf die Klassierung der Kriegsanleihe — veranlaßt, durch eine amtliche **Verwarnung** eine Einschränkung spekulativer Geschäfte herbeizuführen.

Das jetzige Vorgehen der Wiener Börse betrifft zunächst die Wiederherstellung des äußeren Schauplatzes, auf dem sich die Tätigkeit der Börse bewegen soll. Es wird verlangt, daß der große Börsensaal freigegeben wird. Dort sollen die täglichen Versammlungen stattfinden, und es soll der Verkehr daselbst statthaft und berechtigt erklärt werden. Die Versammlungen sollen täglich zu bestimmten Stunden abgehalten werden, so daß Börsengeschäfte nicht wie jetzt den ganzen Tag hindurch, sondern eben nur zu der Börsenzeit geschlossen werden dürfen. Der Verkehr soll durch amtliche Makler überwacht und geleitet werden. Nach wie vor würde der Wertpapierhandel ein Kassahandel sein, und Prolongationen ausgeschlossen sein. Eine derartige Erweiterung des Verkehrs ist als eine Vorstufe zur Herstellung des Börsenverkehrs in der früheren Form gedacht. Das Geschäft in Wertpapieren war bisher nur ein geduldetes und soll in Zukunft ein staatlich anerkanntes werden. Von großer Bedeutung ist die Forderung, daß die Preise der Wertpapiere nicht mehr, wie bisher, als Geheimnis ängstlich gehütet, sondern öffentlich und amtlich bekanntgegeben werden. Die Wertpapierkurse sind, wie die „N. Fr. Pr.“ hervorhebt, nicht die private Angelegenheit der einzelnen Besitzer, sondern sie haben ein öffentliches Interesse.

Ebenso wie in Wien hat in Ofen-Pest eine Bewegung eingesetzt, um den privaten Kassenverkehr in Wertpapieren in legalere Bahnen zu lenken. Dieser Privatverkehr hat bisher keinen größeren Umfang erreicht, weil sich daran die Großbanken überhaupt nicht beteiligten, sondern nur die kleinen Banken und Privatfirmen. Nunmehr wird eine Neuerung dahin beabsichtigt, daß der Effektenverkehr nicht außerhalb der Börse abgewickelt werde, wie dies bisher der Fall war, sondern im Börsensaal, ohne daß dieser Verkehr darum einen amtlichen Charakter erhalten oder daß amtliche öffentliche Preisnotierungen erfolgen sollten. Die Geschäfte sollen auch weiterhin Kassageschäfte sein und ihre Abwicklung unter Vermittlung des Ofen-Pester Giro- und Kassenvereins vollzogen werden.

Die neue Notenemission in der Türkei.

Konstantinopel, 26. November.

(Original-Bericht des „Fremden-Blatt“.)

Auf Grund des am 31. Oktober d. J. erlassenen provisorischen Gesetzes ist das Finanzministerium ermächtigt worden, neue Noten im Gesamtbetrage von sechs Millionen türkischen Pfund herauszugeben. Die volle Deckung des Gegenwerts besteht in deutschen Reichsschatzscheinen, die, mit türkischem Wertaufdruck versehen, in Konstantinopel am 1. Oktober 1916 zahlbar sind. Auf Ansuchen der deutschen Regierung wird die Laufzeit dieser Schatzscheine bis zu einem Jahre nach Friedensschluß zwischen den europäischen Großmächten verlängert. Die Noten, die gesetzliche Zahlungsmittel sind und auf den Inhaber lauten, werden in Konstantinopel ein Jahr nach Friedensschluß bei Sicht eingelöst. Stücke, die nicht innerhalb fünf Jahre nach dem Einlösungstermin vorgelegt werden, werden für kraftlos erklärt.

Die Rolle, die der Dette Publique bei dieser Emission zufällt, entspricht der Art ihrer Mitwirkung bei der Ausgabe der auf Grund des Gesetzes vom 12. April 1915 geschaffenen Goldzertifikate, d. h. die Dette wird sich mit der Abnahme und der Aufbewahrung der als Deckung dienenden eingangs erwähnten Schatzscheine, der Registrierung und Einlösung der Noten befassen. Schließlich werden die Noten außer der Unterschrift des Finanzministers diejenige des Präsidenten der Dette tragen. Nachstehend die Texte der neuen Scheine:

Bordericite:

Empire Ottoman

Conformément à la loi du 18. Octobre 1831. Billet de cinq livres turques (ou de une livre turque) dont la couverture a été intégralement déposée.

Le Ministre intérimaire
des Finances.

Payable à Constantinople.

Rückseite:

La couverture de ce billet a été remise à l'Administration de la Dette Publique Ottomane, qui s'engage à l'appliquer au remboursement en livres turques à vue et au porteur, à Constantinople, une année après la conclusion de la paix.

Pour le conseil
l'Administration de la D. P. O.
le Président.

Der neue Zehn-Milliarden-Kredit.

Im Reichstag ist gestern, wie schon angekündigt, die neue Kriegskreditvorlage in Höhe von zehn Milliarden zur Verteilung gelangt. Sie ist, wie der Kriegskredit im Dezember 1914 eingebracht in Form eines „Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1915“. Dieser Nachtragsetat lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1.

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte zweite Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1915 tritt dem Reichshaushaltsetat hinzu.

§ 2.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 10 000 000 000 Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

§ 3.

Die zur Ausgabe gelangenden Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen sowie die etwa zugehörigen Zinscheine können sämtlich oder teilweise auf ausländische oder auch nach einem bestimmten Wertverhältnisse gleichzeitig auf in- und ausländische Währungen sowie im Ausland zahlbar gestellt werden.

Die Festsetzung des Wertverhältnisses sowie der näheren Bedingungen für Zahlungen im Ausland bleibt dem Reichskanzler überlassen.

Urkundlich usw.

Gegeben usw.

Diese Kreditvorlage wird im Reichstag voraussichtlich ohne Debatte an den Haushaltsausschuß verwiesen werden, wahrscheinlich schon heute. Mit dem Ertrag der letzten Kriegsanleihe sind laut Erklärung des Reichsschatzsekretärs die Kosten der deutschen Kriegsführung bis zum Frühjahr gedeckt. Die Forderung des neuen Kriegskredits bedeutet also eine Vorsichtsmaßregel.

Das Ergebnis der Zeichnungen auf die bisherigen drei Kriegsanleihen war: im September 1914 rund 4,46 Milliarden, im März 1915 etwa 9,10 Milliarden und im September 1915 rund 12,16 Milliarden.

Die bisher vom Reichstag bewilligten Kriegskredite waren:

am 4. August 1914	5 Milliarden M.
am 2. Dezember 1914	5 Milliarden M.
am 20. März 1915	10 Milliarden M.
am 20. August 1915	10 Milliarden M.

Mit der neuen Forderung von 10 Milliarden erreichen also die Kriegskredite die Summe von 40 Milliarden.

Als sich der Reichsschatzsekretär den letzten Zehn-Milliarden-Kredit bewilligen ließ, waren von den vorher vom Reichstage bewilligten 20 Milliarden Mark erst 13,56 Milliarden Mark durch die beiden ersten Kriegsanleihen aufgebraucht. Wer die dritte stand vor der Tür, und es war klar vorzusehen, daß der von jenen 20 Milliarden noch disponible Kredit von rund 6½ Milliarden M. durch das Ergebnis der dritten Zeichnung weit überholt werden würde. Tatsächlich ergab sich ja das staunenswerte Resultat einer Zeichnung von 12,16 Milliarden Mark. Von den insgesamt 30 Milliarden Mark betragenden Kriegskrediten sind danach noch 4,28 Milliarden Mark offen. Dieser Restbetrag würde für die Zeichnungen auf eine vierte Kriegsanleihe — nach den bisherigen Erfahrungen zu schließen — bei weitem nicht hinreichen. Wir können vielmehr schon heute voraussehen, daß das Ergebnis einer solchen Anleihe, wenn sie noch notwendig werden sollte, sich nicht unwürdig an die Resultate der ersten drei Anleihen anreihen wird. Die Bewilligung eines neuen Zehn-Milliarden-Kredits wird die offenen Kredite auf 14,28 Milliarden Mark erhöhen und damit für den Zeichnungseifer, auf den zu rechnen wäre, freie Bahn schaffen. Diese Vorsorge empfiehlt sich schon genugsam deshalb, weil es ungewiß ist, ob der Reichstag noch einmal vor dem Termin, der für die Auflage der vierten Anleihe geeignet wäre, zusammentritt. Daß dieser Termin erst in das Frühjahr 1916 fallen wird, war schon alsbald nach dem Ergebnis der dritten Kriegsanleihe gewiß. Im übrigen ist es gut, unseren Feinden durch die neue Zehn-Milliarden-Bewilligung schon jetzt vor Augen zu führen, daß es Schwierigkeiten finanzieller Art für uns in diesem Kriege nicht gibt und nicht geben wird.

Der neue Kriegskredit.

Berlin, 8. Dezbr. (W. T. B. Nichtamtlich.) Gutem Vernehmen nach ist dem Reichstag ein zweiter Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1915 zugegangen, der eine Kreditforderung von 10 Milliarden Mark enthält.

*

Die Forderung eines neuen Kriegskredits von 10 Milliarden (10000 Millionen) Mark kommt nicht überraschend. Als am 20. August d. J. der Reichschahssekretär die letzte Kriegskreditforderung im Reichstage begründete, da bezifferte er die täglichen Kriegskosten Deutschlands auf 60 bis 70 Millionen, die Monatsausgaben mithin auf etwa 2 Milliarden Mark. Der damals bewilligte Kredit von 10 Milliarden ist also noch nicht ganz erschöpft, er dürfte, falls nicht etwa inzwischen die täglichen Kosten weiter erheblich gestiegen sind, noch bis in den Januar hinein reichen. Aber es ist ein natürlicher Akt der Vorsicht, dem Reichstag jetzt bereits die neue Kreditforderung zu unterbreiten, um auch in der Vorbereitung für die weitere Kriegführung in keiner Weise behindert zu sein. Die sofortige Ausgabe einer neuen Kriegsanleihe bedeutet das, wie schon mehrfach hervorgehoben wurde, nicht. Die bisherigen Kriegskosten sind glänzend durch die Kriegsanleihen gedeckt worden, die mit ihren 4½ Milliarden bei der ersten, 9 Milliarden bei der zweiten und 12 Milliarden bei der dritten Ausgabe zusammen 25½ Milliarden Mark erbracht haben, sodaß also von den bis dahin bewilligten Krediten nur ein relativ kleiner Bruchteil durch die einstweilige Finanzschrumpfung der Reichsbank aufzubringen war. Auf diesem Wege der vorläufigen Begehung von Reichsschatzwechseln wird man auch jetzt weitergehen, um dann wohl im zeitigen Frühjahr, wenn die Verhältnisse des Geldmarkts geeignet erscheinen, mit der Emission einer neuen, vierten Kriegsanleihe herauszutreten.

Wie sich die Kriegskreditforderungen in Deutschland entwickelt haben, zeigt unsere nachstehende Tabelle. Die geforderten und bisher vom Reichstag regelmäßig einstimmig bewilligten Kredite betragen nämlich:

1914.... August	5 Milliarden Mark
" Dezember	5 " "
1915.... März	10 " "
" August	10 " "
" : .. Dezember	10 " "

Zusammen.... 40 Milliarden Mark

Danach erreicht die Summe der Kriegskredite in Deutschland einschließlich der jetzt geforderten die Höhe von 40 Milliarden Mark. Für Frankreich wurden zu Anfang dieses Monats die bisher bewilligten Kredite auf 38 500 Millionen Franken, also auf rund 31 Milliarden Mark beziffert. Und für England stellt sich die Entwicklung folgendermaßen:

1914.... August	100 Millionen Pfund Sterling
" November	225 " " "
1915.... März	37 " " "
Finanzjahr 1914/15	362 Millionen Pfund Sterling
1915.... März	250 " " "
" Juni	250 " " "
" Juli	150 " " "
" September	250 " " "
" November	400 " " "

Zusammen.... 1662 Millionen Pfund Sterling

Das sind also auch in England bereits rund 34 Milliarden Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Tempo des Wachstums in England schon seit längerer Zeit erheblich schneller ist als bei uns, weil die täglichen Ausgaben Englands, das auch für seine Verbindeten mitzahlen muß, die unserigen noch weit übersteigen. Und es ist vor allem immer wieder zu betonen, daß England die Aufbringung der Kriegskosten sehr viel schwerer hat als wir. Denn wir bezahlen die Kosten des Krieges in erster Linie mit unserer täglichen Arbeit in der Fabrik und auf dem Acker, und daneben verbrauchen wir die Vorräte, die wir im Lande haben. England aber kann das nicht. Seine Volkszahl ist zu klein, um die Herstellung aller ungeheuren Warenmengen, die die Kriegführung erfordert, selbst ganz leisten zu können. England kann den Krieg nicht allein durch Arbeit führen, es muß in ungeheurer und ständig wachsendem Maße die Notwendigkeiten des Krieges und des heimischen Lebens zu riesigen Preisen im Auslande, vor allem in Amerika kaufen. Und das besagt: England verarmt durch den Krieg ungeheuer viel schneller und ungeheuer viel stärker als wir, weil es viel mehr vom Kapital und viel weniger von der Arbeit zehrt. Der Krieg ist eine furchtbare Verwüstung an Kapital, das zeigt auch die neue Kreditforderung des Reichschahssekretärs. Aber so lange wir im Kriege sind, dürfen wir nicht daran denken, sondern nur an das andere: daß wir auch für die Leistung dieser finanziellen Kriegskosten stärker als unsere Gegner sind.

Dernburg in Wien.

Drahtmeldung.

Wien, 10. Dezember.

Im großen Musikvereinsaal, der bis auf das letzte Plätzchen von einem vornehmen Publikum dicht gefüllt war, unter dem man u. a. den deutschen Botschafter von Tschirschky mit dem Personal der Botschaft, den bayerischen Gesandten Freiherrn von Zucher, Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh mit mehreren Ministern und Vertretern der Bankreise, der Industrie usw. bemerkte, hielt heute abend Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg einen Vortrag unter dem Titel: „Von meinen wirtschaftspolitischen Erfahrungen.“ An die Spitze seiner Ausführungen stellte der Vortragende das Axiom, das sich auch wieder in diesem Kriege bereits bewährt habe und in der Folge noch mehr bewahrheiten werde, von der immanenten Gerechtigkeit aller Geschhnisse und der unerbittlichen Folgerichtigkeit aller Geschhnisse des Ganges der Geschichte. Nachdem er kurz diesen Satz auf die gegenwärtigen Vorgänge in Serbien angewendet hatte, ging er zum eigentlichen Thema, das seinen kolonialen Erfahrungen entnommen war, über.

Eine erfolgreiche Kolonisation beruhe auf einem ethischen Verhältnis, welches allein die Anwendung von Macht gegenüber untergeordneten Rassen rechtfertigt. Im Interesse seiner Tätigkeit müsse der Weiße unerbittlich auf sein Ansehen gegenüber der schwarzen Rasse halten, soweit er auch sonst eine freie Entwicklung zu gestatten habe. Dieses Prestige der weißen Rasse aufrecht zu erhalten, seien alle kolonisierenden Völker in gleicher Weise einander verbunden und interessiert. England und mit ihm Frankreich hätten diesen Grundsatz im Kriege auf das gröslichste verletzt und dadurch den Pfeiler erschüttert, auf dem nicht nur ihre eigene, sondern auch die koloniale Macht aller Nationen beruhe. Das werde zu unerhörten Forderungen, großen Unruhen und zu einer noch kostspieligeren Machtentfaltung nach diesem Kriege führen, und der Bruch der guten Tradition der Engländer wird vermutlich ihr Kolonialreich in der gegenwärtigen Form vernichten.

Dieser Verrat an der Tradition der weißen Rasse werde auch von sehr schwerwiegendem Einfluß auf die englische Seehererschaft sein, und da diese außerdem jetzt nicht nur von den Mittelmächten, sondern auch von allen Neutralen bekämpft werde, ja selbst bei den Verbündeten Englands ihre Gegner finde, so sei es wahrscheinlich, daß mit dem englischen Kolonialreich auch die englische Seehererschaft zu Brüche gehen werde.

Sodann zog der Vortragende einen Vergleich zwischen der überseeischen Entwicklung Deutschlands und der kolonialen Entwicklung Oesterreichs, wobei er die Entwicklung der österreichisch-ungarischen Landwirtschaft und Industrie in der Richtung der in Deutschland bestehenden intensiven Arbeitsleistung voraussetzt, und als wichtigsten Behelf die Entwicklung von Verkehrswegen, insbesondere eines mitteleuropäischen Kanalsystems, anregt.

Der Vortragende kam hierauf auf seine Tätigkeit in Amerika zu sprechen, und sprach in Anerkennung der schwierigen Lage, in der sich die Amerikaner teutonischer und österreichisch-ungarischer Abstammung befinden, den Dank für ihren Opfermut aus. Staatssekretär Dr. Dernburg wies auf das schöne Resultat der Sammlungstätigkeit hin, an der er zusammen mit Dr. Dumba beteiligt gewesen sei, und die bisher über zwölf Millionen Kronen erbracht hätte. Er schloß mit der Ueberzeugung, die Kulturgemeinschaft der Völker deutscher Zunge und ihre Ideale verdienen, daß sich andere Völker an sie anschließen. Man dürfe nach göttlichem und menschlichem Rechte erwarten, daß der unbeugsame Entschluß, im gegenwärtigen Kriege zu siegen, mit einem vollen Erfolge gekrönt sein werde.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Er fand zugunsten des Kriegshilfskomitees statt, das seit Kriegsbeginn in umfassender Weise sich der Familien der aus Oesterreich in das deutsche Heer Eingekerkerten und der deutschen verwundeten Soldaten, die in österreichischen Spitälern untergebracht sind, angenommen hat.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Dezember.

Anfragen Siebknechts.

Abg. Dr. Siebknecht (Sozialdemokrat) stellte in der heutigen Sitzung des Reichstages zunächst unter großer Unruhe des Hauses eine Reihe kleiner Anfragen. Auf die Frage, ob die Regierung bereit sei, unter Verzicht auf Annexionen aller Art in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten, erklärte

Staatssekretär v. Jagow, er müsse es unter Hinweis auf die Verhandlungen vom 9. d. ablehnen, eine Antwort zu geben.

Auf die Frage, ob die Regierung bereit sei, die Dokumente über die Entstehung des Weltkrieges dem Reichstage vorzulegen und für die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission einzutreten, erwiderte

Staatssekretär v. Jagow: Das erforderliche Material zur Beurteilung der Entstehung des Weltkrieges und der Neutralitätsfragen ist bereits veröffentlicht. Die Regierung beabsichtigt auch ferner, Veröffentlichungen über diplomatische Verhandlungen vorzunehmen, sofern dies zur Aufklärung der Öffentlichkeit erforderlich erscheint. Für die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission einzutreten, ist die Regierung nicht gewillt. Die Verantwortlichkeit und die Sühnetreffen nur unsere Gegner. (Beifall.)

Auf die Frage, ob die Regierung bereit sei, die auswärtige Politik unter die Kontrolle der Öffentlichkeit zu stellen und einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Entscheidung über Krieg und Frieden der Öffentlichkeit überträgt, erwiderte

Staatssekretär v. Jagow: Die Regierung ist nicht bereit, der Forderung zu entsprechen.

Die Beantwortung weiterer Anfragen über Maßnahmen gegen die Not des Volkes sowie über die Neuorientierung der inneren Politik wird von der Regierung abgelehnt.

Nach jeder Anfrage wollte Abg. Dr. Siebknecht noch Ergänzungen vorbringen, wobei es zu Kontroversen mit dem Präsidenten kam. Das Haus nahm die Anfragen mit Heiterkeit auf.

Staatssekretär v. Helfferich über den Zehn-Milliarden-Kredit.

Das Haus ging sodann zur ersten Lesung des neuen Zehn-Milliardenkredits über.

Staatssekretär des Reichsschatzamt v. Helfferich führte aus, die Begründung des Nachtragskredits ist einfach und zwingend: Die Sicherung unseres Bestandes als Volk und Reich muß unseren Feinden noch abgerungen werden, unseren Feinden, die nach mehr als 16 Monaten militärischer Fehlschläge und Niederlagen immer noch von der Zerschmetterung oder Verkrüppelung Deutschlands phantasieren. Der Krieg, so hart und grausam er ist, muß und wird weitergeführt werden, auf jede Gefahr und um den Preis jeden Opfers, bis die Sicherung der Zukunft von Volk und Reich erkämpft sein wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die angeforderten Kredite sollen uns die finanzielle Bewegungsfreiheit geben, die wir brauchen für die Weiterführung dieses Daseinskampfes. Ihre Zustimmung wird der Welt aufs neue beweisen, daß unser Entschluß zum siegreichen Durchhalten unerschütterlich ist und daß alle Rechnung auf Schwäche und Zwietracht, auf Ermüdung und Hunger eine falsche Rechnung ist und bleibt. (Erneute Zustimmung.)

Redner hebt sodann hervor, daß trotz der Erweiterung des Kriegsschauplatzes, trotz der Aufstellung immer neuer Formationen und trotz der immer noch steigenden Anstrengungen zum Ersatz der Verstärkung des Kriegsmaterials es gelungen ist, das Anschwellen der monatlichen Kriegsausgaben, die ungefähr zwei Milliarden betragen, in verhältnismäßig engen Grenzen zu halten. Doch habe die Sparsamkeit ihre Grenzen in der Rücksicht auf die braven Truppen. Die bisher begebenen drei Kriegsanleihen belaufen sich zusammen auf rund 25,5 Milliarden Mark gegenüber einer Kreditbewilligung von 30 Milliarden Mark. Nicht in Anleiheform begeben ist also von den bewilligten Kriegskrediten noch der Betrag von rund 4,5 Milliarden Mark. Davon ist ein Teil bereits in kurzfristigen Schatzanweisungen realisiert, der Rest wird zunächst in der gleichen Weise begeben werden, ebenso derjenige Teil des neuen Kredits, der bis zur Ausgabe der nächsten Kriegsanleihe noch gebraucht werden wird. Die letzte Anleihe vom September mit dem Ertrag von mehr als 12 Milliarden Mark hat uns nicht nur die Konsolidierung der bis dahin ausgegebenen Schatzanweisungen ermöglicht, sondern darüber hinaus neues Geld gebracht. Wir verdanken es diesem großen Erfolg, daß wir mit der nächsten Anleihe in aller Ruhe bis März warten und bis dahin ohne Schwierigkeit ebenso wie im letzten Frühjahr mit der Begebung von Schatzscheinen werden auskommen können.

An der erschütternden Größe der Belastung der Allgemeinheit mag der einzelne erweisen, welche Opfer er auf sich zu nehmen hat, jetzt und späterhin, um seine Pflicht als Staatsbürger zu erfüllen und um durch die Hergabe von Geld und Gut und — soweit es sein muß — durch Einschränkung und Entbehrung für seinen Teil dem Vaterland zu dienen. Wenn unserem Volke das Pflichtbewußtsein und der Opferwille erhalten bleiben, die stets den deutschen Mann und die deutsche Frau in ernstesten Zeiten ausgezeichnet haben, dann brauchen wir am guten Ende nicht zu zweifeln. Das bisher Geleistete ist die beste Gewähr dafür. Die Welt der Feinde hat sich überzeugen müssen, daß auf dem Felde der Kriegsfinanzen die Kraft und der Wille nirgends so in Einklang stehen wie bei uns. Der kategorische Imperativ der Staatsbürgerpflicht und der Vaterlandsliebe ist es, der in den Milliarden triumphiert.

Redner hält sich für verpflichtet, allen zu danken, die das Ihrige zu dem großen Erfolge beigetragen haben, allen, die verbend und gebend sich in den Dienst der großen Sache gestellt haben. Was erreicht wurde, das ist in der Tat eine Vollsanleihe, die England machen wollte, aber nicht machen konnte.

Von Prof. Dr. K. K. K.

Redner gibt der Erwartung Ausdruck, daß auch der nächste Ruf an die deutsche Sparrkraft den erwünschten notwendigen Erfolg haben wird. Er legt sodann eingehend die kriegsfinanziellen Verhältnisse in ihrer Gesamtheit dar. Im August betragen die täglichen Gesamtkosten des Krieges nahezu 300 Millionen, jetzt 320 bis 330 Millionen, hievon entfällt etwas weniger als zwei Drittel auf die Feinde. England mit einem Tagesbedarf von etwa 100 Millionen überholte uns endgiltig. Bei dem Vergleiche des Aufwandes mit dem Erfolg wird man finden, daß nicht nur auf dem Felde der Schlachten, sondern auch auf dem Gebiete des Geldes mächtigere Faktoren entscheiden, als die bloße Zahl. Was die Aufbringung der Mittel betrifft, konnten Deutschland und Oesterreich-Ungarn den größten Teil ihres Kriegsgeldbedarfes durch langfristige Anleihen decken. Von den Gegnern gelang dies bisher nur England, aber nicht entfernt in dem gleichen Maße. Ein zweiter Unterschied sei, daß Deutschland bisher den Geldbedarf für sich und seine Verbündeten so gut wie ausschließlich im eigenen Lande aus den unerschöpflichen Brunnen der heimischen Arbeit schöpfte, während die Feinde genötigt waren, in großem Umfange auf die Geldquellen des Auslandes zurückzugreifen. Redner legt sodann eingehend die fortgesetzte Verschlechterung der Bedingungen der Geldbeschaffung in England und Frankreich dar.

Deutschland und England.

Staatssekretär v. Helfferich weist fortfahrend darauf hin, wie das Geld ein anderes Ding für England als für Deutschland ist. Für England sind Macht und Geld untrennbare Begriffe. Unsere braven Truppen zwangen aber England, nicht nur britisches Geld, sondern auch britisches Blut einzusetzen. Der Zwang, eine starke Armee aufzustellen, hat wiederum die Wirkung gehabt, die eigenen Kriegskosten Englands nahezu ins Ungemessene zu erhöhen, und die englischen Finanzen und die

englische Wirtschaft in eine Lage zu bringen, die von den britischen Staatsmännern selbst fortgesetzt als äußerst ernst bezeichnet wird. Das leichte Wort von der letzten Milliarde, mit der England den Krieg entscheiden wird, ist zu Anfang des Krieges gefallen. Jetzt spricht Asquith vor englischen Arbeitern vom Letzten Penny, bis zu dem sie kämpfen müßten, und Bonar Law hat kürzlich im Unterhause sogar von einem Staatsbankrott gesprochen, den man im äußersten Falle riskieren müsse, um den Krieg zu gewinnen. Wir wollen uns in aller Ruhe und Nüchternheit Rechenschaft davon geben, daß mit der englischen Finanz- und Wirtschaftsmacht die Grundlagen des englischen Weltreiches ins Wanken geraten. Ich möchte das britische Weltreich mit dem großen Sonnensystem vergleichen, in dem der zentrale Stern durch die Wucht seiner Masse eine Schar Planeten im Kreise bannt. So ist Englands gewaltige wirtschaftliche und finanzielle Ueberlegenheit bisher ein wesentliches Stück Schwerkraft, die das große Weltreich zusammenhält. Verliert die Sonne ein wesentliches Stück ihrer Substanz, so zerfliehet das ganze Planetensystem im Weltraum. Deutschland steht zum Gelde anders. Wir können vertragen, ärmer zu werden, bleiben aber doch, was wir sind. Ein verarmtes England heißt: Finis Britanniae.

Wir haben einen dreißigjährigen Krieg, haben den napoleonischen Krieg überstanden; wir sind ausgezogen und ausgeplündert worden, aber wir haben uns immer wieder in unermüdetlicher Lebenskraft zu zähem Schaffen emporgearbeitet. Man hat uns zer schlagen, zerstückelt, aber wir sind wieder zusammengewachsen. Wenn aber das britische Weltreich erst einmal in Brüche gegangen ist, dann wird es in Jahrtausenden nicht wieder auferstehen. Und dieses England spricht das frevelhafte Wort vom Erschöpfungskrieg! Dieses England will von den Waffen, mit denen es uns nicht zu übermächtigen vernag, mit denen es sich bis in die jüngste Zeit schwere Mißerfolge holte, an den Hunger und den Bankrott appellieren! Der Appell wird versagen. Wir wissen, daß wir das Nötige zum Leben und zum Kämpfen haben und haben werden. Wir wissen, daß trotz aller Absperrung Brot, Kartoffeln und andere wichtige Dinge bei uns billiger sind als in England und Frankreich, die über die offene See verfügen, und der Feind soll wissen, daß wir auf jeden Ueberfluß verzichten, daß wir, wenn es nötig ist, lieber jede Not ertragen, als Feindes Gebot. (Lebhaftes Bravo.)

Felsenfest — Mene, tekell . . .

Er soll aber auch wissen, daß uns außerdem nach wie vor unser scharfes Schwert zur Verfügung steht und ungebrochener Kampfesmut und Siegeszuversicht. (Bravo.) Die deutsche Eisenfaust, die jetzt mit wuchtigem Schläge das Eiserne Tor gesprengt und über den serbischen Basallen und Torwächter hinweg sich eine breite Bahn nach dem Osten geöffnet hat, ist bereit, wenn es die Feinde wollen, von neuem auszuholen. (Erneutes Bravo.) Die Verantwortung allerdings für das Blut, das dann weiterhin fließt, für all die Not, die weiter über die Welt kommt, und für die schwere Gefahr, die unsere gesamte europäische Kultur bedroht, diese Verantwortung fällt nicht auf Deutschland, sie fällt auf jene, die sich nicht entschließen können, aus unseren Waffenerfolgen, die uns keine Welt mehr streitig machen kann, die Folgerung zu ziehen, und das Recht auf Sicherung unserer Zukunft zuzugestehen, die in törichtem verbrecherischem Wahn heute noch von unserer Zerschmetterung und Zerstückelung reden und vom Erschöpfungskrieg, der sie ans Ziel bringen soll. Erschöpfungskrieg! Wir stehen fest, wie ein gewachsener Fels im heimischen Boden. An den goldenen Pfeilern des britischen Weltreiches aber leuchtet in Flammenschrift, wie an Belsazars Palast: Mene, tekell, upharsin. (Wiederholter lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Die finanzielle Kriegslage.

* In dem augenblicklichen Weltkrieg hat nicht nur die militärische, sondern auch die finanzielle Kraftentfaltung neue, bisher nie geahnte Dimensionen angenommen. Einen Maßstab für die finanzielle Befassung liefern die Ziffern, die über die Kriegskosten der einzelnen kriegsführenden Staaten vorliegen. Staatssekretär Dr. Helfferich hat uns in seiner Rede vom 14. Dezember zur Begründung des neuen Kriegskredits von 10 Milliarden Mark mitgeteilt, daß er die täglichen Gesamtkosten des Krieges jetzt auf 320 bis 330 Millionen Mark schätzt, was einer Summe von 10 Milliarden Mark monatlich und einer solchen von 120 Milliarden Mark jährlich entsprechen würde. Um einen Begriff von der Höhe dieser Summe zu geben, fügte Dr. Helfferich noch erläuternd hinzu, daß die jährlichen Kriegskosten damit etwa der Hälfte des Betrages gleichkommen, auf den das gesamte öffentliche und private Volksvermögen Frankreichs vor dem Kriege beziffert wurde.

Wie verteilt sich nun diese gewaltige Ziffer auf die kriegsführenden Parteien? Nach Helfferich entfallen von den 120 Milliarden Mark zwei Drittel auf unsere Feinde, ein Drittel auf uns und unsere Verbündeten. An der Spitze steht England mit einem Tagesbedarf von 100 Millionen Mark.

Die Haupt Sorge bleibt für alle am Kriege beteiligten Staaten natürlich die Deckung der Kriegskosten. Hier konnte nun Dr. Helfferich mit berechtigtem Stolz darauf hinweisen, daß Deutschland und sein österreichisch-ungarischer Bundesgenosse den größten Teil ihres Kriegsgeldbedarfs durch langfristige Anleihen haben decken können, was sonst nur noch England, wenn auch in bescheidenerem Maße, gelungen ist. Während unsere Gegner die Notenpresse arbeiten ließen, um sich Geld zu verschaffen, das stolze England und das reiche Frankreich es sogar nicht verschmähten, amerikanische Unterstützung in Anspruch zu nehmen, hat das Deutsche Reich seine Kriegskosten ausschließlich im Inlande durch den Opfermut seiner sparsamen Bevölkerung decken können. Freilich haben ja auch die im neutralen Auslande lebenden Deutschen nach Kräften zu dem glänzenden Erfolge der deutschen Kriegsanleihen beigetragen, und Dr. Helfferich hat jedem Vaterlandsfreunde aus dem Herzen gesprochen, als er vom Bundesratsstische aus besonders den Deutsch-Amerikanern öffentlich herzliche Worte des Dankes dafür aussprach, daß sie bei der englisch-französischen Anleihe der Morgan und Genossen abseits standen, aber freudig zu den deutschen Kriegsanleihen beigetragen haben. Diese Dankesworte unseres Reichsschatzsekretärs werden jenseits des Ozeans ihr Echo finden und dürfen dort nicht allein bei unseren Stammesbrüdern Eindruck machen. Nachdem man erst jüngst in den Vereinigten Staaten den Versuch gemacht hat, die Deutsch-Amerikaner gewissermaßen als Staatsbürger zweiter Klasse hinzustellen, gewinnt der Dankesgruß aus dem Munde unseres Reichsschatzsekretärs eine um so größere Bedeutung.

Nachdem wir bereits in unserer Morgenausgabe vom 14. Dezember aus der dem Reichstag zugegangenen neuen Anleihe-Denkschrift die wichtigsten Ziffern wiedergegeben und in unserem Handelsblatt über den Stand der Reichsfinanzen wiederholt berichtet haben, erübrigt es sich hier, auf die diesbezüglichen Auslassungen Dr. Helfferichs nochmals näher einzugehen. Hervorgehoben zu werden verdient, daß der neue Kredit von 10 Milliarden Mark vor dem Monat März nächsten Jahres nicht flüssig gemacht zu werden braucht, daß also eine neue Kriegsanleihe vor diesem Zeitpunkt nicht zur Ausgabe gelangt, daß vielmehr das Reich seinen Geldbedarf bis dahin durch die Begebung von Schatzanweisungen zu decken in der Lage ist. Wenn letzteres dem Reiche ermöglicht wird, so ist dies der glänzenden Lage der Reichsbank zu verdanken, die, wie Dr. Helfferich betonte, augenblicklich günstiger dasteht als die Zentralbank irgendeines der kriegsführenden Länder.

Unsere finanzielle Kriegslage läßt also nach keiner Richtung etwas zu wünschen übrig, so daß die Hoffnung berechtigt ist, daß auch die im März 1916 kommende neue Kriegsanleihe dank dem Pflichtbewußtsein und dem Opferwillen des deutschen Sparkapitals einen ebenso bestriedigenden Erfolg aufzuweisen haben wird wie ihre Vorgängerinnen. Nachdem uns unsere Gegner schon wiederholt finanziell totgesagt haben, ist uns ja das Unrecht darauf gegeben, noch recht lange unsere finanzielle Bewegungsfreiheit zu besitzen. Der sich stetig vermehrende Einlagebestand unserer Sparkassen, die beständig wachsenden Einzahlungen von Depostengeldern bei den Großbanken, die geringe Inanspruchnahme der Darlehnskassen und sonstigen Kriegskreditkassen beweisen, daß die Quellen, aus denen das Reich bisher die Mittel zur Kriegführung geschöpft hat, nicht versiegt sind. Was der Präsident des deutschen Reichstages am 2. Dezember 1914 treffend in einem Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Lage Deutschlands sagte: „Fest auf seinen Schultern trägt das deutsche Volk das Gebäude seiner Volkswirtschaft,“ das gilt heute nach einer Kriegsdauer von beinahe 16 Monaten mehr denn je. Und wenn wir dann im Frühling des nächsten Jahres nach Abschluß der Zeichnung auf die neue Kriegsanleihe wieder auf einen glänzenden Erfolg werden zurückblicken können, dann soll uns nicht die erreichte Ziffer stolz machen, aber das Bewußtsein soll uns Freude bereiten, daß diese Ziffer durch den neuen Opferwillen des gesamten Volkes erreicht wurde. Auch auf dem Gebiete des Geldes entscheiden mächtigere Faktoren als die bloßen Zahlen.

* * *

Die Bilanzergebnisse in Ungarn.

Für das Jahr 1915.

Die Besprechungen zwischen dem ungarischen Finanzministerium und den Vertretern der großen Banken in betreff der Bilanzen und Dividenden pro 1915 haben zu dem Ergebnis geführt, daß die ungarische Regierung jene Vorbehalte, die sie im Vorjahre machte, in diesem Jahre fallen läßt. Im Vorjahre wünschte die Regierung bekanntlich eine Bilanzierung mit Berücksichtigung der Kurse des letzten offiziellen Börsenverkehrs und eine Reduktion der üblichen Dividenden auch bei solchen Aktiengesellschaften, die in der Lage gewesen wären, eine Normaldividende zu bezahlen. Diesmal will das Finanzministerium keinerlei Ingerenz auf Bilanzen und Dividenden ausüben, weil fast alle Banken in Budapest und auch die allermeisten in der Provinz auf ein glänzendes Geschäftsjahr zurückblicken können.

Die publizierten Halbjahresbilanzen der Großbanken zeigten bereits bessere Ergebnisse als im letzten Friedensjahr, doch hat die zweite Hälfte 1915 noch günstigere Resultate gebracht, so zwar, daß bei der rigorosesten Bilanzierung die großen Budapest-Banken die gleiche Dividende wie pro 1913 bezahlen können. In Finanzkreisen gilt es als sicher, daß die Ungarische Allgemeine Kreditbank, die Bester Ungarische Kommerzialbank, die Bester Vaterländische Sparkasse und die Erste Ungarische Asseluranz ungefähr die gleiche Dividende wie pro 1913 für das laufende Jahr 1915 zur Ausschüttung gelangen lassen werden, und dort

wo eine Abweichung stattfinden sollte, dürfte sie sich nur nach oben hin bewegen.

Auch die meisten Industrieunternehmungen (diejenigen, die in den Kreis der Bantätigkeit fallen, ausgenommen) haben ein sehr gutes Jahr, und demzufolge werden auch diese wieder zu den Normaldividenden zurückkehren können. Die Textilunternehmungen und Waffen- und Munitionsfabriken dürften sogar außergewöhnlich hohe Dividenden ihren Aktionären zur Verfügung stellen. Eine Verlautbarung der großen ungarischen Aktienunternehmungen über die approximativen Dividenden soll gegen Ende dieses Monats erfolgen.

Finanzausschuß des Magnatenhauses.

B. Budapest, 16. Dezember. Die Ausschüsse des Magnatenhauses hielten heute nachmittags Beratungen ab, deren Gegenstand die vom Abgeordnetenhaus genehmigten Gesetzentwürfe bildeten.

In der Sitzung des Finanzausschusses ergriff bei Verhandlung der Indemnitätsvorlage auch Finanzminister Dr. Telejky das Wort, um auf verschiedene Bemerkungen zu reflektieren. Bezüglich des Disagios erklärte der Minister, daß er darin keineswegs ein Zeichen des Mißtrauens zu erblicken vermag. Die Frage des Agios und des Geldwertes müsse von ganz anderen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Diesbezüglich sei der schwerwiegendste Faktor der, daß wir einerseits keinen Wertpapier-Export besitzen, andererseits die Geldsendungen der ausgewanderten Söhne Ungarns eingestellt wurden. Wirtschaftlich verzehrt der Krieg im allgemeinen die mobilen Kapitalien, was in ärmeren Ländern schneller vor sich geht. Deshalb sei bei uns das Agio größer als in anderen Ländern. Wenn dies auch kein angenehmes Symptom sei, gebe es zu Befürchtungen doch keinen Anlaß. Abhilfe könne erst nach Beendigung des Krieges geschaffen werden. In dieser Hinsicht müsse jedoch das Hauptgewicht nicht auf die Erhöhung der Produktion, sondern auf die Verbesserung des Gleichgewichtes zwischen Produktion und Konsum gelegt werden.

Ministerpräsident Graf Tisza

ergriff gleichfalls das Wort, um die vorgebrachten staatsrechtlichen Bedenken zu beantworten, daß das Magnatenhaus in irgend einer Hinsicht in seiner Kritik dadurch beeinträchtigt werde, daß die Indemnitätsvorlage auch auf andere Gesetze bezügliche Verfügungen beinhalte. Das englische Beispiel sei in diesem Falle nicht anwendbar, denn das Magnatenhaus vermöge hinsichtlich der in der Budgetvorlage enthaltenen Verfügungen ganz frei Stellung zu nehmen. In der

Valutafrage

verweist der Ministerpräsident darauf, daß auch andere Staaten gegen die Schwierigkeiten des Disagios anzukämpfen haben, auch solche wie Deutschland und Frankreich, wo vor kaum einigen Jahren niemand an solche Schwierigkeiten gedacht hätte. Die Gründe seien ausschließlich wirtschaftliche und unabhängig vom Gesichtspunkte des Vertrauens oder Mißtrauens.

Sehr erfreulich finde der Ministerpräsident die Mitarbeit sämtlicher gesellschaftlicher Faktoren mit der Regierung.

Die ungarische Regierung lege das größte Gewicht darauf, daß die nach dem Kriege zu lösenden Probleme Arm in Arm mit Organen des praktischen Lebens gelöst werden. Es wäre nur wünschenswert, wenn die aus diesen Kreisen stammenden Ansichten sich nicht nur in Allgemeinheiten bewegen, sondern womöglich konkrete Daten und direkte Fingerzeige zur Lösung der Fragen liefern würden.

Sämtliche vor die Ausschüsse des Magnatenhauses gelangten Gesetzentwürfe wurden sowohl im allgemeinen als auch in den Details angenommen.

Reichsbankausweis vom 15. Dezember.

Aktiva (in 1000 M)	1915	1914	1913	1912
Metallbestand	2 474 971	2 096 914	1 485 595	1 037 897
davon Gold	2 437 768	2 051 999	1 208 722	765 428
Kassenscheine	320 361	627 570	62 020	22 704
Noten ander. Bank.	19 034	16 067	28 307	25 269
Wechsel u. Schecks	5 275 435	3 070 950	870 687	1 506 071
Lombardforderung.	14 643	64 268	77 449	83 158
Effekten	30 323	295 086	210 581	40 056
Sonstige Aktiva	299 800	228 614	220 509	217 017
Passiva (in 1000 M)				
Grundkapital	180 000	180 000	180 000	180 000
Reservefonds	80 550	74 479	70 048	66 937
Notenumlauf	6 099 781	4 275 316	1 929 484	1 939 110
Sonstige tägl. fällige Verbindlichkeit.	1 765 726	1 714 293	697 184	678 484
Sonstige Passiva	308 510	155 381	78 432	67 641

Im Vergleich zum vorhergehenden Ausweis haben in der letzten Novemberwoche zu (+) oder abgenommen (-):

(in 1000 M)	1915	1914	1913	1912
Metallbestand	+ 2 853	+ 36 290	+ 8 467	+ 9 811
davon Gold	+ 1 571	+ 33 068	+ 7 371	+ 17 544
Kassenscheine	- 141 312	- 63 720	- 918	- 723
Noten and. Banken	+ 3 583	+ 3 566	+ 8 450	+ 5 789
Wechsel u. Schecks	+ 283 511	+ 34 983	+ 21 569	+ 85 817
Lombard	+ 1 062	+ 18 909	+ 15 511	+ 9 854
Effekten	- 2 360	+ 268 592	- 15 428	+ 11 437
Sonstige Aktiva	+ 22 570	+ 137	+ 15 976	- 8 429
Notenumlauf	+ 58 891	+ 45 388	- 22 378	- 17 050
Giroguthaben	+ 98 457	+ 229 743	+ 75 542	+ 108 019
Sonst. Passiva	+ 12 559	+ 23 626	+ 463	+ 2 379

Gesamtstatus - 193 767 - 69 252 + 38 377 + 31 427
Bankdiskont 5 pCt. 6 pCt. 5½ pCt. 6 pCt.

Notendeckung durch Metall und Reichskassen- und (seit dem 7. August 1914) Darlehnskassenscheine, auch durch Noten anderer Banken (in pCt.):

1915				1914			
23. Nov.	30. Nov.	7. Dez.	15. Dez.	30. Nov.	7. Dez.	15. Dez.	23. Dez.
53,00	52,51	48,82	46,14	66,23	65,13	63,81	65,18

Die Entwicklung des Status der Reichsbank wurde in der Berichtswoche zum Teil durch dieselben Momente beeinflusst, die wir in der vorangegangenen Woche erwähnt hatten. Insbesondere kommt in Betracht die verstärkte Nachfrage nach Zahlungsmitteln, die auf die Vorbereitungen zum Weihnachtsfest, ferner aber auch auf die Erfordernisse des 15. Dezember als Kuponeinlösungstermin zurückzuführen ist.

Betrachten wir den Ausweis im einzelnen, so ergibt sich folgendes: Der Goldbestand hat trotz erheblicher anderweitiger Verfügungen um 1,5 auf 2437,7 Millionen M zugenommen. Auch der Silberbestand hat sich erhöht, und zwar von 35,9 auf 37,2 Millionen M. Eine sehr beträchtliche Entlastung haben die Darlehnskassen in der abgelaufenen Woche erfahren. Die von ihnen ausgeliehenen Beträge haben sich um 128,1 auf 1318,9 Millionen M - zum Teil infolge Abnahme der Kriegsanleihen - vermindert. Die Rückwirkung der Entlastung der Darlehnskassen ist für die Reichsbank eine Abnahme ihres Bestandes an Darlehnskassenscheinen. Diese geht noch über den Betrag hinaus, der den Darlehnskassen zurückgegeben war. Insgesamt haben sich nämlich die im Besitz der Reichsbank befindlichen Darlehnskassenscheine um 140,7 auf 274,4 Millionen M verringert, wobei zu berücksichtigen ist, daß 12,6 Millionen M in den Verkehr gesetzt werden mußten. Der Bestand an Reichskassenscheinen, der sich am 7. Dezember auf 46,6 Millionen M belief, beträgt jetzt 45,9 Millionen M.

Die Kapitalanlage der Reichsbank hat um 282,2 auf 5320,4 Millionen M zugenommen und die bankmäßige Deckung allein um 283,5 Millionen M auf 5275,4 Millionen M. Zur richtigen Beurteilung dieser Zunahme muß man einerseits die oben erwähnte Entlastung der Darlehnskassen um 128,1 Millionen M in Betracht ziehen und ferner die Erhöhung der der Reichsbank anvertrauten fremden Gelder um 98,4 auf 1765,7 Millionen M.

Die letzterwähnte Feststellung zeigt, daß ein großer Teil der der Reichsbank entnommenen Beträge auf Girokonto eingezahlt worden ist, ein Beweis dafür, daß die Entnahmen Vorkehrungen für noch in Aussicht stehende Erfordernisse darstellen.

Der schon erwähnte verstärkte Bedarf an Zahlungsmitteln kommt besonders in einer Erhöhung des Notenumlaufs um 58,9 auf 6099,8 Millionen M zum Ausdruck. Bei der Aufwärtsbewegung, die die Notenzirkulation, wenn auch unter Schwankungen, zeigt, muß man die großen Erfordernisse für die okkupierten Gebiete und für die Löhnung der Truppen berücksichtigen. Der Umlauf an kleinen Noten hat in der abgelaufenen Woche um 3,2 auf 2567,5 Millionen M zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold weist mit 40 Prozent gegen 40,3 pCt. in der Vorwoche eine kleine Abnahme auf; ebenso die Metalldeckung der Noten, die jetzt sich mit 40,6 pCt. berechnet gegen 40,9 pCt. Die Deckung der sämtlich täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold ist durch die an sich erfreuliche Erhöhung der fremden Gelder beeinflusst; die Deckung beläuft sich auf 31 pCt. gegen 31,6 pCt.

Zur Wiederaufnahme des Börseverkehrs.

Gestern hat eine Sitzung des Komitees stattgefunden, das mit den Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Börseverkehrs betraut worden ist. Wie wir hören, wurden in der gestrigen Sitzung detaillierte Vorschläge ausgearbeitet, die am Montag dem Finanzminister Dr. Karl Ritter v. Leih unterbreitet werden sollen.

Die Richtlinien für die Beschlüsse der Börsekammer sind durch die Erklärungen des Finanzministers Dr. Ritter v. Leih an die Abordnung der Kammer gegeben. Der Finanzminister hat bekanntlich betont, daß er der Wiederaufnahme des Börseverkehrs in beschränktem Umfange sympathisch gegenüberstehe, unter der Voraussetzung, daß alle Sicherheiten geschaffen werden, die den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse Rechnung tragen, und daß alles vermieden werde, was Uebertreibungen der Spekulation hervorrufen könnte. Und aus dem Memorandum, das die Kammer dem Minister überreichte, war ersichtlich, daß auch sie sich ihrer Verantwortung als autonome Behörde vollkommen bewußt ist und bei Wiederaufnahme eines geregelten Börseverkehrs mit aller Vorsicht und Bedachtsamkeit vorgehen will. Gestern zeigte sich nun überraschenderweise in finanziellen Kreisen Verstimmung darüber, als durchsickerte, daß die Börsekammer sich auf bestimmte Vorschläge geeinigt habe, die eben die wiederholt erörterten Gesichtspunkte berücksichtigten. Wie verlautet, sollen Wertpapiergeschäfte nur gegen entsprechend hohe Deckung — man spricht von einer fünfzigprozentigen Deckung — möglich sein und auch die Bestimmungen über die Gewährung von Reportkrediten sollen einschneidender Natur sein.

19./XII. 1915

Die Gemeindefinanzen in Bayern.

Man schreibt uns: Zum zweiten Male sind die Gemeindeverwaltungen vor die nicht leichte Aufgabe gestellt, einen Kriegsetat aufzustellen. In richtiger Erkennung der Lage, in der sich während des Krieges die Gemeinden hinsichtlich ihrer Finanzen infolge der vielartigen Kriegseinkünfte befinden, ist ihnen eine Reihe von Erleichterungen für die Stataufstellung eingeräumt. Erfreulicherweise wurde von diesen, so viel bekannt, für das laufende Etatsjahr nur in bringendem Falle und nur in geringem Umfange Gebrauch gemacht. Wie auf allen sonstigen wirtschaftlichen Gebieten haben die Gemeindeverwaltungen, besonders die Städte, auch auf dem finanziellen Gebiete durch weise Sparsamkeit — ohne engherzig zu sein — tapfer mitgearbeitet unter der Losung: Durchhalten! Tatsächlich haben sich auch die finanziellen Verhältnisse nicht so schwierig gezeigt, wie vielleicht im vorigen Jahre von manchen ängstlichen Gemütern gefürchtet worden war. Das Staatssteuer-Soll zeigte im großen und ganzen keine wesentliche Veränderung. Der Eingang der Umlagen vollzog sich glatt und ohne Schwierigkeit. Die einzelnen Gebührenansätze, wie Besitzveränderungsgebühr, Lustbarkeitssteuer u. a., zeigen wohl wie natürlich eine kleine Minderung. Die Ergebnisse aus den Werken blieben im wesentlichen gleich, wenn auch die Beschaffung der Betriebsmittel etwas erschwert war. Was auf der einen Seite entfiel, wurde auf der anderen Seite ergänzt. Wie solid die Finanzen in den unmittelbaren Städten des rechtsrheinischen Bayern fundiert sind, ergibt die Tatsache, daß trotz des Krieges von 43 Städten 25, also mehr als die Hälfte, die gleichen Umlagensätze wie in den Jahren 1914 und 1915 beibehalten konnten. Es sind dies die Städte: Limberg (100 pSt.), Kitzingen (112 pSt.), Lindau (115 pSt.), Kissingen, Kulmbach, Neuburg, Straubing (120 pSt.), Dillingen (125 pSt.), Neu-Ulm (130 pSt.), Bamberg, Erlangen (145 pSt.), Würzburg (146 pSt.), Augsburg, Bayreuth, Deggendorf, Dinkelsbühl, Rosenheim, Schweinfurt (150 pSt.), Freising (160 pSt.), Regensburg (167 pSt.), Hof, Kempton, Nörblingen (170 pSt.), Landsberg (180 pSt.), Amberg (195 pSt.). Die Erhöhung des Umlagensatzes in den übrigen Städten bewegt sich zwischen 35 und 5 pSt. und zwar: Memmingen (115 auf 150 pSt.), Nürnberg (150 auf 180 pSt.), Kaufbeuren (79 auf 107 pSt.), Neumarkt (175 auf 200 pSt.), Weißenburg (75 auf 100 pSt.), Fürth (166 auf 190 pSt.), Donauwörth (80 auf 100 pSt.), Schwabach (190 auf 210 pSt.), Eichstätt (130 auf 140 pSt.), Ingolstadt (130 auf 140 pSt.), Traunstein (120 auf 130 pSt.), Forchheim (138 auf 146 pSt.), Ansbach (118 auf 125 pSt.), Weichenschaffenburg (160 auf 165 pSt.), Landschut (130 auf 135 pSt.), Passau (165 auf 170 pSt.), Rothenburg o. T. (95 auf 100 pSt.). Daß keine der Städte in der angenehmen Lage war, den Umlagensatz herabzusetzen, wird weiter nicht wundernehmen.

Die Erweiterung des Wiener Effektenverkehrs.

W Wien, 14. Dezember.

Das Präsidium der Wiener Börsenkammer hat, wie schon kurz gemeldet, dem neuen Finanzminister das Memorandum wegen Wiederherstellung eines normalen Börsenverkehrs überreicht, und dieser hat erklärt, daß er der Wiedereröffnung der Börse im beschränkten Umfang und in der Voraussetzung, daß alle jene Sicherheiten geschaffen werden, die den außerordentlichen Verhältnissen Rechnung tragen, sympathisch gegenüberstehe. Damit ist die Lösung der Frage in die Nähe gerückt, und man nimmt an, daß ungefähr Mitte Januar der große Börsensaal dem Geschäft wieder eröffnet werden wird. Daß der Effektenverkehr in Wien länger als an irgend einem anderen großen Börsenplatz vollkommen unregelt blieb, ist nicht auf sachliche Ursachen zurückzuführen, sondern auf die Eigenart des zurückgetretenen Finanzministers, der Entscheidungen gerne hinausschob. So ist es gekommen, daß ein zwar zeitweilig sehr lebhaftes Effektengeschäft bestand, aber gegen Vorschritt und Gesetz, welche die Zusammenkunft der Börsenmitglieder im kleinen Saal der Warenbörse eigentlich nur zu Besprechungen aber unter Verbot von Geschäftsabschlüssen zuließen, während der Kaffeehaus-Verkehr bekanntlich ganz verboten ist. Da diese Geschäfte jeder Kontrolle entbehrten und keinen Marktcharakter hatten, variierten auch die Kurse sehr stark, und es war ganz der Gewissenhaftigkeit der Geschäftsvermittler überlassen, bis zu welchem Maß sie die Unkenntnis des ungeschulten Publikums über die tatsächlich gemachten Kurse ausnützen wollten. Die Eingabe der Börsenkammer hat denn auch dieses Moment zur Begründung der Herstellung des regelmäßigen Börsengeschäftes in den Vordergrund geschoben.

Sie führt aus, daß die Unkontrollierbarkeit der Bewegungen des Privatverkehrs unter Umständen besonderen Reiz übe, und daß die Möglichkeit in solchem Halbdunkel mit kleinen Posten große Variationen zu erzielen, die Gefahr sei, gegen die man sich in erster Linie wenden müsse. An sich könne von einer Ueberspekulation keine Rede sein. Doch haben sich auf dem Gebiet des Effektenhandels, wie in vielen anderen Branchen, während des Krieges Leute als Vermittler eingedrängt, die sich sonst mit ganz anderen Dingen befassen. Diese der Kontrolle und Disziplinargewalt der Börsenkammer nicht unterstehenden Personen haben durch ihr oft wenig rigoroses Vorgehen sehr viel zur Verschlechterung der Marktverhältnisse beigetragen. Die Börsenkammer, die die Pflicht habe, Sicherheit und Ordnung zu schaffen, sei der Meinung, daß vielen Uebelständen abgeholfen werden könne, wenn der freie Markt, auf dem Angebot und Nachfrage im Licht der Öffentlichkeit zusammenstreffen, wiederhergestellt würde. Ein reiner Kassaverkehr unter Aufsicht der Kammer und Mitwirkung der beeideten Makler, auf unsehr 1/2 Stunden des Tages beschränkt, ohne Arrangement und Terminhandel entspreche den legitimen Bedürfnissen und werde die schlimmsten Mißbräuche aus der Welt schaffen, Kreditgewährungen wären möglichst einzuschränken. Die Banken und Privatbankiers, bei denen eine Tendenz die Spekulation zu unterstützen, ohnedies nicht vorhanden sei, wären gewiß bereit, ohne daß es irgend einer formellen gesetzlichen Vorschrift bedürfte, ein strengen Anforderungen Rechnung tragendes, gegenseitig bindendes Ueberkommen abzuschließen, durch das der Abschluß neuer Kostgeschäfte sowie Kreditierungen, sei es von Geld, sei es von Effekten, außerhalb gewisser Grenzen unmöglich sein sollen, solche Vereinbarungen auf Wunsch der Regierung auch hinsichtlich des Einstromens von Effekten aus dem Ausland getroffen werden, obwohl gegenwärtig, wie die Zeichnungen der Kriessanleihen beweisen, das Ausland unsere Effekten nicht abstößt, sondern kauft. Von der amtlichen Feststellung und Veröffentlichung der Kurse glaubt die Börsenkammer derzeit noch absehen zu können, obwohl sie vom rein sachlichen Standpunkt aus wünschenswert wäre.

Die dargestellten Gründe für die Wiederherstellung eines geregelten Börsenverkehrs sind gewiß zutreffend und die Aufsicht der Börsenorgane dürfte die ärgsten Mißbräuche beseitigen. Allerdings darf man sich nicht verhehlen, daß es auch in Friedenszeiten innerhalb und außerhalb der Börse an Mißbräuchen nicht gefehlt hat, und daß gerade das Eindringen berufsfremder Vermittler, das die Eingabe erwähnt und die vermutlich zumeist außerhalb der Börse tätig sein werden, die Gefahr der Mißbräuche die Ausbeutung des Publikums nicht vermindert, zumal wenn von einer amtlichen Feststellung und Veröffentlichung der Kurse abgesehen werden soll. Die Börsenkammer sagt zwar, daß wer sich für ein Effekt interessiert, durch Anfrage bei den Börsensensalen, Banken oder Bankfirmen Aufklärung erlangen kann, aber das gilt nur für das urteilsfähigere Publikum und nicht für das recht zahlreiche, das das beliebteste Ausbeutungsobjekt abgibt. Doch sprechen gegen die amtliche Kursnotierung und vor allem gegen die Kursveröffentlichung so gewichtige Gründe, daß sie wohl den Ausschlag geben dürfte. Die Hauptsache ist, ob die Banken und Geschäftsvermittler tatsächlich das Möglichste tun werden, um der Ausbreitung des Spekulationsgeschäftes Einhalt zu tun. In dieser Hinsicht liegen die Dinge hier nämlich anders als in Berlin, als die Banken sich wieder am Geschäft beteiligten. Hier haben die Banken immer daran teilgenommen, und es ist zu fürchten, daß jede Erweiterung des Börsenverkehrs neue Spekulantkreise dem Geschäft zutreibt. Und da ist es Sache der Geschäftsvermittler, spekulative Exzesse durch Kreditbeschränkungen zu verhüten. Ueber diese Beschränkungen wollen die Banken nächster Tage beraten. Es besteht hier nicht die Absicht, so weit zu gehen wie in Berlin und Frankfurt, wo bekanntlich der Beschluß gefaßt wurde, nur gegen bar zu kaufen. Hier begnügt man sich mit dem Kassageschäft, was natürlich nur formelle Be-

deutung hat, und will im Report- und Kundengeschäft auf 50 pCt. Marge bzw. Deckung (in bar oder Effekten) sehen. Das ist gewiß schon ein wesentlicher Fortschritt gegenüber früher, aber daß solche Geschäftsgrundsätze auch nur den außerordentlichen Kriesszeiten genügend Rechnung tragen und geeignet sind, der nun einmal in der Zeit der Kriegskonjunktur zu Ueberschwenglichkeit besonders geisteten Spekulation einen Riegel vorzuschieben, mag bezweifelt werden. Es hat übrigens den Anschein, daß das Finanzministerium weitergehende Kreditbeschränkungen wünscht. Der Finanzminister erklärte auch dem Kammerpräsidium, daß er sich über die Details der Sicherheiten, die geboten werden müssen, die Entscheidung vorbehalte und demnächst die entsprechenden Verfügungen treffen werde, daß er aber auf den Patriotismus der beteiligten Kreise und der Presse rechne, damit alles vermieden wird, was Uebertreibungen der Spekulation hervorrufen könne.

Eine Voraussetzung der Wiedereröffnung der Börse ist auch die Regelung der alten Engagements. Bekanntlich ist im September 1914 die Liquidation per ultimo Juli durchgeführt worden, indem die Banken und großen Firmen einen Fonds zur Deckung der nicht bedeutenden unbezahlten Differenzen vorschossen, die unversorgten Effekten in Report nahmen und wo diese mangels der Zuschußmöglichkeit nicht anzogen, die Effekten kauften. Letzteres war für K 2 bis 3 Mill. notwendig, während neues Reportgeld für etwa K 17 Mill. gegeben wurde. Dieses ist bis auf etwa K 1 1/2 Mill. bereits zurückgezahlt. Dagegen bestehen erhebliche alte Reportsverbindlichkeiten bei den Banken, die man wahrscheinlich übertrieben auf rund K 300 Mill. schätzt, und alle unter den Börsenmitgliedern seit Kriegsausbruch schwebenden oder nachher per erstes Arrangement nach Wiedereröffnung der Börse oder unter ähnlichen Bezeichnungen abgeschlossenen Geschäfte. Die Ordnung all dieser Geschäfte muß grundsätzlich aufgestellt werden, ehe man neue Geschäfte unter börsenmäßigen Usancen einget. Daher hat der Verband der Wiener Bank- und Kommissionsfirmen nach langen Beratungen seinen Mitgliedern einen Vorschlag unterbreitet, der von allen unterzeichnet werden soll, und der charakteristischerweise nicht als Abbau, sondern als Zubau bezeichnet wird, denn Sorgen machen heute nicht die alten Hauspositionen, sondern die Baissenengagements, da fast alle wichtigen Spekulationspapiere weit höhere Kurse haben als am 25. Juli 1914, zum Teil überhaupt Rekordkurse erreicht haben. Es wurden somit für die 63 wichtigsten Papiere Verrechnungskurse festgesetzt, die zumeist etwa in der Mitte der Kurse vor der Schließung der Börse und der jetzt im freien Verkehr vorkommenden liegen. Jedes Mitglied soll sich nun verpflichten, gegenüber den der Vereinbarung beigetretenen Mitgliedern die provisorische Kursregelung der erwähnten Geschäfte folgendermaßen vorzunehmen:

1. Der Kostnehmer oder Verkäufer ist bis zur erfolgten Erfüllung des Geschäftes verpflichtet, auf Verlangen seines Gegenkontrahenten den Kurs bzw. den Belegungspreis auf die in der Liste angeführten Kurse durch Barzahlung zu erhöhen. Das Begehren, den Kurs bzw. Belegungspreis zu erhöhen, darf für jeden laufenden Börsenschluß nur einmal gestellt werden und hat schriftlich zu erfolgen, bei lautenden unter Kurs abgeschlossenen Börsengeschäften muß die Marge gegenüber den angeführten Kursen aufrechtzuerhalten. Die Geschäfte in Effekten, die in der Liste nicht angeführt sind, unterliegen keiner Veränderung. Der Lieferungsverpflichtete (Kostnehmer, Käufer) kann, statt die verlangte Kurserhöhung zu leisten, seinem Gegenkontrahenten die Lieferung der Effekten

selbst anbieten, in welchem Fall es dem Bezugsverpflichteten (Kostgeber, Käufer) freisteht, entweder auf die Kurserhöhung zu verzichten oder die Effekten zu beziehen. Für die Regulierung sind kurze Fristen festgesetzt.

2. Dagegen ist der Lieferungsverpflichtete, der den Kurserhöhungsbetrag bezahlt hat, bis zur Erfüllung des Geschäftes berechtigt, von dem Uebernahmeverpflichteten jederzeit nach fünfjähriger schriftlicher Kündigung die Uebernahme der im Kurs erhöhten Effekten zu beanspruchen oder, falls die Uebernahme abgelehnt wird, die nach fünf Tagen zu leistende Rückzahlung des bezahlten Erhöhungsbetrages zu verlangen. Der Uebernahmeverpflichtete hat am zweiten Werktag schriftlich zu erklären, für welche Alternative er sich entscheidet und hat demnach längstens am fünften Werktag nach Erhalt der Kündigung entweder die rückgedienten Effekten zu übernehmen oder den erhaltenen Erhöhungsbetrag zurückzuzahlen. Bei Verzug erfolgt innerhalb kurzer Frist die Exekution durch die Sensale. Die vereinbarten Zinssätze bleiben auch für die Kurserhöhung in Geltung. Für Streitigkeiten ist ein Schiedsgericht eingesetzt.

Wenn, wie nicht zu zweifeln, der größte Teil der Börsenmitglieder sich dieser Regelung unterwirft, so wird vor Wiedereröffnung der Börse die Regulierung der alten Geschäfte durchgeführt werden, wobei entweder die tatsächliche Liquidation durch Lieferung oder Uebernahme oder die Regulierung der Kursdifferenzen für die in Schweben zu belassenden Geschäfte für den erhöhten Betrag erfolgen wird. Dadurch werden die zu zahlenden Differenzen, wenn einmal die endgültige Abwicklung erfolgt, wesentlich verringert. Die endgültige Abwicklung bleibt in Schweben, doch kann sie nach den vorstehenden Bestimmungen von dem Lieferungsverpflichteten jederzeit herbeigeführt werden, es sei denn, daß der Kostnehmer (Käufer) den geleisteten Zuschuß zurückgibt. Daß nicht sofort eine vollständige Regulierung herbeigeführt wird, hat offenbar seinen Grund darin, daß man fürchtet, die Verkäufer könnten in Verlegenheit geraten, wenn sie so große Differenzen auf einmal aufbringen müßten, besonders dann, wenn sie von ihren Kunden die Differenzen nicht hereinbringen können, da diese ja sich vielleicht weigern werden, solange kein offizielles Arrangement durchgeführt und keine offiziellen Kurse notiert werden, Zahlungen aus schwebenden Geschäften zu leisten. Die Banken werden so wie im September 1914 die Durchführung dieses Teilarrangements unterstützen.

Zentrale der Finanzinstitute in Ungarn.

Abänderungen der Gesetzesvorlage im Finanzausschusse.

Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses verhandelte heute unter Vorsitz des Abgeordneten Baron Ludwig Lang in Anwesenheit des Finanzministers Dr. von Telezky u. a. die Gesetzesvorlage über die Zentrale der Finanzinstitute, deren einzelnen Artikel nach eingehender Besprechung und mehrfachen Aufklärungen seitens des Finanzministers v. Telezky neu textiert wurden, wobei der im Abgeordnetenhaus vorgelegte Statuentwurf in Betracht gezogen wurde.

Die neuteylierten Artikel beziehen sich nebst kleineren Modifizierungen besonders auf die vom Handelsgesetz abweichenden Verfügungen, auf die Inanspruchnahme der Zentrale der Finanzinstitute bei der Liquidierung von Geldinstituten und schließlich darauf, daß sich das Verbot, wonach bis zum ersten Jänner 1919, abgesehen von gewissen Ausnahmen, keine neuen Geldinstitute errichtet werden dürfen, abweichend von der früheren Fassung nicht auf die in Form von Aktiengesellschaften gebildeten Finanzinstitute bezieht, die mit einem 20,000.000 Kronen übersteigenden Kapital gegründet werden, sowie auf jene Genossenschaften, die als Filialen einer vom Finanzministerium anerkannten Genossenschaftszentrale ins Leben gerufen werden.

Um Mißverständnissen auszuweichen, wurde ein neuer Artikel geschaffen, der betreffend die angeordnete Unvereinbarkeit feststellt, daß die Verfügungen des Unvereinbarkeitsgesetzes der Reichstagsabgeordneten sich auch auf die Finanzzentrale beziehen. Der Ausschuß beschloß nach den Aufklärungen des Staatssekretärs Badasz, der Regierung eine Abänderung zur Erwägung vorzuschlagen, nach der gegen ein Geldinstitut kein Konkurs eröffnet werden kann, wenn die Finanzzentrale die Liquidierung des betreffenden Geldinstitutes zu übernehmen bereit ist.

Starke Strömung gegen die Wiedereröffnung der Börse.

Aus Börserreisen erhalten wir nachstehende Darstellung: Seitdem die Wiedereröffnung der Börse erörtert wird, und namentlich seitdem die Beschränkungen bekannt geworden sind, unter denen zunächst die Rückkehr zum offiziellen Effektenverkehr erfolgen soll, hat sich eine starke Strömung gegen diese Bestrebungen geltend gemacht. Alle Vereinigungen von Börseinteressenten haben sich gegen die Modalitäten erklärt, die bisher mitgeteilt worden sind. Aber es ist bemerkenswert, daß auch in den Kreisen der Banken keineswegs eine einheitliche Auffassung hinsichtlich dieses Problems besteht.

Im Vordergrund der Erörterungen stehen namentlich die Vorschläge, wonach für Börsenengagements eine Deckung von fünfzig Prozent obligatorisch werden soll, und auch für den Reporkredit ein fünfzigprozentiger Einbruch gefordert wird. Die Hauptargumente, die gegen diese Vorschläge ins Treffen geführt werden, lassen sich in zwei Gruppen teilen: sie sind einerseits grundsätzlicher Natur, andererseits bezweifeln sie die Sicherung der praktischen Durchführbarkeit der erfolgten Anregungen.

Was die prinzipiellen Bedenken anbelangt, so sieht man in einer so weitgehenden Einschränkung eine gefährliche Präjudiz. Man verweist darauf, daß dann Uebung und Gewohnheit den Börsenverkehr auf eine neue Grundlage stellen könnte, die anzustreben weder im Interesse der Börse, noch der wichtigen Aufgaben liegt, die die Börse zu erfüllen hat. Es wird vielfach erinnert, daß alle Versuche, den Getreideterminhandel zu retablieren, vergeblich gewesen sind, und man befürchtet, daß die etwa zu beschließenden provisorischen Maßnahmen einen dauernden Charakter bekommen könnten, also nie wieder rückgängig gemacht werden würden. Und doch sei ein klaglos funktionierender Effektenmarkt, der aber unter den neuen Verhältnissen ausgeschlossen wäre, die notwendige Voraussetzung für einen regulären Verkehr in Staatswerten, dessen Erhaltung die oberste Pflicht der Börse sein müsse. Eine unausweichliche Folge der geplanten Neuordnung wäre naturgemäß auch die Ablenkung des Geschäftes von der Wiener Börse zu anderen Plätzen, wobei in erster Linie der Budapester Börse eine hervorragende Rolle zufallen würde. Nicht zuletzt wird betont, daß so einschneidende Maßnahmen die Wirkung haben würden, die sich in ähnlichen Fällen noch immer gezeigt haben, daß das Geschäft vielfach die legitimen Stellen der Vermittlung meide und sich gerade dort konzentrieren würde, wo die Kontrolle erschwert und eine laxere Gebahrung gerade großen Gefahren mit sich bringen würde.

Aus allen diesen Gründen wird vielfach, wie man uns mitteilt, in den Kreisen auch der Banken die Anschauung vertreten, daß der Verkehr von Bureau zu Bureau einem Uebergangsstadium vorzuziehen sei, das nicht frei von Gefahren wäre und das auch in seiner praktischen Durchführung den stärksten Zweifeln begegnen müßte.

In dieser Beziehung wird auch erklärt, daß Kenner der Börse sich immer gegen generelle Deckungs-Vorschriften ausgesprochen hätten. Vor allem deshalb, weil diese in den vielfältigsten Formen umgangen werden können. Ganz abgesehen davon, sei aber eine strikte Individualisierung gerade in diesem Belange die unerläßliche Voraussetzung eines soliden Geschäftes. Die Persönlichkeit des Klienten müsse ebenso berücksichtigt werden, wie das Unternehmen, dessen Aktien den Gegenstand einer Transaktion bilden, der innere Wert des Papiers, die Höhe seines Agios, sowie auch der Umstand, inwieweit die Öffentlichkeit einen Einblick in die Gebahrung des betreffenden Unternehmens habe. Die Wiedereröffnung des Börsenverkehrs sei auch verlangt worden unter dem Gesichtspunkte, daß die Kulisse ein notwendiger Faktor für das reguläre Börsengeschäft sei. Wie denke man sich aber praktisch ein Kulissegeschäft bei 50prozentiger Deckung? Wer nur einigermaßen mit den Börsenverhältnissen vertraut ist, müsse ein Kulissegeschäft unter solchen Verhältnissen als Ding der Unmöglichkeit bezeichnen. Es müsse ferner auch zu schweren Unzulänglichkeiten führen, wenn die

durch bededete Senfale erfolgenden Kursanktionen noch eine Kontrolle durch die Börsekammer erfahren sollten! Die daraus notwendig entstehenden Konflikte könnten letzten Endes zu einer Gefährdung der Autonomie der Börse führen.

Gewiß sei der Verkehr von Bureau zu Bureau ein überaus schwerfälliger Apparat, der manche Schwierigkeiten mit sich bringe, aber er sei einer Reform vorzuziehen, die weittragende Folgen für das Börsenwesen in Oesterreich nach sich ziehen könnte. Daher sei es besser, zuzuwarten, bis die Wiederaufnahme des Börsenverkehrs in vollem Umfange möglich sein werde.

Wir haben der vorstehenden Darstellung gerne Raum gegeben, da sie unzweifelhaft von beachtenswerten Gesichtspunkten ausgeht. Grundsätzlich möchten wir aber nachdrücklich betonen, daß die Wiedereröffnung der Börse allerdings nur unter weitreichenden Kautelen erfolgen kann, da Ausschreitungen der Effektenpekulation unter allen Umständen in der gegenwärtigen Zeit verhindert werden müssen. Die maßgebenden Faktoren werden zu erwägen haben, ob die im Vorstehenden behauptete Unbrauchbarkeit jener Vorschläge für die Frage der Wiederaufnahme des Börsenverkehrs selbst schon endgültig entscheiden muß.

Wie wir hören, findet heute beim Wiener Bankverein eine Besprechung statt, welche die Frage der Wiederaufnahme des Börsenverkehrs zum Gegenstande hat.

Die Zentrale der ungarischen Geldinstitute.

Budapest, 21. Dezember.

Im Abgeordnetenhaus unterbreitete Referent Geza Antal den Bericht des Finanzausschusses über die Zentrale der Geldinstitute.

Der Präsident beantragt, die nächste Sitzung für den 3. Jänner anzuberaumen und auf die Tagesordnung die Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Zentrale der Geldinstitute zu stellen.

Abg. Graf Albert Apponyi ersucht im Namen der ganzen Opposition, die Vorlage nicht auf die Tagesordnung zu stellen, denn die Opposition wolle alles vermeiden, was zu Differenzen führen könnte. Redner appelliert auch an das Pflichtgefühl der Regierung, alles zu eliminieren, was den Frieden zwischen den Parteien stören könnte. Der fragliche Entwurf sei aber nach der Ueberzeugung der ganzen Opposition geeignet, Kollisionen herbeizuführen, denn durch die zu schaffende Zentrale der Geldinstitute werde die Macht der Regierung bis aufs äußerste gesteigert. Er bittet die Regierung, auf die Verwirklichung dieser Lieblingsidee derzeit zu verzichten, weil die Verhandlung der Vorlage eine Provokation der Opposition bedeuten und den Burgfrieden der Parteien vernichten würde.

Ministerpräsident Graf Tisza bittet das Haus, überzeugt zu sein, daß es der Regierung selbst nicht angenehm sei, solche Gegenstände auf die Tagesordnung zu stellen, denen gegenüber die Opposition seiner besten Ueberzeugung nach unbegründete, jedoch immerhin achtenswerte Bedorngnisse hege. Redner läßt es auch nicht, wenn es nicht eine gebietende Pflicht wäre, diese Vorlage jetzt während des Krieges zum Gesche zu erheben, weil dies nach seiner Ueberzeugung ein Lebensinteresse des Landes sei. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Regierung könnte die Verantwortung dafür nicht übernehmen, durch eine Verschiebung der Vorlage die gesamte Volkswirtschaft der Provinz Gefahren auszuweichen, gegen welche sie durch diese Vorlage beschützt werden soll. (Lebhafte Zustimmung.) Die Erledigung der Vorlage sei dringend notwendig, da sonst zu befürchten stehe, daß wir mit der Aufstellung der Finanzzentrale zu spät kommen, um beispielsweise die Kraftprobe zu überstehen, welcher die ungarische Volkswirtschaft beim Abschluß des Friedens während der Demobilisierung ausgesetzt sein wird. Wenn die Opposition an der bevorstehenden Debatte ohne Voreingenommenheit teilnehme, so sei der Ministerpräsident überzeugt, daß die Debatte den Beweis erbringen werde, daß sehr große öffentliche Interessen die Schaffung dieses Gesetzes erheischen und die Vorwürfe der Opposition unbegründet seien. Redner sei daher zu seinem größten Bedauern nicht in der Lage, dem Wunsche des Grafen Apponyi zuzustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Julius Andrássy (Verfassungspartei) führt aus, die Vorlage sei nach der Ueberzeugung der Opposition geeignet, die Macht der Majorität zu einer unumschränkten zu gestalten. Die Opposition nehme unter größter Selbstnennung an der nächsten parlamentarischen Beratung teil. Es wäre daher die moralische Pflicht der Regierung, nicht mit Vorlagen vor das Haus zu treten, welche die Parteien entschärfen wieder entschärfen würden. Für dieses Vorhaben der Regierung wolle er jede Verantwortung ablehnen. (Lebhafter Beifall links.)

Eine neue Vorschrift enthält § 2 der Verordnung. Da infolge der zeitlichen Befreiung von der Bilanzierungspflicht nunmehr der Fall eintreten wird, daß der Rechnungsabluß für zwei Geschäftsjahre aufzustellen ist und die Ermittlung der Bilanzposten für das bereits ein Jahr und darüber zurückliegende Ende des früheren Geschäftsjahres Schwierigkeiten begegnen kann, wird angedeutet, daß mit Bewilligung der obersten Verwaltungsbehörde ein einziger Rechnungsabluß für beide Geschäftsjahre aufgestellt werden kann. Der Gewinn oder Verlust, der sich hierbei ergibt, ist auf beide Geschäftsjahre gleichmäßig aufzuteilen. Von der Anwendung dieser Bestimmung bleiben jedoch Versicherungsgesellschaften, Eisenbahnunternehmungen und Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wegen der bei ihnen bestehenden besonderen Verhältnisse ausgeschlossen.

Die Vorschrift, daß Unternehmungen, die der öffentlichen Rechnungslegung unterliegen, ohne Rücksicht auf ihren Standort zur Beschlußfassung über den Rechnungsabluß durch das hierzu berufene Organ eine Frist von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres offen steht, knüpft an eine ähnliche Bestimmung der beiden früheren Verordnungen über Kriegsbilanzen an und will Aktiengesellschaften, Genossenschaften usw., die nach ihren Satzungen den Rechnungsabluß in einer wesentlich kürzeren Frist aufstellen und der Generalversammlung zur Beschlußfassung vorlegen müßten, die nötige Bewegungsfreiheit sichern, deren sie im Hinblick auf ihr gemindert Personal bedürfen.

Im § 4 der Verordnung wird gleich wie in der Ministerialverordnung vom 28. Juni 1915 dem Ministerium des Innern als der obersten Vereinsbehörde die Befugnis eingeräumt, Aktiengesellschaften und anderen zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen Abweichungen von statutarischen Bestimmungen zu gestatten, deren Einhaltung infolge des Krieges unmöglich geworden ist.

Ministerpräsident Graf Tisza bemerkt, Fälle, in welchen einzelne Finanzinstitute zu Zwecken der politischen Propaganda ausgenutzt wurden, seien nur sehr selten vorgekommen. In Anbetracht des Umstandes, daß die leitenden Persönlichkeiten der Finanzinstitute der Provinz zum weit überwiegenden Teile der Arbeiterpartei angehören, wäre die Errichtung einer solchen Zentrale gar nicht notwendig, wenn die Regierung eine Einflussnahme auf sie beabsichtigen würde. Die Regierung sei bis zu einem gewissen Punkte geneigt, den Wünschen der Opposition entgegenzukommen, aber nur bis zu jener Grenze, bei der es sich um Fragen handelt, die in das volkswirtschaftliche Leben der Nation tief einschneiden, und bei welcher die Verantwortlichkeit der Regierung in Frage kommt. In diesem Falle sei die Regierung berufen, zu prüfen, wessen die Volkswirtschaft bedürfe und welche Maßnahmen notwendig seien. Die Frage der Lenkung der Lebensmittel und vielfache berechnete und unberechnete Beschwerden geben der Regierung derartige harte Rüsse zu kneten, daß die Opposition nicht verjähren werde, hieraus mit vollem Rechte die ziemlich reichlichen Zinsen für ihre Parteipolitik einzuheimen. Der Ministerpräsident erkläre daher, daß er nach reiflicher Erwägung der Frage und im Bewußtsein der Verantwortlichkeit der Regierung nicht anders handeln könne, als auf der Verhandlung der Vorlage zu beharren.

Bei der darauf folgenden Abstimmung, bei der sich ein Teil der Opposition aus dem Saale entfernt, wird der Antrag des Präsidenten angenommen.

Das Haus beschließt, aus Anlaß der Jahreswende den homagialen Glückwünschen für Seine Majestät Ausdruck zu geben.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Der deutsche 10 Milliarden-Kredit.

Annahme im Reichstage.

Berlin, 21. Dezember.

Der Reichstag nahm die Vorlage betreffend den Zehn-Milliarden-Kredit an und vertagte sich bis zum 11. Jänner.

In der Debatte über die zweite Lesung des neuen Zehn-Milliarden-Kredites gab

Abg. **Geher** (Sozialdemokrat) namens der Mehrheit seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der er ausführte: Die sozialdemokratische Partei setzte seit Beginn des Weltkrieges Willen und Kraft dafür ein, Deutschland in dem schwersten Kampfe, den es gegen eine ungeheure Koalition von Gegnern zu bestehen hat, zu sichern. Zugleich strebte die Partei unausgesetzt darnach, den Krieg zu beenden und den Völkern Europas den heißersehnten Frieden wiederzugeben. Zu unserem tiefen Bedauern gebieten die Bemühungen bisher nicht zu dem erwünschten Erfolge. Wohl hat sich an manchen Stellen ein Schimmer von Hoffnung gezeigt. In England und Frankreich machen sich in zunehmender Stärke Stimmen geltend, die eine Fortsetzung des Krieges bekämpfen und einen ehrenvollen Frieden fordern. In neutralen Staaten sind erneut Anregungen gegeben worden, um eine Vermittlung zum Frieden einzuleiten. Das Oberhaupt der katholischen Kirche hat in diesem Sinne jüngst eine Erklärung bekannt gegeben: Ungeachtet der Verschiedenheit der Weltanschauung freuen wir uns, daß auch von ihrer Seite eine so ernste Mahnung an die Völker und Regierungen ergangen ist. Diesem Bestreben stehen leider noch immer sehr ernste Tatsachen und Hindernisse entgegen. In England, Frankreich, Rußland und Italien wollen sich die Regierungen und die maßgebenden Parteien noch keineswegs in den Gedanken finden, daß alle ihre Bündnisse nicht imstande sind, Deutschland und seine Verbündeten niederzuzwingen. Sie haben noch die Hoffnung, durch Aufstellung neuer Heere oder durch die wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands dem Kriege eine neue Wendung zu geben. Die leitenden Männer der kriegführenden Staaten erklärten bis in die letzten Tage, daß sie jeden Gedanken an einen Frieden ablehnen, bevor nicht das Deutsche Reich zerschmettert sei. Gegenüber diesen Tatsachen ist es die unerläßliche Pflicht des gesamten deutschen Volkes, seine Abwehr fest geschlossen zu erhalten (Lebhafte Beifall auf allen Seiten des Hauses) und alle zur Abwehr erforderlichen Mittel bereitzustellen (Erneuter Beifall), um Haus und Herd zu schützen. Wir erheben aber auch in dieser Stunde wiederum Einspruch gegen Eroberungspläne, die darauf ausgehen, andere Völker zu vergewaltigen. Dadurch würden die nationale Kraft und Einheit des Deutschen Reiches sowie seine Beziehungen nach außen dauernd geschädigt und der Keim zu neuen Kriegen gelegt werden. Das deutsche Volk und seine Verbündeten haben unvergleichlich Großes vollbracht. Es ist ihnen gelungen, nicht nur der Uebermacht der Gegner zu begegnen und den angedrohten Untergang abzuwehren, sondern auch die von Osten drohende Gefahr für die gesamte westeuropäische Kultur weit zurückzuwerfen. Keinem unserer Gegner und keiner Koalition wird es gelingen, das deutsche Volk niederzuzwingen und seine Entwicklung zu hemmen. Wir wünschen auf unserer Seite, daß das deutsche Volk jede Möglichkeit zu Friedensverhandlungen ergreift, denn Deutschland ist durch seine Stärke gegen jede Mißdeutung der Friedensbereitschaft gesichert. Nur so können die unveräußerlichen Gebote der Menschlichkeit erfüllt werden. (Beifall links.)

Abgeordneter **Geher** (Sozialdemokrat) gibt im Namen von 19 Fraktionskollegen eine Erklärung ab, worin das Treiben der Annexionspolitiker sowohl bei den Gegnern wie innerhalb Deutschlands entschiedenst verurteilt und betont wird, erfolgversprechende Friedensverhandlungen seien nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk vergewaltigt und die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit jedes Volkes gewahrt sowie allen Eroberungsplänen jeder Art entsagt werde. Der deutschen Regierung falle, da Deutschland sich mit den Verbündeten in einer günstigen Kriegslage befände, die Aufgabe zu, den ersten Schritt zum Frieden zu tun. Der Wunsch, dem in allen Ländern hervorretenden Friedensbedürfnis kräftigen Antrieb zu geben, den Friedenswillen und die Gegnerschaft gegen Eroberungspläne können Redner und seine Anhänger mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht vereinbaren.

Der Zehn-Milliarden-Kredit wird sodann unter lebhaftem Beifall mit allen gegen die Stimmen von 19 Sozialdemokraten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Schlußansprache des Präsidenten.

Nach Erledigung des Antrages betreffend Verbesserung der Familienunterstützungen ergreift Präsident **Dr. Raempf** das Wort zur Schlußansprache. Er weist mit Stolz und Genugtuung auf das Resultat der Abstimmung über den neuen Kriegskredit hin, in welcher Abstimmung mit überwiegender, ja mit erdrückender Majorität der unerlöschliche Entschluß zum Ausdruck gekommen sei, diesen Existenzkampf Deutschlands ebenso siegreich, wie er begonnen, zu Ende zu führen. (Lebhafte Beifall.) „Wir schicken uns an,“ sagt der Präsident, „in die Weihnachtserien zu gehen. In diesem Augenblicke bekunden wir unseren heldenmütigen Truppen, ihren genialen Führern, unseren Brüdern und Söhnen im Felde unsere wärmsten Grüße und herzlichsten Wünsche. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.) Unsere Gedanken sind in jeder Stunde bei ihnen draußen im Felde. Wir sind uns mit ihnen be-

mußt, daß wir alle, jeder auf seinem Platze, willig die Opfer tragen und bringen müssen, die dieser gewaltige Krieg und Deutschland selbst von uns allen fordert. Nicht minder herzlich warm sind die Grüße und Wünsche, die wir unseren Verbündeten entbieten. (Allgemeiner Beifall), unseren Verbündeten, ihren siegreichen Truppen und ihren glänzenden Führern. (Wiederholter Beifall.) Hat doch gerade die letzte Zeit bewiesen, welche Kraft die Vereinigung der österreichisch-ungarischen Armee mit der bulgarischen Armee und mit dem deutschen Heere enthalten ist und wie unwiderstehlich ihre vereinte Kraft gegenüber den Feinden ist. Geht uns doch gerade heute die Kunde zu, daß die Halbinsel Gallipoli von den Engländern gesäubert ist. (Stürmischer Beifall), eine Kunde, die nicht nur die militärische und moralische Niederlage Englands bedeutet, sondern auch den Triumph der türkischen Waffen. (Wiederholter stürmischer Beifall.)

Hierauf wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung am 11. Jänner n. J.

Die Frage der Wiedereröffnung der Börse.

Resultatlosigkeit der Verhandlungen der Bankdirektoren.

Die Konferenz der Direktoren der Wiener Banken über die Verhandlungen in betreff der Wiederaufnahme des Börsenverkehrs wurde gestern beendet. Sie ist resultatlos geblieben.

Wie verlautet, kam in der gestrigen Sitzung die Anschauung zum Ausdruck, daß der den Banken vorgeschlagene Weg nicht gangbar sei und daß es selbstverständlich Sache der Börsekammer sei, von der die Propositionen ausgegangen sind, andere Vorschläge zu machen.

In den wiederholten Beratungen und Diskussionen wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es nicht am vernünftigsten wäre, mit Rücksicht auf den Kriegszustand und die immerhin noch möglichen Zwischenfälle alles beim alten zu lassen, zumal ja ein Handel in Renten, Kriegsanleihen, Devisen und Saluten im Vorhinein aus geschlossen wäre.

Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1902.

Die am 3. Jänner 1916 fälligen Coupons und Obligationen des 285 Millionen Kronen-Anlehens der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom Jahre 1902 (Investitionsanlehen) werden in Wien bei der städtischen Hauptkasse, bei der Oesterreichischen Länderbank und beim Wiener Bankverein eingelöst. Mit Rücksicht auf die bestehenden Verbote von Zahlungen an Angehörige von Großbritannien, Frankreich und Rußland kann die Einlösung nur gegen Abgabe einer schriftlichen Erklärung erfolgen, daß die eingereichten Coupons und Obligationen nicht Eigentum von Angehörigen der obgenannten Staaten sind. Diese Erklärung ist vom Eigentümer der Obligationen, wenn es sich aber um Obligationen in Verwahrung einer Bankfirma handelt, von dieser zu fertigen.

Hamburgische Staatsangelegenheiten.

Hamburgs wirtschaftliches Leben im November 1915.

In den „Blättern für das Hamburger Armenwesen“ berichtet Herr Direktor Dr. Bohse über die „Gegenwart“ wie folgt:

Nach den in den letzten 15 Jahren in der öffentlichen Armenpflege Hamburgs gemachten Erfahrungen zeigt der Monat November, als Anfangsmonat der Winterperiode, immer eine Steigerung der Zahl der laufend Unterstützten. In normalen wirtschaftlichen Verhältnissen war die Steigerung nur mäßig. In anomalen wirtschaftlichen Zeiten hat sich dagegen eine stärkere Zunahme der Unterstützungen bemerkbar gemacht. In diesem Jahre zeigt der November gegenüber dem Oktober einen Rückgang der Zahl der Armenparteien. Während im Oktober 12 217 Parteien unterstützt wurden, wurden im November nur 12 052, also 165 Parteien weniger, gezählt. Wenn auch die wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Krieg und seine Folgen eine aufsteigende Tendenz im Sinne normaler Entwicklung nicht zeigen können, so kann doch von einer Verschlechterung im Sinne eines allgemeinen Rückschlags nicht die Rede sein. Es muß wiederholt anerkannt werden, daß das Eingreifen der Staatsgewalt auf die Preise der Lebensmittel immer mehr den Boden für eine nicht schwankende und in seinen Kosten überschaubare Lebens- und Wirtschaftsführung geschaffen hat.

Während im Oktober 234 112 Personen ständig beschäftigt wurden, ist die Zahl im November auf 235 184, also um 1072, gestiegen. Diese Steigerung beruht auf der Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte; sie sind von Oktober zu November von 106 807 auf 110 250, demnach um 3443, gestiegen. Dagegen ist die Zahl der männlichen Arbeitskräfte von 127 305 auf 124 932, also um 2373, gefallen. Wie stark die weiblichen Arbeitskräfte durch den Krieg gewonnen haben, mag daraus ersehen werden, daß beschäftigt wurden:

im November	1912	96 191	weibl. Arbeitskräfte,
"	"	1913	98 652
"	"	1914	94 091
"	"	1915	110 252

Daß das Ansteigen der Zahl der weiblichen Arbeitskräfte wegen der in der Regel gezahlten niedrigeren Arbeitslöhne die dem Umjah dienenden Geldmittel vermindert, ist bei früherer Gelegenheit schon erwähnt worden. Die Verminderung der Zahl der männlichen Arbeitskräfte zeigen folgende Beschäftigungsziffern:

im November	1912	196 744	Männer,
"	"	1913	203 458
"	"	1914	153 829
"	"	1915	124 932

Die weiblichen Arbeitskräfte haben in folgenden Erwerbsgruppen zugenommen: Nahrungs- und Genussmittel, im polygraphischen Gewerbe, Handelsgewerbe, öffentlichen Dienst, in sonstigen Berufen oder Stellungen und häuslichen Dienstleistungen. Die Gruppe häusliche Dienstleistungen nähert sich mehr und mehr normalen Verhältnissen. Es wurden in dieser Gruppe beschäftigt:

im November	1912	33 867	Personen,
"	"	1913	33 690
"	"	1914	29 012
"	"	1915	30 961

Von der öffentlichen Armenpflege ist aus dem Monat November zu berichten: Zahl der Unterstützungsgesuche 1117 (Oktober 1106), Zahl der Neubewilligungen 551 (Oktober 574), Zahl der Einstellungen 691 (Oktober 658), Zahl der Armenparteien 12 052 (Oktober 12 217).

Die Zahl der Obdachlosen betrug im November 1182 (Oktober 1151).

1. VIII. 1915

Ein Jahr Kriegsfinanzen.

Ein Jahr Kriegsfinanzen.

Mit dem 1. August 1914 setzte nicht allein der Aufmarsch unehrer Menschenmassen auf den Schlachtfeldern ein; er leitete auch, vor allem durch das Vorgehen Englands, einen Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete in nie gekannter Schärfe und Ausdehnung ein.

Die Deutsche Reichsbank als Kriegsbank.

Die Hauptrolle hierbei fiel den Notenbanken zu. Nicht in allen Ländern waren die Zentralnoten-Institute mit gleicher Leichtigkeit dazu in der Lage. Der von allem Anfang an gewonnene Eindruck, daß es dabei in Deutschland am besten bestellt war, ist heute nach einjähriger Kriegsdauer glänzend bestätigt.

Die Diskontbewegung der Notenbanken.

Zu diesem Erfolg hat auch eine überaus maßvolle Diskontpolitik beigetragen: am 31. Juli von 4 auf 5 pCt. und am folgenden Tage auf 6 pCt. während sich im Ausland zum Teil eine geradezu sprunghafte Diskontverfeuerung vollzog. So ist die Bank von England am 30. Juli von 3 pCt. auf 4 pCt., am nächsten Tage in einem Sprunge auf 5 pCt. und am nächsten Tage weiter auf 10 pCt. hinaufgesprungen, ein unerhörter Vorzug, in den 20 Jahren ihrer Geschichte.

Table with columns: (in Millionen Mark), Wechselbestand, Notenumlauf. Rows include dates from 23. Juli 1914 to 23. Juli 1915.

Anlagen und Goldanwachsen bei der Reichsbank.

Die starke Inanspruchnahme der Reichsbank geht auch aus der nächsten Zusammenstellung hervor, welche die durchschnittliche Anlage von Wechseln, Lombard und Effekten in den einzelnen Quartalen der drei letzten Jahre zeigt.

Table with columns: (in Mill. M.), Wechsel, Lombard, Effekten. Rows include quarterly data from I. Quartal to IV. Quartal.

Es spricht für den gesunden Sinn unserer Bevölkerung und für das Maß von Vertrauen in die Reichsbank und in die von ihr behütete Währung, daß der Appell an die Bevölkerung, das umlaufende Gold an die Reichsbank einzuliefern, von bestem Erfolge begleitet war.

Die Notenbanken im feindlichen Ausland. Wie stark verschieden von den Verhältnissen in Deutschland haben sich diejenigen im Ausland entwickelt! In England, wo alsbald nach Kriegsausbruch ein Moratorium erlassen wurde, war es zunächst nur durch eine Garantie der Regierung möglich, das Diskontgeschäft der Bank von England überhaupt in Gang zu halten.

Die Notenbanken im feindlichen Ausland. Wie stark verschieden von den Verhältnissen in Deutschland haben sich diejenigen im Ausland entwickelt! In England, wo alsbald nach Kriegsausbruch ein Moratorium erlassen wurde, war es zunächst nur durch eine Garantie der Regierung möglich, das Diskontgeschäft der Bank von England überhaupt in Gang zu halten.

Table with columns: (Alles in Millionen Mark), Metall, da-von Gold, Wechselbestand, Notenumlauf, Einlagen, Golddeckung der Noten in %, Golddeckung der Noten und Einlagen in %. Rows include Reichsbank, Bank v. England, Bank v. Frankreich, Russ. Staatsbank.

Unserem neuesten Feind, Italien, waren schon seit Beginn des Weltkrieges aus seinen Kriegsrüstungen starke finanzielle Lasten erwachsen, die, da ihm sichtbare Geldhilfe vom

Auslande bis jetzt noch nicht geworden ist, in der Hauptsache im Inland gedeckt wurden. Das konnte nur geschehen durch eine starke Steigerung des Notenumlaufes der Banca d'Italia und der von ihr gewährten Vorschüsse. Am 20. Juli v. J. hatte der Notenumlauf dieses Instituts, des hauptsächlichsten in Italien, Le 1661 Millionen betragen und war bis 20. Juni d. J. nach dem letzten uns vorliegenden Ausweise auf Le 2375 Mill. angewachsen.

Kriegsanleihen in Deutschland und im Ausland. Noch niemals wurde je zuvor ein Krieg in so gewaltiger Ausdehnung, noch niemals auch mit so kostspieligen technischen Mitteln geführt; noch niemals ist deshalb auch der Aufwand an Geld so groß gewesen wie jetzt.

Zu dem ist zunächst zu bemerken, daß Deutschland bekanntlich bisher im Krieg zwei Mal mit 5proz. Anleihen an den Geldmarkt appelliert, das erste Mal im September v. J. mit einem Zeichnungsergebnis von 4 1/2 Milliarden, das zweite Mal Ende März bei erhöhtem Ausgabekurs von rund 9 Milliarden.

Von unseren Gegnern hat England bis jetzt verhältnismäßig am leichtesten die finanziellen Bedürfnisse seiner Kriegführung aufzubringen vermocht. Aber der englische Staatskredit hat eine ganz erhebliche und jedenfalls weit über das von den englischen Staatsmännern bei Kriegsbeginn erwartete Maß hinausgehende Belastung erfahren.

Der englische Staatskredit gelitten hat, zeigte sich bei der letzten englischen Vorschußgewährung, die in Höhe von 1500 Millionen Francs nur erfolgte gegen Abführung von 500 Mill. Francs Gold aus der Bank von Frankreich an die Bank von England.

Deckung von Kriegslieferungen, verblich gewesen. Wie viel in England der russische Kredit eingeschätzt wird, erblickt sich im Dezember v. J. als Rußland, um £ 12 Millionen Schatzwechsel in England anzubringen, dort £ 8 Millionen Gold aus der Russischen Staatsbank hinterlegen mußte.

An der Schwelle des zweiten Kriegsjahres zeigen sich also in den Reihen unserer Gegner mehr oder minder große Schwierigkeiten in der Aufbringung der Mittel für die Kriegführung und damit zusammenhängend eine starke Belastung der Zentralnoteninstitute, in Deutschland aber neben der erfreulich günstigen Lage auf dem Kriegsschauplatz ein Bild weitgehender wirtschaftlicher Kraft und Stärke.

Die Deutsche Reichsbank in unverändert gesunder Verfassung, das deutsche Wirtschaftsleben in bewundernswerter Elastizität und in ständig nach aufwärts gerichteter Entwicklung und die deutschen Finanzen von unversehrter Leistungsfähigkeit, dazu ein ergebender Opfermut in allen Schichten der Bevölkerung, ein fester Wille zum Durchhalten und ein unentwegt vorzüglicher Geist unserer Truppen; das sind die Stützen der beruhigenden Zuversicht, daß unser der Sieg sein wird.

Das zweite Kriegsjahr fast vollenden, was das erste so verheißungsvoll vorbereitet hat!

Das zweite Kriegsjahr fast vollenden, was das erste so verheißungsvoll vorbereitet hat!

Freitag, 7. Oktober 1915.

Frankfurter Zeitung

(Frankfurter Zeitung.)

Drucknummer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonelzeile 60 J. Abendbl. 75 J.
Reklamen 42.-, Abendbl. 250.
Familienanzeigen 41.-, Platz- u.
Daten-Vorschriften ohne Verbind-
lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
Unsere Expeditionen in Frankfurt
a. M., Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
Mair: Schillerpl. 3, Berlin; Mau-
straße 16/18, Dresden; A. Waisen-
hanstr. 25, München; Perusastr. 5,
Offenbach; Biebererstr. 34, Stutt-
gart; Poststraße 7, Zürich; Nord-
straße 62, Uns. übr. Agentur
u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter
Societäts-Druckerei
Gesellschaft m. beschr. Haftung.

me.

Entente - Anleihen.

der
das
tag
Re-
nt-
ber

Das Geheimnis der englisch-französischen Dollar-
Anleihe. — Die Anleihe reicht nicht. — Fast sieben
Prozent Zinsen! — Kriegskredit in England und
Deutschland. — Die Reise des russischen Finanz-
ministers. — Frankreich vor einem schweren
Experiment.

ung
dent
am-
richt,
issen
ung
gleit
se
nen,
mß,
bert,
rien
wo
ger-
Bul-

Die Neutermeldungen haben zwar einigermaßen darüber
aufgeklärt, wie groß oder vielmehr wie klein das amerikanische
Darlehen ist, und wie die äußeren Bedingungen sind; indes
über den sehr wichtigen Punkt, wer als eigentlicher
Schuldner auf den fünfjährigen Scheinen
stehen wird, darüber hielt der englische Draht die
Öffentlichkeit bisher im Dunkeln. Die Frage ist: Ent-
weder empfangen die amerikanischen Geldgeber von Eng-
land und von Frankreich als Einzelschuldner zweierlei
Stücke, und wenn dies der Fall ist, bleibt unbekannt, mit
welchem Teilbetrage sie England, und mit welchem Fran-
reich sie ausfertigt; oder aber es handelt sich — und das ist
bei der nüchternen Art der Kreditbeurteilung durch die
Amerikaner das Wahrscheinliche — tatsächlich um eine
Darlehensaufnahme der Gemeinschaft beider Staaten.
In diesem Falle würden also Frankreich und England soli-
darisch haften, und darin läge eine bisher noch nirgends
betonte Demütigung beider Schuldner, nament-
lich des französischen, und zugleich ein scharf durchdachter
folgeschwerer Schachzug der englischen Politik. Ungeachtet
der weitverbreiteten Achtung vor der französischen Finanz-
vergangenheit herrscht jedenfalls auch bei den Neutralen
kein Zweifel mehr, daß England und Frankreich in Bezug
auf finanzielle Leistungsfähigkeit ein höchst ungleiches Ge-
spann geworden sind. Schließt sich England mit Frankreich
gewissermaßen zu einer juristischen Person für eine be-
stimmte Reihe von Jahren zusammen, so festigt es für die-
selbe Zeit die politische Gemeinschaft, das heißt, die Ab-
hängigkeit Frankreichs vom englischen
Willen. Schon schuldet Frankreich in England eine runde
Milliarde Mark gegen kurzfristige Schatzwechsel. Aber das
ging schließlich nur die beiden an. Jetzt aber wird ein
Dritter zwischen beide geschoben. Wenn demnach den Ame-
rikanern gegenüber die Haftung eine solidarische ist, wenn
mit anderen Worten England für Frankreich bürgt, dann ver-
liert der schwächere Teil die Kraft freiwilligen Handelns.
Hierin liegt für Frankreich eine große Gefahr. In fünf
Jahren steht (nach Reuter) den Besitzern der 5proz. Schatz-
scheine der Umtausch in eine 4 1/2proz. zehn- bis zwanzig-
jährige englisch-französische Anleihe zu. Wie, wenn die
Amerikaner im Jahre 1920 nicht umtauschen, oder wenn
England, wozu nach Reuter die Möglichkeit bestünde, im
Jahre 1925 auf der Abtät einer Rückzahlung der Gemein-
schaftsschuld besteht und Frankreich zur Heimzahlung seines
Anteils nicht imstande ist? Wird dann nicht England nach
einem französischen Faustpand dafür greifen, daß es
den französischen Schuldbanteil aus Eigenem mitbegleicht?
Und wenn gar das amerikanische Darlehensgeschäft eine
Neuaufgabe erfahren wird — dann wird man erst sehen
können, wie nachhaltig und listentreich hier der eine Verbün-
dete dem anderen die Schlinge um den Hals zu legen be-
ginnt.

en

Wie
i v e
sich
nen.
Mel-
ätig-
ruf-
urch
ieten
onen
er-
esem
h e s
d e r
ö l l-
issen
An-

sich
dem
be-
t zu
nen-
i v e
t h-
dem
erie-
an
ge-

Inzwischen herrscht in England selbst statt des Jubels
über den Erfolg ein tiefes Gefühl der Demütigung über
diese in Amerika aufgenommene Anleihe vor. Und das mit
Recht. Wochenlang haben die angesehensten englischen Finanz-
männer in New York Bittgänge tun müssen. Die Amerikaner
bekundeten herzlich wenig Vertrauen in die finanzielle und
wirtschaftliche Kraft der Entente. Das Sinken des Sterling-
kurses hatte den englischen Kredit aufs schwerste erschüttert,
so sehr, daß die amerikanischen Bankiers sich anfangs mit der
Garantie des englischen und französischen Staatsschatzes gar
nicht begnügten, sondern, wie die „Morning Post“ uns mit-
teilte, die Hinterlegung amerikanischer Wert-
papiere zur Sicherung der Anleihe forderten. Was
aber haben, nachdem das abgefallen war, die Unterhändler
schließlich erreicht? Eine Milliarde Dollar hatten sie haben

Die Anmeldung feindlicher Vermögen.

Der Bundesrat hat, wie gemeldet, am 7. d. M. eine Bekanntmachung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten erlassen. Wir geben hier ihren, jetzt in Nr. 239 des „Reichsanzeigers“ veröffentlichten Wortlaut wieder:

§ 1. Das im Inland befindliche Vermögen von Angehörigen feindlicher Staaten ist nach Maßgabe der vom Reichsanzler zu erlassenden Vorschriften anzumelden.

§ 2. Die Landeszentralbehörden bestimmen, bei welchen Stellen die Anmeldungen zu erfolgen haben.

Auf Erfordern dieser Stellen ist jedermann verpflichtet, binnen einer von der Anmeldestelle festzusetzenden Frist eine Erklärung darüber abzugeben, ob bei ihm die Voraussetzungen der Anmeldepflicht vorliegen, sowie eine abgegebene Erklärung oder Anmeldung durch nähere Auskünfte zu ergänzen.

§ 3. Die mit der Entgegennahme oder Bearbeitung der Anmeldung befaßten Personen sind verpflichtet, über die aus Anlaß der Anmeldung zu ihrer Kenntnis gelangten Verhältnisse Verschwiegenheit zu beobachten.

§ 4. Als feindliche Staaten im Sinne dieser Verordnung gelten Großbritannien und Irland, Frankreich, Rußland und Finnland, sowie die Kolonien und auswärtigen Besitzungen dieser Staaten.

Der Reichsanzler kann die Vorschriften dieser Verordnung ganz oder teilweise auch auf andere feindliche Staaten sowie auf Länder, die vom Feinde besetzt sind, für anwendbar erklären.

§ 5. Juristische Personen, die im feindlichen Ausland (§ 4) ihren Sitz haben, stehen einem Angehörigen der feindlichen Staaten im Sinne dieser Verordnung gleich.

§ 6. Zu dem im Inland befindlichen Vermögen im Sinne dieser Verordnung gehören insbesondere auch Beteiligungen an einem Unternehmen, das im Inland seinen Sitz hat, sowie vermögensrechtliche Ansprüche aller Art, wenn sie gegen Personen gerichtet sind, die im Inland ihren Wohnsitz oder Sitz haben.

§ 7. Ist nach dem 31. Juli 1914 ein im Inland befindlicher Vermögensgegenstand von einem Angehörigen der feindlichen Staaten veräußert oder abgetreten worden und ist anzunehmen, daß die Veräußerung oder Abtretung geschehen ist, um ihn den deutschen Vergeltungsmaßnahmen zu entziehen, so kann der Reichsanzler anordnen, daß die Veräußerung oder Abtretung für die Anwendung dieser Verordnung als nicht geschehen anzusehen ist.

§ 8. Im Inland befindliches Vermögen von Angehörigen feindlicher Staaten, insbesondere auch ein dazu gehöriger Anspruch, kann vom Inkrafttreten dieser Verordnung an, unbeschadet weitergehender Anordnungen der Militärbefehlshaber, nur mit Genehmigung des Reichsanzlers veräußert, abgetreten oder belastet werden.

Unberührt bleibt die Zulässigkeit der Ausübung eines vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung erlangten dinglichen Rechts oder kaufmännischen Zurückhaltungsrechts.

§ 9. Die im § 8 bezeichneten Beschränkungen gelten nicht

1. für das Vermögen feindlicher Staatsangehöriger, die sich im Inland aufhalten,
2. für das Vermögen feindlicher Staatsangehöriger, das zu einem im Inland befindlichen Betriebe gehört,

soweit es sich um Veräußerungen, Abtretungen oder Belastungen zugunsten von Personen handelt, die im Inland ihren Wohnsitz, Sitz oder dauernden Aufenthalt haben.

Die im § 8 bezeichneten Beschränkungen gelten ferner nicht für das einer staatlichen Aufsicht oder Verwaltung nach Maßgabe der Bundesratsverordnungen vom 4. September und 26. November 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 397, 487) unterstehende Vermögen.

§ 10. Es ist bis auf weiteres verboten, ohne Genehmigung des Reichsanzlers Sachen, die im Eigentum von Angehörigen feindlicher Staaten stehen, insbesondere auch Wertpapiere und Geldstücke, unmittelbar oder mittelbar nach dem Ausland abzuführen, soweit es sich nicht um die Mitnahme von Reisegut handelt. Der Reichsanzler kann nähere Bestimmungen darüber erlassen, was als Reisegut anzusehen ist.

§ 11. Die weitergehenden Vorschriften der Bekanntmachungen, betreffend die Zahlungsverbote gegen England, Frankreich und Rußland, vom 30. September, 20. Oktober und 19. November 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 421, 443, 479) bleiben unberührt.

§ 12. Mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft:

1. wer vorsätzlich den gemäß § 1 ergehenden Anordnungen des Reichsanzlers über die Vermögensanmeldung oder einer gemäß § 2 Abs. 2 ergehenden Aufforderung nicht oder nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nachkommt;
2. wer bei der Anmeldung oder bei einer nach § 2 Abs. 2 abzugebenden Erklärung oder Auskunft wesentlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht;
3. wer den Vorschriften des § 3 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet.

In dem Falle der Nr. 3 tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein.

§ 13. Mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe verurteilt ist, bestraft, wer wesentlich dem Verbote des § 10 zuwiderhandelt.

§ 14. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung, die Vorschrift des § 13 tritt jedoch erst mit dem 11. Oktober 1915 in Kraft.

Der Reichsanzler bestimmt, wann und in welchem Umfang diese Verordnung außer Kraft tritt.

Wiener Finanzbrief.

Wien, 6. November.

Es ist heute bereits zu einem billigen Gemeinplaze geworden, daß die militärischen und wirtschaftlichen Kräfte, die die Zentralmächte im Laufe des nun den sechzehnten Monat währenden Weltkrieges aufzubieten imstande waren und noch sind, die kühnsten Hoffnungen selbst der ausschweifendsten Optimisten übertroffen haben. Man mag die Selbstunterschätzung, die ein altes Erb-übel insbesondere bei uns in Oesterreich-Ungarn ist, in ihrer Bedeutung noch so hoch werten, man mag es als noch so bedeutungsvoll veranschlagen, daß wir die Hilfskräfte und Hilfsquellen, die den Völkern dieser Monarchie zu Gebote stehen, ihrem vollen Umfange nach auch nicht annähernd kannten — all dies wird noch immer nicht imstande sein, es zu erklären, wieso insbesondere Oesterreich-Ungarn, das in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch auf den westlichen Geldmärkten so sehr als Stiefkind behandelt wurde, nun eine wirtschaftliche Kraft, eine Produktionsfähigkeit an Waren und Kapital zeigt, die prozentuell gemessen hinter jener des nach jeder Richtung so starken und machtvollen Deutschen Reiches nicht zurücksteht.

Wenn erst einmal die Wissenschaft im Vollbesitze des ungeheuer reichen Materiales des volkswirtschaftlichen Weltkrieges sein wird, wird sie imstande sein, eine Reihe der überraschendsten Erscheinungen aufzudecken. Sie wird im Detail nachzuweisen vermögen, was wir in großen Zügen heute bereits wissen und täglich sehen, daß nämlich die tödlichen Schläge, die die Entente mit vollkommener Verleugnung völkerrechtlich geltender Grundsätze gegen den Zweibund zu führen gedachte, zum nicht geringen Teile zu der machtvollen Erstarkung der Zentralstaaten beigetragen haben. Für den im modernen Wirtschaftsgebiete — wenigstens wie er vor dem Kriege war — stehenden Menschen, für den die ungeheure, früher ungeahnte kapitalistische Ausentwicklung der Welt zu Ende des neunzehnten und zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts die Probe aufs Exempel für die Unrichtigkeit jenes heute so weit hinter uns zurückliegenden Denkprozesses vor Adam Smith war, für den bedeutet es nun eine eigenartige Spiraldrehung in der Aufwärtsbewegung wirtschaftlichen Fortschreitens, daß der Zustand, wie er seit dem 1. August 1914 geschaffen wurde, eigentlich die Verwirklichung des Ideals der Merkantilisten aus der Zeit Ludwigs XIV. darstellt. Es wäre gewiß nicht schwer, dies im Detail nachzuweisen; man erinnere sich nur des überall sich zeigenden Edelmetallhungers, der strengen Ausfuhrverbote nach dieser Richtung, ferner des Importausfalles aller „überflüssigen“ Waren, um zu sehen, wie sehr das, was jenen fernen Zeiten ein Ideal schien, streng genommen eine Absurdität der Weltgeschichte ist. Für Deutschland und Oesterreich-Ungarn bedeutete diese Beschränkung den Zwang zur Erschließung der eigenen gewaltigen Hilfsquellen, sie bedeutete ferner eine geradezu ins Grandiose gehende Befruchtung theoretischer Wissenschaften, die aber direkt in die Praxis hineingeführt wurden und dadurch, daß das Gebiet zwischen Nordsee und Adria fast hermetisch solange von der Außenwelt abgeschlossen war, ergab es sich, daß jeder Fortschritt auf militärischem Gebiete und jeder Terraingewinn eine über alles Maß erhöhte Bedeutung gewann. Wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn solange eine Welt für sich bildeten, dann ward ihnen die Rückeroberung Galiziens, die Besetzung Rußisch-Polens, Wolhyniens, Samogitiens und Kurlands nicht bloß ein Gewinn von so und soviel Tausend Quadratkilometern, sondern eine ganz gewaltige prozentuelle Steigerung ihrer Welt. An und für sich reich an Bodenschätzen, konnten die neu-besetzten Gebiete nicht nur die Invasionsarmeen selbst ernähren, sondern auch manches Plankto, das da oder dort zu zeigen sich drohte, beden.

Wenn man diese Tatsachen sich vor Augen hält, dann wird man es erst voll und ganz begreifen, was der durch die gewaltigen, schnell errungenen Siege in Serbien erfolgte Zusammenschluß der deutsch-österreichisch-ungarischen Armeen mit der bulgarischen und damit zugleich mit der türkischen bedeutet. Für die Zentralstaaten, die heute und seit nun fünfzehn Monaten ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet darstellen und damit eine eigene Welt sind, bedeutet die Wegfreiheit nach dem Orient die Gewinnung einer neuen Welt. Und diese Tatsache ist in ihren Konsequenzen für den neuen Vierbund mindestens ebenso bedeutungsvoll, wie es zu Anfang des 16. Jahrhunderts die Erschließung Indiens und Amerikas für Spanien und England war. Wir können also die Ereignisse, wie sie sich seit Anfang Mai bis jetzt vollzogen haben, dahin zusammenfassen, daß einerseits durch den ungeheuren Terraingewinn eine gewaltige Entlastung der Inanspruchnahme unserer Bodenproduktion erfolgte, andererseits die offene Türe nach der Levante eine neue bedeutende Zirkulation der Güter ermöglicht, die dem wirtschaftlichen Organismus des Vierbundes neue Kräfte zuführt und neue Ressourcen zur Verfügung stellt.

Wenn nun auch diese konkreten Tatsachen psychologisch den Riesenerfolg der dritten Kriegsanleihe der beiden Staaten dieser Monarchie vollauf erklären, so muß es doch andererseits ausgesprochen werden, daß eine Kraftentfaltung in diesem Maße man kaum zu hoffen gewagt hätte. Die Ziffern des Subskriptionsergebnisses werden wohl in nächster Zeit publiziert werden. Es wird sich dann auch zeigen, wie sehr jeder einzelne sich bemühte, mehr zu leisten, als bei der ersten und zweiten Kriegsanleihe. Ehrlicherweise muß zugestanden werden, daß die Kraftleistung ersten Ranges der Bevölkerung nicht allzu schwer geworden ist, denn Geld ist in genügender Menge vorhanden. Bedurfte es für diese Behauptung eines Beweises, so könnte man ihn in der Tatsache sehen,

daß die Spargelder, die ja nahezu 20 Milliarden betragen, für die Kriegsanleihe nicht in besonders nennenswerter Weise in Anspruch genommen worden sind. In eingeweihten Kreisen wird die Verminderung auf knapp 1 1/2 Prozent geschätzt, wobei zu berücksichtigen ist, daß am ersten November der Termin des Mietzinses war, der erfahrungsgemäß stets eine nicht unbedeutende Verminderung der Einlagen bei den Sparkassen mit sich bringt.

Die Kiezanziffern, die bei der dritten Kriegsanleihe zutage kamen, sind in erster Linie als verdienstliche Leistung der städtischen Bevölkerung anzusehen. Die bäuerliche Bevölkerung, von der man erwartet hatte, daß sie in Konsequenz der großen Summen, die ihr eine Refordernte und noch nie dagewesene Preise für Bodenprodukte eingebracht hatten, sich mit namhaften Summen an den Zeichnungen beteiligen werde, hat diese Erwartungen nicht erfüllt. Nichts wäre aber verschlatter, als aus diesem Grunde einem so großen Teile unserer Population geringe Opferwilligkeit für die Sache des Vaterlandes vorwerfen zu wollen. Unsere Regimenter setzen sich ja zum großen Teile aus den Söhnen und Brüdern dieser selben Bauernbevölkerung zusammen. Und sie vergießen mit gleichem Heroismus auf den zahlreichen Schlachtfeldern ihr Blut, wie jede andere Bevölkerungsschicht. Die Wahrheit ist die, daß innerhalb der Bewohnerschaft des flachen Landes die finanziellen Kenntnisse noch nicht soweit durchgedrungen sind, als es in diesem Falle notwendig wäre. Ueberall, nicht nur in Oesterreich und Ungarn, neigt der Bauer zur Theaurierung, und es ist bekannt, daß in Italien selbst die größten Latifundienbesitzer noch nicht über das Strumpfstadium hinausgelangt sind. Bei uns hat der Landmann das Mißtrauen gegen das „Papier“ noch lange nicht überwunden. Für ihn gilt das Sprichwort „Bargeld lacht“, und auch heute noch wertet er, wenn auch nicht gerade die Silberkrone, so doch zumindest die Banknote viel höher als jede Staatsschuldverschreibung. Nach dieser Richtung wird es nun und in Zukunft in der Monarchie noch viel zu tun geben und die Tätigkeit der Banken wird sich speziell in dieser Richtung bewegen müssen, den Uebergang vom Strumpf und von der Sparkasse zur Rente zu beschleunigen. Man ist nun zwecks Popularisierung der Kriegsanleihe auf die Idee verfallen, in den Landgemeinden aufklärende Vorträge zu halten, die die Kenntnis über das Wesen und die Bedeutung des Staatstitres verbreiten sollen. Hätte dies Unternehmen schon früher eingesetzt, dann würde man heute bereits größere Erfolge nach dieser Richtung zu verzeichnen haben. Auf jeden Fall wird es richtig sein, die jetzt gesammelten Erfahrungen in Zukunft gründlich zu verwerten. Deutschland hat in dieser Hinsicht einen großen Vorsprung. Der Einblick in das Wesen finanzieller Verhältnisse ist dort viel mehr Allgemeingut breiter Bevölkerungsschichten als bei uns und auf diesen Umstand ist nicht zum wenigsten die ungeheure Wirtschaftskraft, die sich in der dritten deutschen Kriegsanleihe äußerte, zurückzuführen. Denn es weiß dort ein jeder, welsch gewaltige Vorteile es ihm sowohl, wie dem Staate bringt, wenn er auch sein wirtschaftliches Können voll und ganz in den Dienst der Allgemeinheit stellt.

Trotz dieser von seiten eines Teiles der Bevölkerung geübten Zurückhaltung ist der Riesenerfolg der Kriegsanleihe ein segensreiches und befruchtendes Element in jeder Hinsicht. Die Finanzkreise zeigen sich von höchster Zuversicht erfüllt. Die Unternehmungslust ist zulehends im Wachsen begriffen, und es existiert tatsächlich kaum ein Geschäft, das nicht gemacht würde, weil man sich etwa vor Kriegsrisiko fürchtet. Dabei muß offen ausgesprochen werden, daß das Kalkül, als ob die Riesenerfolge des Vierbundes auf militärischem Gebiete an allen Fronten ein nahes Kriegsende prognostizieren ließen, kaum eine Rolle spielt. Man ist von dem endgültigen Siege Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei so fest durchdrungen, daß die Frage, ob diese Tatsache sich heute, morgen oder in 2-Monaten vollzieht, nur wenig in Betracht kommt.

Die Lage der Industrie ist eine andauernd günstige, und es ist erfreulicherweise eine kräftige Entwicklung zu konstatieren. Dabei ist es besonders bezeichnend, daß es nicht nur die Militäraufträge sind, die unsere Produktion beschäftigen, sondern daß auch die regulären Aufträge sich häufen. In der Generalversammlung der Prager Eisenindustrie konnte darauf hingewiesen werden, wie günstig sich die Aussichten der nächsten Zukunft darstellen, die noch dadurch besonders wachsen dürften, daß mit der Wiederverkehr normaler Verhältnisse normale Arbeiterstände wieder vorhanden sein werden. Eine wesentliche Erleichterung ist den Waggon- und Maschinenfabriken geboten worden, an die ja der Staat im Verlaufe dieses Weltkrieges wirklich hohe Anforderungen zu stellen gezwungen war, und die diesen Anforderungen in vollem Umfange gerecht wurden, indem diesen Produktionsstätten die Möglichkeit geboten wurde, qualifizierte Arbeiter wieder zu erhalten.

Trotz der Riesenbeträge, die die Kriegsanleihe in Anspruch nimmt, hat der Geldstand kaum eine Aenderung erfahren. Ultimo Oktober waren die Ansprüche an den Schaltern der Oesterreichisch-Ungarischen Bank geringer als sie sonst um diese Zeit zu sein pflegen. Dies erklärt sich daraus, daß ein jedes Wechselmaterial, sowohl österreichisches wie ungarisches, fast vollkommen fehlt. Die Privatbanken verfügen über namhafte Reserven, die sie im Eskompte und Lombard nur außerordentlich schwer zu placieren vermögen, und angesichts dieser Tatsache ist kaum mit einer Aenderung des Zinsfußes in der nächsten Zeit zu rechnen.

Es ist einleitend gesagt worden, daß während der ersten Kriegsperiode für uns die Welt durch das völkerrechtsbrüchige Vorgehen unserer Feinde verkleinert worden ist. Die Kraft unserer Heere hat die Fesseln gesprengt, hat unsere Welt vergrößert und erweitert, eine neue Welt uns gewonnen. Was die Heere hier schufen, wird

Wing

er Zeitung.)

nummer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
 Kolonialzeile 60 J. Abendbl. 75 J.
 Reklamen 42 - . Abendbl. 42 50.
 Familienanzeigen 41 - . Platz u.
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit. - Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M. Gr. Eschenheimerstr. 33/37.
 Metz: Schillerpl. 3. Berlin: Mauer-
 straße 16/18. Dresden: Waisen-
 hansstr. 25. München: Perersstr. 5.
 Offenbach: Biebererstr. 31. Stutt-
 gart: Poststraße 7. Zürich: Nord-
 straße 62. Uns. übrig. Agentur
 o. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei
 Gesellschaft m. beschr. Haftung.

Die Finanzprobleme in Belgien.

FS Brüssel, Ende Oktober.

Tiefer noch als in das wirtschaftliche Leben greift der Krieg in die Finanzwirtschaft der Völker ein. Die wirtschaftlichen Schäden, der völlige oder teilweise Wegfall des Außenhandels, die Einschränkung der gewerblichen Tätigkeit, sind ein altes Leiden, das rasch zur Krise sich entwickelt, aber kaum dauernde Gebrechen hinterläßt. Ob es sehr schwer oder weniger schwer empfunden wird, hängt von der Anpassungsfähigkeit der Industrien ab, von der organisatorischen Geschicklichkeit eines Volkes, auch vom Sieg auf dem Schlachtfelde. Deutsch-land ist im Vollbesitz seiner inländischen Produktionsquellen geblieben, Frankreich hat das Zentrum seiner Industrie in feindliche Besetzung geraten sehen. In der Finanzwirtschaft macht sich der Krieg in weniger ungleichem Maße fühlbar. Die Milliarden, die in der Kriegsführung aufgehen, sind als wirtschaftliche Werte verloren, aber sie bleiben als eine dauernde Last auf dem Staatsbudget, die auch der Sieger empfindet, soweit es ihm nicht gelingt, von den Unterlegenen Kriegsschädigungen zu erhalten.

Wie sich Belgiens Zukunft immer gestalten mag, das Land wird sich nicht aus dem Rahmen der finanziellen Kriegsbelastungen herausheben lassen. In jedem Kleide wird es die Pein der Geldnöte fühlen, in die es geraten ist und mit den Hilfsquellen rechnen müssen, die der auf belgischem Boden angesiedelten Bevölkerung zur Verfügung stehen. Traumwandler im Belgien der Diaspora hoffen noch immer auf die Milliarden der deutschen Kriegsschädigung, die alle Bedürfnisse decken soll. Aber selbst wenn man diesen erhofften Barzuschuß für möglich hält, bleiben noch sehr ernste Aufgaben zu lösen. Der laufende Staatshaushalt hat in den letzten Jahren schon vor einem wachsenden Fehlbetrag gestanden und die Staatsschuld wuchs stetig. Das belgische Finanzwesen trieb mit Naturgewalt einer umfassenden Reform entgegen. Ohne den Krieg hätte man sie wahrscheinlich noch lange verschleppt, die eingetretene Katastrophe muß sie beschleunigen, weil ungeheure neue Aufgaben entstanden sind.

Man darf zunächst die Frage aufwerfen: Was wird aus den Schulden, welche die geflohene belgische Regierung zur Fortsetzung des Krieges aufgenommen hat? Eigene Einnahmequellen stehen ihr nicht mehr zur Verfügung. Denn sie kann kaum daran denken, in dem ihr verbliebenen Zipfel des Landes Steuern zu erheben. Der zu erhebende Betrag wäre so wenig der Mühe wert wie die Steuereingänge der in Holland liegenden Enklave. Auch die im Auslande lebenden Belgier, die zur Zahlung ihrer früheren Steuern aufgefördert wurden, können nur einen Tropfen auf einen heißen Stein liefern. Es blieb also nichts übrig, als zu den „Vorschüssen“ Englands und Frankreichs Zuflucht zu nehmen. Auf welche Höhe sich diese nach und nach vorgestreckten Summen belaufen, ist noch nicht genau bekannt geworden, weder durch belgische, noch durch englische oder französische amtliche Mitteilungen. Man erfuhr nur, daß Frankreich in den ersten Kriegsmonaten zusammen 500 Millionen Franken gegeben hatte. Nach Gerüchten sollen die Vorschüsse bis jetzt auf 1200 Millionen gestiegen sein. Ob diese Ziffer annähernd zutrifft, ist nicht nachzuprüfen. Immerhin hat die belgische Regierung in Havre noch dieser Tage halbamtlich versichert, daß in Bezug auf die weiteren Vorschüsse niemals eine Schwierigkeit mit England oder Frankreich entstanden wäre, weder über die Höhe noch über die Form. Besonders wäre die belgische Regierung niemals aufgefordert worden, Sicherheiten zu bieten. Nichts vom Besitz des Landes sei veräußert oder verpfändet worden. Der Goldvorrat und das Portefeuille der Nationalbank, welche den Notenumlauf garantieren, seien unberührt. Seit ihrem Auszuge aus der Heimat habe die belgische Regierung übrigens auch die Ausgabe neuer Banknoten nicht erlaubt. Wie dem auch sei, so kann selbst eine günstige Lage der Nationalbank nichts an den neuen Staatsschulden ändern. Man wird auch abzuwarten haben, ob die Enkländer nicht doch den Goldschatz der Nationalbank als ein Pfand ansehen werden, auf dem allerhand Finanzoperationen aufgebaut werden könnten. Wenn die belgische Regierung nun offiziös behauptet, sie hätte keine Schwierigkeiten wegen neuer Vorschüsse mit den Verbündeten gehabt, so ist es doch auffällig, daß neuerdings die verfallenden belgischen Schatzscheine in Frankreich gegen französische „Bons de la Défense Nationale“ eintauscht werden können. An dem zur Einlösung notwendigen Bargelb scheint es also zu fehlen, da man die Inhaber anweist, sich für das belgische Papier französisches Papier geben zu lassen.

Was aus den Kriegsschulden der belgischen Regierung in Havre werden mag, ist eine Frage der Zukunft. Da Frankreich und England den König Albert und sein Heer in einen Koalitionskrieg hineingerissen haben, wäre es nur billig, daß sie die belgische Milliarde in den Milliarden ihrer eigenen

Zeitung

en-Ausgabe

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Anzeigenteil und Expedition 8-12 Uhr vorm. und 3-7 Uhr nachm., Druckerei 8-1 Uhr und 3-6 1/2 Uhr.

1915 Nr. 1177

Bezugspreis in Köln 7.4, in Deutschland 9.4 vierteljährlich, Anzeigen 50 1/2 die Zeile oder deren Raum, Reklamen 2.50.4

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.
Haupt-Expedition: Breite Straße 64. — Postcheck-Konto 250.

Haupt-Agenturen: Krefeld J.P. Houben, Lennep Ad. Mann, Mainz Mainzer Verlagsanstalt, Mannheim D. Frenz, Mülheim (Rh.) H. Kleiser, Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl., M.-Gladbach E. Schellmann, Neuh. H. Garenfeld, Neuwed W. Bierbrauer, Romschold C. A. Kochenrath, Rheydt O. Berger, Ruhrort Andrae & Co. Saarbrücken J. C. Schiller, Sulzbachstr. 15, Siegburg W. Brinck, Markt 16, Solingen Ed. Elven, Wiesbaden H. Gieß. — Sonst. Vertret. in Deutschland: in allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank, Bremen Herm. Wülker, Wih. Scheller.

Englands kritische Finanzlage.

Die finanzielle Lage unserer Feinde. I.

Der Widerstand unserer Feinde hat in diesen Tagen eine allgemeine finanzielle Belastungsprobe auszuhalten. In England, in Frankreich und in Rußland — an Italien pflegt man ja in diesem Zusammenhang kaum zu denken — ist das Geld zur Neige gegangen; in allen drei Staaten steht man vor neuen Anleihen. Frankreich geht zum erstenmal daran, ordnungsgemäß durch eine Anleihe die Kriegskosten aufzubringen, Rußland versucht es zum vierten Male mit einer innern Anleihe, nachdem die Versuche, aus dem Ausland Geld zu erlangen, gescheitert sind, und auch England wird aller Voraussicht nach ebenfalls in diesen Wochen mit einer dritten Kriegsanleihe herauskommen. Was diese Versuche ergeben werden, das wird man allgemein mit großer Spannung erwarten; denn es wird für den Ausgang des Ringens mitentscheidend, vielleicht sogar von ausschlaggebender Bedeutung sein, welche Länder unter den finanziellen Riesenanstrengungen zunächst zum Erliegen kommen.

So viel man auch über die Lage der Staatsfinanzen bei unsern Gegnern gehört hat, und so viele Schlüsse man auch aus mancherlei zuverlässigen Mitteilungen ziehen konnte, der vorsichtige Beurteiler muß doch eingestehen, daß ein klares Bild davon, bis zu welchem Grade die finanzielle Widerstandskraft unserer Gegner schon gebrochen ist, nicht gegeben werden kann. Besonders erschwert wird die Erkenntnis dadurch, daß die Geldgeschäfte der drei Länder vielfach miteinander verknüpft worden sind. Man denkt unwillkürlich an die Kaufleute, die ihre Geschäfte unter den verschiedensten Namen treiben, die an mancherlei Firmen beteiligt sind und die ein Netz wechselseitiger Beziehungen geknüpft haben, um ihren Geldgebern, ihren Lieferanten oder auch dem Steuerfiskus den Einblick in ihre Verhältnisse möglichst zu erschweren. Das gilt von den Engländern, die sich von überallher Gold verschrieben haben, von dem man nun nicht weiß, wer es sich gutschreibt, das gilt von den Franzosen, die monatelang überhaupt keine Zeile über ihre Finanzen ans Tageslicht ließen, und das gilt besonders von den Russen, über deren Verhältnisse die widersprechendsten Angaben gemacht wurden. Eine harte Notwendigkeit zwingt jetzt die Regierungen der drei Länder gleichzeitig, vom eigenen Markt große Mittel für die Fortführung des Krieges zu verlangen. Bezeichnend für die Schwierigkeiten, in denen sich unsere Feinde ohne Unterschied befinden, sind schon die Bedingungen, die sie für das neue Geld bewilligen wollen; interessanter aber wird sein, ob sich die Hoffnungen überhaupt erfüllen werden.

Englands kritische Lage.

Am klarsten liegen die Verhältnisse immer noch in England; dort zeigt sich aber auch am deutlichsten, auf welcher gefährlichen und abschüssigen Bahnen man sich befindet. Im Unterhause wurde dieser Tage vom Regierungstisch aus mitgeteilt, daß für die Kriegsführung Englands jetzt mehr als 33 Milliarden Mark bewilligt worden sind. Mehr als für jedes andere kriegsführende Land haben für England die Kosten eine ununterbrochen steigende Tendenz gehabt. Und trotz aller Versuche, die Beträge durch Sparlichkeit im Innern herabzudrücken, sind sie immer noch in ständigem Wachsen. Den Engländern ist heute nur noch eine Möglichkeit geblieben, ihre Kriegskosten wesentlich herabzusetzen; sie besteht darin, den Verbündeten die versprochenen Milliarden aufzukündigen. Nachdem sich aber einmal der englische Geldmarkt mit mehr als zehn Milliarden an der Kostenaufbringung der Verbündeten beteiligt hat, ist dieser Weg für England sehr gefährlich, es hat sich schon viel zu tief eingekauft, um weitere Ansprüche ablehnen zu können.

So ungeheuer auch die Summe von 33 Milliarden Mark ist, so sind es doch erst die Umstände, unter denen das Geld in England geliehen und ausgegeben wird, die die Lage für dieses einst so finanzstolze Land so bedrohlich machen. An sich ist ja die Summe, die Deutschland für den Krieg aufgewandt hat und aufwendet, nur um wenige Milliarden kleiner, aber in ihrer Wirkung lasten die Milliarden auf England ganz anders als auf uns. Was England an Geldern für den Krieg aufbringt, das fließt zum größten Teil ins Ausland ab; entweder als Beihilfe an die Verbündeten, oder ins neutrale Ausland zur Bezahlung der riesig gewachsenen Einfuhr, der keine entsprechende Ausfuhr gegenübersteht. Dazu kommt aber, daß die Waren, die in diesen Zeiten in die englischen Häfen eingebracht werden, besonders teuer be-

zahlt werden müssen. Denn die Neutralen halten die Preise hoch, und das englische Pfund steht tief im Kurs. Die Verschuldung des englischen Volkes geht also noch rascher vor sich, als es dem Werte der eingeführten Ware entspricht. Um wie viel gesunder der Geldumlaufprozeß bei uns ist, die wir mit den Milliarden immer von neuem die eigene Volkswirtschaft befruchten, braucht kaum mehr gesagt zu werden. Ein weiteres böses Zeichen für England ist, daß es jede neue Milliarde teurer bezahlen muß. Während wir wie bisher so auch weiterhin unsere Anleihen zu einem gleichbleibenden Zinsfuß und sogar unter für die Staatsfinanzen immer günstiger werdenden Bedingungen unterbringen können, mußte England noch stets jedes neue Verlangen mit verlockenden Versprechungen ausstatten. Während der Londoner Markt in normalen Zeiten Geld in Hülle und Fülle zu den billigsten Sätzen haben konnte, bekommt er es heute nur noch zu Bedingungen, die man früher nur egoistischen Staaten aufzuerlegen pflegte. Und diese Zinsenschnur hat für England kein Ende. Ein dritter Nachteil besteht darin, daß große Summen, die es als Anstifter und Regisseur dieses Krieges ausgeliehen hat, um so unsicherer werden, je länger dieser Krieg dauert, da England überall, wo Staatsfinanzen zerrütet werden, mitleiden wird. Darüber hinaus aber hat England etwas verloren, was ihm schmerzlicher sein wird als die höchsten Kriegskosten. Es hat seine Rolle als Hauptvermittler auf dem Geld- und auf dem Warenmarkt an einen glücklichen Nachfolger abgetreten, und dieser Nachfolger wird um so sicherer im Sattel sitzen, je länger dieser Krieg noch dauert.

Das sind alles Beweise dafür, daß England von allen Staaten den größten Einfluß verliert und verliert wird. Als berechnender Spieler sollte es eine Partie, die immer kostspieliger zu werden droht, ohne noch eine Aussicht auf einen glücklichen Ausgang zu lassen, vorzeitig abbrechen. Ob es zu diesem Ende kommen wird, das wird nicht zum wenigsten auch von dem Ergebnis der neuen Anleihen abhängen. Haben die Verbündeten nicht mehr Atem genug, ohne England zu leben, dann werden sie verdoppelte Ansprüche an ihren natürlichen Geldgeber stellen, und ihnen wird er nicht mehr gewachsen sein. Es verlohnt sich deshalb, kurz die Aussichten zu beleuchten, unter denen die finanzielle Schlacht beginnt.

Englands Anleihe- und Steuer-Politik.

England steht immer noch zusammen mit Deutschland an der Spitze der Staaten, die gewaltige Kriegsanleihen aufgebracht haben. Die bisherigen englischen Anleihen waren, was die Höhe der dabei erzielten Summen angeht, unbedingt Erfolge, auf die Großbritannien stolz sein durfte. Es hat im Spätherbst 1914 etwa 7 Milliarden Mark, im Sommer 1915 etwa 12 Milliarden Mark zusammengebracht. Die Beträge waren also nicht unwesentlich höher als die der unmittelbar vorausgegangenen deutschen Anleihen. Wenn man nur diese Zahlen ansähe, dann könnten sich Englands Kriegsanleihen mit denen Deutschlands wohl messen. Ausschlaggebend aber sind die Bedingungen, unter denen sich die Länder das Geld verschafft haben. Die erste englische Anleihe, die von vornherein auf sieben Milliarden bemessen wurde, wurde zum Kurse von 95 und zu 3 1/2 Prozent aufgelegt; die Verzinsung ging also 1 Prozent über den Zinsfuß der englischen Konsols hinaus. Ein besonders starker Anreiz zur Zeichnung wurde aber gleich bei dieser ersten Anleihe, mit der England offenbar den ganzen Krieg finanzieren zu können hoffte, dadurch gegeben, daß die Bank von England die Schuldverschreibungen bis 1917 zum vollen Betrage und zu einem Zinsfuß, der 1 Prozent niedriger war als der Diskontsatz der Bank, belieh. In Wirklichkeit war also die Bank von England der Geldgeber. Um diesen englischen Trick richtig zu beurteilen, vergleiche man damit die entsprechenden Bestimmungen der deutschen Darlehnskassen. Auch bei uns werden Vorschüsse denen bewilligt, die Kriegsanleihen zeichnen wollen. Aber diese Vorschüsse werden nicht unter dem Bankdiskont, auch nicht auf drei Jahre, und auch nicht zum vollen Kurse gegeben. Und auch nicht auf den bloßen Willen zum Zeichnen hin, sondern nur, wenn eine bankmäßige Unterlage geboten wird. Während also die deutschen Geldgeber sich nicht auf den Kredit hin, den ihnen die Darlehnskasse gewährt, an der Kriegsanleihe beteiligen können, sondern bares Geld einschließen müssen und mit ihrer Person dafür einstehen, nach einer gewissen Zeit den Rest der Verpflichtungen zu tilgen, hat in England der

darf die Alpenfönjone angesehen werden. Sodann verfolgte Bagier an der Hand von Beipfeilen, die der Pianist Malata auf dem Klavier vortrefflich wiedergab, die Themen, den Bau des Werks, um dann mit der Wiedergabe längerer Abschnitte zu schließen. Der Vortrag, der ora-

Entente-Finzen.

Von
Georg Münch.

William Pitt, der Ältere, wettete in der Zeit des nord-amerikanischen Freiheitskampfes gegen seine Regierung mit den Shakespeares Antonius entlehnten und zeitgemäß gewandelten Worten: „Noch gestern hätte sich England mit der Welt messen können; heute weigert ihm auch der Geringste die Achtung.“ Doppeltes beklagte der große und weitsichtige englische Staatsmann damit: Englands verlorenes Spiel in Amerika und die Verwendung von wilden Eingeborenen im englischen Heere. Der Unterton mancher Rede, die heute im englischen Parlament gehalten wird, ist ein ähnlicher. Die Scham, daß man Wilde oder Halbwilde für Englands Ehre gegen die europäische Kultur streiten läßt, regt sich zwar bei dem heutigen Geschlechte, das aus härterem Stoff, wie das damalige ist, nicht; aber der Erkenntnis, daß seines Landes Prestige eine Größe von gestern war, kann sich doch mancher Engländer nicht mehr verschließen. Zu kraß fürwahr sind die Mißerfolge seiner Kriegsführung. Was einst gepriesen, wird jetzt verdammt: den Dardanellen-Angriff hat man als aussichtsloses Abenteuer erkannt; und die Landung in Saloniki, die der Auftakt zu großen Geschehnissen auf dem Balkan sein sollte, steht man im Begriff, rückgängig zu machen. Aus italienischem Munde muß sich England herbe Vorwürfe sagen lassen; Griechenland und Rumänien weisen die britischen Lockungen von sich, in Indien breitet sich gefährliche Gärung immer bedrohlicher aus. Nur nach Englands Geldbeutel schielen seine Verbündeten, mit Seitensprüngen drohend, wenn die Geldquelle der City nicht weiter fließt; der Japaner allein bliebe auch ohne klingenden Lohn „treu“, wenn ihm dafür Gelegenheit würde, sich in Indien, dem Lande seiner politischen Träume, festzusetzen.

Das Pfund Sterling allein soll, so hoffen die britischen Machthaber fest, alles wieder gutmachen. Es wird ein reiches Betätigungsfeld vor sich haben, denn die Kriegskosten der Alliierten wachsen ins Märchenhafte. Milliarden nach Milliarden verschlingt der Moloch des Krieges. Genau zur gleichen Zeit haben sich Frankreich und Rußland entschlossen, ihren Geldbedarf zu bekennen und seine Befriedigung zu heischen. Aber getrennt voneinander. Denn Frankreichs Finanzen gestatten keine Ausfuhr Milliarden Geldes nach dem Zarenreiche mehr. Der französische Finanzminister legt eine 5proz. Anleihe unbestimmter Höhe zu 88 pCt. auf. Das Verzweifelte dieses Finanzgeschäfts liegt für jeden Kenner der staatsfinanziellen Verhältnisse auf der Hand. Das Land, dessen 3proz. Rente kurz vor dem Kriege noch auf fast 80 pCt. stand, muß sich jetzt dazu bequemen, für eine Anleihe fast 5½ pCt. Zinsen zu gewähren. Der rasche Abstieg des Staatskredits Frankreichs spiegelt sich auch in der Kursbewegung seiner alten 3proz. Rente wider. Ihre Bewertung hat sich, verglichen mit derjenigen der 2½proz. englischen Konsols und der deutschen 3proz. Reichsanleihe, seit Kriegsausbruch wie folgt verringert.

	24. Juli 1914	jetzt	Rückgang geg. Juli 1914
3proz. französische Rente	79.90	65	14.50
2½proz. englische Konsols	75	65	10
3proz. deutsche Reichsanleihe	75.10	70	5.10

Weitaus die stärkste Einbuße hat also die französische Rente erlitten. Dabei wird ihr Stand noch künstlich durch die Erklärung des französischen Finanzministers, daß sie die Zeichner der jetzigen 5proz. Anleihe zum Kurse von 66 pCt. für ein Drittel ihrer Zeichnungen in Zahlung geben dürfen, gehalten.

Ferner werden auch die Landesverteidigungsscheine und -Obligationen sowie die 3½proz. Rententitel in Zahlung genommen. Zweifellos sichert sich der französische Staatsschatz auf diese Weise einen großen Zeichnungsbetrag. Giebt's doch allein 22 Milliarden Frs. 3proz. Rente und 10 Milliarden Frs. Nationalverteidigungswerte. Aber mag die Zeichnung auch noch so hoch ausfallen, sie würde doch nur zu einem beschränkten Teile dem Staate neues Geld verschaffen können. Ja, je größer der äußere Zeichnungserfolg wäre, desto mehr müßte er an den unwahrhaftigen Charakter dieser französischen Finanzoperation erinnern. Am liebsten hätte sie die französische Regierung wohl ganz unterlassen. Von Monat zu Monat hat sie die Deckung der Kriegskosten durch eine feste Anleihe hinausgeschoben. Weshalb? Hoffte sie auf eine durch Wunder bewirkte rasche siegreiche Beendigung des Krieges? Nähme man dies an, so würde die jetzige Anleihe als Symbol für den Einzug einer starken Ernüchterung in die französischen Gemüter gelten müssen. Man wagt es nicht mehr, die Bedeckung der ins Ungeheure anschwellenden schwebenden Verbindlichkeiten des Staatsschatzes auf ungewisse Zeit hinauszuschieben. Schuldet er doch der Bank von Frankreich nach dem letzten Ausweis nicht weniger als sieben und eine halbe Milliarden Franken. Sein Kredit bei dem Institut steht vor der Erschöpfung, wie die Bank selbst, wenn es auf diesem abschüssigen Wege weitergehen würde.

Wahrscheinlich spekulieren die Franzosen auch darauf, durch die überaus verlockende Ausstattung ihrer Kriegsanleihe fremdländisches Kapital zur Zeichnung zu bewegen. Nicht nur die Höhe ihrer eigentlichen Kriegskosten, sondern auch die immer bedrohlicher werdende Unterbilanz ihres Außenhandels zwingt sie zu solchem Streben. In den zehn Monaten bis Ende Oktober dieses Jahres hat sich der Ueberschuß der französischen Einfuhr über die Ausfuhr auf 4187 Millionen Fr. belaufen, das heißt, er war 2842 Millionen Fr. größer als derjenige derselben Vorjahrszeit. Die verschiedenen Finanzgeschäfte in Amerika und England haben den Folgen dieses Zustandes nur unvollkommen entgegenwirken können. Der Pariser Wechselkurs auf New York stellt sich gegenwärtig auf 591 Fr. für 100 Doll., im Vergleich mit einem Pariwert von 516,25 Fr., und der Kurs der Sterlingwechsel, dessen Parität bei 25,13 Fr. für 1 Pfund liegt, lautet auf 27,705 Fr. Vor wenigen Tagen war das Verhältnis noch ein merklich ungünstigeres für Frankreich. Seine

Besserung wurde bezeichnenderweise eben durch die Hoffnung auf fremde Beteiligung an der jetzigen Anleihe Frankreichs hervorgerufen!

Mit ganz besonderer Schadenfreude können wir Deutschen feststellen, daß die Leiter der französischen Finanzen den Kredit ihres Landes heute kaum besser einschätzen als — Rußland den seinen. Der russische Finanzminister ist dabei, eine 5½-prozentige Anleihe zu emittieren. Ueber ihren Ausgabekurs liegen widersprechende Meldungen vor. Die einen beziffern ihn auf 95, die anderen auf 90 pCt. mit 1 pCt. Provision für die Banken, welche 600 Millionen Rubel der Gesamtanleihe von einer Milliarde Rubel übernehmen müssen. Bei 95 pCt. würde sich die Verzinsung der Anleihe nur unwesentlich höher als diejenige der 5prozentigen französischen Anleihe ausrechnen, bei 90 pCt. jedoch auch nur um 0,40 pCt. höher. Beide Anleihen ähneln sich im übrigen noch darin, daß sowohl in Frankreich wie in Rußland die Sparkassen förmlich zur Beteiligung gezwungen werden. Der russische Finanzminister hat einfach bestimmt, daß 400 Millionen Rubel von der Staatsbank und den Sparkassen zu übernehmen sind. Sein französischer Kollege hat verfügt, die Sparkassen (die bisher im Genuß eines Moratoriums waren) hätten für Anleihezwecke die Hälfte der bei ihnen ruhenden Einlagen zur Verfügung zu stellen.

Gleichviel, wie die Russen ihre Milliarde innerer Anleihe unterbringen werden, eine Deckung des Geldbedarfs des Reiches ist damit nicht möglich. Das geben sie selber unumwunden zu, indem sie an England wegen Unterstützung appellieren. Bark will die Zusicherung einer solchen bei seinem letzten Londoner Besuch ja auch erhalten haben. Er hat die Summen, die England seinem russischen Freund und Bruder leihen will, auf drei Milliarden Rubel angegeben. Bark beziffert die Höhe des Anleihebetrages, den England ihm neuerdings zugesagt habe, sogar auf 5½ Milliarden Rubel; davon aber gingen 2½ Milliarden Rubel ab, welche der Erneuerung von englischen Schatzscheinkrediten dienen, wonach jene drei Milliarden netto verblieben. Doch vermindert sich das tatsächliche Ergebnis der Geldhergabe für Rußland noch um eine weitere Milliarde Rubel, welche im Auslande (lies: England) als Deckung für russische Verpflichtungen liegen bleiben soll. England hat sich ferner das Recht ausbedungen, aus der russischen Staatsbank, die es schon einmal um einen erheblichen Goldbetrag geschwächt hat, neuerdings 400 Millionen Rubel Gold leihweise in die Bank von England überleiten zu können. In London schafft man sich so für alle Fälle Deckung in barer Münze. Daß dadurch der Wert des Papirrubels noch mehr gedrückt werden muß, macht den Engländern offenbar keine Sorge. Die Golddeckung der russischen Noten war in Friedenszeiten eine sehr gute. Im Juni v. J. war der Notenumlauf durch Gold (ohne Einrechnung der ausländischen Goldguthaben) in Höhe von 97 pCt. gedeckt. Heute beträgt die Deckung nur noch rund 30 pCt. Dem entspricht es vollkommen, daß die russischen Noten jetzt mit 155 M. gegenüber ihrem Pariwert von 216 M. bewertet werden. Die Zerrüttung der russischen Finanzwirtschaft macht rasche, unaufhaltsame Fortschritte.

Ein Kapitel für sich ist die Art, wie Italien den so leichten Herzens vom Zaun gebrochenen Krieg finanziert. Längere Zeit war darüber überhaupt nichts bekanntgeworden. Jetzt läßt sich übersehen, daß sich die schwebenden Schulden des Königreiches im Laufe des Krieges bis zum 1. Oktober d. J. um 2900 Millionen Lire vermehrt haben, daß ferner über 1900 Millionen Lire Kassenscheine und Noten für Rechnung des Fiskus in Umlauf gesetzt worden sind, dazu beinahe eine Milliarde Lire Schatzscheine, wovon 440 Millionen Lire in England untergebracht sind. Die Goldreserven Italiens haben sich gleichzeitig nicht vermehrt. Seine Staatsausgaben wachsen ins Ungeheure, allein im dritten Vierteljahr 1915 um 1200 Millionen Lire im Vergleich mit dem Vorjahre. Sein Außenhandel zeigt steigende Einfuhr (von Kriegsmaterial) und sinkende Ausfuhr. Kein Wunder, daß sich ein Goldagio von beträchtlicher Höhe behauptet. Soeben wird es mit 17 pCt. gemeldet, das heißt höher als je seit Kriegsausbruch.

Gleich den anderen Entente-Mitgliedern hat Italien das amerikanische Kapital für sich zu interessieren gesucht. Es hat vor kurzem 25 Millionen Doliar einjährige auf Gold lautende 6proz. steuerfreie Schatzscheine in New York untergebracht, wo man diese zu 100 pCt. ins Publikum zu bringen trachtet. Der Prospekt über diese Emission schildert Italiens Wirtschafts- und Finanzlage in glühenden Farben; aber er vergißt nicht zu bemerken, daß der Erlös der Anleihe nur zur Bezahlung von Waren, welche die italienische Regierung in den Vereinigten Staaten gekauft hat, bestimmt sei.

Daß diese 25 Millionen Doll. die Löcher in der italienischen Finanzwirtschaft stopfen könnten, wird weder in der neuen noch in der alten Welt jemand glauben. Auch hier wird wohl, wenn eine Katastrophe verhütet werden soll, schließlich England Hilfe leisten müssen. Warum auch nicht? Den Judaslohn hat sich Italien reichlich verdient. Es fragt sich nur, ob England all solche Unterstützungen auf die Dauer zahlen, ungezählte Summen hierfür und für eigenen Kriegsbedarf im Auslande vergeuden kann. Im eigenen Lande mehren sich die warnenden Stimmen. Bonar Law, der Kolonialminister, bezeichnet die finanzielle Lage Großbritanniens ohne Einschränkung als äußerst gefährlich. Merkwürdig nur, daß man in England selbst erst diese Gefahr ziemlich spät, ja zu spät erkannt hat. Unweise Verschwendung hat das englische Geldwesen auf eine schiefe Ebene kommen lassen, auf der es kein Halten mehr gibt. Auch die englische Finanzmacht zählt zu den Größen, die gestern noch als Weltbeherrscher galten, bald aber leerer Schall sein werden, wenn nicht bessere Einsicht ans Ruder kommt.

* Finanzielles aus Wien.

W Wien, 27. November.

Seit Kriegsausbruch hat sich das Bankgeschäft fast ausschließlich auf die staatliche Geldbeschaffung und die Finanzierung der Kriegsaufträge beschränkt. Erst in letzter Zeit beginnt sich eine etwas lebhaftere Finanzierungstätigkeit der Banken auf industriellem Gebiet zu entwickeln, die allerdings zum großen Teil auch mit der Kriegskonjunktur zusammenhängt. Es ist vielleicht nur ein Zufall, daß die meisten Geschäfte dieser Art sich im Konzern der Bodenkreditanstalt konzentrieren, die in letzter Zeit folgende Transaktionen zu verzeichnen hat. Zunächst hat die Mineralölindustrie A.-G. vorm. Fanto eine Reihe von Handelsunternehmungen sich angeeignet und damit wird eine Kapitalserhöhung von K 16 auf 24 Mill. motiviert. Die A.-G. Fanto baut damit eine Organisation aus, die sie schon vor dem Krieg angefangen hat. Diese größte österreichische Petroleum-Raffinerie hat früher hauptsächlich für den Export gearbeitet, aber schon der Rückgang der Rohölproduktion Galiziens in den letzten Friedensjahren hat die Gesellschaft veranlaßt, sich stärker auf den Inlandmarkt zu werfen und sich zu diesem Zweck an einer großen Anzahl größerer Händlerfirmen in den Verbrauchszentren zu beteiligen. Dies geschah gewöhnlich durch Umwandlung der Firmen in Gesellschaften m. b. H. Nun hat sich die Gesellschaft, wie kürzlich telegraphisch gemeldet, an einer großen Benzin-Handelsfirma und einer Oelfabrik in gleicher Weise beteiligt. Dabei ist aber bemerkenswert, daß die A.-G. Fanto, welche bis vor wenigen Jahren eine übergroße Bankschuld hatte, die nur sehr allmählich herabgedrückt werden konnte, aber trotzdem die früheren Beteiligungen ohne Kapitalvermehrung erworben hat, jetzt aus diesem Anlaß eine bedeutende Kapitalserhöhung vornimmt, obwohl sie, wie so viele Unternehmungen, durch den Abverkauf ihrer Vorräte mit großem Gewinn ihre Bankschuld zum großen Teil tilgen konnte. Die A.-G. Fanto hat, obwohl auch sie durch den Brand in Boryslaw an ihren Rohölzruben und Vorräten erheblichen Schaden erlitten hat und allmählich aus Rohölmangel zum fast vollständigen Stillstand in der Raffinerie gelangt ist und auch jetzt nur partiellen Betrieb hat, wie die gesamte österreichische Petroleumindustrie, im Krieg große Gewinne erzielt. In der Kapitalserhöhung hat man die Vorsorge für die kommende Friedenszeit zu erblicken, in welcher die Vorräte wieder ergänzt und die Außenstände wieder größeren Umfang annehmen werden, wohl auch die Folge der Geldlosigkeit, die vermutlich nach Wiedereröffnung der Börsen zur Emission der Aktien ausgenutzt werden soll. So hat auch eine der großen Textilunternehmungen der Bodenkreditanstalt, die Cosmano, Vereinigte Textil- und Druckfabriken A.-G., deren Aktien noch nicht an die Börse gebracht sind, eine Kapitalserhöhung von K 12 auf 16 Mill. beschlossen, die auf ähnliche Gründe zurückzuführen sein dürfte. Anderer Art sind die zwei folgenden Finanzgeschäfte im Konzern der Bodenkreditanstalt. Die Staatseisenbahngesellschaft hat die Majorität der Aktien der Nadrazer Eisenindustrie-Gesellschaft erworben. Dieses 1878 gegründete Unternehmen mit K 1.8 Mill. Aktienkapital war in seinem Ertrag sehr wechselnd. Dividendenlosigkeit wechselte wiederholt mit bis 10 pCt. (1907) steigenden Dividenden. Seither hat es nur für 1910 5 pCt. und 1911 6 pCt. verteilt, die übrigen Jahre waren ertragslos. Seit 1911 wurden nicht einmal die Abschreibungen verdient. Dabei war es merkwürdig, daß die Aktien einen relativ hohen Kurs behaupteten, auch in den dividendenlosen Jahren nie unter pari sanken, gewöhnlich aber mindestens 50 pCt. Agio erzielten. Der Grund der Ertragslosigkeit lag eben offenbar nur in unzureichender Geschäftsleitung, während die Aktiva an sich einen weit höheren als den Bilanzwert hatten. Die Gesellschaft besitzt wohl nur ein kleines Eisenwerk, aber größere Erzlager und vor allem große bisher ertraglose Buchenwaldungen von etwa 20 000 Joch, welche nach Ansicht der jetzigen Erwerber nicht weit hinter dem Wert der Aktiven zum Erwerbungspreis der Aktien zurückbleiben, obwohl dieser gewiß sehr bedeutend über pari ist, da die Aktien vor kurzem im freien Verkehr mit etwa 175 pCt. gehandelt wurden. Für die Staatseisenbahngesellschaft hatte die Erwerbung vor allem deshalb einen Reiz, weil die Waldungen den eigenen Forsten in Südungarn nahezu benachbart liegen. Bei der schmalen Erzbasis der Staatseisenbahngesellschaft, die sie bekanntlich vor wenigen Jahren zur Erwerbung der Erzlager in Maidanpek, in Serbien veranlaßt hat, ist auch das Erzvorkommen der Nadrazer für sie von Wert. Der Hauptbetrieb der Nadrazer ist ein Feinblechwalzwerk, welches übrigens außerhalb des Kartells steht und weiterbetrieben vermutlich auch ausgestattet werden wird, während die Gießerei wahrscheinlich eingestellt werden wird. Das letzte Finanzgeschäft im Konzern der Bodenkreditanstalt ist die Erwerbung der Aktienmajorität der Züdhütchen- und Patronenfabrik vorm. Sellier & Bellot in Prag (deren Aktienkapital von K 1.8 Mill. zum überwiegenden Teil in Händen einiger Prager Kapitalisten sich befindet) durch die Oesterr. Waffenfabrik. Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren 16 pCt. Dividende verteilt und weist nach der letzten mir vorliegenden Bilanz pro 1913 über K 1.2 Mill. Reserven aus. Die nicht an der Börse notierten Aktien wurden vor dem Krieg gelegentlich zu 250-275 pCt. umgesetzt. Die Fabrik hat hauptsächlich Jagdpatronen und andere Kommerzwaren erzeugt, während des Krieges ist sie natürlich auch zur Herstellung von Kriegsmaterial übergegangen. Für die Waffenfabrik liegt der Hauptgrund der Erwerbung in der alten Absicht, sich eine Patronenfabrik anzugliedern, weil insbesondere bei Auslandsgeschäften die auftraggebenden Staaten oft den Wunsch haben, gleichzeitig mit den Gewehren auch die dazu gehörigen Patronen zu bestellen. Die A.-G. Sellier & Bellot hat außer der Hauptfabrik in Prag auch Filialfabriken in Schönebeck an der Elbe und in Riga. Die Fabriken stehen überaus niedrig zu Buch, sodaß auch bei der Fabrik in Riga kein erheblicher Ausfall entstehen kann, und die Guthaben bei russischen Banken werden nicht für gefährdet erachtet. Die Waffenfabrik hat die überwiegende Majorität der Aktien zu einem Kurs erworben, der ohne Ausbau des sehr entwicklungsfähigen Geschäfts etwa 6% Ertrag verspricht, also jedenfalls weit mehr als die in festverzinslichen Wertpapieren angelegten großen flüssigen Mittel der Waffenfabrik. — Mit der Kriegskonjunktur hängen auch die weiter zurückliegenden Kapitalserhöhungen der Fiatwerke (Konzern Anglobank) und der Simeringer Maschinenfabrik (Niederösterreich. Eskomptgesellschaft) zusammen. Kapitalserhöhungen aus letzter Zeit, die gleichfalls mit der Kriegskonjunktur zusammenhängen, haben ferner die der Anglobank nahestehende Enzesfelder Munitionsfabrik und die dem Wiener Bankverein nahestehende Ungarische Gummwarenfabrik A.-G. beschlossen. Daß beide Unternehmungen Hochkonjunktur haben, ist selbstverständlich, während aber die Ungarische Gummifabrik schon lange zu den prosperierenden Unternehmungen gehört, ist es der Enzesfelder, an der auch deutsches Kapital beteiligt ist, nach zweimaliger Abstempelung der Aktien und nach weitgehender technischer Reorganisation erst vor kurzem gelungen, leistungs- und konkurrenzfähig zu werden, was sie während des Krieges natürlich reichlich auszunützen vermochte. Die Verdoppelung des Aktienkapitals von K 2½ auf 5 Mill. ist als Vorläufer einer Einführung der Aktien an der Börse nach Friedensschluß anzusehen.

Viel erörtert wird auch der Gedanke der seit langem angestrebten Fusion der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft und der Alpinen Montangesellschaft. Die Großaktionäre und die Verwaltungsräte beider Gesellschaften sind bekanntlich nahezu identisch. Die Prager Eisenindustrie allein besitzt 50 000 von 360 000 Alpinen Montan-Aktien. Die Prager Eisen bezieht große Mengen Erz von der Alpinen, und auch sonst bestehen vielfache geschäftliche Verbindungen durch gegenseitige Abtretung der Kartellquoten für einzelne Artikel. Begründet wird die Fusionsabsicht mit den Schwierigkeiten einen genügenden erstklassigen Nachwuchs für die Leitung der beiden großen Unternehmungen zu finden, die im Falle der Fusion verringert würden, mit Ersparnissen in der Verwaltung, an Steuern und bei der kommerziellen Leitung, auch mit der Möglichkeit durch noch weitergehende Spezialisierung eine Verbilligung der Produktionskosten zu erzielen. Das alte Projekt wurde der Regierung während des Krieges neuerlich unterbreitet, und wie es scheint, auch gelegentlich die Erledigung urgiert. Im allgemeinen hat man im Krieg den industriellen Kartellen und ähnlichen Organisationen gegenüber einen etwas geänderten Standpunkt einzunehmen gelernt. Nicht als ob die Preispolitik vieler Kartelle im Krieg nicht zu scharfen Beanstandungen Anlaß gegeben hätte. Aber zu einer Zeit, wo Organisation das allgemeine Schlagwort geworden ist, wo man sich auch zu der Or-

ganisation der Produktion nicht grundsätzlich ablehnend verhalten. Und vor allem schreckt man vor entschiedener Ueberwachung und direktem Eingreifen der Staatsgewalt in die Produzenten-Organisationen, die man im Krieg so vielfach gefühlt hat, auch für die Friedenszeit nicht mehr zurück und im Zusammenhange mit der Vorratswirtschaft ist ja die Syndizierung unter staatlicher Kontrolle von berufenen Seiten als Programm der Friedenswirtschaft aufgestellt worden. Wird dieses Programm verwirklicht, so verliert auch die Vertrustung innerhalb eines Kartells an Bedenklichkeit. Trotzdem bestehen in den maßgebenden Kreisen noch mannigfache Bedenken gegen die Zulassung der Fusion, die die vereinigten Unternehmungen geradezu zu Beherrschern der Eisenindustrie machen würde, und vor allem ist die öffentliche Meinung gerade den Machthabern der Eisenindustrie noch so abgeneigt und äußert ihren Widerwillen gegen das Fusionsprojekt so vielfach, daß es nicht sehr wahrscheinlich ist, daß das Projekt in Bälde genehmigt werden würde. Auch die Staatsbahnverwaltung als eine der größten Abnehmer scheint dem Projekt wenig Sympathien entgegenzubringen. Das Argument, daß eine so große Finanztransaktion, bei der spekulative Bewegungen geradezu unvermeidlich sind, wenn sie schon einmal stattfinden soll, besser bei geschlossenen Börsen, wo der Kreis der Teilnehmer doch geringer ist, gemacht wird als bei geöffneten Börsen, verliert an Wirksamkeit angesichts des Umstandes, daß die Gerüchte und Zeitungsnachrichten über das Projekt sofort eine sehr starke spekulative Bewegung ausgelöst haben.

Die Bewegungen auf dem Effektenmarkt, die sich zwar jetzt weniger im Kaffeehaus als in dem während zweier Vormittagsstunden geöffneten kleinen Saal der Warenbörse und im telephonischen Weg vollziehen, haben das Finanzministerium wieder zu einem Warnungskommuniqué veranlaßt, welches heute auch eine gewisse Abschwächung der Kurse bewirkt hat. Es ist aber wenig Grund anzunehmen, daß die Wirkung nachhaltiger sein wird, als in früheren Fällen. Die Kriegskonjunktur ist ein Schlagwort, das seine Zugkraft nicht verfehlt, und die zahlreichen Personen, die sich im Krieg bereichert haben und unternehmungslustig sind, bilden einen starken Rückhalt für die Milläuter. Daß in den Kursen die höchsten Dividendenerwartungen vielfach eskomptiert werden, als wenn sie schon sicher und vor allem regelmäßig wiederkehrend wären, schreckt ebenso wenig ab wie die noch ganz unabherrschbaren Schwierigkeiten, die viele Industriezweige in der kommenden Friedensperiode zu überwinden haben werden, und die Gefahr, daß ein großer Teil der Gewinne durch eine Kriegsgewinnsteuer absorbiert werden kann, wofür, nebenbei bemerkt, durchaus nicht alle Unternehmungen durch offene und stille Reserven vorzusorgen scheinen. Vielmehr besteht die Meinung, daß ein geregelter Verkehr im Börsensaal selbst mit halb offiziellem Charakter wie in Berlin geeignet wäre, die Ausschreitungen zu dämpfen, ähnlich wie in Berlin die Bewegungen, seitdem die Banken am Verkehr wieder teilnehmen, sich eher gemäßigert haben scheinen. Aber an der maßgebenden Stelle scheint man noch wenig Neigung zu haben, einen solchen Verkehr zuzulassen. Es ist auch kaum wünschenswert, daß eine Erweiterung der Basis des Effektenverkehrs — trotz der schweren Mängel, die ihm gegenwärtig bei dem vollständigen Mangel an Kontrolle und Regelung anhaften — platzgreife, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß spekulative Ausschreitungen durch strenge Grundsätze in der Kreditgewährung zu spekulativen Zwecken eingehalten werden. Ob bei unseren Verhältnissen dazu ein Beschluß der organisierten Mitglieder des Bank- und Bankiergewerbes wie in Deutschland genügen würde, das ist sehr fraglich. Die Regierung droht zwar radikale Mittel an, wenn die berufsmäßigen Vermittler nicht das rein spekulative Geschäft durch ihren Einfluß unterbinden, aber ob diese radikalen Schritte in wirksamer Weise erfolgen werden, steht dahin.

kritischste Neutralität gegenüber allen Kriegsführenden beobachten und alle Anstrengungen unternehmen, um die Lösung des wirtschaftlichen Problems zu erleichtern, womit sich das Parlament befaßt. Es nimmt die ihm von der gegenwärtigen Mehrheit angebotene Mithilfe an, würde jedoch, falls es zur Ansicht gelangen sollte, diesen Beistand nicht benutzen zu können, eine neue Kammer einberufen.

Das neue Kabinett würde zunächst die mit der Landesverteidigung eng verknüpfte militärische Reorganisation, sodann die Fragen bezüglich der Nahrungsmittel-, Arbeits-, Ausführ- und Kreditbeschwerden in Angriff nehmen. Dabei werde es keineswegs die der öffentlichen Meinung gegenüber übernommenen Verpflichtungen außer acht lassen; aber die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme seien die dringlichsten. Ministerpräsident Tomonones schloß mit der Versicherung, daß die Regierung eine ausgesprochen liberale Politik verfolgen werde.

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Budapest, 10. Dezember.

Das Haus setzt die Generaldebatte über die Indemnitätsvorlage fort. Als erster Redner ergreift der

Abg. Josef Szterenyi (Verfassungspartei) das Wort. Er verweist auf die Erbitterung, die sowohl im Kreise des städtischen Publikums sowie auch überhaupt auf volkswirtschaftlichem Gebiete gegen die Indolenz der Regierung besteht. Ungeachtet der absolut besten Intentionen des Gemeinsamen Kriegsministers würde das ungarische wirtschaftliche Leben bei den Heereslieferungen um viele hundert Millionen geschädigt. Die berufensten industriellen Kreise werden demonstrativ umgangen. Auch auf sozialpolitischem Gebiete sei im Interesse der arbeitenden Klassen gar nichts geschehen. Die österreichische Industrie habe in Russisch-Polen ein Absatzgebiet in Besitz genommen, wo auch wir entsprechend an Exporte hätten teilnehmen können. Was die Requirierung von Kupfer betrifft, habe die Regierung erst im fünfzehnten Monate des Krieges von den beiden in Siebenbürgen mit französischem Kapital erschlossenen Kupferminen die eine in Betrieb gestellt, und seitdem werden dort monatlich 14 bis 15 Waggons Kupfer erzeugt; die andere Grube ist aber auch heute noch nicht in Betrieb gesetzt worden. Die Klagen der ungarischen Fabrikindustriellen blieben unberücksichtigt.

Redner führt weiter aus: Die letzten Halbjahresbilanzen der Banken lassen die Forderung gerechtfertigt erscheinen, daß auch die Einnahmen der Banken der neuen Kriegs-Einkommensteuer unterworfen werden. Redner vermißt Aufklärungen der Regierung darüber, wie hoch sich die bisherigen Kosten des Krieges belaufen. Dies könne doch unmöglich ein Geheimnis sein; auch in allen anderen Staaten seien diesbezügliche Mitteilungen gemacht worden. Ebenso habe die Regierung noch nicht ihren Standpunkt bezüglich des Wiederaufbaues der vom Feinde zerstörten Ortschaften dargelegt.

Redner berechnet auf Grund der letzten Ausweise der österreichischen Staatsschulden-Kontrollkommission betreffend die Kriegskosten in Oesterreich diejenigen Ungarns für die ersten 17 Monate auf ungefähr 6½ Milliarden; ein zweijähriger Krieg werde also, für Ungarn berechnet, 9 bis 10 Milliarden Kriegskosten verursachen; dazu müsse man noch die Kosten rechnen, welche die Erhaltung der Invaliden, der Wiederaufbau der zerstörten Gegenden und die Erneuerung der Eisenbahnen sowie die unbedingt notwendige Neuausrüstung der Armee verursachen. Angesichts dieser Umstände ist Redner der Ansicht, daß die wirtschaftliche Lage des Landes nach dem Kriege durchaus keine rosigere sein werde; vor allem werde der Staat seine außerordentlichen Geldbedürfnisse befriedigen müssen, ebenso werde die Industrie große Geldsummen zur Anschaffung von Rohmaterialien brauchen; zur Deckung der Zinsenlast des Staates werden Milliarden erforderlich sein, der Staat wird daher gezwungen sein, ganz neue Einnahmequellen zu eröffnen. Dies sei, abgesehen von der größten Vereinfachung der staatlichen Verwaltung, nur durch eine großzügige Wirtschaftspolitik möglich. Redner verweist darauf, daß in Deutschland beispielsweise ungeheure bisher unbebaute Gegenden durch Heranziehung russischer Kriegsgefangener in Ackerfeld umgewandelt worden sind. Auch bei uns ist eine großangelegte landwirtschaftliche Politik notwendig, um die Produktion des Landes zu steigern. In Deutschland produziert die Landwirtschaft unverhältnismäßig mehr als bei uns.

Abg. Geza Polonhi: Wir brauchen ein selbstständiges Zollgebiet!

Abg. Szterenyi: Das hat mit einem selbstständigen Zollgebiet gar nichts zu tun, dazu brauchen wir etwas anderes: Arbeit, Energie und Wissen! Die Regierung müsse überdies mit großen Geldmitteln der Landwirtschaft zu Hilfe kommen.

Neben heldenmütigen Soldaten haben Krupps, Skodas, Manfred Weiß, Wolfners den Krieg gewonnen. Redner billigt vollständig, daß die Regierung die Ausgleichsverhandlungen mit Oesterreich begonnen habe. Er hält es für notwendig, daß wenigstens hinsichtlich der wichtigsten prinzipiellen Fragen zwischen beiden Regierungen ein Einvernehmen erzielt werde, denn ohne ein solches können wir uns gar nicht in ernste Friedensverhandlungen einlassen.

Was die Annäherung an Deutschland betrifft, hält Redner diese unter den von ihm bereits wiederholt erörterten Kautelen der Wahrung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Ungarns für wünschenswert. Sie ist auch zu lösen und wenn auch anfangs Schwierigkeiten auftauchen

Der Finanzminister für die beschränkte Wiederaufnahme des Börsenverkehrs.

Wie wir schon gemeldet haben, ist gestern eine Abordnung der Wiener Börsekammer beim Finanzminister Dr. Karl Ritter v. Seth erschienen, um ihm ein Memorandum betreffend die Wiederaufnahme des Börsenverkehrs zu überreichen. In seiner Antwort betonte der Finanzminister, daß er einer Wiederaufnahme des Börsenverkehrs in beschränktem Umfange sympathisch gegenüberstehe. Der Minister fügte aber hinzu, daß hierbei alle jene Sicherheiten geschaffen werden müßten, die den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Es sind jetzt nahezu achtzehn Monate seit dem bewegten Julitage des Vorjahres vergangen, an dem sich die Pforten der Wiener Börse geschlossen haben. Einer kurzen Zeit völligen Stillstandes ist dann der Verkehr „von Bureau zu Bureau“ gefolgt, dessen Duldung hauptsächlich aus dem Grunde erfolgte, um die Möglichkeit eines Besitzwechsels nicht völlig auszuschließen und damit die Einzelnen vor Schaden zu bewahren.

Nach den Äußerungen des Finanzministers ist nunmehr mit Sicherheit zu erwarten, daß ein Schritt bevorsteht, um unter Bedachtnahme auf die herrschenden außerordentlichen Verhältnisse und daher mit aller Behutsamkeit einen normalen Börsenverkehr anzubahnen. Die Zeit ist zweifellos für eine solche Aktion günstig. Da hierzulande Voraussetzungen für die Reetablierung des Marktes für Wertpapiere gegeben sind. Die militärische Lage ist außerordentlich günstig, der glänzende Erfolg der Kriegsanleihe hat die finanzielle Stärke Oesterreichs in überwältigender Weise offenbart, und das ökonomische Leben pulsiert überaus kräftig. Unter solchen Umständen erscheint die Wiederaufnahme des Börsenverkehrs in Wien in ganz anderem Lichte als in den Ententestaaten, wo es sich wirklich nur um Scheinbörsen gehandelt hat, die einen Zustand wirtschaftlicher und finanzieller Kraft vortäuschen sollten, der in Wahrheit nicht bestanden hat. Dazu kommt noch, daß bekanntlich schon im Spätherbst des Vorjahres ein Arrangement aller schwebenden Engagements an der Wiener Börse durchgeführt wurde, durch welche Aktion, an deren Gelingen der gegenwärtige Finanzminister, wie erinnerlich, einen hervorragenden Anteil hat, die Wiener Börse einen Vorsprung von allen Effektenbörsen Europas gewonnen hat. Wenn daher unter solchen Umständen neuerlich an den Abbau einer Kriegsfinanziellen Maßnahme geschritten wird und die maßgebenden Faktoren der Frage der Wiederaufnahme eines beschränkten Börsenverkehrs näher treten, so ist das sicherlich mit Befriedigung zu begrüßen.

Der Finanzminister hat gestern der Abordnung der Wiener Börsekammer gegenüber betont, daß er sich die Entscheidung über die einzelnen Details vorbehalte, aber schon demnächst die entsprechenden Verfügungen treffen werde, und er betonte schließlich, daß er auf den bewährten Patriotismus der beteiligten Kreise und der Presse rechne, damit alles vermieden werde, was Uebertreibungen der Spekulation hervorrufen könnte.

Nichts könnte in der Tat die Börse mehr diskreditieren und nichts könnte schließlich für den legitimen Handel so verhängnisvoll werden, als jeder Versuch, die Börse zum Schauplatz wilder Spekulationserzesse zu machen. Nach wie vor ist die Parole aufrecht: Alle Gedanken, alle Aktionen müssen ausschließlich auf den Krieg, auf seine siegreiche Beendigung gerichtet sein. Nach achtzehn Kriegsmontaten und nach den bewunderungswürdigen Beweisen finanzieller Schulung, welche der Verlauf der Zeichnungen auf die Kriegsanleihen erbracht haben, darf man wohl an die Wiedereinrichtung des Effektenmarktes schreiten, ohne besüchten zu müssen, daß darüber die unabweislichen Gebote der Stunde vergessen werden.

Der Empfang der Wiener Börsekammer.

Ueber den Empfang der Abordnung der Wiener Börsekammer beim Finanzminister Dr. Karl Ritter v. Seth wird verlautbart:

Bereits seit einiger Zeit bildete im Schoße der Wiener Börsekammer die Frage der Wiedereröffnung der Börse den Gegenstand von Beratungen, deren Ergebnis in dem dem Finanzminister von der Kammer heute überreichten Memorandum ihren Ausdruck fanden. Der Finanzminister versicherte der Börseleitung, daß er sich den in dem Memorandum geltend gemachten Momenten keineswegs verschließen werde. Er stehe einer Wiederaufnahme des Börsenverkehrs im beschränkten Umfange sympathisch gegenüber, doch müßten hierbei alle jene Sicherheiten geschaffen werden, die den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Ueber die einzelnen Details behalte er sich die Entscheidung vor, werde aber schon demnächst die entsprechenden Verfügungen treffen. Der Finanzminister fügte schließlich noch hinzu, daß er für den Fall der Eröffnung eines beschränkten Börsenverkehrs auf den bewährten Patriotismus der beteiligten Kreise und der Presse rechne, damit alles vermieden werde, was Uebertreibungen der Spekulation hervorrufen könnte.

Das Memorandum.

Das Memorandum, das die Wiener Börsekammer gestern dem Finanzminister Dr. Ritter v. Seth überreichte, hat folgenden Wortlaut:

„Als sich die Wiener Börsekammer am 26. Juli 1914 entschloß, den Börsenverkehr zu sistieren, tat sie dies, um näherer Wertzerstörungen zu verhüten, die einerseits aus den Angstverläufen der in Verwirrung geratenen Effektenbesitzer, andererseits durch planmäßiges Hereinwerfen österreichischer Werte aus dem Auslande zweifellos ent-

standen wären. In beiden Beziehungen hat die Maßregel der Börsekammer ihren Zweck erfüllt. Es wurde eine Panik vermieden, und das Publikum erholte sich bald von seiner ersten Bestürzung. Angesichts unserer militärischen Erfolge und der Widerstandsfähigkeit unseres Wirtschaftslebens stellten sich allmählich Käuferstichten ein, die im Privatverkehr eine immer kräftigere Erholung der Kurse bewirkten.

Anfangs vollzog sich diese nur schrittweise, schlug aber mit fortschreitend günstiger Entwicklung unserer Lage ein immer rascheres Tempo ein und wurde zuletzt stürmischer und sprunghaft. Man suchte wiederholt durch Verbote und Warnungen den Uebertreibungen entgegenzuwirken, allein immer nur mit vorübergehendem Erfolge; nach kurzer Zeit ist regelmäßig alles vergessen. Das reichlich vorhandene Kapital drängt nach Betätigung und sucht, da die durch den Krieg geschaffene Absperrung Mitteleuropas seine normalen Funktionen vielfach unterbunden hat, die überschüssigen Kräfte auf andere Weise zu verwenden. Dies ist volkswirtschaftlich gewiß kein schlechtes Zeichen. Die Volkswirtschaft braucht einen gut funktionierenden Effekten- und Devisenmarkt und eine Börse, und auch der Staat braucht sie, darüber sind wohl alle einig.

Alle Umstände, die sich jetzt im Privatverkehr gezeigt haben, kommen einzig und allein daher, daß dieser Ueberfluß an Kraft so stark ist, daß ihm das bisherige Notventil des Privatverkehrs nicht mehr genügt. Die Unkontrollierbarkeit seiner Bewegungen ist es gerade, die unter Umständen einen besonderen Reiz ausübt. Die Möglichkeit, in solchem Halb Dunkel mit kleinen Posten große Variationen zu erzielen, ist die Gefahr, gegen die man sich in erster Linie wenden muß. Von einer Ueberspekulation kann bis jetzt nach Meinung der Kammer nicht die Rede sein, und die mitunter zutage getretenen Ueberwertungen sind durchaus nicht auf dem Effektenmarkt allein beobachtet worden. Allerdings aber begünstigt die Unsicherheit und Beschränktheit des Privatverkehrs in seiner jetzigen mangelhaften Organisation Kursvariationen in erhöhtem Maße. Ueberdies haben sich auf dem Gebiete des Effektenhandels (so wie in vielen anderen Branchen) während des Krieges Leute als Vermittler eingebracht, die sich sonst mit ganz anderen Dingen befassen. Diese der Kontrolle und Disziplinargewalt der Börsekammer nicht unterstehenden Personen haben durch ihr oft wenig rigides Vorgehen sehr viel zur Verschlechterung der Marktverhältnisse beigetragen.

Es ist klar, daß diese Situation umso kritischer wird, je länger sie dauert. Die Börsekammer kann sich daher ihrer Pflicht, hier Sicherheit und Ordnung zu schaffen, nicht länger entziehen. Sie ist vermög der ihr vom Gesetze übertragenen Funktion dazu verpflichtet, und sie möchte dies umso eher tun, als das Mittel, welches vielen Uebelständen abhelfen würde, nahe liegt. Man braucht nichts weiter zu tun, als den natürlichen Regulator wieder einzuschalten, den sich das Verkehrsleben in jahrzehntelanger Praxis geschaffen hat, nämlich den freien Markt, auf dem Angebot und Nachfrage im Lichte der Öffentlichkeit zusammen treffen und in normaler Weise ihren Ausgleich finden. Von Bureau zu Bureau, wie dies jetzt der Fall ist, läßt sich das nicht machen, zumal bei dieser schwerfälligen Methode die sachkundige Vermittlung der Senjale nahezu ausgeschaltet ist. Ein reiner Kasseverkehr unter Aufsicht der Börsekammer und unter tätiger Mitwirkung der beideseitigen Mäkler, auf ungefähr eineinhalb Stunden des Tages beschränkt, ohne Arrangement und ohne jeden Terminhandel, das ist es, was den legitimen Bedürfnissen gegenwärtig entsprechen und die schlimmsten Mißbräuche aus der Welt schaffen würde. Kreditgewährungen wären möglichst einzuschränken.

Die Banken und die Privatbankiers, bei denen eine Tendenz, die Spekulation zu unterstützen, ohnedies nicht vorhanden ist, wären gewiß bereit, ohne daß es irgend einer formalen gesetzlichen Vorschrift bedürfte, ein strengen Anforderungen Rechnung tragendes, gegenseitig bindendes Uebereinkommen abzuschließen, durch welches die Entrichtung neuer Kassegeschäfte sowie Kreditierungen, sei es von Geld, sei es von Effekten, außerhalb gewisser Grenzen unmöglich sein sollen.

Eben solche interne Vereinbarungen könnten, falls es die Regierung nicht vorzieht, in diesem Punkte selbst eine Verordnung zu erlassen, hinsichtlich des Einstromens von Effekten aus dem Auslande getroffen werden, obwohl eine solche Gefahr angesichts der durch die notgedrungenen starke Passivität unserer Handelsbilanz bedingten Kaufkraftminderung der österreichischen Valuta ohnedies kaum erheblich in die Waagschale fällt. Schon jetzt sieht man ja (und die Zeichnungen der drei Kriegsanleihen haben dies deutlich bewiesen), daß das Ausland unsere Effekten nicht abkauft, sondern vielmehr ankauft, weil es doppelten Nutzen an ihnen zu erzielen erwartet, im Kurs und an der Valuta.

Fraglich könnte allenfalls nur ein Moment sein, ob man Kurse veröffentlichen soll oder nicht. So sehr es wünschenswert wäre, daß man schon wenigstens am 31. Dezember 1915 sich wieder auf ein Kursblatt stützen könnte, so glaubt die Kammer doch, vorläufig davon absehen zu sollen. Vorerst handelt es sich nur darum, den Verkehr in normale Bahnen zurückzuführen, ihn wieder unter die Kontrolle der Börsekammer zu bringen, die bereits früher charakterisierten unherufenen Elemente, die sich während des aufrichtslosen Interregnums eingebracht haben, zu entfernen und die Voraussetzungen zur Wiederaufnahme des vollen Börsenverkehrs für eine absehbare Zeit zu schaffen.

Dazu sind Kursnotierungen und Kursveröffentlichungen dormalen nicht unbedingt notwendig, obwohl sie vom rein sachlichen Standpunkt aus wünschenswert wären. Wer sich für ein Effekt interessiert, wird immer in der Lage sein, sich durch Anfragen bei den Senjalen, bei einer Bank oder einer Bankfirma Aufklärung zu verschaffen. Ob und in welcher Form Kursnotierungen und Veröffentlichungen späterhin allenfalls erfolgen könnten, darüber zu sprechen mag heute noch verfrüht sein, da es der Kammer nur um solche Maßregeln zu tun ist, die unter allen Umständen unabweislich sind, um einreißende oder schon eingerissene Mißbräuche zu verhüten.

Sie ist überzeugt, daß diese Maßregeln durchwegs als nützlich und segensreich empfunden würden, besonders wenn ihnen die Regulierung der jetzt noch schwebenden, sich hauptsächlich auf das Reportgeschäft beziehenden Engagements aus der Zeit der Einstellung des Börsenverkehrs vorausgehen würde, wobei auch diesmal, so wie es bei dem großen Septemberarrangement des Jahres 1914 der Fall war, eine weitgehende Unterstützung der Banken sowohl durch Uebernahme oder Inkostnahme nicht versorgter Effekten als auch durch Beistellung fehlender Stücke zu gewärtigen ist.

Am allernützlichsten dürfte die Wiederaufnahme des beschränkten Kasseverkehrs für den Devisen- und Valutenhandel sein, der jetzt eigentlich gänzlich führerlos ist und dessen Sanierung schon im Interesse unserer Währung ein schreiendes Bedürfnis bildet.“

Kriegskredit im Reichstag.

Reichstags-Sitzung vom Dienstag, 14. Dezember 1915.

Präsident Dr. Kaempf: Wir gehen über zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, das ist der

Nachtrag zum Reichshaushaltetat,
der einen Kredit von 10 Milliarden Mark enthält.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich.

Erneut wird ein Kredit von 10 Milliarden zum Zwecke der Kriegsführung gefordert. Die Begründung dieses Nachtragsetats ist einfach. Nach 18 Monaten militärischer Niederlagen phantastieren unsere Feinde noch immer von der Zerschmetterung und Vernichtung Deutschlands. Der Krieg, so hart und grausam er ist, wird also weitergeführt werden, um den Preis jedes Opfers zur Sicherung von Volk und Reich. (Bravo!) Die geforderten Kredite sollen uns die finanzielle Bewegungsfreiheit geben, die für die Weiterführung dieses Daseinskampfes notwendig ist. Ihre Zustimmung wird der Welt von neuem beweisen, daß unser Entschluß zur Durchhaltung unerschütterlich ist und daß jede Rechnung auf die Aushungerung des deutschen Volkes eine falsche Rechnung ist und bleibt. (Sehr richtig!) Die bisher bewilligten Kosten belaufen sich auf 30 Milliarden Mark. Bei der letzten Bewilligung im Monat August habe ich die monatlichen Ausgaben auf zwei Milliarden beziffert. Seitdem sind vier Monate verfloßen, in denen die Summe noch übertroffen wurde. Wer alles in allem ist die Steigerung der Ausgaben seit dem Frühjahr nicht allzu erheblich gewesen, besonders hat der März noch nicht zwei Milliarden Mark erfordert. Trotz der Erweiterung der Kriegsschauplätze, trotz der Aufstellung neuer Formationen, trotz der Steigerung der Preise aller Rohstoffe ist es uns gelungen, das Anschwellen der monatlichen Kriegsausgaben in verhältnismäßig geringen Grenzen zu halten. Alle in Betracht kommenden Stellen haben sich durchbringen lassen von der Notwendigkeit sparsamster Wirtschaft. Aber auch die größte Sparsamkeit hat ihre Grenzen. Kaum jemals hat ein Krieg solche Anforderungen gestellt wie dieser, und auch bei äußerster Sparsamkeit wird man mit gesteigerten Kosten rechnen müssen. Seit der letzten Bewilligung von 10 Milliarden sind etwa vier Monate verfloßen. Der größte Teil davon ist also bereits verausgabt, eine Auffüllung der Kredite ist erforderlich, wenn wir nicht in wenigen Wochen in unserer Bewegungsfreiheit in unzulässiger Weise beschränkt werden sollen. Weiter haben wir die Art und Weise zu berücksichtigen, wie die Kredite bisher flüssig gemacht worden sind und gemacht werden sollen. Die bisher aufgelegten und gezeichneten Kriegsanleihen belaufen sich auf rund 25 1/2 Milliarden Mark gegenüber einer Anleihebewilligung von 30 Milliarden. Nicht in Anleihe gegeben ist also ein Betrag von 4 1/2 Milliarden. Hieron ist ein Teil flüssig gemacht in Schatzanweisungen, der Rest wird auf demselben Wege flüssig gemacht werden bis zu dem Zeitpunkt, wo die Ausgabe einer neuen Anleihe in Betracht kommt. Dem bisherigen finanziellen Erfolg verdanken wir es, daß wir bis zum März auskommen werden.

Die Höhe des neuen Kredits ist wiederum 10 Milliarden, so daß die gesamten Kosten dann 40 Milliarden erreichen. Es ist schwer, eine so gewaltige Summe dem allgemeinen Verständnis näherzubringen. Ich kann nur wiederholen, was ich im August schon ausgeführt habe, daß in den gesamten deutschen Eisenbahnen mit allem rollenden Material kaum mehr als 20 Milliarden investiert sind. An dieser Belastung der Allgemeinheit mag der einzelne ermesen, welche Opfer er auf sich zu nehmen hat, um seine Pflicht als Staatsbürger zu erfüllen. Aber wenn unser Volk das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Pflächterfüllung hat, die den deutschen Mann und die deutsche Frau stets ausgezeichnet haben, haben wir keinen Grund, an dem guten Ende zu zweifeln. Der kategorische Imperativ der Vaterlandsliebe und der Pflicht feiert in diesen Milliarden seine Triumphe. (Beifalliges Bravo!)

Mehr als vier Millionen Zeichner haben sich an der letzten Kriegsanleihe beteiligt, und es müssen sich deshalb, da nur 6 v. H. der deutschen Steuerzahler über ein Einkommen von mehr als 3000 Mark verfügen, 3 Millionen Personen mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark an der Zeichnung beteiligt haben. (Hört! Hört!) Die Anleihe ist also eine Volksanleihe im wahrsten Sinne des Wortes, teuer erprobte Groschen wurden opferwillig dem Vaterlande dargebracht. (Beifall.) Wir danken auch von dieser Stelle aus allen, die zu diesem großen Erfolge beigetragen haben. (Erneuter Beifall.) Wir haben die Volksanleihe gemacht, die die Engländer machen wollen, aber nicht machen konnten. Die

englische Anleihe,

die mehrere Monate lang zur öffentlichen Zeichnung auslag, war, wie im englischen Unterhause zugegeben werden mußte, ein glatter Fehlschlag, denn dort wurden in Monaten Millionen, bei uns aber in Wochen Milliarden gezeichnet.

Nun auch einige Zahlen über die Art und Weise, wie sich bisher die Einzahlungen abgewickelt haben. Hoffentlich hat auch der nächste Ruf an die Opferwilligkeit des Volkes den gleichen Erfolg. Am ersten Einzahlungstage waren bereits 8 1/2 Milliarden oder 70 pCt. des gesamten Anleihebetrages gezahlt gegenüber einer Pflichtzahlung von nur 30 pCt. (Hört! Hört!) Heute belaufen sich die Einzahlungen auf mehr als 10,6 Milliarden und sind damit der Pflichtzahlung um 4 1/2 Milliarden voraus. (Hört! Hört!) Das ist der beste Beweis dafür, wie leicht die deutsche Volkswirtschaft die Hergabe derartiger Kapitalien bewerkstelligen kann. Dabei sind die Darlehnsklassen für die Zwecke der Kriegsanleihe nur in ganz geringem Umfange in Anspruch genommen worden. Unsere Sparklassen zeigen ein sehr erfreuliches Bild, ebenso der Depositenbestand unserer Banken. Es sind hier Höchststufen erreicht, wie sie in Friedenszeiten niemals erreicht worden sind. Trotz der Einzahlungen auf drei Kriegsanleihen sind die Einlagen bei unseren Banken heute höher als vor Jahresfrist. (Hört! Hört!) Der Stand unserer Reichsbank ist nach wie vor günstiger als irgend einer der Zentralbanken in einem der kriegsführenden Länder. Freilich, unsere Feinde wollen das nicht gelten lassen. Sie verurteilen uns täglich viermal zum Bankerott, gerade wie sie aus den Erfolgen unserer Waffen uns die endgültige Niederlage prophezeien. (Weiterleit und Sehr gut!) Typisch dafür ist die Schrift eines Mr. Davis: „Das britisch-deutsche Finanzwesen“. Diese Schrift, mit der Deutsch-

land von Holland aus überschwemmt wird, behauptet, daß wir unsere Bankdirektoren durch Drohungen und unter Berufung auf das Kriegsrecht gezwungen hätten, uns die Depositen für die Zwecke der Kriegsanleihe auszuliefern. (Lachen.) Solche unglaublichen Geschichten werden über uns verbreitet. Die Zensur hat bei mir angefragt, ob sie die Verbreitung dieser Schrift verhindern solle. Ich habe natürlich angeordnet, daß die Zensur der Verbreitung dieser Schrift keine Hindernisse in den Weg legt. (Sehr gut!) Das Ausland geht freilich anders vor. Ich habe im August einem amerikanischen Journalisten einige Mitteilungen gemacht über unsere finanzielle Lage und über den Erfolg unserer damaligen Kriegsanleihe. Der Journalist hat meine Mitteilungen nach New York geteilt, aber die

englische Zensur hat das Telegramm nicht durchgelassen.

Der „Temps“ behauptet, daß in Deutschland nicht ein einziger Kriegsanleihezeichner vorhanden sei, der das Geld dafür nicht der Darlehnskasse oder seinem Bankier schuldig wäre. (Weiterleit.) Der englische Handelsminister Runciman hat eine ähnliche Behauptung aufgestellt, und dabei betragen die Gesamtbestände unserer Darlehnsklassen nicht einmal 5 v. H. der Einzahlungen auf die Kriegsanleihe. Ich weiß wohl, daß von sachlichen Richtigstellungen weder die feindliche Presse noch die feindlichen Staatsmänner Notiz nehmen. Ich wiederhole das nur, um den Geisteszustand zu schildern, in dem die feindlichen Völker sich befinden, und wie gewissenlos bei unseren Feinden das System der Täuschung von Regierungen und Presse vereint in unerantwortlichster Weise angewendet wird. Man fragt sich, ob es denn möglich ist, das Urteil selbst durch die im Kriege aufgewühlten Leidenschaften so fürchtbar zu trüben, und ich nehme dies zum Anlaß zur Selbstprüfung, ob wir unsererseits bei Beurteilung der Verhältnisse unserer Gegner ebenso vorgehen wie diese gegenüber uns. Aber ich glaube, der Deutsche ist zu gewissenhaft und zu ernst, er neigt eher nach der anderen Seite und dazu, die Schwierigkeiten bei sich zu Hause zu überschätzen und die Schwierigkeiten bei dem anderen zu gering zu sehen. (Sehr wahr!) Daß wir damit nur allzu oft Wasser auf die feindlichen Mühlen leiten, ist Tatsache. — Wie haben sich nun die Finanzverhältnisse in der Gesamtheit, auch bei unseren Feinden, gestaltet? Ich habe im August die

täglichen Kriegskosten

aller kriegsführenden Staaten auf 300 Millionen Mark geschätzt. Dies reicht heute nicht mehr aus; die Kriegskosten betragen jetzt 320 bis 330 Millionen Mark pro Tag, im Monat 8 bis 10 Milliarden Mark, im Jahre nahezu 120 Milliarden Mark bei allen kriegsführenden Staaten. (Lebh. Hört! Hört!) Von diesen gewaltigen Kriegskosten entfallen heute noch etwas weniger als 1/2 auf unsere Gegner, etwas mehr als 1/2 auf uns und unsere Verbündeten. Dr. Asquith hat kürzlich selbst die laufenden Kriegskosten Englands auf täglich 100 Millionen angegeben. Damit hat uns England wohl endgültig überholt, ich glaube nicht, daß wir England bis zu dieser Höhe nachkommen werden. Auch was die gesamten aufgelaufenen Kriegskosten anlangt, steht heute England dicht vor uns an erster Stelle und sein Vorsprung wird sich wohl noch vergrößern. Wir gehen mit unseren Bundesgenossen nicht halb so viel aus wie der Verband unserer Feinde, und ich glaube, sogar zu können, daß wir mit dieser geringeren Summe wesentlich mehr erreichen. (Sehr gut!)

Wir in Deutschland und unsere österreichisch-ungarischen Bundesgenossen haben unseren Kriegsbedarf größtenteils durch langfristige Anleihe und Konfols decken können. Von unseren Gegnern ist dies bisher nur den Engländern gelungen, aber lange nicht so wie uns. England hat bisher etwa 18 Milliarden Mark, wir 25 Milliarden Mark durch langfristige Anleihen gedeckt. Frankreich, das bisher nur ganz minimale Beträge seiner Kriegskosten durch zehnjährige Obligationen aufgebracht hat, macht erst jetzt verzweifelte Anstrengungen mit einer zu sehr niedrigem Kurs aufgelegten Anleihe. Der zweite Unterschied ist, daß wir bisher das Geld für uns und unsere Verbündeten so gut wie ausschließlich im Inlande gedeckt und aus den Geldern der inländischen Arbeit geschöpft haben. Unsere Feinde dagegen waren genötigt, in großem Umfang auf die Geldquellen des Auslandes, insbesondere der Vereinigten Staaten, zurückzugreifen. Endlich haben wir unsere Anleihen nach einem einheitlichen, einfachen und großzügigen Plan durchgeführt, die Bedingungen für das Reich von Schritt zu Schritt verbessert und den Erfolg von Schritt zu Schritt vergrößert. Unsere von Anfang an 5prozentigen Anleihen wurden nacheinander zu 7,5, dann zu 8,5, zuletzt zu 9,5 ausgegeben und der Ertrag war 4,5, dann 9, dann 12,2 Milliarden Mark. Bei unseren Gegnern ein Takt und Suchen, Verlegenheitsmaßnahmen und fortgesetzte Verschlechterung der Geldbeschaffung. Frankreich hat seit Beginn des Krieges 22 Milliarden Franks aufgenommen, aber in sehr buntschiedigen Teilsbeträgen. (Der Redner gibt die Liste an.) Als Deutschland bald nach Kriegsausbruch mit einer 5proz. Anleihe zu 8,5 herauskam, sprachen die französischen Zeitungen vom deutschen Staatsbankerott. Jetzt wird die 6prozente

französische Anleihe

zu 8,6 ausgegeben! (Hört, hört!) Und diese französische „Siegesanleihe“ wird mit allen möglichen Reizmitteln gefördert. Die drei-prozentige französische Rente wird höher als zum Kursstand in Zahlung genommen, und die bisher teilweise gesperrten Sparlasseneinlagen werden ganz ausgezahlt wenn sich der Besitzer verpflichtet, Kriegsanleihe damit zu zeichnen. Morgen soll die französische Zeichnung geschlossen werden, wir warten das Ergebnis in Ruhe ab. — Wenn Sir Grey am 4. August 1914 sagte, der Krieg werde England kaum größere Opfer auferlegen, wenn es sich an ihm beteiligt, als wenn es beiseite stehe so werden sich die englischen Staatsmänner inzwischen eines Besseren haben belehren lassen müssen. Zu Anfang des Krieges erklärte Lloyd George, es entspreche alter englischer Tradition, einen sehr erheblichen Teil der Kriegskosten durch Steuern aufzubringen, wodurch die Kosten der Napoleonischen Kriege zu 40 pCt. gedeckt worden seien. Die Entwicklung der englischen Wirtschaft zeigt, daß dieser Plan gescheitert ist und daß England heute um die Aufrechterhaltung seines Budgets kämpft. Das ist ein sehr schwerer Kampf, von dem ich offen sage, daß er uns aus-

Oesterreichs Finanzen nach dem Kriege.

Neue Monopole.

Von Hofrat Prof. Eugen v. Philippovich.

Italien hat unter dem Ministerium Giolitti mit Gesetz vom 5. April 1912 das Lebensversicherungsmonopol geschaffen. Vollständig wirksam wird es erst 1923. Der Uebergang bis dahin vollzieht sich in einer (40prozentigen) Zwangsrückversicherung der ab 1913 von den Privatversicherungsgeellschaften abgeschlossenen Verträge. Wir könnten jetzt zur Versicherung mit größerem Einfluß die Versicherungsgeellschaften verstaatlichen, deren Erträge die normalen Dividenden der bestverwalteten Aktiengesellschaften, Banken, um das Drei- und Vierfache übertreffen.

Die Verdienste der Lebensversicherungsgeellschaften sind aus folgenden Beispielen zu ersehen: Der „Anker“ ist mit einem Kapital von 1 Million Gulden (2 Millionen Kronen) unter Ausgabe von 200 Aktien zu 1000 Gulden (2000 Kronen) 1864 gegründet worden. Die Dividenden betragen in den Jahren 1865 bis 1880, in den ersten vier Jahren 10, 8, 10, 19, dann stiegen sie auf 20 (zwei Jahre) und 33½ (zwei Jahre). In den nächsten Jahren sind starke Schwankungen. Der Durchschnitt 1881 bis 1884 ist 23,3 Prozent, 1908 bis 1914 24 Prozent. Der Aktienkurs war im Jahre 1914 im Minimum 5950, im Maximum 6525, also dreimal so groß als der Nominalwert. — Die Gesellschaft Assicurazioni Generali ist 1884 ins Leben getreten, mit einem Kapital von 6.300.000 Gulden in 6300 Aktien zu 1000 Gulden, jetzt natürlich in Kronen zu rechnen. Eingezeichnet wurden nur 500 Gulden, also 1000 Kronen. 1912 wurde Vollenziehung vorgenommen, also sind 2000 Kronen jetzt eingezahlt.

Bis zu dieser Zeit waren die Dividenden in den Jahren 1884 bis 1894 mehr als 45 Prozent, mit Ausnahme der Jahre 1887 bis 1889, wo das Maximum 38,86 Prozent war. 1895 51,81, 1903/04 60,42, 1906 81,92, 1907—1909 95,24, 1910/11 83,33 Prozent, seit 1912 infolge der Vollenziehung 34,23, 34,27 und 23,81 Prozent. Die Gesellschaft „Allianz“ wurde 1890 gegründet mit einem kleinen Kapital, da sie auch Volksversicherung betreibt. Ihr Kapital betrug eine Million Kronen, die Zahl ihrer Aktien ist 2500 zu 400 Kronen. Der Aktienkurs war 1896 K. 400, 1914 aber zwischen K. 1245 und 1350. Die Ueberschüsse waren 1913 K. 927.134 und 1914 K. 1.126.278. Es ergibt sich aus diesen Beispielen, daß das Geschäft der Lebensversicherung ein enorme Gewinne sicherndes Geschäft ist. Da es ein nicht von individueller Talente, sondern nach ausrechenbarer Schablone geführtes Geschäft ist, in dem Klame und Agenten die einzigen aktiven Kräfte sind, kann man wohl sagen, daß diese Ueberverdienste auf Ueberzahlungen der Prämien leistenden Personen beruhen müssen. Es ist nun kein Zweifel, daß solche Verdienste, die an der großen Allgemeinheit der Bevölkerung gemacht werden, in ganz anderer Weise für die allgemeinen Zwecke herangezogen werden müssen, als es durch unsere Besteuerung geschieht. Hier liegt ein Verdienst vor, wie er früher bei den Straßenbahnen, bei den Bahnen überhaupt, auch bei der Lichterforderung durch private Gasgesellschaften gemacht wurde. Hat auf diesen Gebieten das allgemeine Interesse dazu geführt, daß öffentliche Verwaltung an die Stelle der privaten getreten ist, so wird es auch hier geschehen können.

Herr Prof. Alfred Tauber, der ein ausgezeichnete Kenner des Versicherungswesens ist und jüngst die Geschichte und Wirkung des italienischen Lebensversicherungsmonopols in italienischer Sprache veröffentlichte, hat sich folgendermaßen über das Problem ausgesprochen: „Gewiß ist, daß die Assekuranz bei ihrer heutigen Betriebsform und Arbeitsmethode der produktiven Volkswirtschaft, deren Rückendeckung sie sein soll, bedeutend weniger leistet, als sie kostet, und wenn der Staat nichts anderes täte, als durch sein Machtwort die Organisation der Versicherung zu verbessern, so hätte er sich schon ein Anrecht auf die vielen zu ersparenden Millionen erworben. Darüber hinaus kann der Staat den Betrieb oder Mitbetrieb der Assekuranz übernehmen und sich einen Geschäftsgewinn sowie den Besitz bedeutender Kapitalien verschaffen“. Folgende Formen schweben Herrn Tauber vor: Betriebsmonopol oder Errichtung einer Staatsanstalt, der die Privatversicherungsgeellschaften einen Teil ihrer Verträge in Rückversicherung geben müssen, oder durch ein Kartell der Versicherungsgeellschaften unter staatlicher Leitung und Garantie. Auch er hebt die abnormen Gewinne hervor, die die Versicherungsgeellschaften machen. Sie haben 1913 bei einem Aktienkapital von 84 Millionen an Dividenden und Lantimen 12½ und 2 Millionen verteilt und die Gewinnreserven um 4 Millionen Kronen auf 76 Millionen Kronen erhöht. Das ist ein Geschäftsnutzen von 18½ Millionen Kronen oder 22 Prozent des Aktienkapitals. Außerdem wurde aus dem Betriebsgewinn ein Betrag von 5½ Millionen zur Deckung des Kursverlustes von 10 Millionen Kronen verwendet; das eigentliche Versicherungsgeschäft arbeitete somit mit einem Ueberschuß von 23¼ Millionen Kronen oder 28¼ Prozent des Aktienkapitals. Daß die Gesellschaften mit Kapital und Reserven die Haftung für die Zahlungen übernehmen, hat gar keine Bedeutung angesichts des geringen Risikos, das sie heute tragen, wo die Lebensbedingungen im allgemeinen so viel besser geworden sind. Wenn in den Kreisen der Privatversicherungsinteressenten auf die mangelhafte Fähigkeit der staatlichen Bürokratie hingewiesen wird, die technischen Verbesserungen

und Individualisierungen im Versicherungsweisen durchzuführen, so wendet Herr Tauber dagegen ein, daß das Uebertreibungen seien, weil alle Versicherungsanstalten nach demselben Schema verwalten werden. Jedenfalls kann der Staat bei den weniger bemittelten Personen, die eine Versicherung eingehen, eher individualisieren innerhalb der technischen Grenzen als die Privatanstalt. Auf Lebensversicherung wurden 1913 in Oesterreich 160 Millionen Kronen angewendet. Wie viel könnte davon erspart werden an Provisionen und sonstigen Kosten für die Werbetätigkeit. Jedes Postamt könnte, wie heute für den Postsparkassenverkehr, mit gedruckten Formularen über die Bedingungen der staatlichen Lebensversicherung versehen werden.

Ein anderes Monopol wird von Dr. Sainisch empfohlen, der schon vor Jahren dafür eingetreten ist und sich in guter Gesellschaft in bezug auf seinen Wunsch befindet, daß auch ein preussischer Großgrundbesitzer, Graf Ramis, dafür eingetreten ist: das Getreidemonopol. Mit Recht weist Dr. Sainisch darauf hin, daß nach diesem Kriege nicht mehr von der Aufhebung der Getreidezölle geredet werden kann. War ich früher ein unbedingter Anhänger dieser Aufhebung, so haben mich die Absperrungsmaßnahmen belehrt, daß wir einen anderen Weg wählen müssen, um die Nachteile zu beseitigen, die mit den Getreidezöllen verbunden waren. Wir müssen den Landwirten, die Getreide verkaufen, einen entsprechenden Preis sichern, aber wir müssen auch den Unbemittelten es ermöglichen, ihr tägliches Brot um einen billigeren Preis zu erhalten, als der bisherige normale war, indem sie den Tribut an die Getreideproduzenten zu zahlen hatten. Beide Seiten können befriedigt werden, wenn der Staat Einfluß nimmt auf die Verteilung des Getreides und auf die Mehl- und Brotpreise. Es ist nicht die Meinung von Dr. Sainisch, daß der Staat von den privaten Unternehmern absehen soll, und ebensowenig würde durch die Festlegung der Weizen- und Roggenpreise die Selbstverantwortlichkeit der Landwirte aufgehoben werden. Sie können ihren Betrieb genau so verbessern, wie wenn sie die Ernte frei auf den Markt bringen. Technisch würde die Einführung des Monopols in Oesterreich keine Schwierigkeiten machen — wenn es gelingt, Ungarn klar zu machen, daß der gegenwärtige Zustand vom österreichischen Standpunkt nicht als befriedigend bezeichnet werden kann. Daß wir imstande sind, eine solche Monopolisierung durchzuführen, dafür gibt die anstehende Entwicklung des Tabakmonopols, wie Dr. Sainisch mit Recht hervorhebt, ein Beispiel. Wie differenziert ist hier die Produktion, wie gut paßt sie sich dem Geschmack, dem Bedürfnis der Wohlhabenden und der Armeren an. Und doch ist sie auch in den Händen von Beamten! Sobald die Getreidemonopolverwaltung einen Ueberblick über die heimische Produktion und Konsumtion gefaßt, könnte sie ihrer Aufgabe gerecht werden unter Anerkennung der individuellen Bedürfnisse: Eigenverbrauch, Viehfütterung, eventuell ausnahmsweise (zum Beispiel an der Reichsgrenze) Verkauf an Privatpersonen statt an die Monopolorganisationen. Letzteres wäre auch für den Privatverkauf im Innern dort zulässig, wo die zu gewinnende Vorratsmenge zu unbedeutend ist. Einheitspreise wären wohl nicht möglich. Man müßte beim Einkauf die Preise nach den individuellen Produktionskosten abstimmen. Natürlich kann man das bei der großen Zahl von Landwirten nicht mit jedem Einzelnen vereinbaren. Es müßten gewisse Gebietskomplexe abgegrenzt werden. Was die Festlegung der Produktionsqualität anlangt, so müßte eine Graduierung durch Sachverständige vorgenommen werden. Dr. Sainisch schließt seine Darstellung mit der Bemerkung, daß die Schwierigkeit des Monopols nicht in der Organisationsfrage liegt, sondern in der Stimmung der Interessenten. Ich glaube, daß er recht hat, anzunehmen, daß nach den Erfahrungen, die wir in diesem Kriege gemacht haben, der Widerstand der Landwirte nicht groß sein wird, da sie die Sicherheit der Preise haben, was auf der anderen Seite auch den Konsumenten zugute kommt.

19. XI. 1915

Was der Krieg kostet.

Von
Georg Münch.

„Wir stehen fest wie gewachsener Fels in der heimischen Erde; an den Pfeilern des britischen Weltreiches aber leuchtet in Flammenschrift, wie an Belsazars Palast, das „mene tekel upharsin“, so schloß unter stürmischem Beifall des deutschen Reichstages der Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Helfferich seine Rede über den Kriegskredit von weiteren 10 Milliarden Mark. Wie wahr er damit gesprochen, beweisen jeden Tag neue Ereignisse. Jeder Tag bringt den Briten neue Sorgen. Es häuften sich letzthin die Meldungen über allerhand bedenkliche Vorgänge im britischen Machtbereich: Hier die Expedition nach Saloniki, die ebenso wie die nach den Dardanellen verunglückt ist; dort die Unruhen in Indien und die Bedrohung von Aegyptens Westgrenze durch Araber. Doch das alles wiegt noch ziemlich leicht gegen die Tatsache, daß dem britischen Handel sein Weg nach Indien, nach dem Orient, nach Australien verlegt, oder, in des Wortes wahrster Bedeutung, verschüttet zu werden droht. Diese neueste Wendung der Dinge greift tief in das Erwerbsleben, in die politische Machtstellung Großbritanniens ein. Die Schließung des Suezkanals ist so gut wie Tatsache geworden. Er gilt der englischen Handelsschiffahrt als so gefährlich, daß ihre Reedereien die Schiffe nicht mehr durch ihn fahren lassen wollen. Schon vorher hatten die holländischen Schiffahrtsgesellschaften den gleichen Beschluß gefaßt. Der Handelsverkehr durch den Kanal wird bald verschwunden sein. Leben werden ihm nur die englischen und französischen Kriegsschiffe geben, die auf der Wacht vor dem Feinde stehen. In London wird man sich nun wohl allmählich mit dem Gedanken befreunden müssen, daß der Elefant, mit dem jene das Deutsche Reich als Landmacht zu vergleichen beliebten, gegen den Walfisch doch etwas auszurichten vermag. In der Tat meldete man uns, in London breite sich die Empfindung aus, daß jetzt der Kampf gegen die englischen Interessen ernst werde. Der Verkehr mit Indien ist praktisch bereits unterbunden: die schon vormem scharf in die Höhe gegangenen Frachtsätze im Schiffsverkehr mit Indien sind seit dem letzten Donnerstag weiter um 30 bis 40 pCt. nach oben gesprungen. Ende November notierten (im Vergleich mit der Zeit vor einem und vor zwei Jahren) die Frachten von Indien und Australien nach England heimwärts (laut „Statist“):

	1915	1914	1913
Von Bomba	75 sh	20 sh	19 sh 3 d
„ Kalkutta	95 sh	—	18 sh
„ Burmah	105 sh	30 sh	22 sh 6 d
„ Australien	95 sh	—	30 sh 6 d

Schlägt man zu den in dieser Aufstellung gegebenen diesjährigen indischen Sätzen nun noch jene 30 oder 40 pCt. hinzu, um die sie sich letzthin weiter erhöht haben, so kommt man zu einer geradezu phantastischen Verteuerung der Raten. Indes noch schlimmer wie diese selbst ist der Mangel an verfügbarem Schiffsraum überhaupt. Es ist nicht schwer, sich an der Hand solcher Zahlen ein Bild von den Schwierigkeiten der Versorgung Englands mit den Erzeugnissen seiner wichtigsten Kolonien zu machen. Und diese Schwierigkeiten treten eben jetzt in ein neues Stadium. Sie müssen, nach der Sperrung des Suezkanals, mit jeder Woche bedenklichere Formen annehmen. Die Abschließung vom Weltverkehr, die uns England bereiten wollte, droht ihm jetzt selbst. Zwar ist es ihm gelungen, Deutschlands Verkehr mit den überseeischen Gebieten abzuschneiden. Aber weit davon entfernt, selbst eine unumschränkte Herrschaft zur See errichten zu können, muß England im Mittelmeer vor unseren Unterseebooten zittern, müssen seine Handelsschiffe aus Angst vor unseren und unserer Verbündeten Waffen den Weg durch den Suezkanal, die eigentliche Straße nach Indien, meiden.

Gewiß bleiben für England noch Welthandelstrecken genug auf dem Meere frei, auf denen es Waren beziehen kann, doch ihr Bezug wird ihm so außerordentlich verteuert, daß sich ein Zustand, der nicht viel von der Absperrung abweicht, herausgebildet hat; und dieser Zustand ist in mehrfacher Hinsicht schlimmer für England, als das, was es durch seine gegen uns gerichtete Aushungerungspolitik erreicht. Die letztere hat uns gelehrt, sparsam mit dem Vorhandenen umzugehen, die Hilfsquellen des eigenen Landes bis zum äußersten auszunutzen, mit dem Erfolge, daß die Ausgaben für unsere Kriegführung fast ganz innerhalb der Grenzen bleiben, und daß eine glatte Brotversorgung für jede Kriegsdauer bei uns gesichert ist. Was noch an Störungen besteht, strebt der Regelung zu. Nachdem unsere Waffen die Bahn nach Konstantinopel und damit nach Asien hinein frei gemacht haben, eröffnen sich uns neue Versorgungsgebiete, aus denen wir das, was uns mangelt, beziehen können. Dabei bleiben wir sogar im wesentlichen das, was uns im Kriege sehr nützlich geworden ist: ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet. Denn für die Lebensmittel, die wir vom Balkan oder aus der Türkei beziehen, können wir zum Zahlungsausgleich industrielle Erzeugnisse, Kriegsmaterial und ähnliches liefern. In die genau entgegengesetzte Lage kommt England durch die Entwicklung der Dinge. Je mehr es sich von seinen Kolonien abgesperrt sieht, desto mehr muß es in fremden Ländern Ware kaufen, ohne dorthin, bei der starken Inanspruchnahme seiner Arbeitskräfte für den Krieg, eigene Erzeugnisse ausreichenden Gegenwerts senden zu können. Der Stand der englischen Valuta muß dadurch immer unsicherer werden. Das ist für die City um so unbehaglicher, als sich die Ententeanleihe mit Morgan nach und nach als ein vollständiges Fiasko entpuppt. Zu 98 pCt. wurde sie dem amerikanischen Publikum angeboten. Das zeigte sich so wenig zur Zeichnung geneigt, daß von den aufgelegten 500 Millionen Dollar 200 Millionen in den Händen des amerikanischen Bankensyndikats blieben, welches nun seinerseits versucht, sie gewaltsam zu verkaufen; nicht nur in den Ver-

einigten Staaten selbst, wo ihr Kurs denn auch schon bis um 4½ pCt. unter den Emissionspreis gesunken ist, sondern auch in Holland, das jedoch selbst bei 92 pCt. wenig Interesse für diese 5prozentige englisch-französische Anleihe an den Tag legt. Die Versuche der letzteren Art beweisen bereits jedem, der sehen will, daß New York für eine neue englisch-französische Anleihe nicht zu haben sein wird. Zu einer desto größeren Kalamität müssen darum die Verhältnisse am Markte der Sterlingwechsel werden. Das Pfund Sterling hat, ungeachtet fortgesetzter Gold- und Wertpapierversendung aus London, heute noch ein Disagio von mehr als 3 pCt. Als überall gültiger, unverrückbarer Maßstab für den internationalen Zahlungsausgleich ist es damit entthront, und kaum irgend etwas spricht dafür, daß es seine frühere Rolle jemals wieder einnehmen wird. Es wird sie zum mindesten mit dem Dollar, wahrscheinlich und hoffentlich auch mit der deutschen Reichsmark zu teilen haben.

Bis zu welchem Grade diese Lage des Sterlingwechselmarktes die Engländer beunruhigt, läßt sich an den abenteuerlichen Plänen, die sie zur Abhilfe ausbrüten, erkennen. Sie planen, nach den neuesten Meldungen, eine Reichsanleihe, die ein „vertraulich Band“ um das Mutterland und die Kolonien winden soll. Der tiefere Sinn dieses Planes ist dahin zu deuten, daß man mit seiner Ausführung nicht nur das zur Kriegführung nötige Geld aufbringen, sondern zugleich überseeische Guthaben zur Bezahlung von Lieferungen dorthin schaffen will. Es soll also eine kombinierte Valutaregulierungs- und Kriegsanleihe werden. Wär's noch nötig, daß der Abstieg auch des englischen Finanzwesens bestätigt werden müßte, so geschähe es durch eine solche Operation. Denn vormem galt der Kredit des Mutterlandes stets mehr als der der britischen Kolonien. Doch scheint man bei seiner Gleichstellung noch nicht einmal halt machen zu wollen. Um bei der Ausgabe der Anleihe kein neues Fiasko zu erleben, scheint die englische Finanzverwaltung nämlich gewillt zu sein, den Bürgern, je nach der Höhe ihres Einkommens, die Pflicht zum Bezuge aufzuerlegen. Das wäre dann eine Zwangsanleihe, zu der sich das stolze Albion verstehen müßte!

Einstweilen hilft es sich mit Schatzscheinausgaben durch. Der britische Schatzkanzler gibt 5prozentige fünfjährige Schatzscheine al pari aus. Diese haben ebenfalls eine doppelte Bestimmung. Sie sollen einmal überhaupt Geld für den Krieg schaffen, dann aber, und zwar im besonderen, denjenigen englischen Kapitalisten in Zahlung gegeben werden, die ihre amerikanischen Wertpapiere der englischen Regierung zur Ablieferung nach New York zur Verfügung gestellt haben: die gleiche Kombination demnach wie bei jener oben erwähnten Reichsanleihe. Es heißt, daß von solchen Schatzscheinen etwa sechs Milliarden Mark ausgegeben werden sollen. Ob sie wirklich ausgegeben werden können, ist eine andere Frage, denn die amerikanischen Effekten in England summieren sich schwerlich auf so hohe Beträge. In jedem Falle verschlingt der Krieg fortgesetzt ungeheure Summen britischen Wohlstandes. Es zeigt sich immer mehr, daß England weitaus am teuersten Krieg führt. In der Woche vom 27. November bis 4. Dezember hat die Verschuldung seines Schatzamts allein um 150 Millionen Mark täglich zugenommen. Gleichzeitig berechnete Ribot in der französischen Kammer die Kriegsausgaben seines Landes auf 2500 Millionen Fr. monatlich, also 66½ Millionen Mark täglich. Das ist ebensoviel wie uns Deutschen im März d. J. der Krieg täglich kostete. Inzwischen ist's mehr geworden, aber die Steigerung hat sich, nach Helfferichs Angaben, in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten. Alles in allem berechnet unser Schatzsekretär die gesamten Kriegskosten der kriegführenden Länder heute auf 320 bis 330 Mill. M. täglich (gegen fast 300 Mill. im August d. J.). Monatlich verschlingt der europäische Krieg also jetzt rund 10 Milliarden M! Davon entfallen, wieder nach Helfferich, auch heute noch (wie im August) etwas weniger als zwei Drittel auf unsere Gegner und etwas mehr als ein Drittel auf uns und unsere Verbündeten. Diese Daten stimmen mit den Ziffern, die wir oben aus englischer und französischer Quelle gaben, so sehr überein, daß die verzweifelten Versuche der Feinde, Helfferichs Angaben in Bausch und Bogen zu diskreditieren, ein vergebliches Mühen bleiben werden.

Es steht nun einmal fest, daß Deutschland besser als die Gegenpartei mit seinen Kriegsfinauzen abschneidet. An sich sind unsere Lasten wahrlich groß genug. Aber wieviel leichter tragen sie sich, wenn sich täglich die Erfolge der Kriegführung mehren, als wenn, wie es bei den Feinden ist, sich Niederlage an Niederlage reiht! Die Kraft, die Kriegslasten zu tragen, wächst mit der Siegeszuversicht. Deshalb können wir auch der im März des neuen Jahres herauskommenden vierten deutschen Kriegsanleihe mit dem Vertrauen, welches das Bewußtsein der Stärke gibt, entgegensehen.